



Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

3. Buch: Der gemeinsame Weg Rußlands und Frankreichs 1913

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79837)

III. Buch

Der gemeinsame Weg Russlands
und Frankreichs 1913

1 Iswolski-Volksausgabe II

Das Buch
Der gemeinsame Weg
nach Paderborn 1913

1. Kapitel
Rumänien und der Balkan

1*

1. Kapitel
Einleitung und Vorbemerkungen

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 483 Paris, den 20. Dezember/2. Januar 1912/13

Ich telegraphiere an das Ministerium: Poincaré teilt mir folgende Einzelheiten aus seinem Gespräch mit Take Jonescu mit, der gestern durch Paris gefahren ist:

Jonescu bestätigte ihm, daß er nach London mit dem Auftrag fahre, eine endgültige Antwort von Danew zu erhalten, dessen Auseinandersetzungen mit König Karl und den rumänischen Ministern bei seiner Durchreise durch Bukarest zu keinem positiven Ergebnis geführt und Enttäuschung hinterlassen haben.

Er erklärte weiter, daß die rumänische Regierung, wenn Bulgarien sich weigere, den Wünschen Rumäniens in bezug auf Abtretung Silistrias und Verbesserung der Dobrudschagrenze entgegenzukommen, nicht zu halben Maßregeln greifen werde, wie etwa Besetzung Silistrias als Pfand oder dergleichen. Sie werde mobilisieren und den Krieg erklären.

Auf die Bemerkung Poincarés, daß die Nachgiebigkeit Bulgariens wahrscheinlich von dem Umfang seiner künftigen territorialen Erwerbungen auf Kosten der Türkei abhängen werde und besonders von der Lösung der Frage Adrianopel, antwortete Jonescu, die rumänische Regierung habe das im Auge und werde deshalb Danew mehrere Entwürfe zur Berichtigung der Grenze, je nach dem Ergebnisse des türkisch-bulgarischen Krieges vorlegen. Dabei sprach er in den nachdrücklichsten Ausdrücken die Hoffnung aus, daß Frankreich, Rußland und England einen Druck auf Bulgarien ausüben möchten, um es zum Nachgeben zu bewegen; denn im Fall einer für Rumänien günstigen Entscheidung über die Dobrudschagrenzfrage würde Rumänien infolge der Wendung der öffentlichen Meinung unzweifelhaft sich den Mächten des Dreiverbandes und den Balkanstaaten nähern. Auf die Frage Poincarés, welche Stellung Rumänien einnehmen werde, wenn die jetzige Krisis zu einem allgemeinen Kriege führe, antwortete er, daß trotz der in Rumänien wachsenden Sympathien für Rußland bei den jetzigen Umständen und kraft bestehender Verpflich-

tungen im Fall eines Zusammenstoßes zwischen Österreich und Rußland nebst den Balkanstaaten, Rumänien nicht neutral bleiben könne und genötigt sein werde, Österreich bewaffnete Hilfe zu leisten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 484 Paris, den 20. Dezember/2. Januar 1912/13

Ich telegraphiere an das Ministerium: Ergänzung zu Nr. 483.

Da Take Jonescu darauf besteht, daß Rußland, Frankreich und England einen Druck auf Bulgarien ausüben, sagte mir Poincaré, seiner Ansicht nach könnten im Hinblick auf die ganz bestimmte Erklärung Rumäniens, daß es im Kriegsfall auf seiten Österreichs stehen werde, die Mächte des Dreiverbandes den erbetenen Dienst nur unter der Bedingung leisten, daß Rumänien seinerseits ihnen positive Garantien gebe, wenn auch nur in Form eines Versprechens, neutral zu bleiben. Gebe Rumänien ein solches Versprechen, so könnten Rußland, Frankreich und England Bulgarien erklären, sie seien, falls es sich Rumänien gegenüber so nachgiebig wie nötig zeige, bereit, die Initiative zu Schritten zu ergreifen, um von der Pforte die Abtretung Adrianopels zu erwirken.

Auf meine Frage, an welche Schritte er denke, sagte Poincaré, sie könnten den Charakter eines gemeinsamen Vorgehens aller Mächte haben, und der französische Botschafter in Konstantinopel fahre fort zu glauben, daß ein solches Vorgehen, durch das Erscheinen eines internationalen Geschwaders im Bosphorus verstärkt, aller Wahrscheinlichkeit nach von Erfolg sein werde, da, wie Bompard glaube, die Pforte dann genügende Gründe habe, um das Nachgeben zu rechtfertigen.

Bitte um Weisung.

Iswolski

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 11

Paris, den 3./16. Januar 1913

Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 7.

Wie mir Paléologue mitteilte, hat er aus überaus geheimer und sehr zuverlässiger Quelle Nachrichten über die allerinnigsten Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich. Diesen Nachrichten zufolge hat der Stabschef der rumänischen Armee dem österreichischen

Gesandten gesagt, alles sei zum Vormarsche bereit, und Rumänien bestehe auf der Abtretung Silistriens und eines Territoriums von zehn Werst nach Westen davon. Paléologue meint, so enge Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich zeigten, daß es nun für die Hoffnung auf Losreißung Rumäniens vom Dreibunde zu spät sei.

Abschrift nach London.

Sewastopulo

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 39

Paris, den 16./29. Januar 1913

Telegramme 118, 124 und 133 erhalten.

Nach Jonnarts Äußerungen sucht der französische Gesandte in Bukarest fortwährend auf die rumänische Regierung beruhigend einzuwirken. Erst gestern seien die letzten Schritte von ihm in dieser Richtung getan worden. Jonnart fügte hinzu, die „Deutsche Bank“ habe sich dieser Tage an das hiesige „Comptoir d'Escompte“ mit dem Vorschlag gewandt, an einer Anleihe von 150 Millionen Franken für die rumänische Regierung teilzunehmen; diese Summe soll, nach hier eingegangenen Mitteilungen, zu militärischen Zwecken verwandt werden. Die französische Regierung hat jedoch das „Comptoir d'Escompte“ veranlaßt, eine Beteiligung abzulehnen. Jonnart versprach, er werde sich wegen des von Rumänien beabsichtigten Ankaufs von vier Torpedobooten erkundigen und, wenn diese Nachricht sich bestätigen sollte, die möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Geschäft zu verhindern.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 136

St. Petersburg, den 16./29. Januar 1913

Identisch nach Paris.

Sehr geheim und ganz vertraulich.

Teilen Sie ganz vertraulich Grey folgendes mit:

Als sich seinerzeit herausstellte, daß zwischen Österreich und Rumänien eine Kriegskonvention bestand, kamen Rußland und Bulgarien 1902 zu einer Verständigung, kraft deren gegen die Verpflichtung Bulgariens, für den Fall des Krieges mit einer der Mächte des Dreibundes Hilfe zu leisten, wir unsererseits Bulgarien die Integrität seines Territoriums garantierten. Diese Vereinbarung hat bisher völlig zu un-

serem Vorteil Bulgarien gebunden. Es wurde von uns nur das verlangt, was wir auf Grund politischer und psychologischer Erwägungen nicht hatten verweigern können, auch wenn keine Vereinbarung vorhanden gewesen wäre. Jetzt aber, da Rumänien eine drohende Haltung angenommen hat, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, durch unseren Gesandten in Bukarest freundschaftlichst zu warnen, was Sie ebenfalls Grey sehr vertraulich mitteilen können. Unsererseits wäre sehr erwünscht, wenn die Kabinette von Paris und London auch auf Bukarest einwirken wollten.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 137 St. Petersburg, den 16./29. Januar 1913

Ich telegraphiere nach Bukarest. Persönlich. Wollen Sie dem rumänischen Außenminister nachstehende vertrauliche Mitteilung in allerfreundschaftlichster Form übermitteln: Rußland hat sich vom ersten Augenblick der Krisis an Mühe gegeben, zwischen Rumänien und Bulgarien für die Zukunft möglichst gute und enge Beziehungen herzustellen. Wir erstrebten unsererseits die Rückkehr zu unseren alten überlieferten Beziehungen Rumänien gegenüber und freuten uns der Erkenntnis, daß unsere Bestrebungen, wie uns schien, auch seitens des rumänischen Volkes und seiner Regierung den allerwärmsten Widerhall fanden. Auf Grund unseres Betreibens hat das Kabinett von Sofia die Notwendigkeit gewisser Opfer eingesehen, um eine zuverlässige Freundschaft mit Rumänien in Zukunft herzustellen. Es mag sein, daß seinerseits ein gewisses Zögern zu beobachten war, doch darf die Bereitwilligkeit des Kabinetts von Sofia zu freiwilligen ernsten Zugeständnissen auf Grund der wohlwollenden Ratschläge Rußlands nicht unterschätzt werden, und zwar bezüglich des Vorschlages der Ihnen bekannten vier Punkte, zu denen noch als fünfter der den Uferstreifen betreffende gekommen ist. Wir finden unsererseits diese Zugeständnisse so bedeutend, daß sie die rumänische Regierung befriedigen sollten, die sie einstreicht, ohne auch nur einen Tropfen Blut vergossen zu haben. Wollten wir in unserem Drängen dadurch weitergehen, daß wir die zeitweilig schwierige Lage Bulgariens benutzen und auf diese Weise der Türkei gegen die Christen Dienste erwiesen, so hieße das, die Möglichkeit einer Annäherung Rumäniens an Rußland und Bulgarien, um geringfügiger Vorteile willen, in der Wurzel verderben. Rumäniens Vorschlag, Bulgarien gegen Adrianopel militärisch zu unterstützen, konnte vom Kabinett von Sofia aus ganz verständlichen Gründen des nationalen Selbstbewußtseins nicht angenommen werden, denn dieses verlangt, daß Bulgarien bei Eroberung dieser Stadt niemandem zu

Dank verpflichtet sei. Ein Überfall Rumäniens oder militärische Besetzung bulgarischen Territoriums durch Rumänien ohne vorherige Kriegserklärung, solange Bulgarien mit der Türkei noch nicht abgerechnet hat, würde die Sympathie zu Bulgarien in unserer öffentlichen Meinung derartig aufflammen machen, daß die Regierung sich demgegenüber nicht gleichgültig verhalten könnte. Unabhängig hiervon, können wir nicht umhin, Rumänien darauf aufmerksam zu machen, daß es sich bei seinen Verhandlungen weit von den anfänglichen Forderungen strategischer Grenzberichtigung entfernt hat und den ungünstigen Eindruck hervorruft, daß es die Schwierigkeiten Bulgariens ausnutzen will. Auf Grund all dieser Erwägungen raten wir wiederum dringlich, freundschaftlich und ernst, die rumänische Regierung möge in ihren Forderungen weise Beschränkung beobachten. Unser Wunsch, die alten Bande mit Rumänien zu befestigen, zwingt uns zu der durchaus aufrichtigen Erklärung, daß es uns unmöglich sein wird, die gewaltsame Abtrennung eines Teiles des bulgarischen Territoriums zuzulassen. Wollen Sie gefälligst hinzufügen, daß Rußland seinerseits bereit ist, Rumänien die Unantastbarkeit der Dobrudscha jeglichen bulgarischen Ansprüchen gegenüber zu garantieren, falls Rumänien auf die Vorschläge eingehen sollte. Rumäniens Entschluß, den Ratschlägen Rußlands in so ernster Stunde zu folgen, wird das beste Unterpfand für die Herstellung derartiger Beziehungen zwischen ihm und uns bilden, die Rumänien am besten sicherstellen, sowie das gegenseitige Vertrauen und die Freundschaft zuverlässig befestigen werden.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 41

Paris, den 17./30. Januar 1913

Ich habe Ihre Telegramme Nr. 136—137 empfangen. Unmittelbar nach Ihrer Dechiffrierung sprach ich Jonnart und unterrichtete ihn äußerst vertraulich über ihren Inhalt, wobei ich zur Vermeidung von möglichen Ungehörigkeiten ihm schriftlich bloß das Wesentliche Ihrer Weisungen an Schebeko übergab und mich mit der mündlichen Wiedergabe Ihres Telegrammes Nr. 136 begnügte. Jonnart sagte mir, er habe bereits ein Telegramm aus Petersburg erhalten, worin ihn G. Louis über das Vorhandensein einer russisch-bulgarischen Konvention unterrichtet. Jonnart war äußerst aufgeregt, sowohl über dieses Telegramm als auch über meine Mitteilung, und unterstrich besonders die Tatsache, daß die französische Regierung nichts über unsere Verbindlichkeiten bezüglich Bulgariens gewußt habe. Ich antwortete ihm, die Frage, ob eine schriftliche Konvention zwischen Bulgarien und Rußland vorliege, habe gar

keine Bedeutung, da unsere moralische Pflicht, Bulgarien intakt zu erhalten, sich aus der Geschichte selbst ergebe und stets eine der grundlegenden Leitsätze unserer Außenpolitik gewesen sei. Ein Zurücktreten von dieser Verpflichtung bedeutete den vollen Zusammenbruch unserer Stellung im nahen Osten, und niemand in Europa habe von Beginn der gegenwärtigen Krisis an daran zweifeln können, daß Rußland keine territoriale Schädigung der von ihm geschaffenen Balkanstaaten dulden würde. Auf die Bemerkung Jonnarts, unser militärisches Vorgehen zum Schutze Bulgariens werde die Einmischung Österreichs und folglich auch Deutschlands veranlassen und auf diese Weise werde „um Silistriens willen“ gar der allgemeine Krieg entbrennen, antwortete ich, wenn Österreich uns überfallen sollte, so bilde das noch lange keinen casus foederis für Deutschland, weswegen ein Vorgehen Deutschlands sich uns gegenüber als ein eigenmächtiger und durch nichts gerechtfertigter Überfall auf eine befreundete Macht darstellen würde. Auf meine Frage, ob die französische Regierung bereit sei, den von Ihnen gewünschten Druck auf das Bukarester Kabinett auszuüben, antwortete Jonnart, er werde sofort mit dem Ministerpräsidenten Rücksprache nehmen und meine Mitteilung werde wahrscheinlich dem Ministerrat vorgelegt werden. Aus dem weiteren Gespräche konnte ich schließen, daß Jonnart von der Notwendigkeit überzeugt ist, alle Anstrengungen zur Ermittlung einer Verständigungsbasis zwischen Rumänien und Bulgarien zu machen, und daß er persönlich an ein Schiedsgericht denkt, von dem während der letzten rumänisch-bulgarischen Verhandlungen wiederholt die Rede war.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 181.

St. Petersburg, den 20. Januar/2. Februar 1913

Mitgeteilt nach Paris.

Sie können vertraulich Grey mitteilen, daß der von uns in Bukarest unternommene Schritt in freundschaftlichster Form geschah und eine wohltätige Wirkung auf die rumänische Regierung ausübte, die offenbar zum Nachgeben neigt und verspricht, alles daranzusetzen, um den Zwiespalt mit Bulgarien friedlich zu lösen.

Sasonow

2. Kapitel

Die Bestechung der französischen Presse

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief Nr. 869

Paris, den 10./23. Oktober 1912

Lieber Herr Sergej Dmitriewitsch!

Vor einigen Monaten habe ich Ihnen und W. N. Kokowtzow wegen der Notwendigkeit geschrieben, über materielle Mittel zur Beeinflussung der französischen Presse zu verfügen. Sie erinnern sich natürlich, welchen Schaden gewisse französische Zeitungen während der bosnischen Krise von 1908 wie nach der Potsdamer Zusammenkunft unseren politischen Interessen zugefügt haben. Während der zwei Jahre, die ich in Paris bin, ist es mir geglückt, bis zu einem gewissen Grade einen persönlichen Einfluß wenigstens auf die wichtigsten Zeitungen, wie den „Temps“, „Matin“ u. a. zu gewinnen. Aber ich habe Ihnen nicht verhehlt, daß dieser Einfluß bei Auftauchen einer neuen internationalen Krise unzureichend sein würde und wir zu einem anderen wirksameren Druckmittel unsere Zuflucht nehmen müßten. Jetzt ist diese Krise eingetreten, und ich erachte es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit in der nachdrücklichsten Weise auf diese Frage zu lenken. Ich verfolge die hiesige Presse aufmerksam, und ich muß feststellen, daß sie allmählich ihren Ton gegenüber Rußland und den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel ändert und unaufhörlich mehr und mehr sich auf die Seite Österreichs und der Türkei neigt. Diese Tatsache erklärt sich nicht so sehr aus der Stimmung großer Kreise der französischen Gesellschaft, als aus bestimmten einzelnen Gründen. Unter ihnen muß man vor allem die Unzufriedenheit der Finanzkreise feststellen, die durch den Balkankrieg große Verluste erleiden und noch größere im Falle europäischer Verwicklungen fürchten. Ferner spielen die pekuniären Unterstützungen, die hier von Österreich, Deutschland und der Türkei bewilligt werden, zweifellos eine Rolle. Eine derartige Lage beschäftigt, wie ich mich überzeugen konnte, nicht nur mich selbst, sondern auch den französischen Minister des Auswärtigen, und ich täusche mich nicht, wenn ich annehme,

daß H. Poincaré es für wünschenswert hält, daß wir gleichfalls unsere Zuflucht zu diesem Mittel nehmen.

Früher sind unsere Versuche eines materiellen Drucks auf die Presse nicht immer von Erfolg begleitet gewesen, und Sie kennen voraussichtlich die unglücklichen Versuche, die mit Leuten wie Manuilow Radschkowski, Schelking und anderen gemacht worden sind. Aber während der Zeit des japanischen Krieges und des Abschlusses der großen Liquidationsanleihe von 1906 war unser Vorgehen auf diesem Gebiet glücklicher. Die Initiative ging von der französischen Regierung selbst aus. Als beim Ausbruch der Feindseligkeiten an der Börse eine Panik entstand, schickte der damalige französische Finanzminister, H. Rouvier, zu A. I. Nelidow einen Vertrauensmann (einen gewissen Lenoir) mit einem Plan über einen finanziellen Druck auf die Presse. Die Botschafter und unser Finanzagent telegraphierten nach St. Petersburg, und als Ergebnis wurden A. I. Nelidow und Geheimrat Raffalowitsch 250000 Franken zur Verfügung gestellt. Mit Wissen der französischen Regierung wurde über die monatlichen Verteilungen an die hiesigen Zeitungen ein besonderes Budget aufgestellt. Die Verteilungen selbst wurden durch Vermittlung des erwähnten Lenoir durch Schecks, die gleichzeitig als Quittung dienten, ausgeführt. Die ersten 250000 Franken wurden in drei Monaten ausgegeben. Bis zum Abschluß einer Anleihe von 1906 wurden zum selben Zweck noch andere Summen verwendet, deren genauer Betrag mir nicht bekannt ist, da die auf diese Angelegenheit bezüglichen Akten durch Geheimrat Raffalowitsch an die Kreditkanzlei zurückgelangt sind. Aus Anlaß der Anleihe von 1906 hat die französische Presse noch bedeutendere Summen erhalten, jedoch nicht unmittelbar durch uns, sondern durch französische Banken, die an der Anleihe teilnahmen. Seitdem und bis heute ist für die französische Presse keine Kopeke mehr ausgegeben worden, und dieser Umstand hat zweifellos die Presseangriffe gegen uns aus den Jahren 1908/1910 zur Folge gehabt.

Da ich persönlich sehr wenig Erfahrung in der Unterstützung von Zeitungen habe, wandte ich mich an den Geheimrat Raffalowitsch, der in dieser Angelegenheit sehr auf dem Laufenden ist, und der den folgenden Aktionsplan vorschlägt: Es würde angemessen sein, für den oben genannten Zweck jetzt eine Summe von ungefähr 300000 Franken anzuweisen, die im Laufe von sechs Monaten ausgegeben werden müßten. Die Verteilung der Unterstützungen würde im Zusammenarbeiten oder durch Vermittlung desselben Lenoir erfolgen, der damals 1905 bereits beauftragt war. Ein entsprechender Kredit wäre bei einer der Pariser Banken zu eröffnen (nach den Vorgängen der „Banque de Paris des Pays-Bas“). Dieser Kredit wäre mittels Schecks zu verbrauchen, die als Quittungen der Empfänger dienen könnten. Wird dieser Plan als zweckmäßig erachtet, so halte ich meinerseits die Beachtung der folgenden Bedingungen für notwendig: Die unmittel-

bare Ausführung wird nicht der Botschaft anvertraut werden dürfen, sondern unserem Finanzattaché, der eine große Erfahrung in der Angelegenheit hat, aber in Einverständnis mit mir. Ferner ist es sehr wichtig, nichts zu unternehmen, ohne H. Poincaré zu unterrichten und ohne seine Zustimmung zu haben, denn nur unter dieser Bedingung kann man günstige Ergebnisse erwarten. Die französischen Staatsmänner haben in Geschäften dieser Art eine große Gewohnheit. Meine Unterredung mit H. Poincaré hat mich davon überzeugt, daß er geneigt ist, uns seine Hilfe in der vorliegenden Angelegenheit zu leisten und uns den geeignetsten Plan für die Verteilung der Gelder anzugeben. Die Person Lenoirs ist ihm anscheinend wohlbekannt, und er würde uns voraussichtlich haben wissen lassen, daß dessen Mitarbeit wünschenswert wäre. Er hat mir u. a. bestätigt, daß in der letzten Zeit große Summen für die Presse in Paris und in der Provinz aufgewendet werden, und zwar für Zwecke, die nicht nur gegen Rußland, sondern im allgemeinen gegen den Dreiverband gerichtet sind. Nach seinen Nachrichten stammen diese Summen von einer internationalen Finanzgruppe, deren Zentrale sich augenblicklich in London befindet. Nach Ansicht des H. Poincaré muß dieser Umstand von uns bei der Verteilung unserer Gelder besonders berücksichtigt werden. Er sprach mir seine lebhafteste Dankbarkeit dafür aus, daß ich in aller Offenheit die gegenwärtige Frage mit ihm besprochen habe und fügte hinzu, er würde sich selbst an mich gewandt haben, um mich zu bitten, nichts ohne vorheriges Einvernehmen mit ihm zu unternehmen.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit und Dringlichkeit der vorliegenden Frage würde ich Ihnen für eine telegraphische Übermittlung Ihrer Entscheidung besonders dankbar sein.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 16./29. Oktober 1912

Herr Präsident!

Ich war gestern lange mit H. Iswolski zusammen, den der Gedanke beschäftigt, bei bestimmter Gelegenheit auf die Zeitungen und Journalisten einzuwirken, und der der Ansicht ist, daß der Augenblick naht, wo das geschehen muß. Ich habe ihm in einem ihm übersandten Schreiben den Mechanismus dargelegt, dessen man sich in den Jahren 1904/1905 bedient hat (Kredit bei der „Banque de Paris“, Geld an die „Société Algérienne“, Verteilung durch Lenoir gegen Schecks, die sich in St. Petersburg befinden).

Ich habe ihm auseinandergesetzt, wie wir, ohne einen Pfennig auszugeben, dank meiner 30jährigen, ganz persönlichen Arbeit, imstande gewesen sind, unsere Finanzen bekannt zu machen. Offenbar hat sich das alles heute bei dem Appetit der Leiter der Finanzabteilungen in den Zeitungen und bei den neuen Sitten geändert.

Ich habe ihm auch klargemacht, welche relativ geringe Bedeutung Annoncen in den Augen gewisser Geldempfänger besitzen, die in Wut geraten würden, wenn man sie ihnen wieder entzöge, und welche außerordentliche Bedeutung sie in den Augen derjenigen haben, die sie nicht erhalten. Ich habe auch hinzugefügt, daß durch Vermittlung von Hansen und dem verstorbenen Radschkowski viele Tausende von Franken in Paris ohne großen Nutzen verschwendet worden sind. Ich nannte ihm die „Agence Russe“ des verstorbenen Efront, die „Russie Hebdomadaire“ von Hansen & Co., ohne die „Patrie“ des verstorbenen Cabacasy zu vergessen.

Es gibt verschiedene Mittel zur Beeinflussung der Presse. Der Botschafter wendet mit großer Hingabe eines an: nämlich, alle Tage Hedemann und alle zwei Tage Tardieu zu sehen, und den politischen Schriftstellern freundlicher entgegenzukommen als irgendeiner seiner Vorgänger.

Offenbar ist es sehr heikel, sehr schwierig, mit dem zweiten Mittel vorwärts zu kommen, aber es kann für die Erreichung politischer Ziele unvermeidlich sein.

Ich wiederhole andererseits, daß es nötig wäre, irgendwie den Senator Perchot zufriedenzustellen, der als einflußreiches Mitglied der radikalen Partei und als Eigentümer des „Radical“ gepflegt sein will.

Ihr gehorsamster

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris (ohne Datum)

Herr Präsident!

Anliegend der Aufsatz von Hedemann im „Matin“, das Ergebnis einer Unterredung des Botschafters mit diesem Journalisten.

Sein Eindruck sollte geeignet sein, die unzufriedenen Leute in Rußland zu beruhigen: Rußland ist dem Bündnis, trotz aller Angriffe, trotz aller Beleidigungen der Radikalen und Radikalsozialisten während des Krieges und trotz der Unruhen treu geblieben — es hat Frankreich ungeheure Dienste geleistet, das dank Alexander III. — unvergeßlichen Angedenkens — seine Stellung wiedergewonnen hat.

Und alles, was wir in Algieras und im letzten Jahr getan haben!
Die Leute vergessen oder wissen es nicht.

Ihr sehr ergebener

A. Raffalowitsch

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Brief (sehr vertraulich) St. Petersburg, den 17./30. Oktober 1912

Herr Alexander Petrowitsch!

Nach vorherigem Einvernehmen zwischen mir und W. N. Kokowtzw ist Ihr Brief vom 23. Oktober d. J. bezüglich der Bewilligung von Mitteln für die Ausübung eines Drucks auf die französische Presse im Ministerrat geprüft worden. Bei der Beratung der von Ihnen aufgeworfenen Frage sind Zweifel darüber laut geworden, ob, ganz allgemein gesprochen, der Vorteil, der aus dem Abschluß eines Geschäftes mit einzelnen Organen der Presse zu ziehen wäre, in einem Verhältnis zu der Größe der hierzu erforderlichen Ausgabe stehen würde. Man sprach auch die Befürchtung aus, daß man, wenn man sich einmal auf diesen Weg eingelassen habe, auch in Zukunft hierfür nur immer größere Summen ohne genügenden Vorteil aufwenden müsse.

Indessen hat der Ministerrat zum Schluß entschieden, für dieses Mal Ihrem Gesuch zu entsprechen und die von Ihnen bezeichnete Summe von 300000 Franken zu bewilligen, aber mit dem Vorbehalt, daß diese Summe als einmaliger Kredit angesehen werden muß, der, nachdem er verbraucht ist, nicht mehr erneuert werden darf.

Angesichts Ihrer richtigen Bemerkung, es sei vorzuziehen, die Botschaft mit der Ausführung der genannten Maßnahme nicht zu betrauen, andererseits aber angesichts des Umstandes, daß nach der Erklärung von W. N. Kokowtzw der Vertreter des Finanzministeriums anscheinend ebenfalls wünschen würde, bei diesem Geschäft im Hintergrunde zu bleiben, schlägt der Ministerpräsident vor, den Direktor der besonderen Kreditkanzlei zu beauftragen, sich in Paris mit Ihnen persönlich über den besten Weg für die Durchführung der genannten Maßnahme zu verständigen. Bei dieser Gelegenheit halte ich es für meine Pflicht zu bemerken, daß die Persönlichkeit Lenoirs hier nicht mehr unbekannt ist und daß sie wenig Vertrauen einzuflößen scheint. Mit Rücksicht hierauf spreche ich den Wunsch aus, wenn irgend möglich, einen geeigneteren Mittelsmann ausfindig zu machen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

*Der russische Minister-Präsident an den
französischen Minister-Präsidenten*

Brief

St. Petersburg, den 17./30. Oktober 1912

Herr Präsident und lieber Kollege!

Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß H. Dawidow, Kammerherr Seiner Majestät und Direktor der Kreditkanzlei, sich in kurzer Zeit nach Paris begeben wird.

Ich bitte Sie, H. Dawidow eine Audienz gewähren zu wollen. Er besitzt mein ganzes Vertrauen und wird Sie mit einer Frage befassen, der unser Botschafter in Paris sehr große Bedeutung beimißt. H. Iswolski nimmt übrigens an, daß die genannte Frage Sie nicht weniger interessieren wird.

Es handelt sich um die Pariser Presse, deren Haltung eine große Bedeutung zukommt, nicht so sehr vom Standpunkt der finanziellen Interessen unserer beiden Länder aus, als vielmehr hinsichtlich ihrer politischen Interessen, das heißt, hinsichtlich der wechselseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland.

Ich persönlich würde stark befürchten, daß ein unmittelbares Eingreifen unsererseits bei der Presse ohne Wirkung bleiben würde, wie die Erfahrung während der schwierigen Zeiten, die Rußland 1904/1906 durchgemacht hat, gezeigt hat. Obwohl die Lage Rußlands heute eine ganz andere ist, würde ein Eingreifen dieser Art nur das Ergebnis haben können, gewisse Begierden und Rivalitäten unter den französischen Zeitungen wachzurufen, ohne daß der erwünschte Zweck erreicht würde. Ich lege Wert darauf hinzuzufügen, daß ich mich, falls Sie ein unmittelbares Eingreifen von russischer Seite auf diesem Gebiet für unvermeidlich halten sollten, dieser Ihrer Ansicht, die Ihnen Ihre hohen Kenntnisse und Erfahrungen in diesen Dingen vorschreiben, fügen würde.

Ich wäre Ihnen außerordentlich zu Dank verpflichtet, wenn Sie, Herr Präsident und lieber Kollege, in voller Offenheit Ihre Ansicht und Gedanken hierüber H. Dawidow auseinandersetzen wollten, der, ich wiederhole es, mein allergrößtes Vertrauen genießt.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 335 Paris, den 23. Oktober/5. November 1912

Angesichts des Kampfes, den die Zeitung des H. Perchot, „Le Radical“, gegen die Politik Poincarés und indirekt gegen Rußland

eröffnet hat, halte ich es für meine Pflicht, noch einmal ernstlich Ihre Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit, über die ich Ihnen unter Nr. 300 telegraphiert habe, zu lenken.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 354 Paris, den 29. Oktober/11. November 1912

Berufe mich auf mein Telegramm Nr. 335.

Ich erlaube mir wiederum, Ihr ernstestes Augenmerk auf den Fall Perchot zu richten. Die von ihm nicht nur in der Presse, sondern auch in Parlamentskreisen begonnene Kampagne nimmt von Tag zu Tag zu und macht Poincaré überaus besorgt, der inständig bittet, diesen Fall einem gerechten Schiedsgericht zu unterziehen, da der gerichtliche Weg sich unfehlbar eine sehr lange Zeit hinziehen wird. Das prinzipielle Einverständnis mit einem Schiedsgericht würde genügen, um Perchot zu beruhigen. Poincaré sprach heute mit Dawidow darüber, der seinerseits Kokowtzwow telegraphierte.

Iswolski

*Der Direktor der russischen Kredit-Kanzlei
an den russischen Minister-Präsidenten*

Telegramm Paris, den 29. Oktober/11. November 1912

Zusammenfassung meiner Unterredung mit Poincaré und dem Botschafter. Sie sind beide der Ansicht, man solle die Zahlungen an die Presse vertagen, halten es aber für wünschenswert, einen Kredit von 300 000 Franken zum sofortigen Eingreifen bereitzustellen, wenn dies in Zukunft stattfinden soll. Das ist vernünftig und ich habe es zur Weitergabe an Eure Exzellenz angenommen. Auf unsere Bitte hin wird Poincaré morgen mit Lenoir den Plan zur eventuellen Organisation dieses Dienstes entwerfen. Poincaré bittet mich auch, Perchot zu empfangen und zu versuchen, ihn zu beruhigen, denn seine Kampagne in der radikalen Partei wird für Poincaré und das Bündnis un-
bequem.

Dawidow

*Der Chef der russischen Kreditkanzlei an den
Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris*

Telegramm St. Petersburg, den 29. November/12. Dezember 1912

Sie können Lenoir zur Ausgabe der von Ihnen erwähnten 35000 Franken ermächtigen. Wegen des Restbetrages von 75000 Franken erhalten Sie brieflich Weisungen.

Dawidow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den Chef der russischen Kreditkanzlei*

Telegramm Paris, den 30. November/13. Dezember 1912

Der russische Botschafter in Paris ist sehr trübe gestimmt; er betrachtet Lage als ernst und rechnet mit Möglichkeit einer Besetzung der Hauptstadt Serbiens, wenn dieses sich weigert, den Vertrag über gute Nachbarschaft, der der Vernichtung der politischen Freiheit des Königreichs gleichkommt, zu unterschreiben. Der russische Botschafter in Paris ist der Ansicht, man solle den Rest des Kredits von 75000 Franken ohne weiteres Schachern dem Finanzminister zur Verfügung stellen.

Bitte telegraphieren Sie mir die Zustimmung Seiner Exzellenz. Ich benachrichtige Sie davon, daß Lenoir abwesend ist. Der russische Botschafter in Paris wünscht 30000 Franken zur unmittelbaren Verteilung, ohne daß jemand außer ihm selbst jemals irgendwelche Namen erfährt. Bitte telegraphieren Sie mir dringend und fügen Sie Ihren persönlichen Eindruck von der Lage hinzu.

Raffalowitsch

*Der Chef der russischen Kreditkanzlei an den
Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris*

Telegramm St. Petersburg, den 1./14. Dezember 1912

Auf Ihr Telegramm vom 30. November/13. Dezember benachrichtige ich Sie, daß der Finanzminister seine Zustimmung dazu gibt, 25000 Franken vom Konto Lenoir zu erheben und unmittelbar dem russischen Botschafter in Paris zur Verfügung zu stellen.

Dawidow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 2./15. Dezember 1912

Herr Präsident!

Ich empfang den Besuch des H. Lenoir, der kam, um mich zu fragen, ob hinsichtlich der Presseorganisation, die Sie kennen und der wir beide, Eure Exzellenz und ich, mit gleichem Widerwillen gegenüberstehen, schon irgend etwas geschehen sei. Aber unser Gefühl muß angesichts der Bemerkungen des H. Poincaré und des H. Klotz, die Lenoir übermittelte, zurücktreten.

Es hat den Anschein, als ob Ihr französischer Kollege sich durch den von den Radikalsozialisten betriebenen Feldzug belästigt fühlt, der in folgender Erklärung besteht: Wir werden keinen Krieg dulden, dessen Ausgangspunkt orientalische Fragen, besonders die Beziehungen zwischen Serbien und Österreich bilden.

Um diesen Presseangriffen zu begegnen, würde etwas Geld notwendig sein, und Lenoir kam, um mir zu sagen, er habe bereits einiges Geld bei „L'Aurore“ und „La Lanterne“ untergebracht.

Er nannte dann den Namen der Zeitung „L'Evenement“, deren Direktor ein gewisser Israel sein soll, ein Agent der Regierung bei den Parlamentariern, und den der „France“, wo ein junger Julia schreibt, den man protegiert.

Ich zuckte mit den Schultern und sagte dem Menschen, der sich mit derartigen Geschäften befaßt, es gehe ein wenig weit, monatlich 2000 Franken für drei Monate jeder dieser Zeitungen zu bewilligen. Diese Küche beachteten wir in Petersburg nicht, so eifrig wir auch darauf bedacht seien, unseren französischen Kollegen angenehm zu sein. Das Gewerbe der Milchkuh passe uns nicht. Sie werden mir sagen, ob ich Unrecht gehabt habe. Es scheint mir aber, wir müssen wenigstens gute Geschäfte machen.

Lenoir bat, das Geld an die „Banque de France“ zu überweisen, da sie die einzige Bank sei, in der man vor Indiskretionen sicher sein könne. Das sei bei Paris-Bas nicht der Fall, wo der Direktor T. und der Präsident N. (beide Schweizer) augenblicklich kein gutes Ansehen genießen.

A. Raffalowitsch

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief Nr. 95

St. Petersburg, den 3./16. Dezember 1912

(Sehr vertraulich)

Herr Sergej Dmitriewitsch!

Im Oktober d. J. haben mich Eure Exzellenz von dem Inhalt eines Briefes des Kaiserlichen Botschafters in Paris in Kenntnis gesetzt, in

dem er uns von der Notwendigkeit eines finanziellen Drucks auf die französische Presse Mitteilung machte und sich auf den in dieser Richtung von dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister der französischen Republik geäußerten Wunsch berief.

Mit Rücksicht hierauf und im Einvernehmen mit Eurer Exzellenz sandte ich den Direktor der Kreditkanzlei, Kammerherrn des Kaiserlichen Hofes und Wirklichen Staatsrat Dawidow nach Paris zu dem Zweck, an Ort und Stelle die Subventionierung der französischen Presse in ordnungsmäßiger Weise in die Wege zu leiten, falls eine solche Subventionierung nach Prüfung mit unserem Botschafter und H. Poincaré anerkannt werden würde. Als ich den Hofmeister Iswolski von meiner Entscheidung, den Wirklichen Staatsrat Dawidow nach Paris zu schicken, unterrichtete, verfehlte ich nicht, gleichzeitig seine Aufmerksamkeit auf die meiner Ansicht nach zu erwartende Erfolglosigkeit des beabsichtigten finanziellen Drucks, sowie auf die Bedeutungslosigkeit der von uns in dieser Hinsicht 1905 und 1904 erzielten Ergebnisse zu lenken.

Im Laufe der Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem Wirklichen Staatsrat Dawidow erklärte H. Poincaré seinerseits, der Gedanke eines finanziellen Drucks auf die französische Presse sei ganz und gar auf unseren Botschafter zurückzuführen, und er für seine Person könne sich nur darauf beschränken, uns den Rat zu geben, die angewiesenen Summen sehr allmählich und mit großer Vorsicht auszugeben.

Bei weiteren Unterredungen zwischen dem Hofmeister Iswolski und H. Poincaré hat man vereinbart, daß eine unmittelbare Notwendigkeit, zu irgendwelchen Verteilungen zu schreiten, nicht vorhanden sei, und daß es nur wünschenswert sei, eine Summe von 300000 Franken für den Fall in Reserve zu haben, daß unerwartet die Notwendigkeit von Ausgaben auftauchen sollte.

Die Vereinbarung, zu der man gekommen war, und die Stellungnahme der französischen Regierung zu dieser Vereinbarung wurden später in einem an mich gerichteten Briefe des H. Poincaré vom 18. November neuen Stils bestätigt, dessen Abschrift Euer Exzellenz unter dem 10. November d. J. alten Stils übermittelt worden ist.

Indem ich mich den Bedingungen der getroffenen Vereinbarung anschloß, habe ich unverzüglich die Weisung zur Bereitstellung der ausgemachten Summe von 300000 Franken gegeben. Es wurde beschlossen, die Auszahlung der genannten Summe in drei Raten von je 100000 Franken auf laufendes Konto des H. Lenoir vorzunehmen, dem die Verteilung der Summen anzuvertrauen H. Poincaré in einer Unterredung mit dem Kammerherrn Dawidow geraten hat. Die erste Überweisung von 100000 Franken ist in der letzten Woche an die Banque de France erfolgt, und es wurde dem Agenten des Finanzministeriums in Paris, der die Summe an H. Lenoir weiterleiten sollte,

mitgeteilt, daß das Geld nur mit Wissen des Agenten des Ministeriums und mit Zustimmung des Hofmeisters Iswolski und seiner eigenen ausgegeben werden könne.

Indessen, schon bevor H. Lenoir in den Besitz der genannten Summe gelangt ist, hat Geheimrat Raffalowitsch am 3. Dezember neuen Stils telegraphiert, der französische Finanzminister habe nach den Worten des H. Lenoir seine Ungeduld bezüglich des Empfangs der Summe ausgesprochen. Gleich nachher teilte mir Geheimrat Raffalowitsch mit, H. Klotz habe ihn am 9. Dezember neuen Stils zu sich rufen lassen und ihm seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit auseinandergesetzt, einen Standpunkt, den H. Raffalowitsch in folgenden Worten wiedergegeben hat: „Die Initiative zu dem Plan gebührt H. Iswolski, der mit H. Poincaré darüber gesprochen hat. H. Poincaré hat den Gedanken im gemeinsamen Interesse der beiden Länder angenommen. Es ist verabredet worden, daß wir die Verteilung leiten und Lenoir die Empfänger angeben soll, weil wir in der Lage sind, sie zu kennen, während Sie es nicht sind. Wir legen Wert darauf zu wissen, wer Geld erhält.“ Ferner sprach H. Klotz den Wunsch aus, H. Lenoir sollten 25000 Franken zurückvergütet werden, die er bereits für unsere Rechnung ausgegeben habe, und außerdem sollten 75000 Franken für die weiteren Ausgaben der genannten Person zur Verfügung des französischen Finanzministeriums gestellt werden.

Geheimrat Raffalowitsch hat dem Hofmeister Iswolski seine Unterhaltung mit H. Klotz mitgeteilt. H. Iswolski äußerte seinerseits die Ansicht, daß es angezeigt sei, ohne jeden Einwand von unserer Seite die 75000 Franken, um die es sich bei der Unterredung mit H. Klotz handelte, der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Gelegenheit hat jedoch Hofmeister Iswolski den Wunsch ausgesprochen, es sollten ihm, abgesehen von der genannten Summe, noch 30000 Franken zugewiesen werden, die geheim zu seiner Verfügung stehen sollten.

Nachdem ich durch die obenerwähnten Telegramme des Agenten des Finanzministeriums in Paris erfahren hatte, wie die Dinge liegen, habe ich sofort 25000 Franken an H. Lenoir und eine gleiche Summe an den Kaiserlichen Botschafter in Paris überweisen lassen.

Indem ich Euer Exzellenz den Verlauf der ganzen Angelegenheit des finanziellen Druckes auf die französische Presse mitteile und mit der Möglichkeit weiterer Ausgaben dieser Art rechne, fühle ich mich verpflichtet, um jeder weiteren Entwicklung für die Zukunft vorzubeugen, Ihre Aufmerksamkeit, mein Herr, auf die Wendung zu lenken, die die vorliegende Angelegenheit entgegen allen vorher getroffenen Abmachungen genommen hat.

Hierbei kann ich nicht umhin, mich auf die Erwägungen zu berufen, die ich von Anfang an bezüglich der Folgen angestellt habe,

zu denen der finanzielle Druck auf die französische Presse führen könne, der von dem Hofmeister Iswolski vorgeschlagen und jetzt dank seinem Drängen ausgeführt wird.

Ich bitte Eure Exzellenz, die Versicherung usw.

Kokowtzow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Telegramm

Paris, den 11./24. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf meine Briefe von gestern und vorgestern bitte ich um telegraphischen Bescheid, ob ich Lenoir ermächtigen kann, die 25000 Franken zu erheben, die auf Weisung des französischen Finanzministeriums, das die Führung der Operation in die Hand genommen hat, ausgegeben worden sind. Ich bitte Sie zu telegraphieren, ob wir der Bitte des französischen Finanzministeriums entsprechend den Restbetrag von 75000 Franken der französischen Regierung zur Verfügung stellen oder das Geld nach und nach auszahlen sollen. Ich beziehe mich auf mein gestriges Schreiben. Der Finanzminister selbst handelt im Einvernehmen mit seinem Ministerpräsidenten. Der russische Botschafter in Paris ist vor Einleitung der Operation der Ansicht gewesen, daß man der französischen Regierung, die sich für die Bezeichnung der Personen als zuständig erklärt, Hinweise suggerieren oder geben müsse.

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Botschafter in Paris*

Brief (sehr geheim)

Paris, den 11./24. Dezember 1912

Herr Botschafter, Euer Exzellenz wissen, unter welchen Bedingungen die Presseoperation eingeleitet worden ist, wie Sie seit langem die Notwendigkeit fühlten, Mittel und Wege zur Beeinflussung zu haben, wie H. Lenoir kam, um über die Zusammenhänge der der Alliance feindlichen Kampagne und über die Lage, in der wir uns befänden, zu sprechen, und wie er zu verstehen gab, er habe die stillschweigende Billigung der Regierenden, wie Euer Exzellenz nach St. Petersburg schrieben, wie ein Kredit von 300000 Franken durch Entscheidung des Ministerrats eröffnet wurde, wie H. Dawidow nach Paris kam und wie man eine Regelung der Angelegenheit beschloß,

auf Grund deren die Verteilung im Einvernehmen mit der französischen Regierung und auf dem Wege über H. Lenoir, dem bevollmächtigten Verteiler, erfolgen sollte.

H. Dawidow reiste mit dem Eindruck ab, daß der eröffnete Kredit nicht bald zur Verteilung gelangen werde, sondern daß er eine Reserve für dringende Fälle bilde. Dies bestätigte er mir kürzlich durch eine Depesche.

Euer Exzellenz sind von mir davon unterrichtet worden, daß Lenoir zu mir kam, um mir von der Festlegung einer bestimmten Summe von Zahlungen Mitteilung zu machen, die auf Befehl des H. Klotz, des Beauftragten von H. Poincaré, in der Angelegenheit geleistet und für die „Aurore“, die „Lanterne“ und bestimmte Direktoren von Zeitungen ohne große Verbreitung, aber von Einfluß, bestimmt waren. Ich machte Einwendungen, die mir die Ehre verschafften, vorgestern früh zu H. Klotz gerufen zu werden, der mir seinen Standpunkt darlegte. Ich habe über die Unterredung mit H. Klotz berichtet.

Gegenwärtig hat also Lenoir auf Befehl von H. Klotz, dem Leiter der Operation, 25 000 Franken verausgabt, die ihm ersetzt werden müssen.

Euer Exzellenz haben bemerkt, daß die Leitung uns vollständig entgleitet. Sie haben mir gesagt, man solle nur die französische Regierung handeln lassen, sobald sie sich uns zur Verfügung gestellt habe.

Ich schließe mit der Bemerkung, daß ich auf die Botschaft gehe, um diese Frage zu besprechen.

Genehmigen Sie usw.

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den Chef der russischen Kredit-Kanzlei*

Brief

Paris, den 11./24. Dezember 1912

Mein lieber Kollege!

Ich schrieb gestern Seiner Exzellenz Kokowtzow in großen Zügen über den Inhalt meiner Unterredung mit H. Klotz. Wenn Sie über mein Telegramm, dessen Inhalt ich teilweise wörtlich H. Klotz mitgeteilt habe, überrascht waren, so war ich es noch mehr über den von H. Klotz in dünnen Worten ausgesprochenen Wunsch, zunächst 100 000 Franken zur Verfügung des H. Lenoir zu haben, um den Bedürfnissen für Dezember und Januar nachkommen zu können.

H. Klotz sagte mir: „Die Initiative zu dem Plan gebührt H. Is-

wolski, der mit H. Poincaré darüber gesprochen hat. H. Poincaré hat den Gedanken im allgemeinen Interesse der beiden Länder angenommen. Es ist verabredet worden, wir sollten die Verteilung leiten und Lenoir die Empfänger nennen, weil wir in der Lage sind, sie zu kennen, während Sie es nicht sind. Wir legen Wert darauf zu wissen, wer Geld empfängt.“

Als ich ihm dann sagte, man müsse wenigstens wertvolle Artikel schaffen, z. B. Zeitungen wie „L'Aurore“ und „La Lanterne“, da es sich darum handle, im Lager der Radikalsozialisten zu arbeiten, und daß ich Einwände gegen „La France“ und „L'Événement“ zu machen habe, antwortete er mir, mit 300000 Franken könne man nichts anderes erreichen, als wilde Gelüste bei den Zeitungen zu erwecken: man tue besser daran, auf einzelne einzuwirken, auf Direktoren oder Zeitungsredakteure, die einen Anhang im Parlament und in der Presse hätten. Hierfür hätte man uns „La France“ und „L'Événement“ bezeichnet, weil die in Frage kommenden Personen einflußreich tätig seien. Es handele sich darum, mögliche Angriffe zu paralysieren, in bestimmte Bahnen zu lenken usw.

Alle unsere schönen Hoffnungen, diesen Kriegsschatz nicht angegriffen zu sehen, sind also vernichtet — wenigstens soweit die erste Rate von 100000 Franken in Betracht kommt.

Nachdem wir einmal im Prinzip jener Operation zugestimmt haben, auf die H. Iswolski so sehr gedrungen hat und deren Leitung ihm von dem Augenblick an, in dem er sie mit H. Poincaré besprochen hat, der sie in die Hände des H. Klotz legte, vollständig entglitten ist, besteht der unmittelbare Vorteil für uns darin, daß wir jeder Sorge um die Auswahl der Journalisten, jeder Sorge um die Verteilung und jeder Verantwortung enthoben sind. Sie haben sich verpflichtet, die Angriffe gegen Rußland im Parlament und in dem Teil der Presse, auf den sie einwirken, zu paralysieren.

Ein Stein des Anstoßes bleibt der Fall Perchot. Soweit ich Klotz verstanden habe, werden das Kabinett Poincaré und indirekt auch wir selbst Unannehmlichkeiten haben, wenn man keine Lösung findet.

Diese ganze Pressegeschichte, über deren Bestandteile ich Ihnen schrieb, ist sehr merkwürdig und interessant. Sie zeigt das Vorgehen der Regierung und die Organisation der Politik in einem besonderen Licht.

Man muß dies alles in unseren Archiven aufbewahren, ebenso wie den berühmten Brief von Verneuil nach der Schlacht bei Mukden.

Ich erwarte also von Ihnen die Ermächtigung, Lenoir über die erste Rate von 100000 Franken verfügen zu lassen. K. machte ein überraschtes Gesicht, weil sie heute noch nicht angekommen ist.

Ganz der Ihre

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 17./30. Dezember 1912

Herr Präsident!

Ich habe dem Botschafter mitgeteilt, wie hinsichtlich seiner Bitte um Gelder zu seiner unmittelbaren Verfügung entschieden worden ist. Die Zahlung durch Hoskier vermeidet jedes Geschwätz. Er ist der Bankier des Botschafters, wie aller seiner Vorgänger von Mohrenheim an.

Man erzählt unter den Journalisten, daß Poincaré so nachdrücklich für die Kandidatur von Leon Grajdanine¹ für die Präsidentschaft eintritt, weil Frau Poincaré um keinen Preis will, daß ihr Gemahl Präsident wird, denn sie fürchtet Erpressungen wegen der Zeit, die zwischen ihrer ersten Ehe und der mit Poincaré liegt. Es handelt sich um übelwollende Gerüchte, die von Gegnern verbreitet werden.

Ihr sehr ergebener

Raffalowitsch

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 486 Paris, den 21. Dezember/3. Januar 1912/13

Erhielt Ihre Briefe Nr. 1301 und 1306.

Poincaré bat mich, Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf den Fall Perchot, der ihn noch immer sehr besorgt macht, zu lenken. Er sagt, daß die Kombination mit den russischen Banken, die im Briefe Perchots an W.N. Kokowtzow erwähnt wird, gegenwärtig dem Finanzministerium zur Durchsicht vorliege, und daß er hoffe, Sie werden es nicht unterlassen, auf eine günstige Lösung hinzuwirken. Wie mir aus durchaus vertrauenswürdiger Quelle bekannt wurde, ist es für Poincaré von großer Wichtigkeit, daß der Fall bis zum 4. Januar alten Stils, d. h. bis zur Präsidentenwahl, erledigt wird, denn Perchot kann sehr ernstlich auf diese Wahl einwirken. Ich bin der Ansicht, daß es für uns sehr erwünscht wäre, der Kandidatur Poincarés diese Unterstützung zu gewähren.

Iswolski

¹ Grajdanine bedeutet im Russischen: Bürger = citoyen une bourgeois. Es handelt sich also um Léon Bourgeois.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 3./16. Januar 1913

Sehr geehrter und lieber Sergej Dmitriewitsch!

Zehn Tage muß ich bereits wegen einer starken Grippe das Bett hüten. Das heftige Fieber und verschiedene Komplikationen haben mich derartig geschwächt, daß ich angesichts der ernstesten politischen Lage nicht imstande bin, die Geschäfte zu führen und es für nötig befunden habe, sie Sewastopulo zu übergeben. Heute fühle ich mich wohler, und ich hoffe, in einigen Tagen wieder auf den Beinen zu sein. Der Arzt verlangt jedoch, daß ich mich wenigstens für ein paar Tage nach dem Süden Frankreichs begeben, bevor ich wieder an die Arbeit gehe. Ich werde Ihnen hierüber telegraphieren.

Morgen findet die Präsidentenwahl statt. Wenn — was Gott verhüten möge! — Poincaré unterliegen sollte, so wird dies für uns eine Katastrophe sein, denn eine Ära Combes usw. wird beginnen.

Über die Geschäfte schreibt Ihnen Sewastopulo ausführlich.

Unsere aufrichtigen Glückwünsche zum Neuen Jahre Ihnen und Frau Anna Borisowna.

Ihr herzlich ergebener

Iswolski

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 18

Paris, den 5./18. Januar 1913

Das Kabinett hat demissioniert. Das neue Ministerium wird von Fallières und Poincaré gemeinsam gebildet werden, damit kein neuer Wechsel eintritt, wenn der neue Präsident sein Amt übernimmt. Die Bildung dieses Ministeriums wird wahrscheinlich Briand übertragen werden.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 21

Paris, den 7./20. Januar 1913

Wie mir mitgeteilt wird, liegt in Sachen Perchots von seiten des Ministeriums der Finanzen eine neue Verzögerung oder sogar eine Ablehnung vor. Da die Franzosen der Meinung sind, daß ihnen unsere

grundsätzliche Zustimmung bereits mitgeteilt wurde, so wird ihnen eine derartige Wendung ganz unerklärlich sein.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 27

Paris, den 9./22. Januar 1913

Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 21. Paléologue ist erneut auf die Angelegenheit Perchot zurückgekommen, die, wie er mir mitteilte, eine Quelle großer Unannehmlichkeiten und Sorgen für Poincaré bilde. Er bat mich, Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit noch einmal auf diese Angelegenheit zu lenken.

Sewastopulo

3. Kapitel
Poincaré als Präsident der Republik

3. Teil
Politik des Paderborns

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 22

Paris, den 7./20. Januar 1913

Poincaré sagte mir heute, wie tief ihn das huldvolle Telegramm des Kaisers gerührt habe, ebenso wie die Telegramme Eurer Exzellenz, des Staatssekretärs Kokowtzow, und anderer Würdenträger und Persönlichkeiten. „In Rußland“ — führte er aus — „hat man ganz richtig in meiner Wahl eine neue Bürgschaft für die Festigkeit unseres Bündnisses erblickt. Diese Wahl bedeutet an sich schon die Billigung meiner Politik eines engen Einvernehmens mit Rußland.“

Heute oder morgen — sagte er — werde er die Leitung des Außenministeriums seinem Nachfolger, wahrscheinlich H. Jonnart, übergeben, der lange Zeit Generalgouverneur von Algier war. Poincaré bezeichnete diesen als einen sehr befähigten und für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten gut vorbereiteten Mann. Übrigens werde er sich beständig sowohl seine, Poincarés, Fingerzeige zunutze machen — Poincaré selbst hat nicht die Absicht, Paris vor seinem Amtsantritt zu verlassen — als auch die Ratschläge des neuen Ministerpräsidenten Briand. Der letztere ist, wie mir Poincaré erklärte, im Laufe des letzten Jahres von allen Vorgängen im Ministerium des Auswärtigen unterrichtet worden und kennt die Geschäfte, als ob er selbst an der Spitze dieses Ressorts gestanden hätte.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 28

Paris, den 10./23. Januar 1913

Der neue Außenminister Jonnart hat gestern unseren Botschafter, der sich immer noch nicht erholt hat, besucht und ihm erklärt, er beabsichtige, die Politik seines Vorgängers ohne jede Abweichung zu befolgen — eine Politik des engen Einvernehmens mit Rußland und England.

Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 30

Paris, den 12./25. Januar 1913

Der Außenminister hat mich zu sich gebeten und mir gesagt, Georges Louis sei beauftragt worden, Ihnen den aufrichtigen Wunsch der französischen Regierung zu übermitteln, sich in der gegenwärtigen kritischen Lage in enger und ständiger Fühlung mit uns zu halten. Er hofft, daß auch wir unsererseits keine Initiative ergreifen, ohne vorher in einen Meinungsäustausch mit der verbündeten Regierung eingetreten zu sein. Jonnart fügte hinzu, daß er schon bei seinen ersten Schritten im politischen Leben ein überzeugter Anhänger des französisch-russischen Bündnisses gewesen sei und stets bereit sein werde, unsere politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen im vollen Umfange zu unterstützen. Hinsichtlich der Ereignisse in Konstantinopel hat er keine besonderen Nachrichten und auch keine bestimmte Ansicht über ihre wahren Ursachen und möglichen Folgen. Bis jetzt hat er keinen Grund, in ihnen das Ergebnis irgendwelcher ausländischer Ränke zu sehen.

Sewastopulo

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 38

Paris, den 15./28. Januar 1913

Heute habe ich zum ersten Male den neuen Außenminister besucht und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Jonnart drückte mir erneut den aufrichtigen Wunsch aus, in vollem und beständigem Einvernehmen mit Rußland zu handeln. Er sagte mir unter anderem, der neue deutsche Außenminister habe gleich nach seinem Amtsantritt dem französischen Botschafter gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß angesichts der gemeinsamen Interessen Deutschlands und Frankreichs an dem Schicksal der Türkei die französische Regierung es nicht ablehnen werde, alles darauf bezügliche mit dem Berliner Kabinett zu beraten. Jonnart hat J. Cambon sofort beauftragt zu antworten, die französische Regierung sei stets bereit, mit Deutschland und allen anderen Mächten die schwebenden Fragen zu besprechen, jedoch nur nach vorherigem Einvernehmen mit Rußland. Jonnart hofft, daß auch wir nach wie vor nur in vollem Einvernehmen mit Frankreich handeln werden. Im weiteren Verlauf unserer Unterredung mußte ich gewahr werden, daß Ihr Telegramm an Swerbejew Nr. 104,

dessen Inhalt ich Jonnart gestern morgen durch Sewastopulo mitteilen ließ und das heute Gegenstand einer Besprechung im Ministerrat war, hier eine gewisse Beunruhigung verursacht hat, hauptsächlich infolge von Anspielungen, daß unter gewissen Umständen und unter dem Druck unserer öffentlichen Meinung ein alleiniges Vorgehen unsererseits möglich sei. Aus diesem Anlaß sagte mir Jonnart, daß er immer noch Ihre Antwort auf die Mitteilung erwarte, mit deren Weitergabe an Sie er G. Louis gleich am Tage seines Amtsantritts beauftragt habe. „Frankreich“ — so setzte er hinzu — „ist bereit, alle seine Verpflichtungen Rußland gegenüber zu erfüllen, aber die französische Regierung hat mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung zu rechnen, denen in jedem Augenblick die Ursachen, die Frankreich in einen Krieg hineinziehen könnten, vollständig klar sein müssen.“ Deshalb müsse Frankreich ein plötzliches und alleiniges Vorgehen von unserer Seite fürchten und bitte uns dringend, keinerlei Initiative ohne vorherigen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu ergreifen. Diese Besorgnisse seien um so natürlicher, als das Berliner Kabinett deutlich zu verstehen gebe, es werde jede Zwangsmaßregel gegen die Türkei als eine Bedrohung des europäischen Friedens auffassen; im einzelnen würde jede Einmischung irgendeiner Macht, die die Frage der türkischen Besitzungen in Kleinasien anschneiden könnte, ein Eingreifen Deutschlands hervorrufen. Ich habe Jonnart geantwortet, daß ich die Gründe für die von ihm geäußerte Beunruhigung nicht begreifen könne. Seit Beginn der Krisis habe Rußland genug Beweise seiner friedlichen Gesinnung und seiner außerordentlichen Mäßigung gegeben. Wenn dem europäischen Frieden eine Gefahr drohen werde, so würde das sicher nicht unsere Schuld sein. Jetzt nach der in Konstantinopel erfolgten Umwälzung beständen wir weiter auf der Notwendigkeit, daß alle Mächte sich zu einer gemeinsamen Note zusammenfinden, aber bei der offensichtlichen Abneigung der Mächte, durch einen fühlbaren Druck ihre Forderungen zu bekräftigen, könnten wir es nicht unterlassen, auf die Gefahr einer Verwicklung hinzuweisen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zur Folge haben könnte. Es sei notwendig, daß die französische Regierung auch mit unserer öffentlichen Meinung rechne, die die Regierung in die schwierigste Lage bringen könne, falls die spätere Gestaltung der Ereignisse die Balkanstaaten mit dem Verlust der Früchte ihrer Siege bedrohen würde. H. Jonnart beeilte sich, mir zu versichern, daß er diese Gründe durchaus als stichhaltig anerkenne, aber gerade, weil man uns von seiten Frankreichs die vollste Unterstützung eines Bundesgenossen zusichern wolle, sei es notwendig, daß die beiden Verbündeten andauernd und für alle sichtbar auf diplomatischem Gebiet in völligem Einverständnis handelten. — Morgen soll ich Poincaré besuchen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 40

Paris, den 16./29. Januar 1913

Ich hatte soeben eine lange Unterredung mit Poincaré. Er erklärte mir, in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik werde es ihm durchaus möglich sein, unmittelbar auf die auswärtige Politik Frankreichs einzuwirken. Er werde nicht verfehlen, diese Gelegenheit auszunutzen, um im Laufe seines Septenats die Stetigkeit der auf einem engen Bündnis mit Rußland beruhenden Politik zu sichern. Dabei drückte er mir die Hoffnung aus, daß er mich auch fernerhin öfters sehen werde, und bat mich, ich möchte mich in allen Fällen, wo mir dies wünschenswert erscheint, unmittelbar an ihn wenden. Über die laufenden Angelegenheiten hat er mir ungefähr dieselben Erklärungen gegeben wie gestern Jonnart. Seinen Worten nach ist es für die französische Regierung von größter Wichtigkeit, die Möglichkeit zu haben, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme an einem Krieg vorzubereiten, der wegen der Balkanfrage ausbrechen könnte. Dies ist der Grund, weswegen uns die französische Regierung bittet, keine einseitigen Handlungen zu unternehmen, die einen derartigen Krieg ohne vorherige Verständigung mit Frankreich hervorrufen könnten. Was Ihr Telegramm Nr. 104 an Swerbejew anbelangt, so sagte er mir, man habe, nach den ihm soeben zugegangenen Nachrichten, in Berlin, Wien und Rom diese Mitteilung so ausgelegt, als bestünden Sie darauf, daß selbst nach einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen den Verbündeten und der Türkei die Mächte fortfahren sollten, einen Druck auf die Pforte auszuüben, um sie zur Abtretung Adrianopels an Bulgarien zu bewegen, und daß die Dreibundmächte einen solchen Druck für nicht vereinbar mit dem Grundsatz der Neutralität hielten. Außerdem hat er mir gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben, eine Anspielung, daß unsererseits ein einseitiges Vorgehen gegen die Türkei möglich sei, könne Österreich zum Vorwand für die Fortsetzung seiner Rüstungen dienen. Im allgemeinen habe ich gefunden, daß Poincaré von den wärmsten Sympathien für Rußland und die Balkanstaaten erfüllt und bereit ist, uns nach wie vor aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17./30. Januar 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Nach fast dreiwöchentlicher, ernster Krankheit, und obwohl ich mich immer noch ziemlich schwach fühle, habe ich vor vier Tagen

die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen. In Anbetracht des Ernstes der Lage verzichte ich darauf, trotz nachdrücklichen Anratens des Arztes, auch nur für wenige Tage nach Südfrankreich zu reisen, um mich zu erholen. Ich bitte dringend um gütige Nachsicht mit meinem flüchtig hingeworfenen Briefe, in dem ich über meine Unterredungen mit den Herren Jonnart und Poincaré berichte. Trotz meiner großen Mattigkeit will ich noch ein paar Worte als Erwiderung auf Ihren letzten Brief folgen lassen. Ich erhielt ihn, als ich noch das Bett hüten mußte. Nicht verheimlichen kann ich Ihnen, daß er mich außerordentlich erregt hat und mir, vielleicht infolge meines leidenden Zustandes, unverdientermaßen hart erschienen ist.

Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß mir nie der Gedanke gekommen ist, Ihnen eine Anklageschrift zu senden; ich halte mich aber moralisch für verpflichtet, Ihnen so genau wie möglich, und selbst auf die Gefahr hin, Ihr Mißfallen zu erregen, über die hiesige Stimmung zu berichten, von der letzten Endes im entscheidenden Augenblick diese oder jene Entschlüsse der französischen Regierung abhängen können. Ich darf Ihnen den Eindruck nicht verhehlen, welchen hier die eine oder andere Handlungsweise Ihrerseits hervorgerufen hat. Zudem scheint es mir, daß es sich im Grunde genommen dabei nicht so sehr um die Sache selbst, als vielmehr um die Form handelt, und daß mit Rücksicht auf die äußerst krankhafte Eigenliebe Poincarés von Ihrer Seite aus nur eine zuvorkommendere und weniger schroffe Art wünschenswert wäre. Sodann ist mir in sachlicher Hinsicht Ihr Vorwurf äußerst peinlich, daß ich die russische Politik ihrer Handlungsfreiheit zu berauben beabsichtigte. Sie werden sich erinnern, daß ich schon gleich von Anfang des Balkankrieges an aus eigenem Antriebe auf die für uns bestehende Möglichkeit hingewiesen habe, beim Eintritt gewisser Verhältnisse unmittelbar auf die Türkei einen Druck auszuüben. Wenn ich auch in meinen aufrichtigen Briefen an Sie die Gedanken Poincarés ausführlich darlege und hierbei manchmal auch als Anwalt Poincarés Ihnen gegenüber auftrete (denn ich weiß, wie nützlich er uns ist), so können Sie doch überzeugt sein, daß ich in meinen Unterredungen mit ihm und den französischen Ministern stets mit Nachdruck unsere in der Geschichte begründete besondere Stellung in der Balkanfrage vertrete, die uns auch besondere moralische Verpflichtungen auferlegt. Gestern erst habe ich mich davon überzeugen können, daß Poincaré diese Gründe voll und ganz versteht und sich aufs behutsamste zu unserem „geschichtlichen Erbe“ („patrimoine historique“) verhält. — Mehr kann ich nicht schreiben, denn ich bin in Schweiß gebadet.

Ihr Ihnen herzlich ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 17./30. Januar 1913

Wie Ihnen aus meinen Telegrammen bekannt ist, habe ich nach meiner Genesung von meiner dreiwöchigen ernsten Krankheit am 15. und 16. d. Mts. lange Unterredungen mit dem neuen Außenminister H. Jonnart und dem soeben zum Präsidenten der Republik gewählten H. Poincaré gehabt. Die in der obersten Leitung Frankreichs eingetretene Veränderung hat für uns zweifellos ihre sehr günstigen Seiten. Die Wahl H. Poincarés auf den höchsten Posten der Republik bedeutet einen entschiedenen Sieg der gemäßigten politischen Kreise über den äußersten Radikalismus, der sich Rußland und dem französisch-russischen Bündnisse gegenüber stets feindselig gezeigt hat. Die Tatkraft, Entschlossenheit und Geschlossenheit des Charakters von H. Poincaré bürgen dafür, daß er sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik nicht wie H. Fallières mit einer rein passiven und, wenn man sich so ausdrücken darf, dekorativen Rolle begnügen, sondern mit allen Mitteln und stündlich die französische Politik, hauptsächlich die auswärtige, beeinflussen wird. Sowohl der Wortlaut der Verfassung als auch der durch die Praxis ausgearbeitete Staatsmechanismus gibt dem Einflusse des Präsidenten der Republik einen weit größeren Spielraum, als man gewöhnlich annimmt: wenn er auch nicht ein Kabinett an der Regierung belassen kann, das in der Minderheit verblieben ist, so hängt es doch stets von ihm ab, diesen oder jenen Bestand des neuen Kabinetts zu bestimmen und einen von seinem Standpunkte aus durchaus zuverlässigen Außenminister zu wählen. Wir sind daher für die Dauer seiner bevorstehenden siebenjährigen Amtszeit durchaus davor sicher, daß an die Spitze der französischen Regierung oder der diplomatischen Verwaltung Personen in der Art der Herren Caillaux, Cruppi, Monis usw. gelangen könnten. Außerdem hängt es von seinem Ermessen ab, persönlich den Vorsitz im Ministerrat zu führen, dem, wie Ihnen bekannt ist, in den Zeiten ernster auswärtiger Verwicklungen ausnahmslos alle Einzelheiten der laufenden diplomatischen Verhandlungen zur Beratung unterbreitet werden. Andererseits werden die Beziehungen zum französischen Außenministerium dadurch zweifellos sehr verwickelt und erschwert, daß am Quai d'Orsay an die Stelle der kraftvollen Persönlichkeit H. Poincarés H. Jonnart getreten ist, der, wenn er auch einen vorzüglichen Ruf genießt, mit den diplomatischen Angelegenheiten sehr wenig vertraut ist. Bis zum tatsächlichen Amtsantritt des Präsidenten, der erst nach drei Wochen erfolgen wird, ist H. Poincaré nach wie vor jeden Tag im Ministerium, und H. Jonnart gibt ohne sein Wissen

und seine Einwilligung keine Antworten und äußert keine Ansichten. Wie Ihnen aus meinem Telegramm bekannt ist, hat H. Poincaré mir gegenüber den Wunsch ausgesprochen, auch nach seinem Einzuge ins Elysée häufig mit mir zusammenzukommen, und hat mich gebeten, ich solle mich jedesmal unmittelbar an ihn wenden, wenn mir dies wünschenswert erscheine. Ein derartiges Abweichen von den hiesigen Gewohnheiten kann sich unter den jetzigen verwickelten Umständen für uns als sehr nützlich und günstig erweisen.

Was die Erklärungen anbetrifft, die mir zuerst von H. Jonnart und sodann von H. Poincaré gemacht worden sind, so stimmen sie, wie Sie aus meinen Telegrammen ersehen konnten, dem Wesen nach durchaus überein und sind zweifellos nicht der Ausdruck einer zufälligen Meinung, sondern eine genaue Auseinandersetzung des Standpunktes, den sich die französische Regierung in ihrer Gesamtheit zu eigen gemacht hat. Aus meinen langen Unterredungen mit den beiden Staatsmännern bin ich zu folgenden Schlüssen gekommen: die französische Regierung ist fest entschlossen, ihre Bündnisverpflichtungen uns gegenüber in vollem Umfange zu erfüllen und gibt vollkommen bewußt und kaltblütig die Möglichkeit zu, daß sich für sie als Endergebnis der gegenwärtigen Verwicklungen die Notwendigkeit ergeben könnte, an einem allgemeinen Kriege teilzunehmen. Der Zeitpunkt, zu dem Frankreich genötigt sein wird, das Schwert zu ziehen, ist durch das französisch-russische Militärabkommen genau festgesetzt, und in dieser Beziehung sind auf seiten der französischen Minister keinerlei Zweifel oder Schwankungen vorhanden. Andererseits muß jedoch die französische Regierung notwendigerweise der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung Rechnung tragen; für diese sind die auf der Balkanhalbinsel vor sich gehenden Ereignisse bis zu einem gewissen Grade fremd und berühren nur mittelbar die Lebensinteressen Frankreichs. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und angesichts des bestehenden Systems von Bündnissen und Abkommen kann jedes vereinzelte Vorgehen dieser oder jener Macht in den Balkanangelegenheiten sehr schnell zum allgemeinen europäischen Kriege führen. Die französische Regierung begreift vollkommen und erkennt die besondere Lage der russischen Regierung an, die sich unter der Einwirkung des Nationalgefühls und allmächtiger geschichtlicher Überlieferungen befindet; die französische Regierung ist keineswegs bestrebt, Rußland seiner Handlungsfreiheit zu berauben oder seine moralischen Verpflichtungen den Balkanstaaten gegenüber in Zweifel zu ziehen. Rußland ist daher von seiten Frankreichs nicht nur Waffenhilfe in dem vom französisch-russischen Abkommen festgesetzten Falle, sondern auch die entschiedenste und tatkräftigste Unterstützung aller Maßnahmen zugesichert, die die russische Regierung zugunsten der erwähnten Staaten unternehmen wird. Aber gerade damit Frankreich in jedem Augenblicke Rußland im voll-

sten Maße seine Freundes- und Bundeshilfe erweisen könne, bittet uns die französische Regierung inständig, keinerlei einseitige Handlungen ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die französische Regierung die öffentliche Meinung Frankreichs mit Erfolg auf die Notwendigkeit einer Teilnahme am Kriege vorbereiten.

Nachdem ich die Beweisführung der Herren Jonnart und Poincaré fast mit phonographischer Treue wiedergegeben habe, muß ich hinzufügen, daß der Anlaß zu diesen Erklärungen augenscheinlich in der ersten Unruhe liegt, die der französischen Regierung unsere in Konstantinopel und Berlin gemachten Anspielungen auf mögliche einseitige Zwangsmaßnahmen unsererseits gegen die Türkei verursacht haben. Aus meinem Telegramm vom 15. Januar ist Ihnen meine Antwort, die ich aus diesem Anlasse H. Jonnart gegeben habe, in Kürze bekannt. Ich begann damit, daß ich ihm gegenüber auf die Friedensliebe und die äußerste Mäßigung hinwies, die Rußland seit Beginn der gegenwärtigen Krise bekundet habe. „Dem europäischen Frieden“, sagte ich, „droht eine Gefahr nicht von unserer Seite, sondern von seiten Österreichs, das durch seine Rüstungen und durch sein rätselhaftes Verhalten allgemeine Nervosität verursacht und die Unnachgiebigkeit der Türkei sowie die maßlosen Forderungen Rumäniens begünstigt. Wenn wir unsererseits die Ausübung eines materiellen Druckes auf die Türkei verlangt haben, so geschah dies ausschließlich zum Zwecke der schnellsten Beendigung des Krieges; gegenwärtig nach der erfolgten Staatsumwälzung in Konstantinopel, suchen wir nicht nur keinen Vorwand zu irgendwelchen einseitigen Handlungen, sondern wir bestehen nach wie vor auf der Einigkeit aller Mächte zur Überreichung einer gemeinsamen Note. Wir können jedoch nicht unsere Augen vor der Gefahr einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verschließen sowie vor der Möglichkeit, daß die Ereignisse eine für die Balkanstaaten ungünstige Wendung nehmen; in diesem Falle müssen wir eines starken Aufschwunges des russischen Nationalgefühles gewärtig sein und wir verständigen daher im voraus unsere Verbündeten und die übrigen Mächte über die Verpflichtungen, die uns durch unsere gesamte Geschichte auferlegt sind.“ Ich wiederholte diese Beweggründe noch ausführlicher H. Poincaré gegenüber, der ebenso wie H. Jonnart zugab, daß sie durchaus stichhaltig seien, mir jedoch seinerseits noch einmal sagte, es wäre gerade aus dem Grunde, damit Frankreich uns die tatkräftigste Unterstützung erweisen könne, erwünscht, daß wir nichts ohne vorherigen Meinungsaustausch mit dem Pariser Kabinett unternehmen.

Zum Schluß erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes zu lenken: H. Jonnart sprach mir gegenüber von einem neuen Versuch des Berliner Kabinetts, Frankreich auf den Weg einer gesonderten Erörterung der Balkanangelegenheiten zu locken, wobei deut-

scherseits als Grund angegeben wurde, Deutschland und Frankreich seien in gleicher Weise an der Aufrechterhaltung einer genügend starken und wirtschaftlich lebensfähigen Türkei interessiert.

Sie belieben sich zu erinnern, daß derartige Versuche mehrmals von dem verstorbenen H. Kiderlen gemacht wurden, und es ist sehr bezeichnend, daß die erste Handlung H. von Jagows darin besteht, sie zu erneuern. Aus diesem Anlaß sagte mir H. Poincaré, er kenne die Neigung H. J. Cambons, gesonderte Unterredungen mit dem Berliner Kabinett zu führen, und habe daher H. Jonnart sogleich ausinandergesetzt, es sei notwendig, dem Liebäugeln des H. von Jagow ein Ende zu machen. Das Ergebnis sei gewesen, daß der französische Botschafter in Berlin beauftragt worden sei, zu antworten, Frankreich sei stets bereit, die Balkanfragen sowohl mit Deutschland als auch mit den anderen Mächten zu erörtern, jedoch nicht anders, als im engen Einvernehmen und nach vorheriger Verständigung mit Rußland.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 162 St. Petersburg, den 18./31. Januar 1913

Ihr Telegramm Nr. 40 erhalten. Wollen Sie gütigst die erste günstige Gelegenheit benutzen, um Poincaré das Gefühl der lebhaftesten Genugtuung auszusprechen, mit der wir von seiner im Gespräch mit Ihnen geäußerten Absicht gehört haben, die französische Politik auch in Zukunft im Sinne einer Übereinstimmung dieser mit der unseren zu beeinflussen. Da wir selbst überzeugte Freunde eines Einvernehmens mit Frankreich sind, so wünschen wir aufrichtig, in ständigem Verkehr mit den Leitern seiner Politik über alle Fragen, die beide Verbündeten interessieren, zu stehen und haben nicht die Absicht, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die eine Anwendung der Bündnispflichten veranlassen könnten, ohne vorhergehende Vereinbarung mit dem Pariser Kabinett. Die Sympathie und Hochachtung, die Poincaré persönlich sich in Rußland zu erwerben gewußt hat, haben ihren klaren Ausdruck in der Genugtuung gefunden, mit der die russische öffentliche Meinung seine Wahl zum Präsidenten der Republik aufgenommen hat. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen, die man hier im Sinne einer weiteren Befestigung der franko-russischen Freundschaft auf ihn setzt, vollkommene Rechtfertigung finden werden und begrüßen von diesem Standpunkt aus die Erklärungen, die er Ihnen gegenüber abgegeben hat, ganz besonders.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 72

Paris, den 4./17. Februar 1913

Persönlich und streng vertraulich.

Der Außenminister hat mir soeben mitgeteilt, die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber wegen seiner Kränklichkeit, abzurufen. Gleichzeitig hat Jonnart mich gebeten, Ihnen die Bitte um Bewerkstelligung der Allerhöchsten Genehmigung zur Ernennung des H. Delcassé zum Botschafter in Petersburg zu übermitteln. Dabei erklärte mir der Minister das Folgende: die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß H. Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung, bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des franko-russischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr wichtig, daß H. Delcassé bei seiner Ernennung zum Botschafter sein Deputiertenmandat behalten kann. Das gesetzliche Hindernis hierzu, das sich aus der Bestimmung ergibt, daß Deputierte nur mit zeitweiligen Aufträgen betraut werden dürfen, hat rein formalen Charakter und kann durch periodische Erneuerung des Dekrets seitens des Präsidenten beseitigt werden, wofür einige Präzedenzfälle vorliegen. Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß H. Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, dem Gedanken einer allernächsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Minute kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann. Mir ist bekannt, daß man hier wünscht, die Ernennung Delcassés könnte möglichst bald vor sich gehen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 329

St. Petersburg, den 6./19. Februar 1913

In Bestätigung seiner freundschaftlichen Gefühle für Frankreich und seines persönlichen Wohlwollens für H. Poincaré hat der Zar geruht, dem Präsidenten der französischen Republik den Andreasorden zu verleihen, dessen Insignien, mit dem entsprechenden Schreiben Seiner Majestät, Sie nächsten Montag, den 11. Februar durch den speziell zu diesem Behufe entsandten Direktor der Kanzlei des Außenministeriums, Baron Schilling, erhalten.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 78

Paris, den 12./25. Februar 1913

Brief Nr. 1873 erhalten.

Ich habe heute dem Präsidenten der Republik in feierlicher Audienz den Brief des Kaisers und die Insignien des Ordens des Heiligen Andreas, des Erstberufenen übergeben. Die Agentur verbreitet meine kurze Ansprache und die Antwort Poincarés unverkürzt. Der Brief des Kaisers hat den Präsidenten tief gerührt. Er fragte mich, ob seiner sofortigen Veröffentlichung irgend etwas im Wege stehe. Ich hielt es für möglich, diese Bitte auf meine persönliche Verantwortung hin zu erfüllen, da ich überzeugt bin, daß dieser Brief sowohl in Frankreich wie auch in ganz Europa den besten Eindruck hervorrufen wird.

Iswolski

*Entwurf eines Schreibens des russischen Kaisers an den
Präsidenten der französischen Republik.*

Herr Präsident,
Liebster und großer Freund,

die Gefühle, die Ich Ihnen persönlich entgegenbringe, und die Bande herzlicher Freundschaft, die Rußland und Frankreich umschließen, haben in Mir den Wunsch geweckt, Ihnen den Kaiserlichen Orden des Heiligen Andreas zu verleihen, dessen Insignien Ihnen gleichzeitig mit diesem Schreiben übergeben werden.

Es ist mir ganz besonders angenehm, Ihnen dieses Zeichen Meiner Wertschätzung in einem Zeitpunkt zu überreichen, in dem das so glücklich geschaffene, völlige Einvernehmen zwischen Rußland und Frankreich mehr als je einen wohlthätigen Einfluß ausüben kann, nicht nur im unmittelbaren Interesse Unserer Länder, sondern auch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens, der Uns in gleicher Weise am Herzen liegt. Mit aufrichtiger Anteilnahme beobachte Ich den Erfolg der glänzenden Ausstellung, auf die Frankreich stolz zu sein ein Recht hat. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, wie sehr Ich und die Kaiserin bedauern, Paris jetzt nicht besuchen zu können. Aber fern wie nah gewohnt, an allem Anteil zu nehmen, was Frankreich betrifft, begrüßen wir mit um so lebhafterer Befriedigung alles, was zu Frankreichs Ruhm und Gedeihen beiträgt.

Seien Sie dessen versichert, Herr Präsident, liebster und großer Freund, ebenso wie Meiner hohen Wertschätzung und unwandelbaren Freundschaft.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 14./27. Februar 1913

Die Verleihung des Ordens des Heiligen Andreas, des Erstgeborenen, an H. Poincaré unmittelbar bei seinem Amtsantritt als Präsident der Republik, die Zusendung der Ordenszeichen durch einen Sondergesandten und — was die Hauptsache ist — der Inhalt des Schreibens Seiner Majestät des Kaisers haben hier einen tiefen und den erfreulichsten Eindruck gemacht. Die gesamte Presse ohne Unterschied der Parteien vermerkt den herzlichen Ton des Allerhöchsten Schreibens und äußert sich dahin, daß diese deutliche Bekundung der freundschaftlichen Gefühle, die der russische Monarch für Frankreich und den von ihm erwählten Präsidenten hegt, gerade dadurch, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke erfolgt sei, eine besondere Bedeutung gewinne. Wie Ihnen bekannt ist, haben die neuen Rüstungspläne Deutschlands hier einen großen nationalen Aufschwung und die allgemeine Überzeugung hervorgerufen, Frankreich müsse sie mit der höchsten Anspannung seiner eigenen militärischen Kräfte beantworten. Die soeben in so anschaulicher Form erfolgte Bekräftigung der Unerschütterlichkeit des französisch-russischen Bündnisses wird daher von den Franzosen mit doppelter Dankbarkeit aufgenommen. Dieses Gefühl wird in vollem Maße nicht nur von der Bevölkerung empfunden, sondern auch von den Personen, die an der Spitze der Regierung stehen; die gesamte Stimmung hat für uns unter anderem den Vorteil, daß sie diese Personen dazu geneigt macht, uns in den auf der Tagesordnung stehenden Fragen des nahen Orients die tatkräftigste Unterstützung zu gewähren. Dies wird Ihnen zweifellos von Baron Schilling bestätigt werden, der mit H. Poincaré nach der feierlichen Überreichung des Allerhöchsten Schreibens und der Ordenszeichen eine lange Unterredung hatte. Meinerseits halte ich es für meine Pflicht, Ihnen auch mein Gespräch mit dem Präsidenten der Republik bei dieser Gelegenheit in Kürze wiederzugeben:

H. Poincaré begann damit, daß er in sichtlicher Bewegung mir seinen tiefen Dank für den ihm von Seiner Majestät gegebenen außerordentlichen Beweis der Aufmerksamkeit und der Zuneigung aussprach. Nachdem er dann zu den politischen Tagesfragen überging, bestätigte er mir all das, was ich bereits von H. Jonnart über die deutschen Rüstungen und die notwendigen Gegenmaßnahmen Frankreichs gehört hatte. Nach seinen Worten haben die Ereignisse der letzten achtzehn Monate einen jähen Umschwung in der französischen öffentlichen Meinung und einen hier lange nicht dagewesenen patriotischen Aufschwung hervorgerufen. In dieser Beziehung hat der Zwischenfall von Agadir — „le coup d'Agadir“ — Frankreich den größten Dienst erwiesen. Die jetzige Vergrößerung der deutschen Armee wird sich

möglicherweise als ebenso segensreich erweisen, denn sie wird den deutlichen Beweis erbringen, daß die Theorien der Friedensfreunde nicht stichhaltig sind und daß eine noch festere Organisation der französischen Armee notwendig ist. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sagte mir H. Poincaré unter anderem, bei dem jetzigen nationalen Aufschwunge Frankreichs würden weder er selbst noch seine Minister eine Wiederholung des Zwischenfalls von Agadir zulassen und sich mit dem in dieser Frage zustande gekommenen Vergleich einverstanden erklären. Er hat diesen Gedanken ganz klar dem deutschen Botschafter gegenüber in einer offeneren Unterredung geäußert und von Baron Schoen die Antwort erhalten, Deutschland sei sich dessen vollkommen bewußt. „Es ist bemerkenswert,“ fügte H. Poincaré hinzu, „daß die deutsche Diplomatie es bei jedem Regierungswechsel in Frankreich für nötig findet, dem neuen Kabinett gegenüber ‚die Politik der starken Hand‘ (la manière forte) zu erproben; so ist in der allerletzten Zeit die deutsche Regierung anläßlich des in Marokko entstandenen Zwischenfalls mit dem Kaiden El Glauli, der angeblich unter deutschem Schutze steht, mit Forderungen hervorgetreten, die durchaus unannehmbar und in eine äußerst schroffe Form gekleidet sind. Diese Forderungen sind von seiten des französischen Außenministeriums nachdrücklich abgelehnt worden, und die deutsche Regierung hat augenscheinlich darauf verzichtet, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun.“

Hinsichtlich der französisch-englischen Beziehungen bestätigte mir H. Poincaré alles, was ich Ihnen vor zwei Wochen bei der Wiedergabe der Äußerungen der Herren Jonnart und Paléologue geschrieben habe. H. Poincaré hat vollen Grund zu der Annahme, daß zwischen England und Deutschland in der letzten Zeit keinerlei besondere Verhandlungen über Rüstungen oder über andere Fragen stattgefunden haben. England ist Frankreich gegenüber durch keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden, jedoch gestatten der Ton und die Art der Versicherungen, die die französische Regierung vom Londoner Kabinett erhält, der französischen Regierung, darauf zu rechnen, daß Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Lage im Falle eines Konfliktes mit Deutschland von England mit Waffenhilfe unterstützt werden wird. Die Pläne eines französisch-englischen Zusammenwirken zur See sind bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet worden. Der erste Lord der englischen Admiralität, Herr Winston Churchill, der sich gegenwärtig in Südfrankreich aufhält, wird in diesen Tagen Toulon besuchen und bei seiner Durchreise durch Paris eine Beratung mit dem französischen Marinestab haben.

Die Parlamentsrede des Marquis di San Giuliano hat einen sehr ungünstigen Eindruck auf H. Poincaré gemacht, der sich zur Politik des römischen Kabinetts nach wie vor mit großem Mißtrauen verhält. Besondere Sorgen machen dem Präsidenten die zweideutigen Erklä-

rungen des italienischen Außenministers über die von Italien besetzten Inseln. H. Poincaré befürchtet, Italien hege die geheime Absicht, von diesen Inseln endgültig Besitz zu ergreifen, falls sich der Krieg im nahen Orient hinziehen sollte. Seiner Überzeugung nach wird England in keinem Falle diese Besitzergreifung dulden.

Was die Ereignisse auf dem Balkan anbetrifft, so drückte mir H. Poincaré nochmals seine Bereitwilligkeit aus, uns die vollste und wirksamste Unterstützung zu gewähren. Bezüglich der Grenzen Albaniens äußerte er mir gegenüber unter anderem, es sei sehr wünschenswert, darauf zu dringen, daß nicht nur Dibra, sondern auch Djakowo außerhalb dieser Grenzen bleibe, besonders falls Skutari an Albanien kommt.

Zum Schluß erlaube ich mir die Hoffnung auszusprechen, Sie werden mich nicht verurteilen, weil ich auf eigene Verantwortung die sofortige Veröffentlichung des Schreibens Seiner Kaiserlichen Majestät gestattet habe. Diese Veröffentlichung hat hier den erfreulichsten Eindruck hervorgerufen, und eine Verzögerung hätte dieses Ereignis seiner eigentlichen Bedeutung und seines eigentlichen Sinnes beraubt.

Genehmigen Sie usw.

Is wol ski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 14./27. Februar 1913

Während der letzten zwei Wochen war die Aufmerksamkeit sowohl der Regierungskreise als auch der Gesellschaft und der Presse in Frankreich hauptsächlich auf die Frage der Vergrößerung der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Armee sowie der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen von seiten Frankreichs gerichtet.

Die Blätter der verschiedensten Richtungen, mit Ausnahme der Blätter der extremen sozialistischen Partei, verlangen nicht nur die Anweisung neuer Mittel zur Verbesserung des Materialbestandes der französischen Armee, sondern auch die Änderung des Gesetzes vom Jahre 1905 über die zweijährige Dienstpflicht im Sinne der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit; da es nämlich nicht möglich ist, den Sollbestand der alljährlich einberufenen Rekruten zu erhöhen, läßt sich nur auf diesem Wege die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee vergrößern.

Bei den gegenwärtigen Bedingungen für die Dienstpflicht befindet sich die französische Armee alljährlich vom Oktober bis zum April in einer kritischen Lage, da die Rekruten in diesem Zeitraum nicht ausgebildet sind und die Truppeneinheiten infolgedessen nur aus der einberufenen Jahresklasse bestehen und die Kompanien der im Inneren

Frankreichs stehenden Truppenteile nicht mehr als fünfzig Mann zählen. In den Grenzkorps (*troupes de couverture*) sind die Rekruten in diesem Zeitraume sogar ein gefährlicher Bestandteil, denn bei ihrer Mobilmachung müßten sie zurückgenommen werden, um den eintreffenden Reservisten Platz zu machen. Besonders schädlichen Einfluß aber hat die zweijährige Dienstzeit auf die Kavallerie und Artillerie, bei denen die militärische Ausbildung der Mannschaften stark gelitten hat.

Verschiedene Hilfsmittel, die bis jetzt vorgeschlagen wurden, wie z. B. eine Abänderung des Gesetzes über das stehende Heer und der Vorrechte für die Freiwilligen („*engagés et rengagés*“) werden heute endgültig als ungenügend angesehen, und die Regierung ist, wie ich Ihnen bereits geschrieben habe, ernstlich bemüht, gründlichere Mittel ausfindig zu machen.

Die Anwendung des einzigen wirksamen Mittels, der Rückkehr zur dreijährigen Dienstpflicht für alle drei Waffengattungen, die imstande ist, die Friedenspräsenzstärke der französischen Armee auf einmal um ein Drittel (um 210000 Mann) zu erhöhen und alle oben erwähnten Mißstände zu beseitigen, stößt auf ernste Hindernisse von seiten der äußersten radikalen Parlamentskreise. Das Gesetz von 1905 über die zweijährige Dienstpflicht war hauptsächlich aus rein politischen Beweggründen eingeführt und gerade bei der Wahl der jetzigen Kammer der Bevölkerung sozusagen als Geschenk dargebracht worden. Trotzdem herrscht die Überzeugung, unter dem Einflusse des jetzigen nationalen Aufschwunges in Frankreich und der im deutschen Plane enthaltenen Bedrohung Frankreichs könne die Regierung des Erfolges sicher sein, wenn sie sich entschliesse, diese Frage dem Parlament gegenüber gleich jetzt in ihrer ganzen Schärfe aufzurollen.

Aus meinen Unterredungen mit den französischen Ministern und dem Präsidenten der Republik selbst kann ich schließen, daß der gegenwärtige Stand der Angelegenheit folgender ist: Die Regierung hat bereits beschlossen, unverzüglich, d. h. nach den Osterferien, von der Kammer die Bewilligung eines Kredites von 500 Millionen Franken zur Verbesserung des Materialbestandes der Armee zu verlangen. Diese Mittel werden auf fünf Jahre verteilt werden, wobei die ersten 100 Millionen in diesem Jahre (hauptsächlich für die Artillerie und zum Ausbau der Truppenübungsplätze — „*Champs d'instruction*“) ausgegeben werden sollen. Was die Frage der Dienstzeit anbelangt, so hat der Ministerrat bis jetzt noch keinen endgültigen Standpunkt eingenommen. Mir ist bekannt, daß der Präsident der Republik und der Außenminister unbedingte Anhänger der dreijährigen Dienstpflicht sind; einige andere Minister jedoch schwanken aus politischen Gründen; diese Frage wird in den nächsten Tagen entschieden werden, und das entsprechende Gesetz kann gleichfalls in nächster Zukunft in der Kammer eingebracht werden. H. Delcassé, der über die Stimmung der Kammer ausgezeichnet unterrichtet ist, sagte mir, das Gesetz über die

dreijährige Dienstpflicht würde, falls es im Laufe der kommenden zwei Wochen zur Abstimmung gebracht würde, mit ungeheurer Mehrheit angenommen werden. H. Jonnart ist derselben Meinung und wird mit allen Kräften darauf hinwirken, daß das Gesetz unverzüglich in das Parlament eingebracht wird.

Man kann nicht umhin aus allem, was hier im gegenwärtigen Augenblick vor sich geht, den Schluß zu ziehen, daß die deutsche Regierung wiederum und ganz genau so wie zur Zeit des Zwischenfalls von Agadir den heftigsten Anstoß zum Aufschwung des Nationalgefühls und des militärischen Empfindens in Frankreich gegeben hat. Hierbei muß vermerkt werden, daß die französische Presse, obwohl sie beharrlich verlangt, Frankreich solle sofort die deutschen militärischen Maßnahmen beantworten, Deutschland gegenüber doch einen durchaus ruhigen Ton beobachtet, ihm das Recht auf Vermehrung seiner Streitkräfte zuspricht und ihm keine unmittelbaren Angriffsabsichten in bezug auf Frankreich zuschreibt. Von seiten maßgebender Personen wird sogar die Ansicht geäußert, Deutschland sei gezwungen, die militärisch-politische Schwächung des Dreibundes infolge der Ablenkung eines bedeutenden Teiles der österreichischen Armee von unseren Grenzen durch die Balkanstaaten in Rechnung zu stellen. Andererseits ist man hier von der Übersetzung durchdrungen, die neuen Rüstungen Deutschlands würden ihm ein so erdrückendes Übergewicht über die jetzigen Streitkräfte Frankreichs geben, daß im Falle des Eintritts einer Krise die deutsche Armee instande sein werde, die erste französische Linie sofort zu durchbrechen und die Formierung sowie den Aufmarsch der französischen Hauptarmee zu stören. Aus diesem Grunde sind die an der Spitze Frankreichs stehenden Personen, ganz unabhängig von der augenblicklichen politischen Stimmung der deutschen Regierung, verpflichtet, mit allen Mitteln das von deutscher Seite gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Zum Schluß halte ich es für meine Pflicht, zu erwähnen, daß mir H. Jonnart, als er mir seine Ansichten über den Zustand der Streitkräfte Frankreichs auseinandersetzte, gesagt hat, er sei ein überzeugter Anhänger nicht nur der dreijährigen Dienstpflicht, sondern auch der Schaffung eines ständigen Kolonialheeres, das angesichts des bestehenden Abkommens mit England jederzeit auf den Hauptkriegsschauplatz geworfen werden könnte. Während seiner elfjährigen Amtszeit als Generalgouverneur von Algier habe er sich davon überzeugt, daß diese Kolonie aus eigenen Mitteln und lediglich durch entsprechende organisatorische Maßnahmen im Laufe von fünfzehn Jahren eine 75 000 Mann starke Musterarmee bilden könne, H. Jonnart fügte hinzu, er beabsichtige, für diesen Gedanken persönlich in Regierungs- und Parlamentskreisen zu werben.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 11

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Die Frage der Rückkehr zur dreijährigen Dienstpflicht spielt nach wie vor die erste Rolle im öffentlichen Leben Frankreichs. Die auf Anregung des Ministeriums Poincaré erlassene Verfügung vom 20. Januar 1912, die den Bestand sowie die Art und Weise der Einberufung des Obersten Kriegsrats bestimmt, gibt dem Präsidenten der Republik erstmalig das Recht, den Kriegsrat unter seinem Vorsitze einzuberufen, wann er es für nötig befindet. In diesen Fällen nimmt der Ministerpräsident an den Sitzungen des Obersten Kriegsrats teil. Nachdem der Kriegsrat in den ersten Tagen des März den Gesetzentwurf über die allgemeine dreijährige Dienstpflicht ohne Vorrechte geprüft und angenommen hatte, beschloß der Präsident der Republik das ihm neu-gewährte Recht vor Einbringung des Gesetzentwurfes in das Parla-ment auszunutzen und berief den Obersten Kriegsrat zum 4. März nach dem Elysée. — Er hörte die Meinung eines jeden Generals einzeln an, wodurch die Frage der Landesverteidigung allseitig beleuchtet wurde. — Am Abend erschien die offizielle Mitteilung, der Kriegsrat habe es im Interesse der Landesverteidigung für unbedingt notwendig erachtet, die zahlenmäßige Stärke der Armee zu erhöhen; er habe die verschie- denen Mittel zur Erzielung dieses Ergebnisses als da sind: die Aus- dehnung der Dienstzeit über die bestehende Frist hinaus, die monat- lichen Einberufungen der Reservisten, die siebenundzwanzigmonatige oder dreißigmonatige Dienstzeit, geprüft und habe sie einstimmig für ungenügend befunden; ebenso einstimmig habe er sich für die drei- jährige Dienstpflicht ausgesprochen, die für alle unbedingt gleich- artig sein müsse und niemandem irgendwelche Vorrechte gewähren dürfe. Am anderen Morgen nahm der Ministerrat den endgültigen Wortlaut des Gesetzentwurfes an und beschloß am selben Tage, ihn in die Deputiertenkammer einzubringen und aus diesem Anlaß die Vertrauensfrage zu stellen. Ich habe die Ehre, den Wortlaut dieses Gesetzentwurfes sowie die Begründung in der Anlage beizufügen.

Das gänzlich ungewöhnliche Hervortreten des Präsidenten der Republik, als des Oberhauptes der Armee, in einer für Frankreich so wichtigen Frage hat angesichts der ständig wachsenden Volkstüm- lichkeit H. Poincarés und seiner vollständigen Übereinstimmung mit der Regierung, die ruhig und fest das nationale Ziel verfolgt, den stärksten Eindruck auf alle Klassen des französischen Volkes gemacht. Von überall, sowohl von den Schülern und den Vereinen „für mili- tärische Vorbereitung“ (de préparation militaire) als auch von den Volksschullehrern und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen er- hielt der Präsident der Republik die Versicherung der vollständigen Bereitwilligkeit, die nationale Pflicht unbeirrt zu erfüllen und alle

Opfer für die Verteidigung des Vaterlandes zu tragen. — Man erhielt den Eindruck, als habe das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit den Rahmen der Parlamentsdebatten überschritten und sich in eine allgemeine, patriotische Angelegenheit verwandelt. Am 6. März brachte der Kriegsminister den Gesetzentwurf in der Deputiertenkammer ein. Er wurde von den Sozialisten mit tobenden Zurufen: „Die Reaktion! Nieder mit dem Kaisertum“ (Réaction! A bas l'Empire) empfangen, während die Radikalsozialisten, die seinerzeit das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit geschaffen haben, eine abwartende Haltung einnahmen und die Mehrheit der Kammer den Minister mit einmütigem Beifall und Händeklatschen begrüßte. Nachdem der Präsident sich vergeblich bemüht hatte, dem Lärm ein Ende zu machen und mit der Unterbrechung der Sitzung gedroht hatte, gelang es H. Etienne endlich, in seiner Rede sowohl den Gesetzentwurf als auch die Gründe, die zu seiner Einbringung geführt haben, darzulegen. Der dem Parlament unterbreitete Gesetzentwurf wird die Kriegsstärke der französischen Armee eigentlich nicht erhöhen, wohl aber wird er die Friedensstärke um etwa 160 000 Mann vermehren. Das stehende Heer, besonders in seinen östlichen Truppenteilen, wird fast auf den Kriegsstand (die Kompanie zu 200 Mann) gebracht werden, während jetzt eine Kompanie nur aus 130—150 Mann besteht. Im Inneren des Landes wird der Kompaniebestand auf 150 Mann gebracht werden an Stelle des jetzigen Bestandes von etwa 110 Mann. Die Kampfbereitschaft wird bedeutend erhöht werden, die Mobilmachung wird in höherem Maße gesichert sein, und die Ausbildung der Armee wird zeitgemäßen Anforderungen entsprechen. Das Kriegsministerium rechnet darauf, daß es die erhöhten Truppenbestände zur Einführung der notwendigen Vervollkommnungen wird ausnutzen können, als da sind: die Zuteilung von je drei Batterien an die Kavalleriedivisionen, die Bildung von Feldmörserbatterien (obusiers), die Einführung weittragender Geschütze, die weitere Entwicklung des militärischen Flugwesens usw. Die dreijährige Dienstzeit wird von diesem Jahre an eingeführt, indem der Jahrgang 1911 unter den Fahnen zurückbehalten wird. Das Militärgesetz vom Jahre 1905 hat den Grundsatz aufgestellt, daß die Militärpflicht für jedermann vollkommen gleichartig ist und keinerlei Bildungsvorrechte oder andere Vorrechte gewährt werden. Dieser Grundsatz ist auch im vorliegenden Gesetzentwurf gewahrt, jedoch mit der Maßgabe, daß für diejenigen Soldaten, in deren Familie fünf oder mehr lebende Kinder vorhanden sind, die Dienstzeit um sechs bis zwölf Monate gekürzt wird. Zur Zeit wird der Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstpflicht in den Parlamentskommissionen beraten. Er wird in aller kürzester Zeit den gesetzgebenden Körperschaften zur Bestätigung unterbreitet werden, und es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß die Sitzungszeit des Parlaments nötigenfalls verlängert werden wird, um noch gegen-

wärtig die für Frankreich so notwendige Militärreform zu Ende zu führen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Vertraulicher Brief

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Wie Ihnen bekannt ist, ist H. Delcassé nicht nur in Fragen der Außenpolitik besonders kompetent, sondern auch in allem, was die Heeres- und insbesondere die Flottenangelegenheit betrifft. Laut Kenntnis unseres Militärattachés ist ihm ganz speziell der Auftrag erteilt, unsere Militärverwaltung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Anzahl unserer strategischen Wege zu vermehren ist, um dadurch das Zusammenziehen unserer Armee an der Westgrenze zu beschleunigen. H. Delcassé ist in dieser Angelegenheit so bewandert und mit den Ansichten des französischen Generalstabes so bekannt, daß er diese Frage mit unseren Militärbehörden völlig selbständig erörtern kann. Dabei ist er bevollmächtigt, Rußland alle hierzu vielleicht erforderlichen Geldmittel in Form von entsprechenden Eisenbahnanleihen anzubieten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 28. Februar/13. März 1913

Ich habe Ihnen bereits geschrieben, daß die von Deutschland in Aussicht genommene bedeutende Heeresverstärkung in Frankreich zwar einen mächtigen Aufschwung der nationalen Stimmung hervorgerufen, aber in der Presse und der öffentlichen Meinung im allgemeinen hier zu keinen lärmenden Angriffen oder Beschuldigungen gegen Deutschland Veranlassung gegeben hat, als verfolge es aggressive Absichten. Die einflußreichsten französischen Blätter stellen sich auf den Standpunkt, Deutschland habe das volle Recht, zu bestimmen, ob es eine Erhöhung seiner militärischen Kräfte nötig habe; ein derartiger Entschluß verrate durchaus nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen; andererseits störe allerdings die Verstärkung der militärischen Macht Deutschlands das Gleichgewicht, auf dem der europäische Friede beruhe, und deshalb sei Frankreich verpflichtet, um diesen und sich selbst zu sichern, auch seinerseits Maßregeln zu ergreifen, um

die Friedenspräsenzstärke seiner Armee zu heben. Diese Maßregeln haben, wie Ihnen bereits bekannt ist, die Form von Gesetzentwürfen angenommen, die eine Kreditforderung von 500 Millionen Franken und die Einführung der dreijährigen Dienstzeit vorsehen. Beide Entwürfe sind schon dem Parlament zugegangen und sollen in erster Reihe beraten werden. Die Begründung dieser Gesetzentwürfe, die ich meinem heutigen Berichte hierüber beigelegt habe, ist in den maßvollsten Ausdrücken abgefaßt und enthält nichts, was als eine Herausforderung Deutschlands angesehen werden könnte. Außerdem hat Jonnart anläßlich seiner Erklärungen im Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt, daß die Militärvorlagen auf keinerlei Gefahren zurückzuführen seien, die Frankreich unmittelbar bedrohten. Von deutscher Seite war anfänglich gleichfalls erklärt worden, daß die neuen Rüstungen die Folge der allgemeinen politischen Lage in Europa und mittelbar der Veränderung auf der Balkanhalbinsel seien. Deshalb war man hier sehr erstaunt über den Ton des Tagesbefehls Kaiser Wilhelms an die Armee, der anläßlich der Jahrhundertfeier von 1813 erlassen worden ist, und besonders über den Inhalt des Aufsatzes in der offiziellen „Kölnischen Zeitung“. Frankreich wird unmittelbar beschuldigt, es habe die Absicht Deutschland anzugreifen, um sich Revanche zu holen und Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Jonnart sagte mir aus diesem Anlaß, die französische Regierung erkläre sich diese Kundgebung mit der für die deutsche Regierung vorhandenen Notwendigkeit, einen Druck auf die öffentliche Meinung in Deutschland im Hinblick auf die bevorstehende Sonderwehrsteuer auszuüben. Diese rufe in den besitzenden Klassen große Unzufriedenheit hervor.

„Frankreich“, sagte mir Jonnart, „kann derartigen Anschuldigungen gegenüber um so ruhiger bleiben, als ihre Grundlosigkeit durchaus offensichtlich ist. Als zuerst Rußland und dann England anläßlich der ersten und zweiten Haager Konferenz den Vorschlag machten, die europäischen Rüstungen zu beschränken, sind diese Anträge nicht von Frankreich, sondern von Deutschland abgelehnt worden. Sodann sind in Frankreich unter dem Einfluß übermäßig pazifistischer Neigungen eine Reihe Maßregeln ergriffen worden, die die Präsenzstärke der französischen Armee bedeutend geschwächt haben, wie z. B. das Gesetz vom Jahre 1905 über die zweijährige Dienstzeit. Zu gleicher Zeit hat Deutschland seine Armee beständig verstärkt. Trotzdem wäre in Frankreich aus Gründen der inneren Politik wohl kaum das Bewußtsein von der Notwendigkeit entsprechender Gegenmaßnahmen erwacht, wenn nicht die deutsche Regierung selbst durch eine Reihe von Zwischenfällen und Drohungen in Frankreich den gegenwärtigen nationalen Aufschwung hervorgerufen hätte. Hierbei kann man jedoch unmöglich von irgendwelchen aggressiven Absichten Frankreichs gegen Deutschland sprechen. Das Land will keinen Krieg; es wird aber auch keine neuen Drohungen oder Versuche, es

zu demütigen, zulassen. Die Beschuldigung chauvinistischer Neigungen kann nur gegen einen sehr beschränkten und wenig einflußreichen Kreis von Zeitungen und einige wenige zweitklassige Theater geltend gemacht werden, die das Publikum durch patriotische Stücke anlocken. Alles dies weiß man in Deutschland sehr wohl, und wenn dennoch die „Kölnische Zeitung“, deren Beziehungen zur Wilhelmstraße bekannt sind, meint, meint, der Friede sei durch Frankreich bedroht, so geschieht dies selbstverständlich um der Erreichung eines ganz bestimmten Zweckes willen.“

Im Augenblick, wo ich diesen Brief abschließe, teilt die Agentur Havas mit, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe erklärt, der Aufsatz der „Kölnischen Zeitung“ sei ohne Wissen und ohne Zustimmung der deutschen Regierung erschienen. Ich richte trotzdem diese Zeilen an Sie, weil in ihnen der allgemeine Standpunkt der hiesigen maßgebenden Kreise in der Rüstungsfrage zum Ausdruck kommt.

Iswolski

*Der Präsident der französischen Republik an den
russischen Kaiser*

Brief

Paris, den 20. März 1913

Teurer und Hoher Freund!

Ich will mich nicht mit den Beglaubigungsschreiben begnügen, die ich H. Delcassé ausgehändigt habe, sondern benutze die Abreise unseres Botschafters, um Eurer Majestät von neuem die Versicherung der Unveränderlichkeit meiner Gefühle zu geben.

Indem die Regierung Frankreichs einem hervorragenden Politiker, der sich insbesondere dem Studium der internationalen Fragen geweiht hat, den Auftrag anvertraute, sie Eurer Majestät gegenüber zu vertreten, suchte sie nach einer Gelegenheit, das Bündnis unserer beiden Länder noch weiter zu festigen und eine enge und ununterbrochene Fühlungnahme mit der Kaiserlichen Regierung aufrechtzuerhalten.

Ich brauche Eurer Majestät nicht zu sagen, daß H. Delcassé, der in dem Kabinett, das unter meinem Vorsitze stand, Marineminister war, sich im Laufe der letzten Monate für alle durch die Balkankrise aufgeworfenen Fragen der auswärtigen Politik interessiert und den Gang der Ereignisse sehr aufmerksam verfolgt hat. Er ist über die geringsten Einzelheiten auf dem laufenden und kann mehr denn irgendein anderer im Einvernehmen mit H. Sasonow tätig sein, um ein gemeinsames Vorgehen unserer beiden Diplomaten sicherzustellen.

Als ich andererseits das Glück hatte, im vorigen Jahre von Eurer Majestät in Peterhof empfangen zu werden, lenkte ich Eure Hohe

Aufmerksamkeit auf den Nutzen, den nach Ansicht unserer Generalstäbe die Beschleunigung des Baues gewisser Eisenbahnen an der Westgrenze des Reiches bringen würde.

Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der europäischen Streitkräfte zu machen beabsichtigt, bewirkt, daß entsprechende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit sich die Generalstäbe beider verbündeten Parteien geeinigt haben, gegenwärtig besonders dringlich sind. H. Delcassé wird Eure Majestät und seine Regierung auf dem laufenden über diese wichtigen Fragen sowie über alle anderen Fragen halten, die die Betätigung des Bündnisses betreffen und uns gestatten können, die Aufrechterhaltung des Friedens mit größerer Zuversicht zu überwachen.

Ich werde glücklich sein, wenn Eure Majestät unserem Botschafter einen huldvollen Empfang bereiten und durch Euer hohes Wohlwollen ihm den Auftrag erleichtern wollten, der, wie ich hoffe, für unsere beiden Völker von Nutzen sein wird.

Ich bitte Eure Majestät, von neuem den Ausdruck meiner Gefühle treuer Freundschaft zu genehmigen.

R. Poincaré

*Handsreiben des Kaisers von Rußland an den
Präsidenten Poincaré*

Zarskoje Selo, den 17./30. März 1913

Teurer und großer Freund!

In Beantwortung des persönlichen Briefes, den mir H. Delcassé gleichzeitig mit seinem Beglaubigungsschreiben in Ihrem Namen überreicht hat, will ich Ihnen sagen, mit wie großem Vergnügen ich die hervorragende Persönlichkeit wiedergesehen habe, der zu begegnen ich bereits Gelegenheit hatte und die Sie als Botschafter der Republik bei mir beglaubigt haben.

Die frühere Tätigkeit H. Delcassés als Außenminister und in letzter Zeit als Marineminister bietet genügend Beweise seiner Gefühle für Rußland, um ihm hier alle Sympathien zu sichern. Vom ersten Augenblick an findet er hier das Terrain im voraus vorbereitet, um seine Talente in einer engen Arbeitsgemeinschaft mit meiner Regierung anzuwenden. Was die Frage der strategischen Bahnen anbelangt, die er besprechen soll und auf die Sie meine besondere Aufmerksamkeit lenken, so bildet diese, auf meinen Befehl, den Gegenstand einer ernstlichen Prüfung von seiten meines Generalstabes.

Die Erhaltung des Gleichgewichtes der europäischen Kräfte bil-

det eine wichtige Bedingung für die Erhaltung des Friedens, und ich teile völlig Ihre Ansicht hinsichtlich der Wichtigkeit der entsprechenden Maßnahmen, die zur Verstärkung unserer beiden verbündeten Armeen ergriffen werden müssen. In diesem Sinne verfolge ich mit aufrichtiger Befriedigung die neue militärische Anstrengung, zu der sich die heldenmütige französische Nation soeben anschickt, und ich kann Sie versichern, daß in dieser Hinsicht Rußland seinerseits nicht zurückbleiben wird.

Empfangen Sie, mein teurer und großer Freund, den Ausdruck meiner aufrichtigen und treuen Freundschaft.

Nikolaus

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. Februar 1913

Lieber Herr Sergei Dmitriewitsch!

Indem ich Ihnen anbei den Brief des Herrn Finanzministers, der dem Schreiben von Euer Exzellenz an mich vom 25. Dezember, Nr. 587 beilag, zurücksende, fühle ich es als meine Pflicht, Ihnen folgende Erklärungen zu unterbreiten:

Durch meinen Brief vom 10./23. Oktober vergangenen Jahres kennen Sie meine Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit, bei den gegenwärtigen außergewöhnlichen internationalen Verhältnissen unsererseits einen gewissen finanziellen Druck auf die französische Presse auszuüben. Aus meinen Unterredungen mit dem früheren französischen Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten der Republik konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß H. Poincaré meine Meinung hinsichtlich dieser Notwendigkeit teilte, und deshalb sprach er den mir durchaus berechtigt erscheinenden Wunsch aus, daß wir in der genannten Richtung nichts unternehmen sollten, ohne ihn zu informieren, und daß die Verteilung der Summen an die verschiedenen französischen Presse-Organen unter Mithilfe der französischen Regierung und durch Vermittlung einer von ihm genannten Persönlichkeit, in Gestalt des H. Lenoir, der der Kaiserlichen Regierung bereits bekannt ist, vorgenommen werden sollte.

In seinem Brief an mich vom 18. Oktober vergangenen Jahres, Nr. 85, ließ mich der Ministerpräsident wissen, daß er, obwohl er von seiner Ansicht hinsichtlich der Unfruchtbarkeit finanzieller Subsidien an die französische Presse nicht abgehen könne, sich doch nicht berechtigt fühle, die von mir erbetene Hilfe kategorisch abzulehnen, und daß er nach einer Rücksprache mit dem Außenminister den Direktor

der Kreditkanzlei, den Kammerherrn Dawidow entsende, um diesem Geschäft eine mehr oder weniger bestimmte Wendung zu geben. Als Ergebnis des Aufenthaltes von Kammerherrn Dawidow in Paris und seiner persönlichen Rücksprachen mit mir und H. Poincaré wurde vereinbart, daß es wünschenswert sei, als Reserve eine Summe von 300 000 Franken zur Verfügung zu haben, falls es nötig schiene, zu Zahlungen an die Presse zu schreiten.

Infolgedessen gab der Staatssekretär Kokowtzow die Anweisung, die genannte Summe von 300 000 Franken zu überweisen, die gemäß der Vereinbarung in drei Sätzen, jedesmal zu 100 000 Franken, im laufenden Konto des H. Lenoir bereitgestellt werden sollte. Auf Grund dieser Abmachungen geschah eine erste Überweisung von 100 000 Franken, und bei dieser Gelegenheit wurde dem Agenten des Finanzministers in Paris mitgeteilt, daß die oben genannte Summe durch H. Lenoir nur mit Wissen des erwähnten Agenten des Ministers und unter Billigung des Staatssekretärs Kokowtzow und meinerseits verbraucht werden dürfe.

Auf diese Weise hatte ich vollen Grund anzunehmen, daß der Staatssekretär Kokowtzow, ungeachtet seiner anfänglich negativen Stellungnahme in dieser Frage, dem oben entwickelten Plan der Subventionierung der französischen Presse zugestimmt habe und daß die erste Überweisung von 100 000 Franken gerade zu diesem Zwecke bestimmt sei, falls es als notwendig erkannt würde. Als mir Geheimrat Raffalowitsch mitteilte, daß der französische Finanzminister H. Klotz, dem Poincaré die unmittelbare Leitung dieser Angelegenheit anvertraut hat, den Wunsch ausgesprochen habe, man möge H. Lenoir 25 000 Franken, die schon von ihm ausgegeben seien, zurückerstatten und darüber hinaus dem französischen Finanzminister 75 000 Franken für die weiteren Ausgaben der genannten Person zur Verfügung stellen, erklärte ich daher gegenüber Geheimrat Raffalowitsch nach Untersuchung der Frage mit ihm, daß ich meinerseits gegen die Erfüllung der Wünsche des H. Klotz nichts einzuwenden habe. Dabei leitete mich die Erwägung, daß, wenn die Möglichkeit eines finanziellen Druckes auf die französische Presse im allgemeinen zugestanden war, der Augenblick, um ihn auszuüben, nicht günstiger erscheinen konnte. Seit Beginn der Balkankrise habe ich mich ohne Zögern bemüht, bei den ernstesten französischen Zeitungen eine Stimmung im Einklang mit unserem Standpunkt zu erhalten, und ich habe, wie Sie wahrscheinlich nicht ablehnen werden zuzugeben, in dieser Hinsicht sehr beträchtliche Ergebnisse erzielt. Aber während der ganzen letzten Zeit ist in Verbindung mit der Präsidentenwahl in einem gewissen Teil der französischen Presse eine Agitation gegen die angeblich zu weit gehende Unterordnung der Außenpolitik Frankreichs unter die russischen Interessen und die russischen Leitsätze entfacht worden. Dieser Feldzug ist besonders

in der Provinzpresse geführt worden, die sich meiner persönlichen Beeinflussung gänzlich entzieht und die anderseits einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung Frankreichs hat. Es wollte mir scheinen, als müsse die französische Regierung in der Person des H. Klotz entschieden besser als wir darüber unterrichtet sein, welche Organe vom Standpunkt der gegenseitigen Interessen Frankreichs und Rußlands eine finanzielle Hilfe erforderlich machten, und daß es in einem solchen Augenblick, sobald die Frage der Subventionierung der französischen Presse grundsätzlich in bejahendem Sinne entschieden war, weder wünschenswert noch nützlich sei, H. Klotz ablehnend zu antworten. Diesen Gedanken äußerte ich gegenüber dem Geheimrat Raffalowitsch als meine persönliche Ansicht und ohne irgendwie seine Zustimmung oder die des Staatssekretärs Kokowtzow damit vorwegzunehmen.

Im Verlaufe der Unterhaltung mit Geheimrat Raffalowitsch und sozusagen in Gestalt einer besonderen Besprechung habe ich ihm u. a. gesagt, daß ich im Laufe der letzten Monate gute Dienste von Journalisten verschiedenster Kategorien empfangen habe und noch empfangen werde, angefangen bei den politischen Redakteuren ersten Ranges bis hinunter zu den bescheidensten Persönlichkeiten, durch deren Vermittlung es mir gelang, sehr oft und unauffällig in die Spalten der Zeitungen Informationen und Nachrichten einfließen zu lassen, die in einem für uns günstigen Lichte gehalten sind, und daß es sehr wichtig für mich sei, zu meiner persönlichen Verfügung eine gewisse Summe, z. B. 30000 Franken, zu haben, um die genannten guten Dienste zu belohnen.

Ich teilte ihm diesen Wunsch in der allgemeinsten Form mit, und als mir einige Tage nachher Geheimrat Raffalowitsch mitteilte, daß der gegenwärtige Staatssekretär Kokowtzow für den oben erwähnten Zweck eine Summe von 25000 Franken zur Verfügung gestellt habe, war ich darüber ein wenig erstaunt, und bis zur Stunde ist dieser Betrag nicht angerührt worden, weil mir nicht ganz klar ist, wie ich ihn verwenden könne. Da ich aus dem Brief des Staatssekretärs Kokowtzow an Sie sehe, daß der Ministerpräsident, wie es scheint, mein Vorgehen in der genannten Frage mißbilligt, beeile ich mich zu erklären, daß ich keineswegs darauf bestehe, daß mir die erwähnte Summe zugestimmt wird, und daß ich vielmehr bereit bin, aus meinen persönlichen Mitteln gewisse Journalisten zu vergüten, die uns Dienste tun.

Indem ich Euro Hohe Exzellenz inständig bitte, den Herrn Ministerpräsidenten von dem Vorstehenden in Kenntnis zu setzen, benutze ich die Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung meiner tiefen Ehrfurcht und meiner ganzen Ergebenheit zu erneuern.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. Februar 1913

Streng vertraulich!

Lieber Herr Sergej Dmitriewitsch!

In meinem Brief vom 10./23. Oktober v. J. habe ich Sie von den Gründen in Kenntnis gesetzt, die zugunsten unserer finanziellen Einwirkung auf die französische Presse sprechen. Im Laufe meiner Unterredung mit dem früheren Ministerpräsidenten, H. Poincaré, dem gegenwärtigen Präsidenten der Republik, konnte ich mich davon überzeugen, daß der letztere meine Ansicht in diesem Punkte teilt. Außerdem sprach H. Poincaré den Wunsch aus, es möchte nichts ohne sein Vorwissen erfolgen, und die Verteilung der Summen sollte unter Mitwirkung der französischen Regierung und durch Vermittlung des H. Lenoir geschehen.

In seinem Briefe vom 18./31. Oktober d. J. teilte mir der H. Ministerpräsident mit, daß er sich, obwohl er die Unterstützung der französischen Presse für völlig zwecklos erachte, doch nicht für berechtigt halte, kategorisch die von mir erbetene Hilfe abzulehnen und schickte daher den Direktor der Kreditkanzlei, H. Dawidow, nach Paris.

In meinen Besprechungen mit den Herren Dawidow und Poincaré wurde vereinbart, man müsse als Reserve eine Summe von 300 000 Franken haben, die in drei Raten von je 100 000 Franken auf das Konto Lenoir zu zahlen seien. Am Ende dieser Besprechungen wurde eine erste Zahlung von 100 000 Franken getätigt.

Derart hatte ich allen Grund zu glauben, daß H. Kokowtzow diesen Plan der Unterstützung der französischen Presse angenommen habe, und daß diese erste Zahlung von 100 000 Franken zu diesem Zwecke bestimmt sei. Als mir daher H. Raffalowitsch mitteilte, H. Klotz, den H. Poincaré mit dieser Aufgabe betraut hatte, habe den Wunsch ausgesprochen, es möchten die von Lenoir bereits verausgabten 25 000 Franken diesem zurückerstattet und außerdem dem französischen Finanzminister 75 000 Franken für die weiteren Ausgaben der betreffenden Person zur Verfügung gestellt werden, erklärte ich nach Beratung mit H. Raffalowitsch diesem, ich hätte keine Bedenken gegen die Erfüllung der Wünsche des H. Klotz.

Tatsächlich konnte, wie mir schien, der Augenblick für eine Einwirkung auf die französische Presse nicht günstiger sein. Seit Beginn der Balkankrise habe ich mir alle Mühe gegeben, unseren Standpunkt durch die einflußreichsten französischen Zeitungen unterstützen zu lassen. Sie werden zugeben müssen, daß ich in erheblichem Maße Erfolg gehabt habe. Aber in letzter Zeit setzte aus Anlaß der Präsi-

dentenvahl in einem gewissen Teil der französischen Presse ein Feldzug gegen die sogenannte übertriebene Unterordnung der französischen Außenpolitik unter die russischen Interessen ein, ein Feldzug, der hauptsächlich von Provinzblättern geführt wurde, auf die ich nicht unmittelbar einwirken konnte und die doch einen großen Einfluß auf die französische öffentliche Meinung haben. Ich sagte mir, die französische Regierung, in der Person des H. Klotz, wisse tatsächlich besser Bescheid als wir, welche Zeitungen man unterstützen müsse, und daraufhin erwog ich, daß eine ablehnende Antwort an H. Klotz nicht zweckmäßig sei. Ich gab diesem Gedanken als meiner persönlichen Überzeugung H. Raffalowitsch gegenüber Ausdruck.

Im Laufe meiner Unterredung mit H. Raffalowitsch erklärte ich diesem außerdem, ich hätte während der letzten Monate von Journalisten der allerverschiedensten Art Dienste erbitten müssen. Mit deren Unterstützung sei es mir gelungen, in die Zeitungen die notwendigen Nachrichten und Informationen gelangen zu lassen, und es würde mir sehr nützlich sein, zu meiner persönlichen Verfügung eine bestimmte Summe, z. B. 30000 Franken zu haben, um ihnen diese Dienste zu bezahlen. Ich hatte diesen Wunsch nur in ganz allgemeiner Form ausgesprochen. Daher war ich dann auch einigermaßen erstaunt, als ich erfuhr, Herr Kokowtzwow habe mir zu diesem Zwecke 25000 Franken zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Summe noch nicht angerührt, da ich nicht genau weiß, wie ich sie ausgeben soll. Da ich zu verstehen glaube, daß der Ministerpräsident mein Vorgehen in dieser Frage nicht vollkommen billigt, erkläre ich, daß ich keineswegs darauf bestehe, daß mir diese Summe zur Verfügung gestellt wird, und daß ich bereit bin, aus meinen persönlichen Mitteln einige Journalisten, die mir Dienste leisten, zu bezahlen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 13./26. Februar 1913

Herr Minister!

Ich besuchte heute früh H. Klotz. Wir schnitten die Frage Lenoir an. Ich bin erneut der Überzeugung begegnet, daß die bei der Banque de France eingezahlten 100000 Franken zur Verfügung des Ministerpräsidenten und des H. Klotz zum gemeinsamen Besten der beiden Länder stehen und eine erste Zahlung darstellen, der noch zwei weitere folgen sollen. Bis jetzt habe Lenoir etwa 40000 Franken ausgegeben. Ich berichtigte und nannte „25000 Franken“; denn ich weiß nichts von den anderen 15000. Ich werde Lenoir, der wieder nach der Riviera gereist ist, nach seiner Rückkehr befragen; denn

Lenoir weiß, daß wir benachrichtigt und befragt werden müssen, wenigstens der Form wegen. Der Minister schien zu glauben, man würde uns nach Erschöpfung der 100 000 Franken die Liste der Empfänger geben und dann zur zweiten Teilzahlung übergehen.

Wir sehen uns also bei der Leitung über diese Unterstützungsgelder ausgeschaltet, die dazu dienen sollen, Gegenmanöver anderer Gruppen gegenüber den Zeitungen und Parlamentsredakteuren zu verhindern.

H. Klotz hörte nur zerstreut zu, als ich sagte, es sei mit Lenoir vereinbart worden, daß der Botschafter befragt und durch meine Vermittelung die Ermächtigung von Petersburg eingeholt werden müsse.

Für jetzt steht fest: nach meiner Kenntnis hat Lenoir nur 25 000 Franken entnommen. Die dem Botschafter überwiesenen 25 000 Franken sind gleicherweise unberührt in seiner Hand.

Ich fand den Botschafter über einen Brief, den Euer Exzellenz an den Außenminister gerichtet haben, erregt, da er aus ihm gewisse Vorwürfe gegen sich herauszulesen glaubt.

Es ist vielleicht eine Frage des feinen Unterschieds, der Stimmung der Person, die eine Geschichte liest und mehr hineinlegt als der Verfasser wollte.

Der Botschafter sagte mir, er habe noch Hilfeleistungen zu belohnen, deren Nützlichkeit sicher gewesen sei (wie ich annehme Temps, Echo, Figaro, Eclair, denn er nannte keine Namen), und er würde vorziehen, eventuell lieber etwa 10 000 Franken aus seiner Tasche zu zahlen als an die zur Verfügung gestellte Summe zu rühren, wenn er bezüglich der Nützlichkeit der Ausgabe von Ihrem Standpunkte aus das geringste Bedenken haben müßte.

Bei dem Vorfall sind die französischen Politiker, die dauernde Erfahrungen in diesen Operationen haben, die geschicktesten gewesen.

Der Botschafter hat mit der traditionellen Passivität seiner Vorgänger gebrochen, seine Person eingesetzt und keine Mühe gescheut, einigen der wichtigsten Zeitungen eine genehme Richtung einzuflößen.

Ihr sehr ergebener Diener A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 4./17. März 1913

Herr Präsident!

Ich empfang heute früh den Besuch des H. Lenoir, der im Auftrage des H. Briand kam, um mich um 35 000 Franken von den bei der Banque de France verbliebenen 75 000 Franken zu bitten.

In der Regierung stand man unter dem Eindruck, man könne über diese Summe verfügen. Lenoir hat betont, man bedürfe unseres Einverständnisses. Ich erwiderte, ich sei verpflichtet, hierüber nach St. Petersburg zu berichten und fügte hinzu, bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge, nach der Verleihung des St. Andreasordens, und bei der gegenseitigen Begeisterung erscheine mir das Verlangen nicht als durchaus normal. Man antwortete mir, es geschehe für La Lanterne, L'Action, L'Événement, La France und für die Stützung der Regierung.

Ich sah H. Iswolski, der in diesen Schmutz nicht hineingezogen zu werden wünscht.

Ich frage mich, ob man auf die von Lenoir im Namen B...s vorgebrachte Bitte verneinend antworten kann.

Ihr sehr ergebener Diener

Ä. Raffalowitsch

Vermerk:

Auf diesem Brief hat der Minister mit eigener Hand vermerkt: Man wird die zweiten 100 000 Franken zahlen müssen.

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief

St. Petersburg, den 4./17. Juni 1913

Eingegangen am 6./19. Juni 1913

Nr. 64

Sehr eilig!

Streng vertraulich

Herr Sergej Dmitriewitsch!

Der Agent des Finanzministeriums in Paris, H. Geheimrat Raffalowitsch, hat zu meiner Kenntnis gebracht, daß der französische Innenminister, H. Klotz, wünsche, zur Verfügung Lenoirs 100 000 Franken von der von uns für die Presseausgaben angewiesenen Summe zu erhalten. H. Klotz besteht auf der Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Feldzuges gegen das neue Militärgesetz und auch im Zusammenhang mit der schwierigen allgemeinen Lage des französischen Kabinetts, jetzt eine so große Ausgabe für die Presse zu machen.

Wie Sie sich auf Grund des Vorstehenden überzeugen wollen, wird die auf den Vorschlag des H. Klotz genannte Summe für die Bedürfnisse der französischen und nicht der russischen Regierung ausgegeben werden, was schwerlich den von uns bei der Errichtung eines besonderen Pressefonds ins Auge gefaßten Zielen entspricht.

Mit Rücksicht auf das Vorstehende würde ich Bedenken tragen, dem Wunsche des französischen Innenministers zu entsprechen und, bevor ich dem Geheimrat Raffalowitsch antworte, wende ich mich mit der dringenden Bitte an Eure Exzellenz, es nicht ablehnen zu wollen, mir in der Frage der Überweisung eines Vorschusses von 100 000 Franken an H. Klotz Ihre Entschliebung mitzuteilen.

Indem ich das Vorstehende weitergebe, halte ich es außerdem für meine Pflicht, Sie davon zu unterrichten, daß unser Botschafter, wie ebenfalls aus dem Berichte des Geheimrats Raffalowitsch hervorgeht, sich gegenwärtig von jeder Teilnahme an den Besprechungen über diese Frage fernhält.

In Erwartung der Antwort Eurer Exzellenz bitte ich Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung und meiner tiefen Ergebenheit entgegennehmen zu wollen.

Kokowtzow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den Chef der russischen Kredit-Kanzlei*

Brief

Paris, den 4./17. Juni 1913

Mein lieber Kollege!

Der Minister des Innern hat mich heute auf dem Frühstück bei H. Pichon um die zweite Rate gebeten. Ich schrieb es an unseren Ministerpräsidenten. Würden Sie wohl die für die Banque de France und Lenoir notwendigen Anweisungen erteilen lassen? Einer so förmlich übermittelten Bitte gegenüber ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, abzulehnen.

Stets der Ihrige

Raffalowitsch

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Brief

St. Petersburg, den 18. Juni/1. Juli 1913

Geheim.

Lieber Herr Alexander Petrowitsch!

Unter Beifügung der Abschrift eines streng vertraulichen Briefes des H. Finanzministers vom 4. (17.) Juni, Nr. 64, bitte ich Euer Exzellenz dringend um Mitteilung Ihrer Entschliebung über die in ihm berührte Frage, nämlich H. Lenoir 100 000 Franken von den von uns

für die Presseausgaben in Frankreich angewiesenen Summen zur Verfügung zu stellen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Telegramm

Paris, den 20. Juni/3. Juli 1913

Auszug

... Habe gerade heute den Innenminister gesehen. Er ist mit der Verzögerung der Auszahlung der im Oktober letzten Jahres versprochenen Summe unzufrieden und auch darüber, daß ich zu verstehen gebe, wir müßten auf Unterstützung in den Balkanangelegenheiten rechnen können. Der Innenminister erschien beleidigt... Anregung wechselseitigen Beistandes. Benachrichtige russischen Botschafter Paris. Wir denken, man wird das Geld zahlen müssen.

Raffalowitsch

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 313

Paris, den 21. Juni/4. Juli 1913

Ihren Brief Nr. 22 vom 13. (26.) Juni erhalten.

Nach der Ansicht von Geheimrat Raffalowitsch könnte man der Bitte des H. Klotz unter der Bedingung entsprechen, daß die unterstützte Presse nicht nur für das Militärgesetz und die Politik des französischen Kabinetts eintritt, sondern auch für unsere Interessen, z. B. in den Balkanangelegenheiten. Mir scheint, eine entsprechende Behandlung der Frage würde für uns annehmbar sein. Raffalowitsch wird sich in diesem Sinne H. Klotz gegenüber aussprechen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Ministerpräsidenten*

Brief

St. Petersburg, den 24. Juni/7. Juli 1913

Sehr vertraulich.

Nr. 301.

Lieber Herr Wladimir Nikolajewitsch!

Auf den Brief Eurer Exzellenz vom 4. (17.) Juni, Nr. 64, habe ich nicht verfehlt, die Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Paris über die von dem französischen Innenminister aufgeworfene Frage bezüg-

lich der Anweisung an H. Lenoir von jetzt 100 000 Franken einzuholen, die von den von uns für Presseausgaben in Frankreich angewiesenen Summen zu erheben wären.

Nach der Ansicht des Hofmeisters Iswolski erscheint das Verlangen des H. Klotz unter der Bedingung annehmbar, daß die aus den obigen Fonds unterstützte Presse in erster Linie für unsere Interessen z. B. in den Balkanfragen eintritt und außerdem der Politik des französischen Kabinettes und der Durchführung des französischen Gesetzes über die dreijährige militärische Dienstpflicht ihren Bestand leiht.

Wenn unsere Bedingungen beachtet würden, würde ich es meinerseits für möglich halten, den Wünschen des H. Klotz entsprechend jetzt 100 000 Franken für die französische Presse zu bewilligen. In solchem Falle müßte Geheimrat Raffalowitsch H. Lenoir gegenüber die Bedingungen bekräftigen, unter denen sich die erwähnte Ausgabe vollzieht.

Sasonow

*Der Chef der russischen Kreditkanzlei an den
Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris*

Erlaß

St. Petersburg, den 28. Juni/11. Juli 1913

Vertraulich

Die Kreditkanzlei beehrt sich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der Finanzminister einer zweiten Zahlung von 100 000 Franken für die französische Presse zugestimmt hat, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, wie es im übrigen versprochen worden war, daß die französische Regierung auf die Presse den nötigen Druck ausübt, damit sie tatsächlich unsere Interessen verteidigt. Wenn dies nicht geschehen sollte, so würde Seine Exzellenz in Zukunft die Unterstützungen dieser Art vollständig einstellen. Die Kanzlei glaubt hinzufügen zu müssen, daß die erwähnten 100 000 Franken unmittelbar bei der Banque de France zur Gutschrift auf Konto L.... werden eingezahlt werden. Übersenden Sie uns die Belege für die Ausgaben.

Der Direktor: Dawidow

Der Abteilungsleiter: Iwostschenkow

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief

St. Petersburg, den 2./15. Juli 1913

Eingegangen 3. (16.) Juli 1913.

Nr. 681.

Lieber Herr Sergej Dmitriewitsch!

In Ihrem Briefe vom 24. Juni (7. Juli) d. J. haben mir Eure Exzellenz nach Fühlungnahme mit unserem Botschafter in Paris, H. Is-

wolski, mitgeteilt, Sie hätten die Möglichkeit der Auszahlung von 100 000 Franken anerkannt, die durch seine Vermittlung zu einem Drucke auf die französische Presse im Interesse der Regierung verwandt werden sollten. Eure Exzellenz haben außerdem ausdrücklich festgelegt, neben der Unterstützung des neuen Militärgesetzes und der allgemeinen Politik des französischen Kabinetts solle gleichermaßen ein Druck in einem uns vorteilhaften Sinne auf die Presse erfolgen.

Ferner beehre ich mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich 100 000 Franken nach Paris habe überweisen lassen, die bei der Banque de France auf Konto Lenoir hinterlegt werden. Dieser wird über die 100 000 Franken in gleicher Weise und unter denselben Bedingungen wie über die erste Zahlung verfügen.

Obwohl ich dieses Geld zur Verfügung des H. Lenoir stelle, kann ich nichtsdestoweniger nicht umhin, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf die Tatsache zu lenken, daß die Verwendung einer so erheblichen Summe für die Bedürfnisse der französischen Regierung eine direkte Abweichung von den Bedingungen darstellt, wie sie 1912 bei der Schaffung eines Sonderfonds für die Unterstützung der französischen Presse festgelegt wurden. Fernerhin bereitet es mir starke Verlegenheit, mit der Ausführung der künftigen Zahlungen, wie früher vereinbart, fortzufahren, wenn ähnliche Abweichungen in Zukunft wieder vorkommen.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 3./16. Juli 1913

Herr Präsident!

Das Bankett der russischen Delegation war ein äußerst glänzendes. Der Telegraph wird Ihnen den Eindruck, den es hervorgerufen hat, übermittelt haben.

Mir hat es einen wenig freundlichen Empfang bei H. Klotz eingetragen, dem ich die Verzögerung zu erklären versuchte, die in der von ihm vor einem Monat aufgeworfenen Frage wegen der Zahlung von 100 000 Franken auf das Lenoir eröffnete Konto eingetreten ist. Ich sagte ihm, man wünsche in St. Petersburg Sicherheit, daß wir als Gegenleistung die Wohltat der offiziellen Unterstützung in den Balkanangelegenheiten bekämen. H. Klotz ärgerte sich, ich möchte nicht sagen: war wütend. Er meinte, durch Äußerung dieses Verlan-

gens stellten wir Bedingungen und entzogen uns übernommenen Verpflichtungen. Der Ursprung dieser Angelegenheit gehe auf den Oktober 1912 zurück. Er werde sich bei H. Poincaré und H. Pichon beklagen. Ich habe ihn reden lassen und mich darauf beschränkt, ihn daran zu erinnern, ich sei eine bescheidene Übermittlungsperson, ich hätte seine Erklärung von Anfang Juni weitergeleitet, ihm den Grund für die Verzögerung auseinandergesetzt und würde es als meine Pflicht erachten, Sie das von ihm Gesagte wissen zu lassen.

Ich glaube nicht, daß er bei dieser Gelegenheit mit mir sehr zufrieden war. Ich habe die Unterredung H. Iswolski mitgeteilt, sie in einem Telegramm wiedergegeben und erwarte Ihre weiteren Weisungen.

Ich sagte H. Iswolski, meiner Ansicht nach müsse man festlegen, einer der Hauptpunkte für uns sei, uns die Hilfe der von dem Minister des Innern unterstützten Presse zu verschaffen. Ich lege andererseits Wert darauf, Sie von diesem Zwischenfall zu unterrichten, dem ich mit Rücksicht auf die naheliegende Mentalität keine große Bedeutung beimesse.

Ihr sehr ergebener Diener

A. Raffalowitsch

Nachschrift:

Um auf H. Klotz und seinen Angriff zurückzukommen, so ist er, wenn ich mein Gedächtnis befrage, der übliche und von der Regierung beglaubigte Mittelsmann, der im Oktober von uns verlangt hat, dem Feldzug der österreichisch-deutschen Presse entgegenzuarbeiten. Aus Zartgefühl und aus dem Gefühl der Solidarität heraus hat der Botschafter H. Poincaré befragt, der H. Lenoir beruhigt und bezeichnet hat. Dann ist H. Klotz dazwischengekommen und hat erklärt, wir seien nicht zuständig, er und seine Kollegen würden die Geldempfänger angeben, die hauptsächlich die Direktoren und Parlamentsberichterstatter seien.

H. Dawidow muß sich an dies alles genau erinnern. Eure Exzellenz wissen, daß ich aus Vorsicht keine Entwürfe oder Abschriften meiner Briefe aufbewahre.

Ich frage mich, wie man sich über eine Antwort ärgern kann, die dahin lautet: „Ja, das würde sich machen lassen, wenn man sich über die Verteidigung unserer Interessen in den Balkanangelegenheiten verständigt.“ Meine Bemerkung ist um so mehr am Platze, als sich gegenwärtig eine parlamentarische Gruppe mit den Balkanangelegenheiten befaßt (?).

Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an den russischen Ministerpräsidenten*

Brief

Paris, den 15./28. Juli 1913

Herr Minister!

Ich habe die Mitteilung Eurer Exzellenz über die H. Klotz zur Verfügung zu stellenden 100 000 Franken erhalten. Ich habe mich einerseits beeilt, den Minister des Innern um einen Empfang zu bitten, andererseits Lenoir zu rufen, um ihn um Vorlegung der Belege über die gemachten Ausgaben zu bitten. Lenoir sagte mir, er habe von den ersten 100 000 etwa 80 000 ausgegeben.

Er hat mit H. Barthou und H. Klotz eine Zusammenkunft. Der letztere hatte anscheinend eine gewisse Ungeduld gezeigt. Ich unterrichtete Lenoir von Ihrer Zustimmung und wies ihn darauf hin, unter welcher Bedingung sie gegeben sei, nämlich, daß wir in der Presse verteidigt und unterstützt würden. Ich bat ihn, dies den beiden Ministern ganz deutlich zu sagen.

Ich werde H. Klotz heute abend sehen. Ich vermute, daß die Unterredung nicht sehr angenehm sein wird.

Es scheint, die Türken haben der französischen Presse fünf Millionen versprochen, davon den vierten oder fünften Teil in bar. Die Libre Parole soll 100 000 Franken erhalten usw. Die Mittel werden von dem Hause Benard & Jarislowski gewährt auf Grund von Vorschüssen, die durch Schatzbons gesichert sind.

Ihr sehr ergebener Diener

A. Raffalowitsch

*Der Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris
an die Kreditkanzlei in St. Petersburg*

Brief

Paris, den 7./20. November 1913

Geheim

Im Einvernehmen mit H. Dawidow übersende ich Ihnen 27 Schecks über zusammen 100 000 Franken, die mir von der mit der Verteilung beauftragten Person zugestellt worden sind.

La Lanterne hat erhalten 42 000 Franken

L'Aurore „ „ 17 000 „

L'Evènement „ „ 11 000 „

L'Action „ „ 9 000 „

La France „ „ 11 000 „

Le Rappel „ „ 7 000 „

Le Gil Blas „ „ 2 000 „

Paris-Journal „ „ 1 000 „

Alle gehören zur radikal-sozialistischen Richtung.

Es muß beachtet werden, daß die Verwendung dieser ersten Teilsumme wie die der zweiten ausschließlich von der französischen Regierung in die Hand genommen worden ist, ohne irgendwelche Mitwirkung unsererseits bezüglich der Bezeichnung der Empfänger.

Die Verteilung hat eine ausschließlich politisch-parlamentarische Bedeutung.

Der Vertreter des Finanzministers (soll heißen: des russischen!) ist im Juli 1913 sehr übel empfangen worden, als er H. Klotz gegenüber den Wunsch äußerte, Unterlagen vorlegen zu können, die dar- tun, daß die Verwendung mehr in Übereinstimmung mit den russi- schen Interessen erfolgt ist.

Ich bitte um Empfangsanzeige des die 27 Quittungen enthaltenen Briefes, ohne den Gegenstand der Schecks zu erwähnen. Ich be- merke, daß die Zahlung bei der Banque de France zur Verfügung Lenoirs erfolgt ist.

A. Raffalowitsch

4. Kapitel
Frankreich und Italien

4. Kapitel
Frankreich und Italien

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. November 1913

Ich habe Ihnen bereits mehrere Male von dem großen Mißtrauen geschrieben, mit dem man hier die italienische Politik verfolgt. In letzter Zeit hat sich die Spannung in den französisch-italienischen Beziehungen noch verstärkt und ist besonders deutlich in der scharfen Fehde der mehr oder weniger amtlich beeinflussten Blätter beider Länder zum Ausdruck gelangt.

Wiederholt habe ich Pichon und die anderen französischen Minister über die Ursachen ihrer Erregung gegen den lateinischen Nachbarstaat Frankreichs gefragt. Diese Ursachen werden hier folgendermaßen erklärt:

Seit Beendigung seines Krieges mit der Türkei und von Anbeginn der Balkankrise an hat Italien, das aus dem Abkommen mit Frankreich alles herausgeholt hat, was es nötig hatte, d. h. die ungehinderte Einverleibung von Tripolis, den Kurs seiner Politik jäh und bedenkenlos geändert, und zur Zeit ist die italienische Politik ebenso, wenn nicht noch mehr als zur Zeit Crispis, vom Dreibund abhängig. Der italienisch-türkische Krieg hat als unmittelbare Folge die Entstehung und schnelle Entwicklung des „imperialistischen“ Gedankens in Italien gezeitigt; die italienischen Absichten richten sich vor allem auf die von ihm besetzten Inseln im Dodekanes und weiterhin auf die kleinasiatische Küste; bei diesen beiden nahegelegenen Zielen bleiben sie jedoch nicht stehen. Die italienischen Politiker, auch diejenigen nicht ausgeschlossen, die der jetzigen Regierung angehören, erklären offen, Italien müsse in Zukunft Tunis an sich bringen und die Vormachtstellung im Mittelmeer erringen. Durch die Gegenüberstellung einer ganzen Anzahl von Anzeichen gelangt man hier zu der Überzeugung, Italien habe bei der jüngsten Erneuerung des Dreibundes darauf bestanden, daß ganz bestimmte Be-

schlüsse über dieses Meer in den Dreibundvertrag aufgenommen wurden. Natürlich sind die Italiener sich zur Zeit darüber klar, daß weder Frankreich, geschweige denn England diese Inseln in ihrem Besitz lassen wird, woran Sir E. Grey erst kürzlich den italienischen Botschafter nochmals nachdrücklich erinnert hat. Aber während die italienische Regierung stark betonte Erklärungen abgibt, sie sei fest entschlossen, die Inseln zu räumen, rechnet sie augenscheinlich auf das Eintreten irgendwelcher Umstände, die ihr die Hände freimachen könnten. Wenn sie aber letzten Endes der übernommenen Verpflichtung nachzukommen gezwungen sein wird, so ist vorauszusehen, daß sie versuchen wird, von der Türkei irgendwelche besonderen Rechte zu erlangen, die für sie später den Grund abgeben würden, sich in den Besitz der Inseln zu setzen. Dies alles flößt der französischen Regierung die ernstlichsten Befürchtungen ein und zwingt sie, jeden Schritt der italienischen Diplomatie mit größtem Mißtrauen zu verfolgen. Man ist hier dabei nicht nur mit der italienischen Politik ihrem Wesen nach unzufrieden, sondern auch mit der Form, in der sie zutage tritt. So spricht H. Pichon voll Empörung von den Versuchen der italienischen Regierung, die Vorstellung zu erwecken, als bestehe zwischen Frankreich, Rußland und England keine Einmütigkeit in der Auffassung der italienischen Politik überhaupt und über den letzten österreichisch-italienischen Schritt in Athen im besonderen. Die Verantwortung für die feindseligen Ausfälle der italienischen Presse gegen Frankreich schreibt H. Pichon unmittelbar der italienischen Regierung zu, die, wie er sagt, doch alle Mittel in der Hand hätte, diesen Angriffen ein Ende zu machen. Endlich sprach H. Pichon mit besonderer Gereiztheit von den Schwierigkeiten, denen er bei seinen Verhandlungen mit Italien über die Rechtsstellung der tripolitanischen Eingeborenen in Tunis begegnet, für die die italienische Regierung beharrlich dieselben Rechte verlangt, die dort die Eingeborenen Algiers genießen. „Wenn Italien auf diese Ansprüche, die deutlich auf seine weiteren Absichten hinweisen, nicht verzichtet,“ — sagte mir Pichon — „so kann dies die französische Regierung zwingen, die Einverleibung von Tunis zu erklären.“

Die in so scharfer Form wiederaufgelebte französisch-italienische Gegnerschaft im Mittelmeer tritt besonders anläßlich der Entsendung eines starken französischen Geschwaders nach der kleinasiatischen Küste zutage. Auf meine Frage, ob diese Entsendung etwas mit den soeben erwähnten Reibungen zu tun habe, antwortete H. Pichon verneinend und erklärte diese Maßregel ausschließlich mit dem Wunsche, die französische Flagge in den Gewässern der Levante zu zeigen, ohne die Absicht, hierdurch Italien irgendwie zu nahe zu treten. Seinen Äußerungen nach ist die Entsendung des französischen Geschwaders ohne jedes vorherige Einvernehmen mit England beschlossen worden; aber die zufällig gleichzeitige Fahrt des französischen und

des englischen Geschwaders und ihr bevorstehendes Zusammentreffen in den griechischen Gewässern wird zweifellos und in sehr glücklicher Weise die Übereinstimmung des französischen und englischen Standpunktes hinsichtlich des Gleichgewichts im Mittelmeer hervorheben. „Sie werden natürlich bemerkt haben,“ — setzte er hinzu — „daß die italienische Regierung, sobald die Abfahrt des französischen Geschwaders bekanntgeworden war, sogleich ihr Geschwader nach der Insel Rhodos schickte, die übrigens die französischen Schiffe keineswegs anzulaufen beabsichtigten.“

H. Pichon verhehlte mir nicht, daß der französische Botschafter beim Quirinal, H. Barrère, der dieser Tage hier angekommen ist, von ihm eigens zu dem Zweck herberufen wurde, um mit ihm die zwischen Frankreich und Italien geschaffene Lage zu besprechen und Frankreichs weitere Politik gegenüber seinem lateinischen Nachbarn festzulegen. Man erwog, wie ich weiß, am Quai d'Orsay ernstlich die Frage, ob nicht der Augenblick gekommen sei, von Italien mit Nachdruck eine Antwort zu fordern: ob die Bestimmungen des Dreibundvertrages in seiner neuesten Fassung mit den zwischen Frankreich und Italien bestehenden Sonderabmachungen vereinbar seien. Ich habe Grund zu der Annahme, daß H. Barrère, der die jähe Schwenkung Italiens zum Dreibund hin nicht in Abrede stellt (er weist unter anderem darauf hin, daß in letzter Zeit die Anhänger einer Freundschaft mit Frankreich sämtlich, bis auf einen einzigen, aus der Consulta entfernt und durch Personen ersetzt worden sind, die Deutschland und Österreich ergeben sind), trotzdem auf die französische Regierung beruhigend einwirkt. Barrère prophezeit den baldigen Sturz des augenblicklichen italienischen Kabinetts und seine Ersetzung durch eine Regierung, die weniger geneigt sein werde, sich dem Einfluß Berlins und Wiens zu fügen.

Ich fragte, wie man den Widerspruch zwischen den jüngsten Versuchen Italiens, Verhandlungen mit Frankreich über ein neues Abkommen (vor nicht allzulanger Zeit schrieb ich Ihnen davon) einzuleiten und der in Vorstehendem geschilderten Richtung der italienischen Politik erklären solle; Pichon antwortete mir, daß ihm dieser Widerspruch gänzlich unbegreiflich sei und daß er nur durch die herkömmliche Doppelzüngigkeit der italienischen Diplomatie erklärt werden könne. „Auf alle Fälle“ — sagte er — „lassen wir sie an uns herankommen.“

Da ich keinerlei unmittelbare Anhaltspunkte für den wahren Charakter der italienischen Politik habe, kann ich natürlich nicht beurteilen, ob die hier angeführten Gedanken Pichons und seiner Kollegen objektiv richtig oder falsch sind. Es ist mir bekannt, daß unser Botschafter in Rom, der sich zur Zeit in Paris aufhält, die Handlungsweise des italienischen Kabinetts sehr nachsichtig beurteilt und seine Haltung durch die Furcht vor Österreich erklärt, sowie durch die

Notwendigkeit, gemeinsam mit dieser Macht vorzugehen, um ein gefährliches alleiniges Vorgehen Österreichs auf der Balkanhalbinsel zu verhüten.

Wie dem auch sein mag, ich kann nicht umhin, ernstlich Ihre Aufmerksamkeit auf den unbefriedigenden Stand der französisch-italienischen Beziehungen in diesem Augenblick zu lenken. Dieser Umstand kann für uns große Bedeutung gewinnen. Er bringt in die allgemeine Lage Europas unnötigerweise ein Element der Unbeständigkeit und der Möglichkeit von Verwicklungen hinein; er kann außerdem die französische Regierung veranlassen, eine gewisse Annäherung an den heimlichen Nebenbuhler Italiens, an Österreich, zu suchen. Sie kennen ja die Versuche Österreichs, sich die französische Regierung und die französischen Finanzkreise geneigt zu machen, hauptsächlich um den hiesigen Geldmarkt auszunutzen. Diese Versuche werden mit ungeschwächtem Nachdruck fortgesetzt, und man muß befürchten, daß sie gegenwärtig hier einen günstigen Boden finden konnten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

P. S. Bei unserer letzten Begegnung fand ich Pichon etwas optimistischer hinsichtlich Italiens gestimmt. „Barrère meint,“ — so sagte er zu mir — „mit Geduld und ruhigem Blut würden wir schließlich diesen Sturm überwinden. Ich teile seine Hoffnung.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Rom an den
russischen Botschafter in Paris*

Brief

Rom, den 13./26. November 1913

Eure Hohe Exzellenz waren so gütig, mir von Ihrem Brief an den Außenminister vom 7./20. November Kenntnis zu geben, der eine ausführliche Wiedergabe des Urteils der französischen Regierung über die italienische Politik und ihre Befürchtungen wegen der zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Nachbarstaaten enthält.

Ich leugne nicht die Entwicklung einer Frankreich feindlichen Stimmung in Italien, ich kann sie vielmehr ständig beobachten; ihr liegen verwickelte Ursachen zugrunde. Trotzdem kann ich nicht zugeben, daß die Befürchtungen des französischen Kabinetts völlig begründet sind. Meiner Ansicht nach sind sie sogar etwas naiv. Aus Furcht vor italienischen Mittelmeerplänen nimmt die französische Regierung an — ich weiß nicht, auf Grund welcher Tatsachen — daß Italien sich bei Gelegenheit in den Besitz von Tunis setzen wolle.

Ebenso könnte ich auch kaum die französische Behauptung als richtig anerkennen, daß in dem Dreibundvertrage Änderungen vorgenommen worden seien, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeer beziehen. Sowohl der Marquis di San Giuliano als auch der Ministerpräsident, H. Giolitti, selbst hat mir aufs bestimmteste versichert, dieser Vertrag sei ohne jede Veränderung erneuert worden; nicht ein Komma habe man darin verändert, und alle gegenteiligen Gerüchte seien durchaus unbegründet. Auf Wunsch des Marquis di San Giuliano habe ich dem Kaiserlichen Außenministerium hierüber geschrieben.

Wie aus Ihrem Briefe ersichtlich ist, stellt der französische Botschafter in Rom die jähe Schwenkung Italiens zum Dreibund hin nicht in Abrede, wirkt aber trotzdem auf die französische Regierung beruhigend ein. Er prophezeit den baldigen Sturz des jetzigen italienischen Kabinetts und seine Ersetzung durch eine Regierung, die weniger geneigt sein würde, sich von Berlin und Wien beeinflussen zu lassen. Ein Anzeichen für den jähen Umschwung erblickt H. Barrère unter anderem darin, daß in der letzten Zeit die Anhänger freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich mit Ausnahme eines einzigen aus der Consulta entfernt worden und an deren Stelle Persönlichkeiten getreten sind, die Deutschland und Österreich ergeben sind.

Hierzu kann ich nur bemerken, daß im laufenden Jahre vier Personen aus der Consulta entfernt worden sind. Die bedeutendste unter ihnen, ein leidenschaftlicher Anhänger des Dreibundes und nicht Frankreichs, H. Bollati, wurde zum Botschafter in Berlin ernannt. Eine gänzlich untergeordnete Persönlichkeit, ein Agent H. Barrères, ist Gesandter in Lissabon geworden. Die beiden übrigen versetzten Beamten waren Botschaftssekretäre und hatten keinerlei politischen Einfluß. Der Beamte, auf den H. Barrère mit den Worten anspielt: „mit einer Ausnahme“ — ist der Gehilfe des Staatssekretärs, Fürst Skalea, der allerdings nicht immer mit der Politik des Marquis di San Giuliano einverstanden ist. Letzterer hätte ihn nach den Parlamentswahlen leicht entfernen können, wenn er nur gewollt hätte. Er tat es jedoch nicht.

Mit allen obigen Ausführungen will ich keineswegs die italienische Politik rechtfertigen; sie muß durchaus abfällig beurteilt werden. Ich glaube aber, daß sie ihre Erklärung vor allem in der Furcht vor Österreich findet, vor dessen Einfluß in Albanien und überhaupt im westlichen Teil der Balkanhalbinsel, ebenso wie in dem Haß des ganzen italienischen Volkes gegen die habsburgische Monarchie.

Das Kabinett von Rom glaubt, ob mit Recht oder nicht, es könne die Ausdehnung des österreichischen Einflusses nur dadurch verhindern, daß Italien Wien nachfolgt, selbst wenn ihm das nicht erwünscht scheint.

Andererseits war die feindselige Stimmung gegen Frankreich vor allem durch die Zwischenfälle anlässlich der Beschlagnahme der französischen Schiffe „Carthago“ und „Manoula“ durch die Italiener hervorgerufen worden, sowie durch die unvorsichtigen Reden Poincarés, die allerdings seine Volkstümlichkeit sehr erhöht und vielleicht sogar zu seiner Wahl zum Präsidenten der Republik beigetragen haben, und weiterhin durch jene Begeisterung, mit der diese nationalistischen Reden in der französischen Presse kommentiert worden sind. Inde ira!

Der Größenwahn Italiens und seine krankhafte Eigenliebe waren dadurch schwer verletzt worden, und die italienische Presse hat der französischen mit ebenso ungerechten Ausfällen geantwortet.

Was die Inseln anbelangt, so würde das italienische Volk natürlich ihre Einverleibung in Italien wünschen, aber die Regierung und alle einflußreichen Kreise sind sich vollkommen darüber klar, daß weder Frankreich noch England dies zulassen würde; sie geben sich daher den Anschein, als wünschten sie dies selbst nicht. Der Marquis di San Giuliano hat mich mehrfach ersucht, der Kaiserlichen Regierung zu versichern, daß das römische Kabinett nicht daran denke, sich irgendeine Insel, ob groß oder klein, einzuverleiben.

Das letzte Vorgehen Italiens gegen Griechenland findet selbstverständlich seine Erklärung nicht ausschließlich in dem Wunsche des römischen Kabinetts, den Fußtapfen Österreichs zu folgen. In Italien hat sich viel Unzufriedenheit mit Griechenland angesammelt, und in der Überzeugung, dieses wolle eine vollendete Tatsache schaffen, hat man sich in Italien ereifert und übereilt. Man wollte u. a. zeigen, daß nicht nur Österreich, sondern auch Italien einen selbständigen Einfluß auf die schwebenden Grenzfragen ausüben könne. H. Barrère versichert, die jetzige italienische Regierung werde bald durch andere Persönlichkeiten ersetzt werden, die sich freundschaftlicher zu den Dreiverbandsmächten verhalten würden. Ich weiß nicht, worauf sich diese Überzeugung des französischen Botschafters in Rom stützt, glaube aber, daß sie einer festen Grundlage entbehrt. Selbstverständlich kann, wie in jedem parlamentarisch regierten Lande, die italienische Regierung so gut wie die französische unerwartet und plötzlich stürzen, es liegt aber nicht die geringste Veranlassung vor, dies schon jetzt annehmen zu wollen. H. Giolitti ist nicht nur der mächtigste Mann in Italien, sondern auch äußerst volkstümlich, und wird nur gehen, wenn er es selbst wollen wird. Wer dann an seine Stelle treten wird, kann zur Zeit niemand wissen.

Das Mißtrauen Frankreichs gegen Italien erklärt sich ferner durch die tatsächlich erfolgte engere Annäherung der Kabinette von Rom und Berlin anlässlich der Zusammenkunft der Monarchen und ihrer Außenminister in Kiel. Ich glaube jedoch, daß auch in diesem Falle diese Annäherung zweier Mächte des Dreibundes, die im Rah-

men des Dreibundes geblieben ist, sich durch eine gewisse Unzufriedenheit sowohl des Berliner als auch des römischen Kabinetts mit Österreich erklärt; Deutschland und Italien waren aber beide, ob sie wollten oder nicht, gezwungen, Österreich auf seinem gefährlichen Wege zu folgen. In dieser Annäherung an Deutschland bin ich somit eher geneigt, ein Unterpfand für den Frieden und eine Hemmung der österreichischen Absichten zu erblicken.

Genehmigen Sie usw.

Krupenski

P. S. In diesen Tagen kehre ich nach Rom zurück und werde auf kurze Zeit nach Petersburg fahren und nicht verfehlen, mich in diesem Sinne mit S. D. Sasonow auszusprechen.

Als ein Beweis für das Mißtrauen, das das Kabinett von Rom gegen Österreich hegt, habe ich vergessen, zu erwähnen, daß das katholische Italien für Albanien keinen katholischen Herrscher wünscht. „Einerlei wer es ist, nur kein Katholik“, sagte mir San Giuliano. Den österreichischen Einfluß befürchtend, wünscht die italienische Regierung in gleicher Weise, daß nicht Skutari, sondern Durazzo oder Valona oder irgendeine andere Stadt zur Hauptstadt Albaniens auszuweisen werde. Außerdem hat, wie Ihnen vielleicht bekannt ist, Marquis di San Giuliano Österreich erklärt, die Einverleibung des Lowczen sei vom Standpunkt des römischen Kabinetts aus unzulässig und würde zu ernststen Folgen führen.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 21. November/4. Dezember 1913

Während des Aufenthaltes unseres römischen Botschafters in Paris nahm ich Gelegenheit, ihm von meinem Briefe an Sie vom 7./20. November, der die französisch-italienischen Beziehungen behandelt, Kenntnis zu geben. Wie Sie wissen, bestreitet A. N. Krupenski die Richtigkeit der Ansichten der französischen Regierung über die Außenpolitik Italiens; im besonderen läßt er die französische Behauptung nicht gelten, daß bei der letzten Erneuerung des Dreibundes im Bündnisvertrage Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen worden seien, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeer beziehen. A. N. Krupenski hat seine Entgegnungen in einem an mich gerichteten Schreiben niedergelegt, das in Urschrift hier beigelegt ist. Darin be-ruft er sich u. a. auf die ausdrücklichen Versicherungen Giolittis und San Giulianos, daß dieser Vertrag ohne jede Änderung, selbst die Satzzeichen mit inbegriffen, erneuert worden sei und daß die Gerüchte, die das Gegenteil besagen, völlig unbegründet seien.

Im Laufe einer meiner letzten Unterredungen mit Pichon habe ich diese Angelegenheit berührt und ihm die Meinung A.N.Krupenskis mitgeteilt. Pichon erwiderte, genau dieselben Zusicherungen seien H. Barrère von den italienischen Ministern, und zwar in ebenso bestimmter Form gegeben worden. Nichtsdestoweniger, so fügte er hinzu, besitzen wir ernstzunehmende Nachrichten, die wir aus deutschen, nicht aus italienischen Quellen geschöpft haben, daß bei der Erneuerung des Dreibundes ein besonderes Protokoll oder ein besonderes Marineabkommen über das Mittelmeer unterzeichnet worden ist.

Aus Pichons Worten konnte ich nicht mit Sicherheit schließen, von welcher „Quelle“ er sprach, und ich muß annehmen, daß es sich hier wiederum um die „geheime“ Nachrichtenvermittlung handelt, die angeblich der französischen Regierung zur Verfügung steht und die zu erwähnen ich in meinen Briefen bereits Gelegenheit hatte. Wie dem auch sein mag, es besteht für mich kein Zweifel, daß Pichon unbedingt an eine besondere Vereinbarung zwischen Italien, Deutschland und Österreich hinsichtlich des Mittelmeeres glaubt. Dieser Umstand ist an und für sich sehr wichtig, denn er wird zweifellos von entscheidendem Einfluß auf die Haltung Frankreichs gegenüber der italienischen Politik sein.

Während unserer Unterredung hat Pichon anerkannt, daß der Ton der italienischen Presse in letzter Zeit bedeutend gemäßigter und die italienische Regierung offenbar bestrebt sei, ihre Beziehungen zu Frankreich zu bessern.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief Paris, den 19. Dezember/1. Januar 1913/14
Streng vertraulich Eingetroffen am 22. Dezember 1913

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk
Nikolaus' II.:

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Ich habe Ihnen bereits mehrmals geschrieben, daß hier die Überzeugung feste Wurzel gefaßt hat, die italienische Regierung habe bei der letzten Erneuerung des Dreibundes auf die Einfügung einer wesentlichen Ergänzung bezüglich des Mittelmeeres in diesen Vertrag bestanden. Diese Überzeugung gründet sich, wie Ihnen bekannt, auf Nachrichten aus einer geheimen Quelle, der von der französischen Regierung ein durchaus glaubwürdiger Charakter zugesprochen wird.

In dieser Beziehung ist es mir gelungen, folgende Einzelheiten zu ermitteln, die ich streng vertraulich an Sie weitergebe. Man hat mir nämlich zu verstehen gegeben, die geringste Indiskretion könne der erwähnten Nachrichtenquelle ein Ende bereiten.

Das hiesige Außenministerium, das über den Schlüssel zur italienischen Chiffre verfügt, hat die Möglichkeit, nicht nur von den an den italienischen Botschafter in Paris gerichteten Telegrammen Kenntnis zu nehmen, sondern auch von denjenigen, die Rom mit seinen Botschaftern in Berlin und Wien austauscht. Als im vorigen Herbst, während der Reise des Präsidenten der Republik nach Madrid, die italienische Regierung Frankreich einen Vorschlag über ein neues Abkommen bezüglich des Mittelmeeres und anderer Fragen des nahen Orients machte, fand aus diesem Anlasse ein lebhafter Austausch von Telegrammen zwischen dem Marquis di San Giuliano, dem Herzog von Avarna und H. Bollati statt. In diesen Telegrammen wurde das Marine-Sonderabkommen erwähnt, das Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes mit seinen Verbündeten abgeschlossen hat. Der Herzog von Avarna und H. Bollati wiesen hierbei darauf hin, daß sich die einzelnen Artikel dieses Marineabkommens nicht mit dem vorgeschlagenen französisch-italienischen Abkommen vereinigen ließen. Durch eine sorgfältige Vergleichung der erwähnten Telegramme war es möglich, wenn auch nicht den vollen Wortlaut der italienisch-deutsch-österreichischen Marinekonvention, so doch wenigstens ihren ungefähren Inhalt festzustellen. Auf diese Weise wurde ermittelt, daß nach der Konvention der gesamte östliche Teil des Mittelmeeres in vertikaler Richtung in drei Zonen geteilt wird. In der ersten, der westlichsten Zone verpflichten sich die Mächte des Dreibundes, den Status quo aufrechtzuerhalten und sich jeglicher Aktionen zu enthalten; in der mittleren Zone verpflichten sich dieselben Mächte, nicht anders als im gegenseitigen Einverständnis vorzugehen; in der dritten, der östlichsten Zone genießen die vertragschließenden Parteien eine größere individuelle Freiheit und verpflichten sich nur, einander von ihren Handlungen vorher in Kenntnis zu setzen. Auf meine Frage, wie sich das Bestehen einer derartigen Konvention mit der Erklärung des Marquis di San Giuliano vereinigen lasse, die er sowohl A. N. Krupenski als auch H. Barrère gegenüber gemacht hat, daß nämlich in den Akten des Dreibundes nicht ein einziges Komma geändert worden sei, wurde mir die Antwort zuteil, dieser Widerspruch sei allerdings vollkommen unerklärlich und beweise nur die große Unaufrichtigkeit und Lügenhaftigkeit der italienischen Diplomatie.

Indem ich Ihnen die obenerwähnten Einzelheiten mitteile, muß ich hinzufügen, daß ich, obwohl ich mich bis jetzt recht skeptisch zu den hier eintreffenden Geheimnachrichten verhielt, nunmehr zur Überzeugung gelange, diese Nachrichten verdienen, soweit sie den italie-

nischen Telegrammwechsel betreffen, tatsächlich Beachtung. Hierin bestärkt mich unter anderem die Tatsache, daß im Laufe der letzten beiden Wochen das hiesige Außenministerium aus der erwähnten Geheimquelle genaue Hinweise bezüglich des Verhaltens der Dreibundmächte zum englischen Vorschlag über den Epirus und die Inseln erhalten hatte, und daß sich diese Hinweise nunmehr voll und ganz bestätigt haben. Hieraus kann man, wie mir scheint, den Schluß ziehen, daß auch die erwähnten Angaben über die zwischen Italien, Deutschland und Österreich bestehende Marinekonvention der Wahrheit entsprechen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Gesandte in Rom an den
russischen Außenminister*

Brief

Rom, den 8./21. April 1914

Abschrift Paris.

Der französische Botschafter in Rom leidet, wie Ihnen bekannt, seit mehr als einem Jahre an den Folgen eines Automobilunfalles, der eine Gehirnerschütterung hervorgerufen und eine bedeutende Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit nach sich gezogen hat. Er gibt sich daher viel weniger mit Geschäften ab und trifft den italienischen Außenminister viel seltener; er hat mich deshalb schon öfters gebeten, ihm mitzuteilen, was San Giuliano mir über die italienisch-französischen Beziehungen sagen würde.

Ich habe Ihnen seinerzeit ausführlich über meine Unterredungen mit dem italienischen Minister berichtet, und dem Ersuchen San Giulianos selbst Folge leistend, habe ich diese Unterredungen auch Barrère mitgeteilt.

Am Tage seiner Abreise nach Paris versuchte Barrère mich zu sprechen, traf mich jedoch nicht zu Hause an, und wir verabredeten telephonisch, uns auf dem Bahnhofe zu treffen. Hier hat mich der französische Botschafter gebeten, ihm noch einmal alles zu sagen, was mir San Giuliano mitgeteilt habe, da ihn sein Gedächtnis im Stiche lasse. Da wir nur wenige Minuten bis zum Abgange des Zuges hatten und es schwer war, eine so wichtige Frage kurz darzulegen, so zog ich es vor, Barrère ein kurzes vertrauliches Memorandum nach Viareggio zu schicken, wo er ein paar Tage bleiben wollte. Eine Abschrift dieser kleinen Denkschrift erlaube ich mir Ihnen zuzustellen.

Krupenski

Beilage zu obigem Briefe vom 8./21. April 1914

San Giuliano hat dem russischen Botschafter erklärt, daß die französische Regierung vorschlägt, die Meistbegünstigungsklausel nicht nur auf ökonomische, sondern auch auf alle politischen Fragen anzuwenden. Das römische Kabinett erhebt keine Einwendungen, jedoch unter der Bedingung absoluter Gegenseitigkeit. Dies scheint jedoch nicht die Absicht der französischen Regierung zu sein: denn das Pariser Kabinett beruft sich jedesmal auf diese Formel, wenn deren Anwendung für Frankreich günstig ist, und lehnt sie ab, wenn sie Italien nützen könnte.

Von dem Wunsche beseelt, die vertraulichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wiederherzustellen, tut San Giuliano alles in seinen Kräften Stehende, um dieses Ziel zu erreichen. Aus politischer Überzeugung und aus Freundschaft für Barrère, dessen Stellung er kräftigen wolle, ist der italienische Außenminister bereit, den gerechten Wünschen Frankreichs entgegenzukommen und ihm sogar gewisse Zugeständnisse zu machen, die eine Annäherung zwischen den beiden Regierungen und den beiden Ländern erleichtern würden. Aber er wirft Frankreich vor, zu vergessen, daß das heutige Italien nicht mehr dasselbe wie vor fünfzig Jahren ist. Vor einem halben Jahrhundert, als Frankreich eine sehr große Macht und Italien fast eine *quantité négligeable* war, hatte man sich in Paris daran gewöhnt, Italien nicht als gleichberechtigt anzusehen. Heute nimmt das Königreich eine andere Stellung in der Welt ein und spielt eine andere Rolle im Mittelmeere. Diese Tatsache allein genügt, um den Abstand zwischen den beiden Ländern zu verkürzen und um Italien zu erlauben, mit Frankreich als gleichberechtigt zu sprechen. San Giuliano behauptet, daß die französische öffentliche Meinung sich diese Veränderung noch nicht zu eigen gemacht habe, und solange sie nicht anerkannt sein werde, würden die aufrichtigen Bestrebungen der italienischen Regierung, die herzlichen Beziehungen zu Frankreich wiederherzustellen, resultatlos bleiben müssen.

Aber der Minister ist überzeugt, daß an dem Tage, an dem Frankreich anerkennt, daß die Großmacht Italien aufgehört hat, eine Frankreich untergeordnete Stellung einzunehmen, die Hindernisse für eine Annäherung der beiden Nationen beseitigt sein werden. Was die beiden schwebenden Fragen anbelangt, die Gerichtsbarkeit in Tunis und die Kapitulationen in Marokko, so sei die erstere beinahe gelöst, und die zweite, obwohl recht schwierig, habe jetzt ebenfalls eine gute Wendung genommen.

Diese Gelegenheit benützend, hat der russische Botschafter, obwohl er natürlich nicht kompetent ist, auf die von San Giuliano angeführten Erwägungen näher einzugehen, die Aufmerksamkeit des italienischen Ministers darauf gelenkt, daß, wenn man in Frankreich

nicht mehr dasselbe Vertrauen zu Italien hat, dieses seine Ursache darin hat, daß das Pariser Kabinett den Verdacht hegt, der Dreibundvertrag sei verändert worden oder enthalte neue gegen Frankreich und seine Stellung im Mittelmeere gerichtete Bestimmungen. Der Minister hat erwidert, daß er im Parlament und Barrère selbst erklärt habe — auch Tittoni sei beauftragt worden, dieselbe Erklärung in Paris abzugeben —, der Dreibund sei erneuert worden, ohne daß auch nur ein Komma verändert worden sei. Keine Zusatzbestimmung sei zwischen Italien und seinen Bundesgenossen verabredet worden und die Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien hätten noch immer dieselbe Gültigkeit. Der Minister hat hinzugefügt, daß der französische Verdacht sich auf gewisse Beweise berufe, die man in Händen zu haben glaube. Diese sogenannten Beweise könnten aber nichts anderes als ganz gewöhnliche Fälschungen sein. Wenn diese Erklärungen nicht genügten und wenn die französische Regierung es wünsche, so sei der Minister bereit, sie im Parlamente zu wiederholen und eine Interpellation zu diesem Zwecke zu veranlassen.

Der russische Botschafter hat sich darauf beschränkt, zu erwidern, daß man dies alles in Paris augenscheinlich schon wisse, daß man aber die Erklärungen des italienischen Außenministers nicht für kategorisch genug halte.

Geheimtelegramm Nr. 971

5. Kapitel
Der Fall Liman von Sanders

6*

8. Kapitel
Der Fall Linnemann von Sanders

*Der russische Botschafter in Konstantinopel an den
russischen Außenminister*

Konstantinopel, den 1./14. November 1913

Ich beziehe mich auf das Telegramm Nr. 261 aus Berlin.

Das Kommando eines deutschen Generals über türkische Truppen in Konstantinopel wird zweifellos eine unvergleichlich ernstere Bedeutung haben, als Zimmermann annimmt. Die politische Seite der Angelegenheit tritt bereits durch den Umstand hervor, daß nach Zimmermanns Ansicht die Anwesenheit des Generals dazu beitragen könnte, den Status quo aufrechtzuerhalten. Das aber gehört nicht unmittelbar zu der Rolle eines Generals, dessen Aufgabe nur die Ausbildung der Truppen ist. Unter solchen Umständen würde ich es für äußerst erwünscht halten, daß dem deutschen General der Befehl über ein anderes, nicht in der Hauptstadt liegendes Korps übertragen würde.

Abschrift nach Berlin.

Giers

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 555 Paris, den 13./26. November 1913

Telegramm Nr. 3220 erhalten.

Abschrift nach London.

Den Inhalt desselben gab ich H. Pichon zur Kenntnis. Er bestätigte mir, er teile ganz Ihre Meinung, daß es unzulässig sei, deutschen Offizieren den Befehl über die Truppen in Konstantinopel zu übertragen; er habe sich bereits mit Nachdruck in diesem Sinne sowohl dem hiesigen türkischen Botschafter gegenüber als auch durch Vermittlung Bompards ausgesprochen. Rifaat Pascha habe er gesagt, wenn die Pforte auf die Verwirklichung dieses Planes nicht ver-

zichte, werde Frankreich für sich außerordentliche Entschädigungen moralischer und politischer Art verlangen. In seiner Unterredung mit mir äußerte Pichon abermals nachdrücklich, Frankreich könne es nicht zulassen, daß Deutsche in Smyrna oder Beirut befehligten; er habe der Pforte gegenüber auf Adrianopel hingewiesen. Nach den Worten Pichons hat seine Erklärung offenbar einen tiefen Eindruck auf Rifaat gemacht, und dieser habe beim heutigen diplomatischen Empfange seine persönliche Überzeugung dahin ausgesprochen, daß die Angelegenheit geregelt werden könne. Iswolski

*Der russische Geschäftsträger in London an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 795 London, den 15./28. November 1913

Ihr Telegramm 3220 und das aus Paris 555 erhalten. Grey hat gestern O'Beirne telegraphiert, er teile Ihre Ansicht, wir könnten die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht zulassen. Aus den Worten Nicolsons und Cambons habe ich geschlossen, daß der Minister grundsätzlich die Möglichkeit von Kompensationen für uns zugibt, daß es aber in Wirklichkeit schwer sein dürfte, derartige Kompensationen zu finden. Den ersten Vorschlag Pichons, auch die Offiziere anderer Staaten sollten derartige Kommandostellen erhalten, hält er für undurchführbar und unseren Interessen nicht entsprechend, denn unser Hauptziel — die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen — wäre dadurch nicht erreicht. Außerdem würde dies den ersten Schritt zur Aufteilung der Türkei bedeuten. Cambon ist derselben Ansicht. Beide bezweifeln, daß ein gemeinsamer Druck auf die Pforte ein Ergebnis haben wird, denn letztere ist augenscheinlich durch Versprechungen Kaiser Wilhelm gegenüber gebunden, dessen Eigenliebe man in Betracht ziehen muß. Grey hält es für das beste, die freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, um es zu einer Änderung des ursprünglichen Planes zu bewegen, z. B. indem einem deutschen Offizier die Leitung der Kriegsschule übertragen wird, worauf ein heutiges Agenturtelegramm aus Berlin anspielt. Grey glaubt, daß sowohl Kaiser Wilhelm als auch der Reichskanzler nach einem Vorwand suchen, um aus dieser nicht reiflich überlegten Lage herauszukommen, daß aber ein Kommando außerhalb Konstantinopels, z. B. Adrianopel, keinen Ausweg bedeuten würde. Hier befürchtet man, daß der feindselige Ton der russischen Presse, z. B. der „Nowoje Wremja“, zum entgegengesetzten Ergebnis führen müsse, da Kaiser Wilhelm sich verletzt fühlen könne und augenscheinlich den Wunsch hege, sich wegen der gegen von der Goltz Pascha gerichteten Kritik zu rechtfertigen. Sewastopulo

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 798

London, den 19. November/2. Dezember 1913

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris haben dahingeführt, daß beide Regierungen beschlossen haben, ihre Vertreter in Konstantinopel zu beauftragen, bei der Pforte offiziell anzufragen, ob tatsächlich die Absicht besteht, das Kommando über die türkischen Truppen in Konstantinopel deutschen Offizieren zu übertragen. Alles weitere wird von der Antwort der Pforte abhängen. Grey und Asquith teilen die Ansicht Pichons, daß ein derartiges Kommando die Botschaften in eine ungebührliche Lage bringen würde und daß die souveränen Rechte des Sultans und die Unabhängigkeit der Türkei in Mitleidenschaft gezogen werden müßte. Sie sind der Ansicht, daß Rußland sich darauf beschränken sollte, die freundschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortzusetzen, vor allem aber mit dem deutschen Hofe, wobei die Eigenliebe und Empfindlichkeit des letzteren ganz besonders zu berücksichtigen wären.

Falls dies zu keinem Ergebnisse führen sollte, geben Frankreich und England die Notwendigkeit von Garantien für alle Mächte zu, ganz besonders für Rußland hinsichtlich der Dardanellen, der Einfahrt und der Ausfahrt in den Bosphorus. Man sieht hier voraus, daß Deutschland sich der Gewährung von Kompensationen an die anderen Mächte nicht widersetzen wird; doch hält man es für richtiger, diese Frage einstweilen noch nicht aufzuwerfen, da es fast unmöglich ist, derartige Kompensationen zu finden.

Sewastopulo

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 802

London, den 26. November/9. Dezember 1913

Grey ist der Ansicht, daß die in Ihrem Telegramm 3309 vorgeschlagene gemeinsame Note verfrüht sei und gewisse Nachteile zur Folge haben würde; er glaubt, man müsse auf das erste Projekt zurückkommen, ohne zum Schluß irgendwelchen Drohungen Ausdruck zu geben. Die drei Botschafter müßten sich über eine gemeinsame Erklärung verständigen, die ihre Übereinstimmung zum Ausdruck bringt, und dann einer nach dem andern eine mündliche Vorstellung

machen, um den Inhalt des Irades kennenzulernen. Sie könnten bei dieser Gelegenheit ernstliche Erwägungen hinsichtlich der Erhaltung der Souveränität des Sultans, des Regimes der Meerengen und der ganzen Lage in Konstantinopel hinzufügen, doch müßten sie sich fürs erste auf einen derartigen Schritt beschränken, der die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen läßt. Grey hat versprochen, mir den Inhalt eines derartigen Telegramms mitzuteilen. Ich habe Grey gesagt, daß die russische Regierung dieser Frage die allergrößte Bedeutung beilege, daß sie auf die feste Unterstützung Englands rechne, daß es aber auch ihre Absicht sei, nur mit der größten Vorsicht zu handeln, um eine Sackgasse zu vermeiden und der deutschen Regierung einen Rückzug zu ermöglichen.

Benckendorff

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 3335

St. Petersburg, den 27. November/10. Dezember 1913

Abschrift nach Paris.

Giers telegraphiert aus Konstantinopel: Es ist schwer, Kompensationen zu verlangen, die uns befriedigen könnten, falls das Kommando des ersten Korps dem General überlassen wird, da unser ernst gemeintes Ziel ausschließlich darin besteht, den General aus Konstantinopel zu entfernen und keine Kompensation den Nachteil beseitigt, der mit seiner Kommandierung der Truppen in Konstantinopel verbunden ist. In einem privaten Gespräch äußerte Wangenheim als seine persönliche Meinung, wir würden vielleicht darauf eingehen, daß ein deutscher Offizier nicht die in Konstantinopel stehende Division des ersten Korps kommandiere, sondern eine andere außerhalb Konstantinopels stehende. Das hätte aber meiner Ansicht nach keine Bedeutung, da die unter Kommando eines türkischen Offiziers stehende Konstantinopeler Division sich dennoch dem deutschen Korpskommandeur unterzuordnen hätte. Das Hauptargument Wangenheims besteht darin, daß es für Deutschland beleidigend wäre, aus Konstantinopel den deutschen Korpskommandeur zu entfernen, während der die türkische Flotte kommandierende englische Admiral in der Residenz bleibe. Das ist in der Tat ein heikler Punkt, der beseitigt werden könnte, wenn England aus eigener Initiative und um Deutschland einen Ausweg aus seiner peinlichen Lage zu erleichtern, den Sitz eines Admirals aus Konstantinopel nach Ismid verlegen

wollte, wo jetzt ein Marinedock gebaut wird. Dabei würde der Admiral an der Spitze der türkischen Flotte bleiben.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 607 Paris, den 17./30. Dezember 1913

Dringend! — Nr. 3467 und Nr. 3468 erhalten.

Abschrift nach London.

Gestern abend habe ich den Inhalt Ihrer Telegramme dem Außenminister streng vertraulich mitgeteilt und ihm, um jegliche Mißverständnisse und Ungenauigkeiten zu vermeiden, den Sachverhalt in einer Denkschrift auf Grund der früheren Telegramme von Giers auseinandergesetzt. Heute übergab mir der Minister folgende schriftliche Antwort:

„Der Außenminister hat die Note, die ihm von Seiner Exzellenz dem Botschafter Rußlands am 29. Dezember übergeben wurde, mit der ernstesten Aufmerksamkeit geprüft. H. Doumergue legt Wert darauf, H. Iswolski zu versichern, daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten der Kaiserlichen Regierung in der Angelegenheit der Mission des Generals von Sanders in Konstantinopel sich anzuschließen. Der französischen Regierung scheint die Sache augenblicklich folgendermaßen zu liegen: Aus dem vorerwähnten Schreiben geht hervor, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel sich augenblicklich in Berlin aufhält, wo er sich bemüht, klarzumachen, wie notwendig es ist, den berechtigten Ansprüchen der Kaiserlichen Regierung und der öffentlichen Meinung Rußlands Genugtuung zu geben. Andererseits hat nach einem Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg von gestern abend H. Sasonow von der deutschen Regierung einige Erklärungen erbitten lassen. Hält die Kaiserliche Regierung es nicht für ratsamer, dies so beschaffte neue Material zur Beurteilung der Sachlage abzuwarten? Befürchtet sie nicht, daß eine unmittelbare Intervention des Dreiverbandes trotz ihres freundschaftlichen Charakters die direkten, noch im Gange befindlichen Unterhandlungen zwischen St. Petersburg und Berlin nachteilig beeinflussen könnte? Die französische Regierung ist nichtsdestoweniger bereit, schon jetzt mit der Kaiserlichen Regierung alle diplomatischen Maßnahmen zu erwägen, mit denen der Dreiverband vielleicht intervenieren könnte, sei es in Berlin, sei es in Konstantinopel, um mit seinen Ansichten durchzudringen. Infolgedessen bittet H. Doumergue H. Iswolski, ihn wissen zu lassen, wie die Kaiserliche Regierung über die Intervention, um die es sich han-

delt, denkt, auf welche genau bestimmten Punkte sich die Beschwerde der drei Mächte beziehen soll, und endlich, welche Entscheidung Rußland Frankreich und England vorschlagen zu müssen glaubt, falls ihre gemeinsame Aktion in Berlin und Konstantinopel nicht den gewünschten, versöhnlichen Erfolg haben sollte.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 608 Paris, den 17./30. Dezember 1913

Ich bitte um umgehende Weisungen. Fortsetzung von Nr. 607.
Abschrift nach London.

Die Antwort Doumergues wurde nach vorheriger Besprechung der Angelegenheit mit den beiden Brüdern Cambon, die sich in Paris aufhalten, und nach Empfang eines Telegramms des französischen Geschäftsträgers in London über seine Unterredung mit Crowe aufgesetzt. Aus meinen mündlichen Besprechungen mit Doumergue konnte ich zu dem Schluß kommen, daß man hier befürchtet, eine Anfrage aller drei Ententemächte in Berlin werde, selbst wenn sie in freundschaftlichster Form erfolgte, die Lage noch mehr verschärfen, und besonders eine Beteiligung Frankreichs an einem derartigen Schritt könne die Eigenliebe Deutschlands verletzen. Infolgedessen und im Hinblick auf das Telegramm Delcassés, demzufolge Swerbejew beauftragt ist, seine Besprechungen mit Jagow zu erneuern, ist man hier ebenso wie in London der Ansicht, man müsse vor allem das Ergebnis dieser Besprechungen abwarten sowie auch den Bericht Wangenheims nach seiner Ankunft in Berlin. In seiner Unterredung mit mir betonte Doumergue besonders die Notwendigkeit, zwischen Petersburg, Paris und London im voraus alle möglichen Zufälligkeiten und alle Maßnahmen zu besprechen, die wir im Falle eines Mißerfolges der Schritte in Berlin und Konstantinopel vorzuschlagen für nötig halten werden.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 609 Paris, den 18./31. Dezember 1913

Man telegraphiert dem „Echo de Paris“ aus Berlin auf Grund von Nachrichten, die das „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg erhalten hat, Rußland habe nicht die Absicht, weitere Schritte in Sachen

der deutschen Offiziere zu tun und sehe diese Frage als erledigt an. Diese Nachricht ruft hier einen für uns sehr ungünstigen Eindruck hervor und es wäre sehr erwünscht, sie zu widerrufen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 572

Paris, den 28. November/11. Dezember 1913

Gleich nach seinem Amtsantritt machte mir H. Doumergue seinen Besuch und erklärte mir, das neue Kabinett werde unentwegt das engste Einvernehmen mit Rußland aufrechterhalten. In seiner heutigen Erklärung vor der Kammer wird vollständig klar ausgedrückt sein, daß die Außenpolitik Frankreichs, die sich auf das Bündnis mit Rußland und auf die herzliche Freundschaft mit England stütze, unverändert bleibe. Er erwähnte die Unterstellungen der Blätter, daß er persönlich Rußland gegenüber feindlich gesinnt sei, wies diese Gerüchte mit Nachdruck zurück und erinnerte daran, daß er zur Zeit seiner Tätigkeit als Kolonialminister uns während des russisch-japanischen Krieges eifrig beigestanden habe, als es sich um die Fahrt des Geschwaders des Admirals Roshdestwenski handelte. Ich erwiderte ihm, ich zweifelte nicht eine Sekunde an der Folgerichtigkeit der französischen Politik und an seinen persönlichen Absichten; ein enges Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland sei gerade in diesem Augenblick angesichts der ersten internationalen Lage besonders notwendig.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 573

Paris, den 28. November/11. Dezember 1913

In der heutigen Erklärung vor der Kammer äußerte sich H. Doumergue folgendermaßen über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland und England: „Während der soeben von Europa durchlebten Krise hat die Regierung der Republik in vollem Maße die Wirksamkeit ihrer Bündnisse und Freundschaften empfunden. Sie hat aus ihnen einen Teil der zum Schutze ihrer Interessen und ihrer Würde erforderlichen Kraft geschöpft. Wir beschließen, ihnen treu zu bleiben. Wir werden folglich die enge und herzliche Zusammenarbeit mit Rußland fortsetzen, die in vielen Fällen den beiden Staaten die Auf-

rechterhaltung des Friedens machtvoll zu fördern gestattet. Wir werden uns Mühe geben, die vertrauensvolle Annäherung weiter zu entwickeln, für die Frankreich und England bereits so klare Beweise gegeben haben.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 19. Dezember/1. Januar 1913/14

Während der paar Wochen, die die neue Regierung im Amte ist, hat es sich, wie mir scheint, zur Genüge herausgestellt, daß das Kabinett der Herren Doumergue und Caillaux, wie schädlich es auch vom Standpunkte der französischen Innenpolitik ist, bis jetzt unsererseits, soweit es sich um unsere unmittelbaren Interessen handelt, keinerlei Vorwürfe verdient. In der Frage unserer Eisenbahnanleihe hat es uns gegenüber das größte Entgegenkommen gezeigt, wozu ein gewisser Mut erforderlich war, denn die Opposition hat gerade auf dieser Grundlage von Anfang an ihren Angriff gegen das Kabinett geführt. In Sachen der türkischen Bons trägt die Schuld die vorige Regierung, die die Transaktion der Bank Périer verschlafen hat. Die Presse schiebt die Verantwortung für diese Nachlässigkeit der französischen Botschaft in Konstantinopel zu. Man versichert mir jedoch, H. Bompard habe hierher rechtzeitig über alles berichtet, H. Houx aber, der Ihnen durch die Arbeiten der internationalen Finanzkommission bekannt ist, habe diesen noch vor der Ministerkrise eingetroffenen Bericht absichtlich unter den Tisch fallen lassen. Was H. Caillaux anbelangt, so hat er in dieser Angelegenheit, wenn auch verspätet, eine Tatkraft an den Tag gelegt, die hier recht ungewöhnlich ist.

In der wichtigsten Frage, nämlich der der deutschen Offiziere in Konstantinopel, kann ich mich bis jetzt gleichfalls nicht über H. Doumergue beklagen. Er erklärt, anscheinend durchaus aufrichtig, er wolle uns in vollem Umfange und tatkräftig unterstützen. Trotzdem sehe ich voraus, wir werden in dieser Angelegenheit nicht nur damit zu rechnen haben, daß er auf dem Gebiete der Diplomatie vollkommen unerfahren und unbewandert ist, sondern auch damit, daß dem jetzigen Kabinett eine Angst vor jeglichen Verwicklungen angeboren ist. Im Verkehr mit H. Doumergue muß ich stets zur Vermeidung von Mißverständnissen und Ungenauigkeiten zur schriftlichen Form greifen. Die Antworten werden mir wiederum nicht anders zuteil, als nachdem sie im Ministerrat durchberaten worden sind und in der Mehrzahl der Fälle auch nachdem man sich mit London in Verbindung gesetzt hat. Hierdurch werden die Angelegenheiten sehr verzögert und die Entschlüsse des Außenministers der Schnelligkeit und

Selbständigkeit beraubt. Außerdem erhalten bei einer derartigen Lage der Dinge wieder die untergeordneten Organe des Ministeriums, die ihre besondere und uns sehr häufig feindlich gesinnte Politik verfolgen, eine überwiegende Bedeutung. Endlich kann man von Personen wie den Herren Doumergue, Caillaux usw. noch weniger als von ihren Vorgängern die Wahrung des diplomatischen Geheimnisses erwarten.

Wie ich Ihnen telegraphierte, hat mich H. Doumergue nachdrücklich gefragt, welches die Druckmittel seien, die wir für den Fall, daß die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel nicht zum gewünschten Ergebnis führen sollten, vorzuschlagen beabsichtigten. Aus diesem Anlasse kann ich nicht umhin, Ihnen ein recht eigenartiges Gespräch mitzuteilen, das ich mit H. Paléologue hatte. Seinen Worten zufolge hat ihm der sich augenblicklich in Paris aufhaltende H. Bompard als seine persönliche Meinung mitgeteilt, wir müßten, falls wir nicht auf friedlichem Wege zu unserem Ziel gelangen sollten, uns vom Sultan einen Ferman zur Durchfahrt eines der Panzerschiffe unserer Schwarzmeerflotte durch die Meerengen erbitten, dieses Panzerschiff in den Bosphorus einlaufen lassen und dann erklären, es würde nur nach einer Änderung des Vertrages des Generals Liman und seiner Offiziere abdampfen. Auf meine Frage, ob ich diese Äußerung weitergeben könne, antwortete Paléologue, es stehe dem seiner Meinung nach nichts entgegen, jedoch handle es sich natürlich um eine rein persönliche Ansicht H. Bompards und die Initiative zu einer derartigen Maßnahme dürfe keinesfalls Frankreich zugeschrieben werden. Als ich ihm gegenüber bemerkte, der Sultan werde uns wohl kaum den besagten Ferman geben, sagte mir Herr Paléologue, das russische Panzerschiff könne auch ohne Ferman in den Bosphorus einlaufen; die türkischen Batterien würden sich natürlich nicht entschließen, das Feuer auf das Schiff zu eröffnen. Ich wage nicht zu beurteilen, wie weit die Erwägungen des französischen Botschafters in Konstantinopel durchdacht sind. Es ist jedoch sehr bezeichnend, daß man im hiesigen Außenministerium die Möglichkeit einer derartigen schroffen Wendung der Dinge zuläßt. Ich füge noch hinzu, daß, wenn wir uns zu einer derartigen energischen Handlung entschließen, die öffentliche Meinung Frankreichs zweifellos auf unserer Seite wäre, denn sie ist sehr empfindlich für alles, was die nationale Würde betrifft, und empfindet die Unerträglichkeit des deutschen Einflusses in der Türkei lebhaft.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3513 .

St. Petersburg, den 20. Dezember/2. Januar 1913/14

Ich verweise auf das Telegramm aus Konstantinopel Nr. 1105.

Wir können nicht umhin, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß Frankreich der Türkei periodisch pekuniäre Hilfe zuteil werden läßt, entweder in Form von Vorschüssen seitens der Privatbanken oder als Darlehen, die ihr durch Vermittelung des französischen Delegierten bewilligt werden. Indes läßt sich diese Hilfe gegenwärtig keineswegs durch die Notwendigkeit rechtfertigen, die Türkei vor dem Bankrott zu bewahren, insofern die Türkei noch soeben in England ein Panzerschiff erworben hat, was unter gegenwärtigen politischen Umständen sehr üble Nachwirkungen haben kann, sowohl auf die Inselfrage als auch auf die Zwangsmaßnahmen, zu denen wir gezwungen sein können, wenn die Verhandlungen mit Berlin nicht von Erfolg gekrönt sein sollten. Ich bitte Sie, irgendeine günstige Gelegenheit zu benutzen und die französischen Minister, ohne überflüssige Erregung zu verursachen, dennoch vertraulich darauf hinzuweisen, daß es äußerst wünschenswert sei, alle Finanzoperationen hinzuhalten, die bei den Türken eine gefährliche Unnachgiebigkeit unterstützen könnten.

Abschrift nach Konstantinopel.

Gleichlautendes Telegramm nach London.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 617 Paris, den 23. Dezember/5. Januar 1913/14

In einer langen Unterredung bezüglich der Mission Liman von Sanders hat mir der Präsident der Republik gesagt, Cambon habe nach seiner Rückkehr nach Berlin eine sehr freundschaftliche Aussprache mit Jagow gehabt, der ihm erklärte, er wünsche aufrichtig, den Zwischenfall beizulegen; wenn aber dieser Angelegenheit ein „europäischer Charakter“ beigelegt wird, so wird Deutschland nicht imstande sein, Nachgiebigkeit zu zeigen. Ähnliches hat Jagow auch dem englischen Botschafter gesagt. Poincaré zieht hieraus den Schluß, daß jeder gemeinsame Schritt Rußlands, Frankreichs und Englands in Berlin auf starken Widerstand stoßen und die Lage bedeutend verschärfen wird; wenn wir es trotzdem für nötig halten, einen derartigen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wird sich Frankreich uns natürlich anschließen, aber in diesem Falle muß man den wei-

teren Gang der Ereignisse voraussehen und sich über die weiteren gemeinsamen Schritte einigen. Aus diesem Anlasse hat Poincaré auf das allerbestimmteste die Erklärung Doumergues, die in meinem Telegramm Nr. 607 enthalten ist, bestätigt, daß nämlich Frankreich fest entschlossen ist, in dieser Angelegenheit zusammen mit uns zu handeln. Aus den Worten Poincarés habe ich schließen können, daß die Ausdrücke der genannten Antwort von ihm selbst und seinen Ministern auf das sorgfältigste erwogen worden sind, und daß trotz der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs in diesen Worten mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt. In Anbetracht dieser Tatsache berührt es hier ganz besonders unangenehm, daß einige unserer Zeitungen Frankreich der Passivität in der Frage der deutschen Militärmission beschuldigen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Streng vertraulicher Brief

Paris, den 2./15. Januar 1914

Ich beeile mich, Ihnen meine aufrichtigste Erkenntlichkeit dafür auszudrücken, daß Sie mir zu meiner persönlichen Kenntnis die Abschrift Ihres alleruntertänigsten Berichts vom 23. Dezember sowie der Punkte übermittelt haben, die der Beratung der besonderen Konferenz in Sachen der Vollmachten des Generals Liman in Konstantinopel unterliegen. Meinerseits habe ich Ihnen bereits möglichst genaue Mitteilungen über die Stellungnahme der französischen Regierung zu dieser Frage gemacht. Aus meinen Briefen und Telegrammen konnten Sie schließen, daß das so unerwartet ans Ruder gelangte radikale Kabinett des H. Doumergue, das sich auf die extremen Parteien einschließlich des H. Jaurès und der Vereinigten Sozialisten stützt, seiner Natur nach zwar zum Pazifismus neigt und jegliche äußere Verwicklungen fürchtet, daß wir ihm aber bis jetzt nicht den Vorwurf machen können, uns nicht genügend unterstützt zu haben. Unsere beiden Vorschläge über gemeinsame Schritte in Konstantinopel wurden hier sofort und ohne jeden Widerspruch angenommen. Was sodann den Vorschlag über einen Schritt der Dreiverbandsmächte in Berlin anbetrifft, so konnte die Antwort des H. Doumergue auf den ersten Blick etwas ausweichend erscheinen. Sowohl H. Doumergue, als auch der Präsident der Republik hat mir gegenüber auf das Gefährliche eines derartigen Schrittes hingewiesen, und beide haben geäußert, daß es, da wir einmal, wie Ihnen dies von H. Delcassé mitgeteilt worden sei, unsere freundschaftlichen Be-

sprechungen mit dem Berliner Kabinett fortsetzten, vor allem wünschenswert sei, die Ergebnisse dieser Besprechungen abzuwarten. Gleichzeitig ist mir jedoch sowohl am Quai d'Orsay als auch im Elysée erklärt worden, in der Denkschrift des H. Doumergue sei der Wille der französischen Regierung, in dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit uns zu handeln, durchaus klar und bestimmt zum Ausdruck gelangt. Diese Denkschrift, die zur besseren Übersicht in der Abschrift beigelegt ist, ist von dem soeben zum französischen Botschafter in Petersburg ernannten H. Paléologue verfaßt worden. Er erklärte mir, jedes Wort dieser Denkschrift sei sorgsam abgewogen, und die französische Regierung gebe sich durchaus Rechenschaft, daß bei einer weiteren Entwicklung des vorliegenden Zwischenfalls die Frage des casus foederis entstehen könne. Ebenso drückte sich in einem Gespräch mit mir H. Poincaré aus, der mehrmals wiederholte: „Wir werden Sie natürlich unterstützen (Il est bien entendu que nous vous soutiendrons).“

Indem somit die Herren Poincaré und Doumergue ihrer ruhigen Entschlossenheit Ausdruck verleihen, unter den gegenwärtigen Umständen sich nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die Frankreich durch das Bündnis auferlegt werden, dringen sie gleichzeitig besonders darauf, es sei notwendig, im voraus alle Eventualitäten und Maßnahmen zu erwägen, die wir im Falle eines Mißerfolges der diplomatischen Schritte in Berlin und Konstantinopel vorzuschlagen für nötig befinden werden. Obgleich ich keinen Grund habe, die Aufrichtigkeit der gegenwärtigen Erklärungen der französischen Regierung anzuzweifeln, kann ich natürlich nicht dafür bürgen, daß wir sie, wenn es von den Worten zu Taten kommen wird, bedingungslos bereit finden werden, sich allen unseren Vorschlägen anzuschließen. Das erste von Ihnen in Aussicht genommene Zwangsmittel — der folgerichtig durchzuführende Finanzboykott — ist, wie dies die frühere Erfahrung zeigt, in der Praxis sehr schwer zu verwirklichen. Wir können natürlich darauf rechnen, daß, solange wir nicht von der Türkei vollständig befriedigt worden sind, die französische Regierung die Kotierung der offiziellen türkischen Anleihe nicht gestatten wird, jedoch wird es tatsächlich kaum möglich sein, Geschäfte in der Art der kürzlich stattgehabten Operation der Bank Périer zu verhindern. H. Caillaux hat in bezug auf diese Operation eine große Tatkraft bekundet und erreicht, daß die Bank von der Ausführung der Option für den zweiten Teil der Anleihe Abstand genommen hat, was jedoch die ausländischen Teilnehmer keineswegs gehindert hat, die Sache zu Ende zu führen.

Die zweite von Ihnen in Aussicht genommene Maßnahme — die Abberufung der Vertreter Rußlands, Frankreichs und Englands aus Konstantinopel — dürfte hier kaum als eine Maßnahme angesehen werden, die wünschenswert und leicht zu bewerkstelligen ist. Man

wird wahrscheinlich einwenden, wir räumten durch eine derartige Handlungsweise der feindlichen Tätigkeit der Vertreter der Dreibundsmächte nur einen größeren Spielraum ein.

Die dritte von Ihnen vorgeschlagene Maßnahme endlich — die Besetzung von Trapezunt und Bajazed durch uns und Smyrna und Beirut durch die Franzosen bzw. Engländer — wird, nach meinen früheren Gesprächen mit den französischen Ministern zu urteilen, hier besondere Befürchtungen und Einwände hervorrufen. Die französische Regierung ist davon überzeugt, jedes aktive Hervortreten gerade innerhalb der Grenzen Kleinasien werde unvermeidlich eine aktive Einmischung Deutschlands hervorrufen und zu einer sofortigen Teilung der asiatischen Türkei und allen hiermit verbundenen Gefahren führen. Außerdem muß man im Auge behalten, daß Frankreich, wenn es sich auch zu einem derartigen Schritt entschlösse, keinesfalls gutwillig England die Besetzung Beirut, ja nicht einmal Smyrnas überlassen würde, wo nach seiner Auffassung die französischen Interessen die Vorhand hätten. Aus diesem Anlasse halte ich es für meine Pflicht, Sie an die Äußerung Paléologues zu erinnern, die er mir gegenüber gleichsam im Namen Bompards gemacht hat, daß wir nämlich ein Panzerschiff aus dem Schwarzen Meer in den Bosphorus senden könnten. Dieses beweist, wie mir scheint, abermals, daß man hier Operationen, die nicht die asiatischen, sondern die europäischen Besitzungen der Türkei zum Gegenstande haben, für zweckmäßiger und weniger gefährlich hält.

Indem ich den obigen Erwägungen Ausdruck gebe, beeile ich mich, den Vorbehalt zu machen, daß sie ausschließlich den Charakter einer Mutmaßung haben und nur auf meine allgemeine Kenntnis der hier herrschenden Ansichten gegründet sind. Zu einer genaueren Feststellung der möglichen Stellungnahme der französischen Regierung zu diesen oder jenen von unseren Vorschlägen kann ich augenscheinlich nicht eher als nach Erhalt einer bestimmten Erlaubnis hierzu schreiten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Anlage

Abschrift einer streng vertraulichen Denkschrift des französischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris.

Zu Nr. 7

Paris, den 17./30. Dezember 1913

Der Vorsitzende des Ministerrats, der Minister des Äußern, hat aufs sorgfältigste die Note studiert, die ihm von Seiner Exzellenz dem russischen Botschafter am 29. Dezember eingehändigt worden ist. H. Doumergue legt Wert darauf, H. Iswolski zu versichern, daß

sich die Regierung der Republik fest entschlossen hat, sich allen Maßnahmen anzuschließen, die von der Kaiserlichen Regierung in der Frage der Mission des Generals Sanders in Konstantinopel unternommen worden sind. Der französischen Regierung scheint es, daß sich bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die Frage folgendermaßen darstellt: aus der erwähnten Note geht hervor, daß sich der deutsche Botschafter in Konstantinopel gegenwärtig in Berlin befindet, wo er den Beweis zu erbringen versucht, es sei notwendig, die berechtigten Forderungen der Kaiserlichen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung zu erfüllen. Andererseits hat einem Telegramm zufolge, das der französische Botschafter in St. Petersburg gestern abend abgesandt hat, H. Sasonow von der deutschen Regierung gewisse Erklärungen verlangt. Würde es die Kaiserliche Regierung nicht für zweckmäßiger halten, neue Angaben für die Beurteilung, die man auf diese Weise erhalten wird, abzuwarten? Befürchtet sie nicht, daß eine sofortige Einmischung des Dreiverbandes ungeachtet ihres freundschaftlichen Charakters den unmittelbaren Verhandlungen Abbruch zu tun droht, die gegenwärtig noch zwischen St. Petersburg und Berlin stattfinden? Nichtsdestoweniger ist die französische Regierung bereit, gemeinsam mit der Kaiserlichen Regierung gleich jetzt über die diplomatischen Maßnahmen zu beraten, vermittels deren der Dreiverband rechtzeitig in Berlin oder Konstantinopel auftreten müßte, um seine Ansichten durchzusetzen. Infolgedessen bittet H. Doumergue H. Iswolski, ihm mitteilen zu wollen, wie sich die Kaiserliche Regierung des näheren die Intervention, von der die Rede ist, vorstellt und auf welchen Punkt namentlich die Forderungen der drei Mächte gerichtet sein müßten, sowie endlich, welche Entscheidungen Rußland, Frankreich und England vorzuschlagen für notwendig finden würde, falls die einheitliche Tätigkeit dieser drei Mächte in Berlin und Konstantinopel nicht zu der durch sie erstrebten friedlichen Lösung führen sollte.

6. Kapitel
Französisch-russische Kriegsvorbereitungen

Einleitung
Französisch-russische Übersetzungen

*Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland
vom 18./31. August 1911*

Amtliches Protokoll

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind die Generalstabschefs der russischen und französischen Armeen am 18./31. August 1911 in Krasnoje Selo zu einer Konferenz zusammengekommen. Der französische Militärattaché war in der Eigenschaft eines Sekretärs zugegen.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Veranlassung gegeben:

Einleitung

Die beiden Generalstabschefs erklären einstimmig, daß die Worte „Defensiv-Krieg“ nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden können, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen, und zwar soweit als möglich zur gleichen Zeit gemäß dem Wortlaute des Artikels 3 der Konvention, wonach „die Streitkräfte der beiden vertragschließenden Mächte mit allem Nachdruck und größter Beschleunigung einzusetzen sind“ („s'engagent à fond et en toute diligence“).

Artikel 1

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauten:

„Indem die beiden Generalstabschefs den Standpunkt der früheren Konferenzen bestätigen, sind sie darüber vollkommen einig, daß die Niederlage der deutschen Heere unter allen Umständen das erste und hauptsächlichste Ziel der verbündeten Armeen bleibt.“

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauten:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird. Dementsprechend richten sie an ihre Regierungen die Bitte, über diesen Punkt, der bereits die Aufmerksamkeit ihrer Vorgänger auf sich gelenkt hat, genaue Bestimmungen zu treffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Dubail setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die neuerdings von den Deutschen an ihren Eisenbahnen im Westen vorgenommen wurden (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen), ebenso wie auch aus den an der französischen Grenze errichteten Befestigungen.

Der Chef des französischen Generalstabs entwickelt hierauf die folgenden Erwägungen: Aus dem, was man über die deutsche Mobilmachung und Kräftekonzentration weiß, kann man den Schluß ziehen, daß die ersten großen Zusammenstöße wahrscheinlich in Lothringen, Luxemburg und Belgien zwischen dem 15. und 18. Tage stattfinden werden.

Die französische Armee wird zu diesem Zeitpunkt einen Effektivbestand haben, der die 1300000 Mann, die im Artikel 3 der Konvention vorgesehen sind, übersteigt.

Man hat Grund zur Annahme, daß die Deutschen die Operationen mit dem äußersten Nachdruck durchführen werden, um vom ersten Tage dem Gegner ihren Willen aufzuzwingen und um die Entscheidung herbeizuführen, oder um die Franzosen wenigstens in die Defensive zu drängen. Im Falle des Erfolgs hätten sie dann die Möglichkeit, zu geeigneter Zeit den größten Teil ihrer Streitkräfte gegen die Russen anzusetzen.

Der französische Generalstab hat Grund zu glauben, daß, falls ein Krieg von Deutschland hervorgerufen würde, unter den gegeb-

nen Verhältnissen (August 1911) weder Österreich noch Italien ihm sofort Gefolgschaft leisten würden.

General Gilinsky gibt zu, daß dies bezüglich Italiens zutreffe, aber er ist im Gegenteil der Meinung, daß die Österreicher gebunden sein werden, sich ganz und gar auf die Seite der Deutschen zu stellen, wenn auch nur aus Dankbarkeit für die von den Deutschen den Österreichern in Bosnien und der Herzegowina geleistete Unterstützung.

General Dubail erläutert bei seinen weiteren Darlegungen die großen Linien der französischen Mobilmachung und Kräftekonzentration.

Er zeigt, daß das französische Heer ebenso rasch wie das deutsche konzentriert wird, und daß es vom 12. Tage an in der Lage ist, gegen Deutschland — mit Hilfe der englischen Armee auf dem linken Flügel — die Offensive zu ergreifen.

Frankreich ist daher marschbereit in dem gemäß Artikel 3 der Militärkonvention von 1892 genau vorgeschriebenen Sinne. Um jedoch des Erfolges sicher zu sein, ist es notwendig, daß Frankreich die gleichzeitige und wirksame Unterstützung der russischen Armee erhält.

Mit einem Worte, Deutschland muß zur gleichen Zeit im Westen und im Osten angegriffen werden.

In Anbetracht der außerordentlichen Unterschiede der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Lage der alliierten Nationen hat die Schwierigkeit immer darin bestanden, diese Gleichzeitigkeit soweit als möglich zu erreichen, die ein augenblicklich nicht zu verwirklichendes Ideal darstellt.

Seit 1900 hat sich der russische Generalstab in Übereinstimmung mit dieser Anschauung zum Angriff am 18. Tage verpflichtet, und zwar mit einer ersten Staffel, die ausreichend wäre, um 5 oder 6 deutsche, von einer gewissen Anzahl Reservedivisionen unterstützte Armeekorps siegreich zu bekämpfen.

Im Jahre 1908 faßte er, vom selben Gedanken ausgehend, diejenigen Maßnahmen ins Auge, die dazu dienen sollten, die Deutschen vom ersten Anfang eines Krieges an soviel als möglich an ihrer Ostfront zu beunruhigen.

Es hat den Anschein, daß die neue Dislokation der russischen Truppen in Friedenszeiten gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf ein rasches Eingreifen gleich beim Beginn eines Feldzuges nach sich zieht.

In der Tat, im Jahre 1910 war das Überschreiten der Grenze so festgesetzt, als ob dies erst gegen den 20. Tag der Fall sein sollte.

Der französische Generalstab kann nur noch einmal bestätigen,

was er schon zu wiederholten Malen auf den früheren Konferenzen geäußert hat:

Für ihn besteht das von den russischen Armeen zu verfolgende Ziel darin, Deutschland zu zwingen, so große Streitkräfte als nur möglich an seiner Ostgrenze zu belassen.

Dieses Ziel, welches den Hauptinhalt der Militärkonvention von 1892 bildet, kann nur durch die Offensive erreicht werden.

Die Wirkung dieser Offensive wird um so sicherer sein, je früher sie vor sich gehen, mit je größeren Streitkräften sie durchgeführt und eine je gefährlichere Richtung sie für den Gegner nehmen wird.

Unter diesen Umständen, da die Konferenzteilnehmer einstimmig zugeben, daß die Deutschen die Hauptmasse ihrer Streitkräfte gegen Frankreich richten werden, drückt der Chef des französischen Generalstabs den Wunsch aus, daß man sich so eng wie möglich an den Plan halte, die Offensive mit einer ersten Staffel schon am 18. Tage zu ergreifen; vielleicht könnte diese Frist dank den neuerdings in der russischen Mobilmachung und Konzentration eingeführten Fortschritten noch vermindert werden.

General Dubail schließt seine Darlegung mit dem Hinweis darauf, daß er die verschiedenen Gründe nicht verkennt, die Rußland gezwungen haben, die Friedensdislokation seiner Truppen auf seinem Gebiet zu ändern. Den Anstrengungen, die seit drei Jahren von Rußland zur Verstärkung seiner Militärmacht gemacht worden sind, drückt er seine aufrichtige Anerkennung aus, und er freut sich, die Fortschritte feststellen zu können, die sich für die Gesamtlage des befreundeten und alliierten Heeres durch die letzten für die Mobilmachung getroffenen Modifikationen ergeben.

General Gilinsky legt seinerseits den russischen Standpunkt dar:

Vor allem bestätigt er nachdrücklichst den Willen der Kaiserlichen Regierung, die durch die Konvention auferlegten Verpflichtungen auf das genaueste zu erfüllen.

General Dubail erklärt sofort, daß er die Loyalität dieser Erklärung ihrem ganzen Wesen nach würdigt in einem Zeitpunkte, in dem sich wegen der marokkanischen Angelegenheiten Schwierigkeiten ergeben und in dem man sich über die wirklichen Absichten Deutschlands noch nicht genaue Rechenschaft geben kann.

General Gilinsky fügt hinzu, daß der russische Generalstab, da die Gefahr eines Konfliktes tatsächlich besteht, die Pflicht hat, den französischen Generalstab über den gegenwärtigen Stand der russischen Armee genau aufzuklären.

Dieselbe setzt ihre Reorganisation fort, wie sie sich aus dem Kriege in der Mandschurei ergeben hat; aber diese Umgestaltung hat in Wirklichkeit erst im Jahre 1908 begonnen, d. h. vor vier Jahren. Eine große Anzahl von Verbesserungen ist auf dem Wege der Ausführung; aber obwohl man hierbei mit dem größten Nachdruck vor-

geht, wird das russische Heer in bezug auf schwere Feldartillerie (artillerie lourde de campagne) erst im Jahre 1913 seine vollständige Bewaffnung haben, in bezug auf Maschinengewehre erst im Jahre 1914 und in bezug auf neue Infanteriemunition erst im Jahre 1916. Außerdem fehlt es für den größten Teil der Reserveregimenter an Ausrüstung. General Gilinsky machte über diese Punkte genaue Angaben mit entsprechenden Belegziffern.

Er fügt hinzu, daß das russische Heer, sobald seine Reorganisation vollendet sein wird, einen weit größeren Effektivbestand als die durch die Konvention vorgeschriebenen 800 000 Mann wird aufstellen können.

Aber es muß bemerkt werden, daß Österreich in militärischer Hinsicht große Fortschritte gemacht hat. Seine Mobilmachung erfolgt jetzt ebenso rasch wie die der russischen Armee, und sein Aufmarsch ist mehr in die Nähe der Grenze verlegt. Im Gegensatz zu dem, was bis jetzt galt, muß der russische Generalstab zugeben, daß Österreich imstande wäre, die Offensive vor derjenigen der russischen Truppen zu ergreifen, die bestimmt sind, ihm entgegenzutreten.

Unter diesen Umständen scheint Rußland vor wenigstens zwei Jahren nicht imstande, gegen Deutschland einen Krieg mit Gewißheit des Erfolges führen zu können. Es wäre gewiß in der Lage, einen Schlag zu parieren, aber weniger, einen entscheidenden Schlag zu führen.

Welcher Art die in der Kriegsbereitschaft der russischen Armee oben angegebenen Lücken auch sein mögen, der befreundete und alliierte Generalstab erklärt sich bereit, die Wünsche des französischen Generalstabs in weitestgehendem Maße zufriedenzustellen.

General Gilinsky erklärt im besonderen, daß die mobilisierten Truppen des aktiven Heeres mit Ausnahme der letzten Bestandteile der Trains ihre Konzentration an der Grenze am 15. Tage vollendet haben werden, und daß man bemüht sein wird, von diesem Zeitpunkt an die Offensive zu ergreifen, ohne auf die letzten in Frage kommenden Kontingente zu warten, die erst am 20. Tage vollständig sein werden.

General Gilinsky ist der Ansicht, daß die Deutschen durch die vom russischen Generalstab getroffenen Maßnahmen gezwungen sein werden, mindestens 5 bis 6 Armeekorps an ihrer Ostgrenze zu belassen, wie es der französische Generalstab verlangt. Außerdem macht er Einzelangaben über die Mobilmachung und Konzentration der russischen Armee (Effektivbestände, Vorbereitungsfristen, Aufmarschplan).

General Dubail dankt General Gilinsky für die Offenheit seiner Darlegungen über den gegenwärtigen Stand der russischen Vorbereitung und erklärt sich vollkommen befriedigt von einer Offensive,

die gleich nach dem 15. Tage einsetzen wird, und die imstande wäre, mindestens 5 bis 6 deutsche Armeekorps an der ostpreussischen Grenze festzuhalten.

Artikel 4

Die Chefs der Generalstäbe nehmen ohne Änderung die sechs ersten Paragraphen der Bemerkungen an, die Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauten:

Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden;

II. außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht;

III. das Protokoll der Konferenz wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes mit dem Ersuchen der Unterzeichnung durch den Kriegsminister und den Ministerpräsidenten unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können;

IV. der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den Generalstäben soll in einer zusammenhängenderen und vollständigeren Weise erfolgen.

Insbesondere wird man sich vor jeder Konferenz über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.

Die Generalstabschefs bestehen vor allem darauf, daß die Konferenzprotokolle der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen unterbreitet werden.

Was die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten anbetrifft, sind die Konferenzteilnehmer einverstanden, daß der drahtlosen Telegraphie der Vorzug gegeben werden muß.

Die Linie Paris—Bobrouisk funktioniert in beiden Richtungen auf befriedigende Weise. Gleichwohl ist es wünschenswert, auf der Station Bobrouisk stärkere Apparate aufzustellen, um einer systematischen Störung entgegenzutreten.

Die Station Sebastopol funktioniert nicht regelmäßig. Der russische Generalstab erklärt, daß die Absicht besteht, sie völlig der Marine zu überlassen, der sie gehört, und die sie für ihren eigenen Dienst beinahe ohne Unterbrechung in Anspruch nimmt, und daß weiterhin die Absicht besteht, am Ufer des Schwarzen Meeres, und

zwar an einem anderen Orte als Sebastopol, eine andere Station zu errichten, die ausschließlich Kriegszwecken dienen soll.

Die Friedensschiffen werden seit 1911 benützt. General Dubail bringt zur Kenntnis, daß die Kriegsschiffen wahrscheinlich in einem Monat fertiggestellt sein werden.

Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß zu Beginn des nächsten Oktobers die technischen Mitglieder der franko-russischen Kommission wieder einzuberufen seien, um an Ort und Stelle die Einzelmaßnahmen zu studieren, die zu ergreifen sind, damit die vier Stationen Bobrouisk, Paris, Schwarzes Meer, Bizerta einen sicheren Dienst gewährleisten. Diese technische Kommission sollte ihre Sitzungen zuerst in Bobrouisk und dann in der Krim abhalten; hernach könnte man sie in Paris und Bizerta fortsetzen, wenn dies notwendig sein sollte.

Die anderen Mittel, die man für Kriegszeiten zur gegenseitigen Verständigung vorgesehen und organisiert hat, sind folgende:

I. Geheime Kuriere, die den Dienst zwischen Belgien und Dänemark versehen. Es ist jetzt beabsichtigt, diese Verbindung über England und Dänemark herzustellen.

II. Telegraphische Verbindung über die Vereinigten Staaten von Nordamerika und über den Stillen Ozean oder über das Mittelländische Meer und die Türkei.

Der Gedanke eines direkten Kabels zwischen Frankreich und Rußland ist aufgegeben. Ebenso wie die Verbindung durch Brieftauben.

Artikel 5

Die gleichen Bemerkungen wie bei der Konferenz von 1910, die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer sind einig, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, nicht nur keinen Einzelfrieden zu schließen, sondern auch weder die Kriegsoperationen einzeln einzustellen noch einzeln einen Waffenstillstand abzuschließen.“

Artikel 6

Der Artikel 6 bleibt aufgehoben.

In Übereinstimmung mit dem diplomatischen Abkommen vom August 1899, das unter Kapitel I der Unterredung vom 2. Juli/19. Juni 1900 erwähnt wird, soll die Konvention für die gleiche Zeitdauer gelten wie die diplomatischen Abkommen, die augenblicklich in Kraft sind und deren Ergänzung sie bildet.

Artikel 7

Keine Bemerkungen.

Unterzeichnet:

Der Generalstabschef der russischen Armee
J. Gilinsky

Der Generalstabschef der französischen Armee
Dubail

Gesehen:

Der Kriegsminister
Messimy

Konferenz der Generalstabschefs von Frankreich und Rußland vom 14. Juli 1912

Amtliches Protokoll

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Seine Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, Generalstabschef der französischen Armee, zu einer Konferenz in Paris am 1./14. Juli 1912 zusammengekommen.

Außerdem waren zugegen: General de Curières de Castelnau, erster Gehilfe des Generalstabschefs, Oberst Matton, Militärattaché bei der französischen Botschaft in Rußland, Oberst Graf Ignatieff, Militärattaché bei der russischen Botschaft in Paris; die beiden letztgenannten Offiziere in der Eigenschaft als Sekretäre.

Die verschiedenen Punkte der Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung

Zunächst beschließen die Konferenzteilnehmer, daß jedesmal, wenn sie eine oder mehrere Bestimmungen des Protokolls der vorhergehenden Konferenz einstimmig annehmen, deren Wortlaut im vorliegenden Protokoll unverändert wiedergegeben werden soll.

Am Rande des so wiederholten Wortlautes soll ein besonderer Vermerk eingetragen werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, eine Bezugnahme auf den Text des früheren Protokolls soweit als möglich zu erübrigen.

Einleitung

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.
(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 1

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusätze angenommen.
(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen abgefaßt waren:

„Einstimmig bringen die Konferenzteilnehmer neuerdings die bei der Besprechung vom 8./21. April 1906 (§ 2 des Kapitels 1) formulierte Meinung zum Ausdruck, daß die Mobilmachung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichtet, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf, aber daß ihnen eine solche Verabredung unentbehrlich erscheint, falls nur von Österreich oder Italien teilweise oder selbst allgemein mobil gemacht wird.“ Diese Auslegung der Konvention hat die Zustimmung der russischen und französischen Regierungen durch ihre Unterschriften auf dem Konferenzprotokoll vom August 1911 gefunden.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

General Joffre setzt auseinander, daß neue Beweise für die Richtigkeit dieser Ansicht sich aus den Verbesserungen ergeben, die von den Deutschen fortwährend an ihrem Eisenbahnnetz im Westen (Schienenwege, Werkstätten, Ausladerampen) vorgenommen werden, ebenso wie auch aus den neuerdings in der Nähe der französischen Grenze, besonders in der Eifelgegend, getroffenen Maßnahmen.

Der französische Generalstabschef besteht vor allem darauf, daß die Deutschen ein Interesse daran haben, nacheinander und getrennt erst gegen Frankreich und dann gegen Rußland zu operieren. Der Plan der Verbündeten muß im Gegenteil darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

Im Hinblick darauf und unter Berücksichtigung der augenblicklichen Lage Italiens, das mit den Türken im Kriege steht, und der Beziehungen Italiens zu Frankreich und Rußland, hat der französische Generalstab seinen Konzentrationsplan auf folgenden Grundlagen aufgebaut:

Das äußerste Minimum an Truppen, vor allem aus Reserveeinheiten bestehend, wird an der Alpengrenze belassen, um die Alpenübergänge Schritt um Schritt zu verteidigen. Das Gros der französischen Streitkräfte wird gleich vom Anfang an an der deutschen Grenze konzentriert. Ihre gesamte Stärke wird die durch Artikel 3 der Konvention von 1892 vorgesehenen 1 300 000 Mann erheblich überschreiten.

Außerdem läßt der französische Generalstab an dem Eisenbahnnetz der verschiedenen Eisenbahngesellschaften neue Verbesserungen vornehmen, und zwar derart, daß auf diese Weise in nächster Zeit die Konzentration um ein bis zwei Tage beschleunigt werden kann, so daß man sich schließlich in einem Jahre Deutschland gegenüber im Vorteil befinden wird. 11 Millionen Franken werden von jetzt ab für diese Arbeiten bestimmt.

Zum Beleg für seine Darlegungen zeigt General Joffre eine Karte, auf der der französische Konzentrationsplan dargestellt ist. General Gilinsky teilt vollständig die grundsätzliche Anschauung des französischen Generalstabschefs in bezug auf die Notwendigkeit, seinerzeit die von der Hauptmasse der beiden verbündeten Armeen gegen Deutschland zu richtenden Anstrengungen in zeitliche Übereinstimmung zu bringen.

In gleicher Weise teilt er die Meinung hinsichtlich der italienischen Armee, deren Rolle unter den gegenwärtigen Umständen, wenigstens bei Beginn der Feindseligkeiten, keine sehr aktive sein dürfte.

Österreich hingegen hat seine Militärmacht stark entwickelt; Rußland kann sich der Gefahr eines Mißerfolgs auf der österreichischen Seite nicht aussetzen. Die moralische Wirkung wäre unheilvoll. Es muß daher seine Streitkräfte teilen, um sowohl dieser Macht wie auch Deutschland zu gleicher Zeit entgegenzutreten.

Andererseits hatte es bisher den Anschein, daß Schweden entschlossen war, eine abwartende Haltung einzunehmen, um sich im günstigsten Augenblick auf derjenigen Seite zu befinden, zu deren Gunsten die Wage sich neigen würde. Heute ist es nicht mehr so. Von Deutschland aufgestachelt und fortgerissen, wird Schweden wahrscheinlich zur gleichen Zeit wie Deutschland gegen Rußland marschieren. Diese Erwägung wird dazu zwingen, in Finnland und in der Umgebung von St. Petersburg eine beträchtlichere Truppenzahl zu belassen als bisher bestimmt war.

Schließlich wird der Bau der Eisenbahnen in Kleinasien es den

Türken ermöglichen, ihre Mobilmachung und ihre Konzentration zu beschleunigen. Hieraus ergibt sich vielleicht in Zukunft die Notwendigkeit, eine größere Zahl von Streitkräften in diesen Gegenden zu belassen.

Jedenfalls ist der russische Generalstab stets bereit, gegen Deutschland eine Kraft von wenigstens 800 000 Mann zu konzentrieren, und er ist entschlossen, die Offensive seiner Armeen sofort nach dem 15. Mobilmachungstag wirksam werden zu lassen.

General Joffre weist darauf hin, daß die Niederlage Deutschlands sofort alle Befürchtungen zerstreuen wird, welche durch die Haltung Schwedens und der Türkei hervorgerufen werden könnten.

Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, welche um jeden Preis erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet offensichtlich einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis. In dieser Hinsicht weist General Joffre darauf hin, daß die von den russischen Truppen zum Transport gegen die Westgrenze des Reichs benutzten Eisenbahnlinien nicht alle doppelgleisig sind. Ihre Konzentration wird dadurch in verhängnisvoller Weise verlangsamt. Diese würde ganz bedeutend beschleunigt werden, wenn die zum Transport bestimmten eingleisigen Linien oder Sackbahnen doppelgleisig gelegt und einzelne derselben sogar vervierfacht würden, wie es der französische Generalstab bereits auf den französischen Staatsbahnen getan.

Dieser Ausbau könnte in zweckmäßiger Weise wohl folgendermaßen vorgenommen werden:

- a) Verdopplung der Linie St. Petersburg—Taps—Walk—Riga—Muraviewo—Kochedary;
- b) Verdopplung der Sackbahnen: Briansk—Gomel; Luninetz—Jabinka; der Linie von Orel nach Warschau über Brest-Litowsk;
- c) Vervierfachung der Sackbahnen Jabinka—Brest Litowsk, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von Moskau, die andere von Orel kommend, in Brest-Litowsk vereinigen würde;
- d) Vervierfachung der Sackbahnen Sielets—Warschau, welche die beiden Zufahrtsstraßen, die eine von St. Petersburg und die andere von Bologoe kommend, in Warschau vereinigen würde.

Schließlich wäre es von Wichtigkeit, die von Warschau nach Krakau und Thorn laufenden Linien auf russische Gleisspur zu bringen.

Ebenso wie General Joffre legt auch General Gilinsky der weiteren Entwicklung der Eisenbahnen die höchste strategische Bedeutung

bei. Er führt aus, daß die Eisenbahnen in Rußland in zwei Kategorien geteilt werden können: die einen gehören der „Krone“, die anderen sind das Eigentum von Privatgesellschaften. Auf den ersteren sind Verbesserungen bereits im Gang, andere sind projektiert; sie werden nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel verwirklicht werden. Es scheint jedoch nicht angebracht, die Linie St. Petersburg—Riga—Kochedary zu verdoppeln, deren exzentrische und in der Nähe der feindlichen Grenze befindliche Lage die Benutzung nur schwer gestattet. Auf die an zweiter Stelle genannten (die Privatlinien) kann der Staat keinen direkten und unmittelbar zu befolgenden Einfluß ausüben. Er hat die mit Nicht-Normalspur versehenen Linien erworben, die von Warschau gegen Thorn und Krakau laufen, und zwar in der Absicht, dieselben in Normalspurlinien umzubauen.

Eine ununterbrochene Transportmöglichkeit wäre auf diese Weise ohne Umladen vom Zentrum des Reiches bis zur Westgrenze gewährleistet.

Schließlich bringt General Gilinsky die allgemeinen Ursachen in Erinnerung, durch die der russische Aufmarsch verzögert wird. Während die Eisenbahnen in Frankreich immer betriebsfertig sind, müssen sie in Rußland zur gleichen Zeit wie das Heer mobil gemacht werden.

General Gilinsky legt in großen Linien den Aufmarsch- und Gruppierungsplan der gegen Deutschland bestimmten russischen Armeen dar.

General Joffre ist mit General Gilinsky einig in bezug auf die Zweckmäßigkeit, den Schwerpunkt dieser Armeen unbedingt in südliche Richtung zu legen und das Gros der Streitkräfte so aufzustellen, daß ihm die Möglichkeit gegeben ist:

Entweder in der allgemeinen Richtung von Allenstein die Offensive zu ergreifen, falls der Feind sich in Ostpreußen festgesetzt hat oder den Versuch macht, von dort aus auf Warschau vorzurücken; oder auf dem linken Weichselufer zu operieren, um auf Berlin vorrücken zu können, wenn der Gegner seine Kräftekonzentrierung im Bezirk Thorn-Posen zur Ausführung gebracht hat, oder wenn er versucht, von dieser Basis aus gegen Warschau oder Iwangorod vorzugehen.

Artikel 4

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die 6 ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1910 betreffen und die folgendermaßen lauteten:

(Text der 4 Punkte gleichlautend mit demjenigen des Protokolls vom Jahre 1911.)

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten wurden gemäß den im Laufe der Konferenz von 1911 formulierten Wünschen vervollständigt und ergänzt.

Augenblicklich ermöglichen es vier Stationen drahtloser Telegraphie, in Friedenszeiten Mitteilungen auszutauschen, nämlich mittels der Linien Paris—Bobrouisk, Bizerta—Sebastopol.

Sowohl für Friedens- wie für Kriegszeiten werden chiffrierte Wörterbücher zusammengestellt und in den Kriegsministerien Rußlands und Frankreichs niedergelegt. Bestimmungen sind getroffen worden zur Festsetzung der Stunden, zu welchen die Stationen zu funktionieren haben, ebenso für die Rufzeichen und Erkennungssignale, die Dienstvorschriften und die Obliegenheiten der Stationsleiter.

Die schon täglich ausgetauschten Mitteilungen liefern den Beweis, daß dieses Verständigungssystem in regelmäßiger und zufriedenstellender Weise funktioniert. Zu dessen Vervollkommen hat der russische Generalstab indessen noch die Absicht, die Verfügung über die Sebastopolstation ausschließlich den Seestreitkräften zu überlassen und für das Landheer eine besondere Station in der Nähe von Likolajeff zu bauen.

Die Kommission, die sich bereits mit den durch drahtlose Telegraphie übermittelten Mitteilungen beschäftigt hat, soll nachprüfen, ob die gegenwärtig in Bizerta eingerichtete französische Station genügen wird, um mit den beiden russischen Stationen der Halbinsel Krim in Verbindung zu sein oder ob es notwendig sein wird, für Frankreich eine neue besondere Station zu schaffen.

Die Übermittlung der Depeschen durch geheime Kuriere zwischen Frankreich und Rußland ist in jüngster Zeit auf Betreiben des französischen Generalstabs reorganisiert worden. Die Mitteilungen werden über die skandinavischen Länder bis zu dem Punkte expediert, von dem aus die chiffrierten Mitteilungen in aller Sicherheit weitergegeben werden können.

Von diesem Punkt aus werden die Depeschen durch russische Feldjäger, die schon jetzt näher bezeichnet sind, nach Rußland weiter befördert.

Um die Verbindungen zwischen Frankreich und Rußland noch sicherer zu stellen, könnte man vielleicht die Möglichkeit erwägen, die in Norwegen schon bestehenden drahtlosen Stationen zu benutzen. Diese Frage wird den Gegenstand weiterer Mitteilungen zwischen den französischen und russischen Generalstäben bilden.

Artikel 5

Wird ohne Bemerkung von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910 und 1911, die folgendermaßen lauteten:
(Text gleichlautend mit Artikel 5 des Protokolls von 1911.)

Artikel 6

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.
(Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1911.)

Artikel 7

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Bemerkung angenommen.
Ohne Zusätze.

Der Generalstabschef der russischen Armee: J. Gilinsky.
Der Generalstabschef der französischen Armee: J. Joffre.
Der Kriegsminister: A. Millerand.

Der russische Finanzminister an den russischen Außenminister

Sehr dringlicher und vertraulicher Brief

St. Petersburg, den 14./27. Juni 1913

Erhalten den 17. Juni 1913

Sergej Dmitriewitsch!

Der Vorsitzende der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, hat mir anlässlich seiner Anwesenheit in Petersburg mitgeteilt, er sei beauftragt, uns den Standpunkt der französischen Regierung hinsichtlich der Emission russischer Staatsanleihen, staatlich garantierter Anleihen, in Frankreich bekanntzugeben. Diesen hat er mir folgendermaßen erklärt:

„Ich bin ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß die französische Regierung bereit ist, der russischen zu gestatten, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 400—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staat garantierten Anleihe aufzunehmen, um ein Eisenbahnbauprogramm im ganzen Reiche zu verwirklichen, und zwar unter zwei Bedingungen:

1. daß der Bau der strategischen Linien, die gemeinsam mit dem französischen Generalstab geplant worden sind, sofort in Angriff genommen wird;

2. daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres bedeutend vergrößert wird.“

Meinerseits halte ich es für notwendig, diese Mitteilung des H. de Verneuil zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen. Was die Sache selbst anbelangt, so kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß die Geneigtheit der französischen Regierung, Rußland jedes Jahr die Aufnahme einer bedeutenden Summe zu ermöglichen, für uns gewiß große Bedeutung haben dürfte, besonders wenn man den entscheidenden Einfluß berücksichtigt, den die französische Regierung in den Pariser Finanzkreisen besitzt.

Die Unterstützung des französischen Geldmarktes würde uns die Möglichkeit geben, einen bedeutenden Teil der von der russischen Regierung garantierten Eisenbahnanleihen unterzubringen, deren Emission mit Rücksicht auf das von Rußland dringend benötigte neue Eisenbahnnetz geplant wird. Zudem werden die Bedingungen, von denen die Zustimmung der französischen Regierung zur Realisierung unserer Anleihen abhängig gemacht wird, kaum irgendwelche Schwierigkeiten hervorrufen.

Wie Eurer Exzellenz bekannt, werden schon in allernächster Zeit Vorlagen des Kriegsministeriums von den gesetzgebenden Körperschaften geprüft werden, denen zufolge die Friedensstärke des Heeres um 360 000 Mann über ihren jetzigen Bestand erhöht werden soll.

Ebenso ist bei dem Ausbau des Netzes der strategischen Eisenbahnen an unserer Westgrenze kaum eine Verzögerung zu befürchten. Obwohl ich zur Zeit keine Zusammenstellung derjenigen Linien habe, deren Bau vom Standpunkt des französischen Generalstabes wünschenswert erscheint, so bin ich doch der Ansicht, daß der Bau der Linien, über die in der Kommission für die neuen Eisenbahnen beraten werden wird, und auch die Legung eines zweiten Geleises auf den Staatsbahnen nach den Vorschlägen des Verkehrsministeriums die Wünsche der französischen Regierung vollkommen befriedigen werden.

Ich bin daher der Ansicht, daß eine Einigung auf Grund der soeben angeführten Bedingungen durchaus annehmbar ist, und habe die Ehre, Eure Exzellenz zu bitten, erwägen zu wollen, ob Sie es nicht für möglich halten, sich in dieser Angelegenheit mit der französischen Regierung in Verbindung zu setzen, damit die von H. de Verneuil gemachten Vorschläge offiziell bestätigt werden.

Gleichzeitig halte ich es jedoch für notwendig, ausführlicher auf die Bedingungen einzugehen, die vom Standpunkt der russischen Interessen aus beobachtet werden müßten, damit wir die Möglichkeit der sich uns bietenden Kreditoperationen in Frankreich in tunlichst weitgehendem Maße ausnützen können. Eine der bedeutendsten Schwierigkeiten für die russischen Eisenbahngesellschaften, die sich aus dem Rückgriff auf den französischen Geldmarkt ergibt, stellt die Notwendigkeit dar, die Staatssteuer, „droit d'abonnement“, im Betrage von fast $\frac{1}{2}$ Prozent von der ganzen Summe der Obligationen,

die umlaufen werden, zu zahlen. Die Steuern, die je nach der Amortisation der Anleihen 7—11 Prozent des Kapitals der Anleihen betragen, lasten schwer auf den Eisenbahngesellschaften. In Zukunft könnte der französische Markt ganz für uns geschlossen werden, wenn man mit einer weiteren Erhöhung der Steuern rechnen müßte.

Die Erleichterung der auf die russischen Eisenbahnanleihen fallenden Steuern erscheint daher also eine wichtige Bedingung, um diese Anleihen auf der Pariser Börse realisieren zu können.

Ohne zur Zeit offiziell die Frage aufwerfen zu wollen, ob die französische Regierung gewisse Erleichterungen des „droit d'abonnement“ werde gewähren können, werde ich es für meine Pflicht halten, diese Angelegenheit im Laufe der diesbezüglichen Verhandlungen zu erwähnen, wenn es mir im Herbst möglich sein sollte, einige Tage in Paris zuzubringen.

Unabhängig davon werde ich darüber wachen, daß auch unsere Eisenbahngesellschaften alle Bedingungen, die zu einer günstigen Realisierung ihrer Anleihen beitragen könnten, beobachten, um auf diese Weise den Pariser Geldmarkt so gut wie möglich auszunutzen. Da es immer schwer ist, verschiedenartige kleinere Anleihen unterzubringen, so werde ich für Paris nur die bedeutendsten Operationen bestimmen und sie in gleichartigen größeren Emissionen zusammenfassen. So wird es möglich sein, eine gleichmäßige Notierung dieser Anleihen zu erreichen, und dadurch gleichzeitig den so oft bemerkbaren Wettbewerb der einzelnen Unternehmungen und ihrer Vermittler auszuschalten, ein Wettbewerb, der die russischen Eisenbahn-papiere an der Börse entwertet.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 1801 St. Petersburg, den 17./30. Juni 1913

Persönlich

Der Vorsitzende der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, hat soeben H. Kokowtzow folgende Erklärung abgegeben:

„Ich bin ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß die französische Regierung bereit ist, der russischen zu gestatten, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 400—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staat garantierten Anleihe aufzunehmen, um ein Eisenbahnbauprogramm im ganzen Reiche zu verwirklichen, und zwar unter zwei Bedingungen:

1. daß der Bau der strategischen Linien, die gemeinsam mit dem französischen Generalstab geplant worden sind, sofort in Angriff genommen wird;

2. daß die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres bedeutend vergrößert wird.“

Ehe in eine Erörterung der Einzelheiten dieses Vorschlages eingetreten wird, ersuche ich Sie, der Bitte W. N. Kokowtzows gemäß zu erreichen, daß die französische Regierung die Mitteilung de Verneuls offiziell bestätigt. Zu Ihrer persönlichen Information kann ich hinzufügen, daß W. N. Kokowtzow die erwähnten Bedingungen für wahrscheinlich annehmbar hält.

Sasonow

*Der erste Rat des russischen Außenministeriums an den
Finanzminister Kokowtzow*

Sehr vertraulicher und dringender Brief 375

Nr. 49/p.

St. Petersburg, den 12./25. August 1913

Wladimir Nikolajewitsch!

In Verfolg des vorhergehenden Schriftwechsels über diese Angelegenheit beeile ich mich, Eurer Hohen Exzellenz Abschrift einer soeben von der französischen Botschaft hier eingetroffenen Note zugehen zu lassen über ein uns unter gewissen Bedingungen gewährtes Recht, alljährlich Anleihen auf dem Pariser Markte in Höhe von 4—500 Millionen Franken unterzubringen.

Genehmigen Sie usw.

Argiropulo

Abschrift
einer Note des französischen Botschafters in Petersburg an den russischen Außenminister.

Nr. 841

St. Petersburg, den 11./24. August 1913

Streng vertraulich

Durch eine Note vom 2. Juli hat Seine Exzellenz, der russische Botschafter in Paris, Seine Exzellenz, den französischen Außenminister davon verständigt, daß die Kaiserliche Regierung wünsche, die französische Regierung möge die von dem Vorsitzenden der Pariser Börsenmakler Seiner Exzellenz H. Kokowtzow abgegebene Erklärung offiziell bestätigen, die die Bedingungen betrifft, unter denen die russische Regierung jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500

Millionen Franken in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen erhalten könne, um ein Eisenbahnbauprogramm durchzuführen.

Die Regierung der Republik hat beschlossen, das Ergebnis der von H. von Verneuil begonnenen offiziösen Verhandlungen offiziell zu bestätigen.

Die Bedingungen, unter denen die Kaiserliche Regierung jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500 Millionen Franken in Form von Staatsanleihen oder vom Staate garantierten Anleihen zur Ausführung eines Eisenbahnbauprogramms im ganzen Reiche erhalten könnte, sind folgende:

1. Der Bau der strategischen Linien, die im Einverständnis mit dem französischen Generalstab in Aussicht genommen worden sind, wird sofort begonnen.

2. Die Friedenspräsenzstärke des russischen Heeres wird bedeutend vergrößert.

Andererseits wird die Emission der geplanten Effekten in Zukunft gemäß den von H. de Verneuil H. Kokowtzwow gemachten Angaben in großen Serien von gleichartigen Obligationen erfolgen, die derselben Rechte und Garantien teilhaftig werden sollen und in Paris unter derselben Rubrik kotiert werden können.

Die Kaiserliche Regierung wird jedes Jahr offiziell die Totalsumme der zu begebenden Obligationen mitteilen und selbst beantragen, daß auf der Pariser Börse die einzelnen Serien der ausgegebenen Effekten zugelassen werden. Diese Anträge werden von der russischen Regierung an die französische durch Vermittlung des Außenministeriums gestellt werden, das sich dann durch das Finanzministerium mit dem Syndikat der Pariser Börsenmakler in Verbindung setzen wird.

Indem H. Doulcet Obiges im Namen seiner Regierung zur Kenntnis Seiner Exzellenz des H. Sasonow bringt, wäre er dankbar, wenn er ermächtigt würde, in Paris zu bestätigen, daß zwischen den beiden Regierungen ein völliges Einvernehmen besteht. Er ist gleichzeitig beauftragt worden, zu fragen, wann die russische Regierung die in Frage stehenden Emissionen zu beginnen wünscht.

*Amtliches Protokoll der Konferenz der Generalstabschefs von
Frankreich und Rußland vom August 1913*

In Anwendung des § 1 des Artikels 4 der Militärkonvention vom 17. August 1892 sind Seine Exzellenz General Gilinsky, Generalstabschef der russischen Armee, und General Joffre, Generalstabschef der

französischen Armee, zu mehrmaligen Konferenzen in St. Petersburg und in Krasnoje Selo im August 1913 zusammengekommen. Außerdem waren zugegen:

General de la Guiche, Militärattaché der französischen Botschaft in Rußland; Oberst Graf Ignatiew, Militärattaché der russischen Botschaft in Paris; Oberst Berthelot, Kommandeur des 94. Inf.-Rgts., designierter Generalmajor der französischen Armee.

Die verschiedenen Punkte der vorerwähnten Konvention wurden der Reihe nach von den Konferenzteilnehmern geprüft und haben zu nachstehendem Meinungsaustausch Anlaß gegeben.

Vorbemerkung

(Text gleichlautend mit der Vorbemerkung des Protokolls von 1912.)

Einleitung

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Zusatzbemerkung angenommen.

(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Artikel 1

(Text gleichlautend mit vorhergehendem Protokoll.)

Folgender Zusatz wird hinzugefügt:

„Dies gilt mehr noch als bisher im Hinblick auf das beträchtliche Anwachsen des militärischen Gewichtes Deutschlands im gegenseitigen Kräfteverhältnis innerhalb des Dreibundes.“

Artikel 2

Hier gelten die gleichen Bemerkungen wie bei den Konferenzen von 1910, 1911 und 1912. Aber im Hinblick auf die Tatsache, daß die Ausführungen der beiden Generalstabschefs von der russischen und französischen Regierung durch die Unterzeichnung der Konferenzprotokolle vom August 1911 und Juli 1912 bestätigt worden sind, erscheint es angezeigt, diesen Bemerkungen folgende Form zu geben:

„Wie die französische und russische Regierung im Jahre 1911 und 1912 anerkannt hat, verpflichtet die deutsche Mobilmachung Rußland und Frankreich, sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht hiervon mobil zu machen, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf. Dies gilt auch für den Fall einer jeden feindseligen Handlung der deutschen Armee gegen die eine oder die andere der verbündeten Mächte. Aber wenn allein von Österreich oder Italien teilweise oder

selbst allgemein mobilgemacht wird, ist eine derartige Verabredung unerlässlich.“

Der gesperrte Satz wurde hinzugefügt für den Fall eines unvorhergesehenen Angriffs von seiten der Deckungstruppen, noch ehe mobilgemacht wird, um sich eines wichtigen strategischen Punktes zu bemächtigen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit der Anschauung ihrer Vorgänger sind die Konferenzteilnehmer einstimmig der Ansicht, daß Deutschland den größten Teil seiner Streitkräfte gegen Frankreich richten und nur ein Minimum an Truppen gegen Rußland belassen wird.

Die Inkraftsetzung der deutschen Militärvorlage von 1913 wird als Hauptfolge die Verkürzung der Mobilmachungsfristen der deutschen Armee nach sich ziehen. Diese Armee wird also über einen längeren Zeitraum als früher verfügen können, um gegen Frankreich zu operieren, ehe sie sich gegen Rußland wendet.

Der Plan der Verbündeten muß daher darin bestehen, bestrebt zu sein, im gleichen Zeitpunkte von beiden Seiten zugleich einen Angriff zu führen, der die Höchstleistung der gemeinsamen Anstrengungen darstellen soll.

General Joffre gibt die Erklärung ab, daß Frankreich auf seiner Nordostgrenze fast die Gesamtheit seiner Streitkräfte, die die durch den Wortlaut der Konvention vorgesehene Ziffer um mehr als 200000 Mann überschreiten wird, einzusetzen beabsichtigt; daß die Konzentration der Kampfformationen an dieser Grenze größtenteils am 10. Mobilmachungstage beendet sein wird und daß die Offensive dieser Truppenkörper am 11. Tag morgens beginnen wird.

General Gilinsky erklärt, daß Rußland gegen Deutschland eine Truppenmacht, die aus wenigstens 800000 Mann besteht, einsetzen wird; die Konzentration ihrer Kampfformationen wird an der russisch-deutschen Grenze größtenteils am 15. Mobilmachungstage beendet sein und die Offensive dieser Truppenkörper wird gleich nach dem 15. Tage beginnen. Gegen Ende des Jahres 1914 wird die Konzentration ungefähr um 2 Tage früher beendet sein.

Die Konferenzteilnehmer legen in großen Linien die Aufmarsch- und Gruppierungspläne der gegen Deutschland bestimmten französischen und russischen Armeen dar.

Sie sind einig in bezug auf die Notwendigkeit, die Offensive gegen das Herz des Landes ihres Gegners zu richten und in bezug auf die Zweckmäßigkeit, die Streitkräfte in der Weise zu konzentrieren, daß sie operieren können, entweder um die in Ostpreußen konzentrierten Streitkräfte des Feindes zu bekämpfen, oder um auf Berlin vorzurücken, indem die Operationslinie südlich der Provinz

Ostpreußen verläuft, wenn die Konzentration der deutschen Streitkräfte auf dem linken Weichselufer stattfindet.

Ohne die für Rußland bestehende Notwendigkeit verkennen zu wollen, zahlreiche Streitkräfte Österreich und Schweden gegenüber halten zu müssen, vertritt General Joffre die Meinung, daß die Niederlage Deutschlands die Operationen der russischen Armeen gegen die anderen feindlichen Mächte außerordentlich erleichtern wird. Es ist also die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte, die um jeden Preis und von Anbeginn der Operationen erstrebt werden muß. Zu diesem Zwecke ist es von Wichtigkeit, die Fristen für die Mobilmachung und den Aufmarsch der verbündeten Armeen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes bildet einen der wesentlichen Faktoren für ein derartiges Ergebnis; General Gilinsky setzt auseinander, daß die auf der vorigen Konferenz in Aussicht genommenen Arbeiten folgendermaßen ausgeführt worden sind:

Die Abschnitte Briansk—Gomel und Luninetz—Jabinka der Linie von Orel nach Warschau sind verdoppelt worden.

Der Abschnitt Jabinka—Brest-Litowsk ist vervierfacht worden.

Was die Legung eines vierten Gleises zwischen Siedletz und Warschau betrifft, so sind die Schwierigkeiten eines derartigen Unternehmens zu groß, und man wird ein besseres Ergebnis erzielen, wenn man eine neue zweigleisige Linie baut, die von Rianzan und Tula ausgeht und in Warschau mündet.

General Joffre teilt diese Ansicht.

Das Studium der Eisenbahnkarte bringt die beiden Generalstabschefs zu der Meinung, daß man die Schnelligkeit der Konzentration dadurch erheblich beschleunigen könnte, daß man gewisse Eisenbahnlinien baut, die das östliche Rußland mit der Warschauer Gegend verbinden, so z. B.:

1. doppelgleisiger Ausbau der Linie Batraki—Penza—Riasjk—Bogojavlensk—Sukhinitchi—Smolensk;

2. doppelgleisiger Ausbau der Linie Rowno—Sarny—Luninetz—Baranovitschi;

3. doppelgleisiger Ausbau der Linie Lozovaia—Poltava—Kiew—Sarny—Kowel und Herstellung der Linie Grischino—Kowel.

Die offensiven Operationen werden auch dadurch erleichtert werden, daß die russischen Schienenwege sich in einer gewissen Entfernung vom linken Weichselufer halten, sowie dadurch, daß die Übergangsmöglichkeiten über den Fluß in der Warschauer Gegend vermehrt werden.

Schließlich erscheint es zur Erzielung der nötigen Transportleistung unerläßlich, das rollende Material, Eisenbahnwagen und besonders schwere Lokomotiven, beträchtlich zu vermehren.

Was die Ausführung der Operationen anbelangt, so erscheint es unbedingt notwendig, daß die verbündeten Armeen so schnell wie nur möglich einen entscheidenden Erfolg davontragen. Ein Mißerfolg der französischen Armeen bei Beginn des Krieges würde es Deutschland gestatten, einen Teil der Streitkräfte, die zuerst gegen Frankreich gekämpft haben, an seine Ostgrenze zu werfen. Wenn die französischen Armeen hingegen rasch einen Erfolg über die ihnen von Deutschland entgegengeführten Streitkräfte erringen, so wird dieser Erfolg in demselben Maße auch die Operationen der russischen Armeen erleichtern, da die von Deutschland an seine Westgrenze gebrachten Streitkräfte dann unmöglich gegen Osten eingesetzt werden können.

Es ist daher wesentlich erforderlich, daß die französischen Armeen eine ausgesprochene zahlenmäßige Überlegenheit über die deutschen Streitkräfte im Westen besitzen. Dies wird sich um so leichter erreichen lassen, wenn Deutschland sich in der Zwangslage befindet, größere Streitkräfte an seiner Ostgrenze zu halten.

General Joffre setzt auseinander, daß es unter Berücksichtigung dieser Gedankengänge für die Gesamtlage der beiden Armeen von Vorteil wäre, wenn die russischen Streitkräfte im Gouvernement Warschau schon in Friedenszeiten derart disloziert wären, daß sie eine direkte Bedrohung Deutschlands bilden.

General Gilinsky erklärt, daß der neue Reorganisationsplan des russischen Heeres für die Gegend von Warschau die Schaffung eines Armeekorps vorsieht.

Artikel 4

Die Generalstabschefs wiederholen ohne Änderung die drei ersten Paragraphen der Bemerkungen, die den Artikel 4 der Konferenz von 1912 betreffen, und die folgendermaßen lauteten:

„Die Konferenzteilnehmer nehmen einstimmig die folgenden Punkte an:

I. Die Konferenzen zwischen den beiden Generalstabschefs sollen periodisch und grundsätzlich alljährlich stattfinden.

II. Außerdem wird man sich jedesmal verständigen, wenn einer der Generalstäbe dies wünscht.“

Der Paragraph III könnte einfacher folgendermaßen abgefaßt werden:

„III. Das Konferenzprotokoll wird der Zustimmung der Regierung jedes Landes unterbreitet werden, so daß die Generalstabschefs der verbündeten Armeen sich auf dieses Schriftstück bei der Ausführung der wünschenswerten Verbesserungen werden stützen können.“

Der Paragraph IV wird in folgender Weise abgefaßt:

„IV. Da der Austausch von gegenseitigen Auskünften zwischen den verbündeten Armeen nur von Vorteil ist, soll er regelmäßig und häufig fortgesetzt werden.“

„Vor jeder Konferenz wird man sich über die Fragen verständigen, die geprüft werden sollen.“

Die Mittel und Wege zur Ermöglichung gegenseitiger Verständigung in Kriegszeiten sind entsprechend den im Laufe der Konferenz von 1911 und 1912 formulierten Wünschen vervollständigt worden.

Die drahtlosen Stationen Paris—Bobrouisk und Bizerta—Sebastopol funktionieren gut. Die Station Bizerta ist von Frankreich verstärkt worden; eine starke Station ist in Rußland in der Nähe des Schwarzen Meeres im Bau, um die Verbindungen bei Tage ebenso leicht wie zur Nachtzeit zu gestalten.

Wie die Versuche von Verbindungen zwischen dem Eiffelturm und der russischen Marinestation Sweaborg ergeben haben, erscheint es wünschenswert, die letztgenannte Station zu verstärken.

Die telephonischen Verbindungen zwischen dem russischen und dem französischen Generalstabe können durch englische Kabel unter englischer Vermittlung aufgenommen werden.

Die Vereinbarungen mit London sind soeben abgeschlossen worden: Die entsprechenden Maßnahmen sind getroffen worden, und die Übermittlung der Nachrichten kann erfolgen.

Die Kabeltelegramme gehen über Amerika, Australien und Sansibar oder über Südafrika nach Sansibar, um nach Odessa zu gelangen.

Die Verbindungen durch geheime Kuriere sind vom französischen Generalstab so organisiert worden, daß die Übermittlung der Depeschen von Frankreich nach Rußland ermöglicht ist.

Der russische Generalstab sollte in derselben Weise die Verbindung durch geheime Kuriere in die Wege leiten.

Artikel 5

Da die russische und französische Regierung die seit 1910 dem Artikel 5 gegebene Auslegung angenommen haben, könnte sie in folgender Weise ausgedrückt werden:

„Die russische und die französische Regierung haben beiderseitig anerkannt, daß der Artikel 5 die Vertragschließenden verpflichtet, getrennt weder die militärischen Operationen einzustellen noch einen Waffenstillstand abzuschließen.“

Artikel 6

Wird von den Konferenzteilnehmern ohne Änderungen angenommen.

(Text gleichlautend mit Artikel 6 des Protokolls von 1912.)

Artikel 7

Wird ohne Bemerkungen von den Konferenzteilnehmern angenommen.

Keine Bemerkungen.

Der Generalstabschef der russischen Armee: (gez.) J. Gilinsky

Der Generalstabschef der französischen Armee: (gez.) J. Joffre

Der russische Finanzminister an den russischen Außenminister

Streng vertraulicher und dringender Brief.

Nr. 885.

Erhalten den 24. August/6. September 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Die mir von Geheimrat Argiropulo im Briefe vom 12. August mitgeteilte Erklärung der französischen Regierung entspricht vollkommen der Erklärung, die mir durch Vermittlung H. de Verneuil gemacht worden ist und den Gegenstand meines Briefes vom 14. Juni d. J. an Eure Exzellenz bildet. Auf diese Weise ist meiner Ansicht nach der russischen Regierung gegenwärtig die Möglichkeit gegeben, Frankreich zu antworten, daß der uns gemachte Vorschlag unsern Absichten und Plänen entspricht und von uns zur Kenntnis genommen wird. Um der Möglichkeit von irgendwelchen Mißverständnissen für die Zukunft vorzubeugen, kann ich nicht umhin, Eure Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß an und für sich der Vorschlag der französischen Regierung, der von recht schweren materiellen Bedingungen abhängig gemacht wird, für uns drückend sein würde, wenn nicht z. B. der Wunsch der französischen Regierung nach einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee schon früher der Umgestaltung unserer Streitkräfte zugrunde gelegt worden und von irgendwelchen Finanzoperationen auf dem Pariser Markte vollständig unabhängig wäre. Ebenso möchte ich bemerken, daß auch der Vorschlag der französischen Regierung über den Bau strategischer Eisenbahnen in Rußland keineswegs so verstanden werden kann, daß die einen oder anderen Linien, die militärischen

Zwecken dienen, gebaut werden müssen, sondern nur so, daß hinsichtlich unseres Eisenbahnnetzes Maßnahmen getroffen werden möchten, die unseren neuen Verkehrsbedürfnissen entsprechen, und zwar im Zusammenhang mit der veränderten Verteilung unserer Armee und zwecks Anpassung der technischen Ausrüstung der Bahnen an die veränderten Verkehrsbedingungen überhaupt. Maßnahmen dieser letzten Art werden von uns in sehr bedeutendem Ausmaße durchgeführt, und in das Budget der Eisenbahnverwaltung werden beständig Kredite aufgenommen, die für den Ausbau unserer Eisenbahnen in strategischer Hinsicht bestimmt sind; im besonderen weist der Haushaltplan des Jahres 1914 eine sehr erhebliche Summe der Vermehrung unseres rollenden Materials für den Fall der allgemeinen Mobilmachung zu.

Was die einzelnen Eisenbahnlinien und im besonderen die Bahnen von bedeutender Länge namentlich in den westlichen Bezirken Rußlands anbelangt, so sind mir in dieser Hinsicht weder vom Kriegsministerium, noch vom Chef des Hauptstabes irgendwelche konkrete Vorschläge gemacht worden. In meiner Unterredung, die ich mit dem Chef des französischen Generalstabes, General Joffre, hatte, der unlängst hier war, habe ich ihm eingehend auseinandergesetzt, daß die Interessen unserer Verteidigung in hohem Maße durch die Maßnahmen auf dem Gebiete unseres Eisenbahnwesens gewährleistet werden, die in der letzten Zeit ausgeführt wurden oder deren Ausführung in nächster Zeit bevorsteht. Ich habe hierbei keinerlei grundsätzliche Einwände von seiten des Generals Joffre gehört und persönlich den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung keinerlei bestimmte Ansprüche in dieser Hinsicht uns gegenüber vorzubringen beabsichtigt.

Was sodann die Summe der Eisenbahnobligationen selbst betrifft, deren Ausgabe die französische Regierung uns überläßt, so halte ich es für nötig, in die Antwort Eurer Exzellenz zweierlei Vorbehalte aufzunehmen:

1. daß die russische Regierung sich das Recht vorzubehalten wünscht, auf dem französischen Markte auch für eine noch größere Summe Obligationen auszugeben, natürlich nur, wenn die Lage des Geldmarktes dem günstig ist, und

2. daß dieser Vorschlag sich nicht auf die 65 Millionen Rubel im laufenden Jahre bezieht, die uns als unangetasteter Rest noch in diesem Jahre aus der Summe von 165 Millionen Rubel zustehen, die uns auf Grund einer Verabredung zwischen dem früheren französischen Finanzminister Klotz und dem Direktor unserer Kreditkanzlei angeboten wurden und auf die wir bis jetzt nur ungefähr 100 Millionen Rubel ausgegeben haben.

Ich wünschte daher, daß wir im laufenden Jahre von diesen 65 Millionen Rubel Gebrauch machen könnten außer der von der

französischen Regierung in Aussicht gestellten Summe von 500 Millionen Franken, um so mehr, als diese Summe aller Wahrscheinlichkeit nach erst für den Anfang des nächsten Jahres in Frage kommt.

Genehmigen Sie usw.

Kokowtzow

Der Direktor der Kanzlei des russischen Außenministeriums an den russischen Außenminister

Brief

St. Petersburg, den 2./15. September 1913

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Auf Wunsch A. A. Neratows schicke ich Ihnen heute mit dem Kurier Kusmin den letzten Schriftwechsel betreffend ein Abkommen mit Frankreich über finanzielle und militärische Fragen und erlaube mir, diesen Schriftstücken einige Worte hinzuzufügen.

Wie Sie aus dem Wortlaut der französischen Mitteilung ersehen werden, sind die Franzosen bereit, uns auf dem Pariser Markte einen ziemlich hohen Kredit zu eröffnen. Doch stellen sie hierbei zwei ganz bestimmte Bedingungen: den sofortigen Bau gewisser strategischer Linien und die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee.

W. N. Kokowtzow schlägt in seinem Gutachten vor, den Kredit anzunehmen, aber unsere Verpflichtung, die genannten Linien zu bauen, durch einen Hinweis auf die allgemeinen Maßnahmen zu ersetzen, die die Erhöhung der Durchlaßfähigkeit unseres Eisenbahnnetzes bezwecken.

Wenn wir uns den vorjährigen Schritt Poincarés Ihnen gegenüber, seinen Brief an den Kaiser und das spätere Verlangen Delcassés vergegenwärtigen, so kann man kaum annehmen, daß sich die Franzosen mit der von W. N. Kokowtzow vorgeschlagenen Antwort begnügen werden.

Bis jetzt haben wir noch nicht das Protokoll der Beratungen zwischen dem General Gilinski und dem General Joffre erhalten, und deshalb wissen wir immer noch nicht, so sonderbar dies auch ist, was über die Eisenbahnen zwischen den beiden Generalstabschefs in diesem Jahre vereinbart worden ist. Von den Linien, über die im vorigen Jahr die Rede war, hat unser Generalstabschef, wie Ihnen erinnerlich sein wird, zwei der von den Franzosen vorgeschlagenen als wünschenswert anerkannt und nur die dritte, die baltische, abgelehnt. Vor der Rückkehr Gilinskis (Mitte September) wird es uns schwer möglich sein, diese Frage zu erörtern. Nachher müssen wir, nach meiner Ansicht nach Klärung dieses Punktes, diese Angelegenheit in einer Konferenz des Finanzministers, des Außenministers, des Kriegs-

ministers und des Verkehrsministers beraten und dann den Franzosen eine bestimmte Antwort geben, ob wir ihre Bedingungen annehmen oder nicht. In Verhandlungen mit Bundesgenossen jedoch mit Worten zu spielen, indem wir ihnen mitteilen, daß wir ihre Bedingungen annähmen, ihnen jedoch einen ganz anderen Sinn beilegen als sie selbst, erscheint mir äußerst gefährlich für unsere gegenseitigen Beziehungen zu sein, da so nur Mißtrauen uns gegenüber erzeugt wird.

Da W. N. Kokowtzow den Wunsch geäußert hat, wir sollten die Antwort auf die Mitteilung Doulcets nicht hinausschieben, hat A. A. Neratow beiliegenden Entwurf einer Denkschrift als Antwort verfassen lassen, die nur abgeschickt werden wird, wenn sie von Ihnen und W. N. Kokowtzow in Kiew gebilligt worden ist. Außerdem hat er mich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß ich im Hinblick auf obiges es für besser halten würde, mit unserer Antwort zu warten, um so mehr, als Doulcet verständigt ist, daß infolge der Abwesenheit der meisten Minister eine Verzögerung unvermeidlich ist.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir zu bemerken, daß auch die beiden Vorbehalte im letzten Teil der Denkschrift meiner Ansicht nach am besten entweder mündlich oder in einer besonderen Denkschrift gemacht werden sollten.

Da Sie aus Warschau hierher wahrscheinlich den Kurier Karpenko zurücksenden werden, so schicken Sie bitte durch ihn die auf diese Angelegenheit Bezug nehmenden Schriftstücke zurück mit Ihren Weisungen, wie in der Angelegenheit weiter zu verfahren ist.

Nach Paris habe ich telegraphiert, Sie eilten nach Vichy und lehnten daher das Frühstück in Rambouillet am 10. September dankend ab, beabsichtigten sich aber so einzurichten, daß Sie Poincaré in Paris noch nach Beendigung der Kur antreffen.

Als Antwort auf die von mir Ihrem Auftrage gemäß gemachten Mitteilungen über die bevorstehenden Versetzungen habe ich von Nekludow ein Telegramm erhalten: „C'est entendu“ und von Sawinski einen Brief, worin er bittet, Ihre geneigte Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß für ihn eine Übersiedlung nach Sofia in materieller Beziehung mit äußersten Schwierigkeiten verbunden sei. Da die erwähnten Versetzungen wahrscheinlich nicht vor Ihrer Rückkehr erfolgen werden, so schiebe ich eine eingehendere Darlegung seiner Gründe bis dahin auf.

Auf meine Bitte hat Bünting nach Warschau telegraphiert, man solle für Sie ein kleines Abteil im Schlafwagen freihalten und einen Platz 2. Klasse für Ossip in dem Zuge nach Berlin, der aus Warschau Sonnabend um 5 Uhr 12 Minuten nachmittags abgeht. Nach Ihrer Ankunft in Warschau wird man Karpenko in die Verkaufsstelle der Schlafwagen (im Hotel Bristol) schicken müssen, um das Geld zu bezahlen und die Karten zu erhalten.

Ich wünsche Ihnen aufrichtig, daß Ihnen Ihre Reise nach Vichy viel Nutzen bringen möge und daß Sie überhaupt durch Ihre Reise in jeglicher Beziehung zufriedengestellt werden.

Ihr herzlich ergebener

M. Schilling

Entwurf
einer Antwort an die französische Regierung.

Sehr vertraulich.

12./25. September 1913

In Beantwortung des Memorandums vom 11./24. August hat der Verweser des Kaiserlichen Außenministeriums die Ehre, den französischen Geschäftsträger zu benachrichtigen, daß die Kaiserliche Regierung von der Erklärung der französischen Regierung Kenntnis genommen hat, der zufolge Rußland die Möglichkeit haben wird, jedes Jahr auf dem Pariser Markte 4—500 Millionen Franken in Form einer Staatsanleihe oder einer vom Staate garantierten Anleihe zu erhalten, um ein Eisenbahnbauprogramm durchzuführen.

Ihrerseits wird die Kaiserliche Regierung nicht verfehlen, den Wunsch der französischen Regierung zu berücksichtigen, sofort die Verstärkung des russischen Eisenbahnnetzes mit strategischen Zielen, die zwischen dem französischen und dem russischen Generalstab vereinbart wurde, zu beginnen. Was die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der russischen Armee anbelangt, so sind diesbezügliche Maßregeln bereits beschlossen und die notwendigen Kredite hierzu festgesetzt worden.

*Der russische Ministerpräsident an den
stellvertretenden russischen Außenminister*

Streng vertraulicher Privatbrief

Poltawa, den 21. September/4. Oktober 1913

Sehr geehrter Anatoli Anatolijewitsch!

Ich benutze den Umstand, daß mein Sekretär eine Schreibmaschine besitzt, um Ihnen diesen Brief von unterwegs zu schicken, ohne erst einen längeren Aufenthalt des Zuges auf einer Station abzuwarten. Der Zweck dieser Zeilen ist, Sie zu bitten, den Franzosen unsere Antwort über die Ausgabe unserer Eisenbahn-Anleihen auf dem französischen Markte in der Form zuzustellen, wie sie zwischen mir und Sergej Dmitriewitsch vereinbart worden ist, nur mit einem kleinen redaktionellen Zusatz.

Diese Angelegenheit ist Gegenstand meines ausführlichen alleruntertänigsten Immediatvortrages gewesen. Ich habe in dieser Beziehung genaue Anweisungen von Seiner Majestät erhalten, die ich bei den Verhandlungen mit unseren Freunden und Verbündeten auch genau zu befolgen beabsichtige. Ich würde diese gerne irgend jemand, wer es auch sei, überlassen, so schwierig es ist, mit ihnen Verhandlungen über all diejenigen Fragen zu führen, die nicht ihr eigenes Fell betreffen. Im Laufe meiner Besprechungen mit dem Kriegsminister in Jalta und auch aus meinem alleruntertänigsten Immediatvortrag hat sich ganz deutlich ergeben, daß hinsichtlich der Unterhandlungen des Generals Joffre mit dem General Gilinski nur bekanntgeworden ist, daß sie stattgefunden haben; worin sie aber bestanden haben, ist völlig unbekannt. Infolgedessen bin ich verpflichtet, mir die Sache ganz allein zu überlegen und Allerhöchste Weisungen nach der Richtung hin zu erbitten, daß wir nicht späterhin in eine äußerst schwierige Lage geraten. Wir können ja nicht vorher sagen, ob wir den Bau dieser oder jener Linie auf dem Wege der Gesetzgebung durchführen oder Privatunternehmer finden werden, die sich zum Bau der Bahn gerade da bereit erklären werden, wo es den Franzosen genehm ist. Ich habe daher Seine Majestät um die Genehmigung gebeten, unserer Antwort eine so dehnbare Form zu geben, daß wir später nicht in der Patsche sitzen. Mein Standpunkt ist als ganz richtig anerkannt worden, und es will mir scheinen, daß ein kleiner redaktioneller Zusatz in dieser Hinsicht vollkommen genügen würde. Daher würde ich Sie bitten, in der zu Kiew aufgesetzten Antwort da, wo von den durchgreifenden Maßnahmen unserer Regierung zum Ausbau und zur Vervollkommnung unseres Eisenbahnnetzes die Rede ist, ungefähr folgenden Satz hinzuzufügen:

„Zu den Maßnahmen dieser Art gehören bedeutungsvolle Arbeiten zur Legung eines zweiten Geleises, wo dies notwendig ist, ferner der Ausbau von Knotenpunkten und der Bau neuer Linien von bedeutender Länge, die unter anderem auch wichtige strategische Aufgaben zu erfüllen haben werden, um die Zusammenziehung unserer Armee in der Richtung nach der Westgrenze zu erleichtern.“

Ich glaube, daß unsere Antwort mit einem derartigen Zusatz keinen schlechten Eindruck hervorrufen kann; und selbst wenn dies der Fall sein sollte, so würde es für mich viel leichter sein, in Paris zu verhandeln, nachdem unsere Antwort dort eingetroffen ist, als wenn die französische Note von uns ohne jede Antwort gelassen worden wäre. Ich hätte in diesem Falle die Möglichkeit, genau zu erfahren, was sie denn von uns namentlich verlangen, und ich meine sogar, ohne unnütze Überhebung, daß es mir gelingen wird, die Franzosen gerade durch die Form unserer Antwort zufriedenzustellen.

Es würde sonst den Eindruck erwecken, daß die Franzosen uns ihre Wünsche schriftlich mitgeteilt haben, wir aber vor meinen münd-

lichen Unterhandlungen ihnen gar keine Antwort gegeben hätten. Diese mündlichen Verhandlungen werden später jedenfalls schriftlich bestätigt werden müssen.

Außerdem scheint es mir, daß man den Worten des H. Doulcet keine irgendwie ernstliche Bedeutung beilegen sollte. Auf mich hat er den Eindruck eines, was man sagt, „pauvre sire“ gemacht; er versteht buchstäblich gar nichts, und ich fürchte durchaus nicht diesen oder jenen Eindruck unserer schriftlichen Antwort in Paris, sondern glaube, ohne mich unnütz überheben zu wollen, daß es mir gelingen wird, einen solchen entweder zu zerstreuen oder jedenfalls einen möglichst geringen Zuschuß zu unserem Schreiben zu erhandeln.

Sie verstehen gewiß, daß diese Frage mich lebhaft interessiert, und ich werde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mich kurz telegraphisch benachrichtigen könnten, ob und wann die von mir vorgeschlagene Antwort mit dem vorgeschlagenen Zusatz an die Franzosen abgehen wird.

Zu Ihrer Kenntnisnahme teile ich mit, daß ich am 27. September (unseren Stils) in Florenz (Grand Hôtel), vom 1. bis zum 5. Oktober unseren Stils in Neapel (gleichfalls Grand Hôtel) und vom 7. bis zum 14. Oktober in Rom (Hotel Excelsior) zu sein gedenke.

Genehmigen Sie usw.

W. Kokowtzow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
französischen Geschäftsträger in Petersburg*

Mitteilung St. Petersburg, den 27. September/10. Oktober 1913

Unter Bezugnahme auf die sehr vertrauliche Denkschrift vom heutigen Tage möchte die Kaiserliche Regierung zur Vermeidung jeglicher Mißverständnisse feststellen, daß die 65 Millionen Rubel, die den noch nicht verausgabten Rest des Kredites darstellen, der infolge der Pariser Verhandlungen zwischen dem damaligen Finanzminister H. Klotz und dem Direktor der Kreditkanzlei, H. Dawidow, eröffnet worden ist, nicht in den 4—500 Millionen einbegriffen sind, von denen in der vorerwähnten Denkschrift die Rede ist, und daß dieser Restkredit von der russischen Regierung unabhängig von den neuerdings vereinbarten Geldsummen verausgabt werden kann.

Gleichzeitig ist die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß, wenn die Lage des Pariser Marktes einen größeren Kredit für neue Unternehmungen in Rußland ermöglichen sollte, die jährlichen 400 bis 500 Millionen Franken nicht als eine Höchstgrenze zu betrachten sind, die nicht überschritten werden darf.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den
russischen Geschäftsträger in Paris*

Telegramm Nr. 2844

Abgesandt am 29. September/12. Oktober 1913

Ich beziehe mich auf meinen Brief Nr. 45. Dem Minister bitte ich nach seiner Ankunft in Paris folgendes mitzuteilen: Kokowtzow ersuchte mich nach seinem in Livadia erstatteten alleruntertänigsten Immediatvortrag die Übergabe unserer Antwort an die französische Regierung in der Angelegenheit der Eisenbahnanleihen nicht hinauszuschieben. Er behält sich vor, diese Antwort während seiner persönlichen Verhandlungen in Paris zu vervollständigen. Ich habe infolgedessen Doulcet die Denkschrift ungefähr in der von Ihnen in Kiew gebilligten Fassung übergeben, wobei ich nur unsere Vorbehalte wegen der 65 Millionen und der Möglichkeit, gegebenenfalls die jährliche Summe von 500 Millionen zu überschreiten, in einer besonderen, weniger offiziellen Denkschrift dargelegt habe, da der französische Geschäftsträger die Befürchtung ausgedrückt hat, diese könnten in Paris einen für uns ungünstigen Eindruck hervorrufen.

Neratow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Streng vertraulicher Brief.

St. Petersburg, den 18./31. Oktober 1913

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

In diesen Tagen hat mir der französische Botschafter mitgeteilt, den ihm zugegangenen Nachrichten zufolge sei unser Finanzminister der Ansicht, der Bau der für uns in wirtschaftlicher Hinsicht notwendigen Eisenbahnen werde nicht weniger als anderthalb Milliarden Franken erfordern und die Herstellung der in Aussicht genommenen strategischen Linien noch eine weitere Milliarde. Aus diesem Grunde solle unser Finanzministerium den Wunsch haben, daß die Möglichkeit, die uns Frankreich gibt, auf dem Pariser Markte jährlich 500 Millionen Franken aufzunehmen, nicht nur auf drei, sondern mindestens auf fünf Jahre gesichert werde, da wir nur unter dieser Bedingung gleichzeitig sowohl den Bau der einen als auch der anderen Linien unternehmen könnten. Der Botschafter hatte die Absicht, seiner Regierung in diesem Sinne zu schreiben.

9*

Diese Nachrichten beruhen jedoch anscheinend auf irgendeinem Mißverständnis, denn in den bisherigen Verhandlungen über mögliche Eisenbahnanleihen war, wie ich zu H. Delcassé bemerkte, von keinerlei Fristen die Rede. Im Gegenteil, nach den Worten des Direktors der Kreditkanzlei hat unser Finanzministerium nicht nur keine derartigen Wünsche geäußert, sondern würde es sogar für uns als sehr unvorteilhaft ansehen, wenn die Anzahl der Jahre, auf die sich das uns von den Franzosen vorgeschlagene Abkommen erstrecken soll, oder die Summe selbst, bis zu der wir jedes Jahr Anleihen aufnehmen könnten, genau festgesetzt würden.

Wirklicher Staatsrat Demidow, der Anfang nächster Woche nach Paris fährt, wird Eure Hohe Exzellenz über den Standpunkt unseres Finanzministeriums in dieser Frage genauer unterrichten, aber, um Mißverständnissen vorzubeugen, habe ich für den Fall, daß der französische Außenminister diese Angelegenheit auf Grund der Mitteilungen Delcassés mit Ihnen bespricht, es für richtig befunden, die heutige Abreise des Wirklichen Staatsrats Demidow zu benutzen, um Sie vom Vorstehenden im voraus zu verständigen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief St. Petersburg, den 30. November/13. Dezember 1913
Geheim.
Nr. 1383.

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Seine Majestät hat gnädigst geruht, zu gestatten, daß die Abschrift meines alleruntertänigsten Berichtes über meine letzte Auslandsreise dem Kaiserlichen Botschafter in Paris und ein Auszug aus diesem Berichte, der sich auf die Verhandlungen mit der französischen Regierung über unsere Eisenbahnanleihen bezieht, dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wird.

Ich habe die Ehre, die Abschrift meines erwähnten alleruntertänigsten Berichtes einliegend Eurer Exzellenz zur Mitteilung an den Hofmeister Iswolski zu übermitteln, und füge gleichzeitig hinzu, daß der Auszug für den französischen Ministerpräsidenten in französischer Sprache von mir dem hiesigen französischen Botschafter übergeben worden ist, der heute abend nach Paris reist und es übernommen hat, ihn seiner Bestimmung gemäß zu übergeben.

Genehmigen Sie usw.

Alleruntertänigster Bericht des Ministerpräsidenten
und Finanzministers W. N. Kokowtzow über seine Reise
ins Ausland

19. November 1913

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Seiner Majestät: „Ich habe mit großem Vergnügen von dem Berichte Kenntnis genommen und finde, daß Ihre Verhandlungen richtig geführt worden sind und die Interessen Rußlands unbedingt berücksichtigen.“ Livadia, 21. November 1913.

Während meines letzten alleruntertänigsten Vortrages in Livadia am 18. September habe ich Eure Kaiserliche Majestät gebeten, mir gnädigst zu gestatten, mich auf fünf bis sechs Wochen ins Ausland zu begeben, sowohl zu einer kurzen Erholung, da ich viele Jahre ununterbrochen in Rußland geblieben bin, als auch, um in Paris einige wichtige finanzielle Fragen zu besprechen, die möglichst bald Erledigung finden müssen. Ich habe hierbei Ew. M. berichtet, daß ich von dieser ganzen Zeit nur drei Wochen für mich persönlich verwenden werde, da meine Anwesenheit in Paris ausschließlich der Erledigung der obengenannten Fragen gewidmet sein werde. Gleichzeitig habe ich Ew. M. Genehmigung erbeten, auf meiner Rückreise zwei bis drei Tage in Berlin zu verbringen, um dem Deutschen Kaiser für die im vorigen Jahre erfolgte Verleihung des Höchsten Preußischen Ordens vom Schwarzen Adler meinen Dank abstaten zu können.

Unter gnädiger Genehmigung meiner Bitte haben Ew. M. mich ermächtigt, bei meinen Verhandlungen in Paris der französischen Regierung die von Ew. M. gebilligten Pläne der Verstärkung unserer Armee auseinanderzusetzen und im Zusammenhang hiermit alle nötigen Auskünfte zu geben, welche sich auf die für Rußland unbedingt notwendigen umfangreichen Eisenbahnbauten beziehen. Diese Eisenbahnbauten würden sowohl die Befriedigung der sich längst fühlbar machenden Erfordernisse des wirtschaftlichen Lebens des Landes bezwecken als auch gleichzeitig leichtere Durchführung unserer Mobilisationspläne im Zusammenhang mit der abgeänderten Dislokation unserer Truppen und ganz besonders mit der bevorstehenden Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee, durch die die Ausarbeitung aller zukünftigen Mobilisationspläne so wesentlich beeinflusst wird. In letzter Beziehung hatte meine Aufgabe auch in der endgültigen Klärung der zwischen den beiden verbündeten Regierungen noch schwebenden Fragen zu bestehen, die von der französischen Regierung im Sommer d. Js., vor der Reise des französischen Generalstabschefs General Joffre nach Rußland, aufgeworfen worden waren.

Am 8. November aus dem Auslande zurückgekehrt, halte ich es

für meine Pflicht, Ew. M. über alle Umstände zu berichten, die meinen Aufenthalt im Auslande berühren, soweit sie sich auf die Ausführung meines unmittelbaren Auftrages beziehen.

Vor allem kann ich Ew. M. nicht verheimlichen, daß ich bei meinen Unterredungen mit den verschiedenen ausländischen Staatsmännern unwillkürlich aus dem Rahmen des mir erteilten Auftrages habe heraustreten müssen. Die ausländischen Staatsmänner geben sich nicht ganz von den Eigenheiten Rechenschaft, die unserer Staatsform hinsichtlich der Grenzen und Befugnisse und der Vollmachten des Vorsitzenden des Ministerrates anhaften, und wenn sie mit einer Persönlichkeit, die diese Stellung einnimmt, zusammentreffen, so sprechen sie über alle diejenigen Fragen des staatlichen Lebens, die im gegebenen Augenblick gerade die größte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich lenken oder die Regierung des einen oder andern Landes vorzugsweise beschäftigen. In dieser Beziehung machen die ausländischen Staatsmänner keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates und derjenigen Persönlichkeit, die die auswärtige Politik gemäß den allerhöchsten Weisungen Ew. M. leitet, da sie von der Voraussetzung ausgehen, daß der Vorsitzende des Ministerrates über alle die Lebensinteressen des Landes berührenden Fragen genügend unterrichtet sein müsse und irgendwelchen Besprechungen hierüber nicht aus dem Wege gehen könne. Ich hatte mithin zu wählen, ob ich alle Erklärungen vermeiden wollte, die nicht in den engen Rahmen derjenigen Aufgaben gehörten, derentwegen ich einige Hauptstädte Westeuropas besuchte, oder ob ich umgekehrt mich an der Erörterung aller derjenigen Fragen beteiligen wollte, die auf die eine oder andere Weise die politischen Leiter in den von mir besuchten Hauptstädten interessierten, indem ich ihnen über die von ihnen berührten Fragen soweit wie möglich Auskunft erteilte. Ich habe den zweiten Weg gewählt und hoffe, mir dadurch nicht die Mißbilligung Ew. M. zugezogen zu haben. Ich habe mich hierzu entschlossen, weil ich an allen Fragen unserer auswärtigen Politik stark beteiligt bin, sowohl gemäß den unmittelbaren Anweisungen Ew. M., als auch infolge meiner engen Beziehungen zu dem Minister des Auswärtigen, der mich immer zur Beratung über die wichtigen außenpolitischen Fragen des Reiches heranzieht. Vor allem aber habe ich mich von der Erwägung leiten lassen, daß die Staatsmänner des Westens ein Ausweichen meinerseits bei Erörterungen auswärtiger Fragen in keiner Weise verstehen würden und so auslegen könnten, als versuche ich mich absichtlich derartigen Beratungen, die zudem das Tagesinteresse bilden, zu entziehen. Endlich war es mir unmöglich geworden, Besprechungen über derartige Fragen zu vermeiden, weil insonderheit während meines Berliner Aufenthalts Hofmeister Sasonow mich unmittelbar ersucht hat, eine sehr wichtige Frage mit den deutschen Behörden zu

besprechen, auf die ich im Laufe meines Berichtes noch zu kommen die Ehre haben werde.

Selbstverständlich habe ich bei Unterredungen mit den verschiedenen Staatsmännern über alle von ihnen berührten Fragen mich strengstens an die allgemeine, mir gut bekannte Richtung unserer Politik im Laufe der letzten Zeit gehalten, bin in engster Berührung mit unseren diplomatischen Vertretern geblieben und habe mich ganz genau nach den diesbezüglichen allgemeinen Weisungen Eurer Kaiserlichen Majestät gerichtet.

Besprechungen mit dem italienischen Minister des Auswärtigen

Diese Besprechungen haben noch in Rom begonnen, und zwar auf das energischste Drängen unseres Botschafters Hofmeister Krupenski. Nach meinem Eintreffen in Italien hielt es der Botschafter für unmöglich, daß ich während meiner Anwesenheit in Italien, selbst wenn ich mich dort nur zur Erholung aufhalte, nicht den Ministerpräsidenten Giolitti und den Minister des Auswärtigen, Marquis di San Giuliano, aufsuchte. Er erklärte mir, wenn ich einer Begegnung mit diesen italienischen Staatsmännern aus dem Wege ginge, würde dies im ungünstigsten Sinne ausgelegt werden und könnte sogar als eine unfreundliche Kundgebung gegen einen Staat betrachtet werden, der einer andern Mächtegruppe angehört. Selbst als ich in Rom von einer ernstlichen Krankheit befallen wurde, ließ der Botschafter in seinen dringlichen Vorstellungen nicht nach, denn er teilte mir mit, der Marquis di San Giuliano lege jedenfalls Wert darauf, mir zu begegnen, und sei es auch erst unmittelbar vor meiner Abreise aus Rom. Unsere Begegnung fand in Gegenwart des russischen Botschafters statt, der den Minister des Auswärtigen über alle stattgehabten Erklärungen eingehend unterrichtet hat.

Trotzdem kann ich Ew. M. nicht verschweigen, daß unsere Unterredung, die hauptsächlich in einer einseitigen Darlegung der Ansichten des Marquis di San Giuliano bestand, sich auf zwei Fragen erstreckt hat: erstens hat er ganz bestimmt erklärt, daß seit Abschluß des russisch-italienischen Handelsvertrages und besonders seit dem Besuch Ew. M. in Racconigi sowohl in den italienischen Regierungskreisen, als auch in allen Schichten der Bevölkerung das deutlich ausgesprochene Streben nach einer weiteren Annäherung an Rußland nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet zutage trete, und daß dies Bestreben in keiner Weise durch die Meinungsverschiedenheiten in gewissen durch die Balkankrise hervorgerufenen Fragen vermindert worden sei. Wie San Giuliano sagte, wird Italien niemals die wohlwollende Haltung Rußlands während seines Konfliktes mit der Türkei vergessen, und die Zugehörigkeit

Italiens zu einer andern Mächtegruppe vermindert seiner Ansicht nach nicht im geringsten das Bestreben Italiens, den Wünschen Rußlands auf Erhaltung des allgemeinen europäischen Friedens entgegenzukommen. Andererseits erklärte mir der italienische Außenminister bestimmt und deutlich, daß die italienische Regierung die Politik Österreichs durchaus billige, die in allerletzter Zeit in seinem schroffen Auftreten gegen Serbien zum Ausdruck gelangt sei, ebenso wie auch in seinem nicht weniger scharfen Vorgehen, und zwar gemeinschaftlich mit Italien, gegen Griechenland in der Frage der albanischen Grenzen. In letzterer Hinsicht sagte mir San Giuliano ohne jeden Vorbehalt, daß Österreich Italien über das Serbien überreichte achttägige Ultimatum nicht verständigt habe, daß er aber diesen Schritt vollkommen verstehe, da er genau unterrichtet gewesen sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung den Versuch Serbiens, sich gegen Albanien über die von der Londoner Konferenz bestimmte Grenze hinaus vorzuschieben, sehr ernst nimmt und im voraus den Beschluß gefaßt hatte, Serbien sogar mit Waffengewalt zu zwingen, sich hinter die in London bestimmte Linie zurückzuziehen. Den Worten des italienischen Außenministers gemäß muß man die wenig wohlwollende Haltung der russischen öffentlichen Meinung Österreich gegenüber hauptsächlich darauf zurückführen, daß sie darüber nicht unterrichtet gewesen sei, wie empfindlich Österreich-Ungarn dieser Tatsache gegenüber war, und wie notwendig ein derartiger Schritt zur Verhütung weit schlimmerer Folgen war.

In Beantwortung der mir gemachten Erklärungen habe ich dem Marquis di San Giuliano gesagt, daß das Streben Italiens, sich Rußland weiter zu nähern, soweit es sich nicht im Gegensatz zur bestehenden politischen Gruppierung befindet, in unserm Vaterlande nur aufs freudigste begrüßt werden könnte, da für eine Annäherung, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, noch viel Spielraum vorhanden sei, während in politischer Hinsicht freundlichere gegenseitige Beziehungen zwischen Italien und Frankreich nur der allgemeinen Beruhigung dienen könnten, deren die durch die Erregungen der beiden letzten Jahre erschütterte Welt so dringend bedürfe.

Was den zweiten Teil der Erklärungen des Marquis di San Giuliano anbelangt, so habe ich ihm in aller Offenheit geantwortet, daß die öffentliche Meinung und die Regierung Rußlands seinen Standpunkt hinsichtlich der Berechtigung eines isolierten Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht teilen könnten. Ich setzte ihm auseinander, daß die russische Regierung natürlich nicht den Anspruch erhebe, ebenso genau wie Italien, der Bundesgenosse Österreich-Ungarns, über alle Absichten Österreich-Ungarns hinsichtlich der Beurteilung der einzelnen Ereignisse unterrichtet zu sein, daß aber die Verwicklungen auf dem Balkan ihrem Gesamtverlauf nach Italien genügend deutlich davon überzeugt haben müßten, daß Ruß-

land über die Stimmung der einzelnen Mächte auch nicht unorientiert sei, und daß bei allen Krisen der Verhandlungen unsere Politik nicht nur einen deutlichen Beweis der Friedensliebe Eurer Kaiserlichen Majestät gegeben, sondern auch eine vollkommen objektive Beurteilung der einzelnen politischen Momente bekundet habe. Ich führte nur zwei geschichtliche Ereignisse als Beispiel an und bat den italienischen Minister des Auswärtigen, zuzugeben, daß in der Frage eines serbischen Zuganges zur Adria und der Angliederung Skutaris an Montenegro gerade Rußland das entscheidende Wort gesprochen hat, das mit ruhiger Ergebnisheit von Serbien und, wenn auch erzwungen, von seiten des Königs von Montenegro, angenommen worden ist. Ich wies hierbei darauf hin, daß zweifellos dasselbe Ergebnis, das Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum erstrebte, auch ohne diese äußerste Maßregel hätte erzielt werden können, wenn sich die österreichisch-ungarische Regierung nicht von den übrigen Mächten abgesondert, sondern an diese gewandt hätte, um einen gemeinsamen und ruhigeren Druck auf Serbien auszuüben. Die serbische Regierung hat während der ganzen Krisis so viel Ruhe und so viel Bereitwilligkeit, den Wünschen der Großmächte entgegenzukommen, an den Tag gelegt, daß man sie in diesem Falle wohl kaum der Absicht habe verdächtigen können, nicht nur eine vollendete Tatsache schaffen und ihre Grenze mit dem Recht des Eroberers verbessern, sondern auch einen neuen Vorwand zu Verwicklungen zwischen den Großmächten suchen zu wollen. Ich schloß meine Erklärungen mit einem Hinweise darauf, daß mir der gemeinsame Schritt Österreich-Ungarns und Italiens Griechenland gegenüber ebenso außergewöhnlich erscheine, da er mit besserem Erfolge durch eine allgemein-europäische Demarche diesem Staate gegenüber hätte ersetzt werden können. Ich habe meine Bemerkungen folgendermaßen zusammengefaßt: Die Balkankrise ist bisher verhältnismäßig sehr günstig nur aus dem Grunde verlaufen, weil alle Mächte solidarisch waren und gemeinsam handelten, und weil alle verschiedenartigen Ansichten und Bestrebungen durch gegenseitige Zugeständnisse und durch die gemeinsame Erörterung der spruchreifen Fragen gemildert wurden; nur von einer gleichen Art des Vorgehens in den noch zu lösenden Fragen kann Europa einen günstigen Ausgang der gegenwärtigen Krisis erhoffen. Vereinzelte Schritte der Mächte hingegen und eine isolierte Politik ihrerseits können nur neue Verwicklungen schaffen, indem dadurch das mit großer Mühe erzielte gegenseitige Vertrauen und Verständnis vernichtet und die Grundlage für eine ungesunde Rivalität geschaffen würde.

Unser Botschafter in Italien ist der Ansicht, daß die Antwort des Marquis di San Giuliano auf meine Ausführungen eher den Charakter einer Verteidigung des Bundesgenossen hat, als den einer Entgegnung auf die von mir dargelegten Grundsätze. Statt jeder sach-

lichen Erwiderung ist mir ziemlich unerwarteterweise der Vorschlag gemacht worden, zu einem Meinungsaustausch über eine weitere Annäherung zwischen Rußland und Italien zu schreiten. Da ich nicht befugt war, auf einen derartigen und namentlich so überraschenden Vorschlag einzugehen, so konnte ich dem Marquis di San Giuliano nur antworten, daß unsere Bereitwilligkeit zu einer Annäherung keinem Zweifel unterliegen könne und es sehr wünschenswert wäre, wenn er seinerseits genauer angeben wolle, worin die Wünsche der italienischen Regierung bestehen. Als mich der Marquis di San Giuliano an die Bahn begleitete, sagte er mir, er sei bereits in eine Erwägung dieser Frage eingetreten, ich persönlich glaube aber, daß seine Erklärungen eigentlich nur eine Wiederholung dessen sein werden, was er unserm Botschafter bereits vor einem Jahre gesagt hat, ohne daß bis jetzt irgendwelche praktischen Vorschläge erfolgt wären.

Beziehungen zur französischen Tagespresse.

Als ich in Paris ankam, mußte ich, abgesehen von meinen Verhandlungen mit der französischen Regierung, mit einer Macht rechnen, die im öffentlichen Leben von ganz Westeuropa einen großen Platz einnimmt. Ich verstehe darunter die Presse und die Notwendigkeit, Gesprächen mit den Vertretern der einflußreichsten Blätter nicht aus dem Wege zu gehen. Gleich nach meiner Ankunft und ehe ich noch mit irgendeinem Vertreter der französischen Regierung sprechen konnte, teilte mir unser Botschafter, Hofmeister Iswolski, mit, daß der Minister des Auswärtigen, Pichon, ebenso wie einige andere Mitglieder der französischen Regierung die Bitte an mich richten würden, den Empfang wenigstens einiger der hervorragendsten Journalisten nicht abzulehnen, da meine Unterredungen mit ihnen für die französische Regierung selbst von großer Bedeutung seien. Diese stände stark unter dem Einfluß der Tagespresse und habe einigen Zeitungen erklärt, sie werde alle Anstrengungen machen, um den Pressevertretern einen, wenn auch nur bescheidenen, Zutritt zu mir zu ermöglichen. Persönlich bat mich Hofmeister Iswolski, die Vertreter von vier Zeitungen zu empfangen: Temps, Matin, Echo de Paris und Figaro, die ihm während der ganzen Balkankrise große, und wie er sagte, ganz uneigennützige Dienste geleistet hätten, indem sie den russischen Standpunkt in bezug auf die einzelnen Ereignisse der Balkankrise unterstützt und in ihren Spalten eine ganze Reihe durchaus wohlwollender Artikel gebracht hätten. Trotz all meines ablehnenden Verhaltens gegenüber unmittelbaren Beziehungen zur Tagespresse, und obgleich ich aus bitterer Erfahrung mich mehr als einmal davon überzeugt habe, daß ganz objektive und sogar längst bekannte Äußerungen einen dankbaren Vorwand abgeben

zur Entstellung dieser Äußerungen in völlig bedenkenloser Weise, namentlich wenn sie in unsern Zeitungen nachgedruckt werden, war es mir also dennoch ganz unmöglich, solchen Beziehungen aus dem Wege zu gehen, und ich mußte viel Zeit und Mühe auf sie verwenden. Soweit ich es beurteilen kann, sowohl was das Echo in der Presse selbst anbelangt, als auch besonders auf Grund der Aussagen unseres Botschafters, die durchaus mit dem übereinstimmen, was mir vom Präsidenten der französischen Republik persönlich und vom französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen gesagt wurde, sind meine Mitteilungen nicht ohne Ergebnis geblieben. Alle Zeitungen ohne Ausnahme haben den wesentlichen Sinn der ihnen gemachten Erklärungen ganz genau wiedergegeben und ihnen den Charakter beruhigender Versicherungen beigelegt, durch die die hauptsächlichsten Gesichtspunkte festgelegt werden sollten, von denen sich die Regierungen des sogenannten Dreiverbandes bis jetzt haben leiten lassen und die kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

1. Europa stehen noch viele Schwierigkeiten bevor, ehe alle während der Balkankrise aufgeworfenen Fragen endgültig gelöst sein werden;

2. die Großmächte sind von dem vollkommen klar ausgesprochenen Wunsche durchdrungen, nicht zuzulassen, daß die Interessen kleinerer Staaten eine beständige Bedrohung des europäischen Friedens bilden;

3. trotz aller scheinbaren Kompliziertheit der noch zu lösenden Aufgaben verblissen diese vor den Fragen, deren Lösung im Laufe der letzten zwei Jahre gelungen ist, und zwar nur dank dem gemeinsamen Bestreben aller, einen Ausweg aus den gegensätzlichen und scheinbar schwer zu vereinbarenden Interessen zu finden;

4. die kleineren Staaten müssen sich dem Willen und den Bestrebungen der Großmächte fügen, und sie werden gewiß hierzu bereit sein, wenn sie es nicht mit entzweiten, sondern durch gemeinsame Bestrebungen und Interessen verbundenen Großmächten zu tun haben werden;

5. die südliche Abgrenzung Albaniens besonders, die große technische Schwierigkeiten bietet, kann nicht als eine Frage der Bedrohung des europäischen Friedens angesehen werden, da diese Schwierigkeiten in jedem Falle geringer sind als diejenigen, die man aus anderen Anlässen während der Balkankrise einer Lösung hat zuführen können;

6. der Friede kann nur bedroht werden, wenn die einzelnen Mächte isoliert vorgehen und sich einer gemeinsamen Erörterung aller bisher noch ungelösten Fragen entziehen. Dies bezieht sich ganz besonders auf das Schicksal der Ägäischen Inseln und die armenischen Reformen.

Ich halte es für meine Pflicht, zu bemerken, daß ich bei Aufstellung dieser grundsätzlichen Gesichtspunkte sie einer vorherigen Prüfung unterzog, indem ich mich nicht nur mit unserem Botschafter, sondern ganz besonders auch mit dem französischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen auseinandersetzte, die meine Formulierung als in unbedingter und ganz genauer Übereinstimmung mit dem Standpunkte unserer beiden Regierungen anerkannt und es auf sich genommen haben, sie dem Präsidenten der französischen Republik zu übermitteln. Mein Empfang beim Präsidenten war auf den meiner Unterredung mit den Journalisten folgenden Tag festgesetzt worden. Die beiden Minister sagten mir hinterher, Poincaré sei bereit, mit beiden Händen, wie sie sich ausdrückten, meine Formulierung zu unterschreiben, und er habe sie sogar ermächtigt, mir mitzuteilen, daß Besprechungen mit der Presse in diesem Sinne der französischen Regierung weit über die Grenzen Frankreichs hinaus einen großen Dienst erweisen würden.

Ich glaube annehmen zu können, daß unser Botschafter in Paris den Minister des Auswärtigen bereits benachrichtigt hat, in wie hohem Maße der Wunsch der französischen Regierung erfüllt worden ist, und ich persönlich kann Ew. M. berichten, daß während meines neuntägigen Aufenthaltes in Paris buchstäblich kein einziger Artikel veröffentlicht worden ist, abgesehen etwa von der Zeitung des bekannten Sozialisten Jaurès, der „Humanité“, der sich nicht mit meinen Erklärungen in einem durchaus günstigen Sinne beschäftigt hätte. Von unserm russischen Standpunkte aus, ganz besonders im Hinblick auf die völlige Desorganisation unserer Presse und ihrer Entfremdung nicht allein von der Regierung, sondern auch von den russischen Gesellschaftskreisen, hat dieser Umstand natürlich keine große Bedeutung, aber vom Standpunkte Frankreichs aus, wo der Einfluß der Presse fast unbegrenzt ist, hätte eine Ablehnung meinerseits, die Journalisten zu empfangen, wahrscheinlich zu einem ganz entgegengesetzten Ergebnis geführt. Unsere Presse ist natürlich meinen Erklärungen mit dem Hinweis auf meinen gewöhnlichen und unverbesserlichen Optimismus begegnet und hat nicht einmal den Umstand erwähnt, daß meine beruhigende Erklärung hinsichtlich der griechisch-türkischen Meinungsverschiedenheiten schon nach einigen Tagen durch die schnelle Erledigung des griechisch-türkischen Konfliktes bestätigt worden ist.

Besprechungen mit französischen Regierungsvertretern über allgemeine politische Fragen

Indem ich nun zu meinen Unterredungen über allgemein-politische Fragen mit der französischen Regierung übergehe, muß ich vor allem bemerken, daß diese, mit wem sie auch stattfanden, stets

einen ausnehmend freundschaftlichen Charakter gehabt haben. Angefangen vom Präsidenten der Republik, in dem Rußland unbedingt einen überzeugten und begeisterten Freund besitzt, bis zum jüngsten und verhältnismäßig wenig einflußreichen Vertreter der Regierung, wie z. B. dem jetzigen Finanzminister Dumont, sind alle politischen Persönlichkeiten zweifellos von der allgemein verbreiteten und ganz unverhüllten Überzeugung durchdrungen, daß das Bündnis Frankreichs mit Rußland der einzige Faktor ist, der die Zukunft Frankreichs gewährleistet. Ich habe in allen Regierungskreisen eine Stimmung angetroffen, die uns die unbedingte Hilfsbereitschaft, in welcher Art wir diese auch wünschen sollten, gewährleistet. Diese Bereitschaft ist ganz offen in meinen Verhandlungen über Finanzfragen zutage getreten; sie zeigte sich auch in jeder Unterredung, in jeder Aufmerksamkeit mir gegenüber, die natürlich nicht mir persönlich, sondern dem Vertreter der Regierung Ew. M. galt.

Alle Staatsmänner, vom Präsidenten der Republik an, wiederholten beständig eine These meiner allgemeinen Grundsätze, nämlich, daß es notwendig sei, die Gemeinsamkeit des europäischen Vorgehens um jeden Preis zu erhalten und mit allen Mitteln das zu vermeiden, was sie „isolierte Schritte“ (*pas isolés*) nannten, worin sie eine wirkliche Bedrohung des Friedens erblickten.

Aber in denselben Unterredungen sind mir auch andere Züge aufgefallen, die wir beachten sollten. Die französische Regierung, soweit ihre jetzige Zusammensetzung in Betracht kommt, zeigt ohne Zweifel und dabei ziemlich unverhüllt den Wunsch, alle Zufälligkeiten zu vermeiden, die Frankreich wieder auf den Weg der sogenannten Abenteuer führen könnten. In Kleinigkeiten macht sich ebenso wie in wichtigen Lebensfragen immer dasselbe Bestreben fühlbar, Ruhe und Frieden zu bewahren und den Anschein irgendwelcher ernster Schwierigkeiten zu vermeiden. Ich will nicht die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Nachrichten wiederholen, in den breiten Massen der französischen öffentlichen Meinung herrsche ein gewisser Zweifel hinsichtlich der Kriegsbereitschaft der französischen Armee und der Begabung ihrer Generale, obwohl sicherlich die Maßnahmen der französischen Regierung nach dem Herbstmanöver im Sinne der Versetzung einiger Generale von höheren Stellungen in niedrigere und die Verabschiedung anderer weit bekannt geworden und sogar in die Spalten der Tagespresse gedrungen sind. Sie mußten natürlich einen peinlichen Eindruck in der Öffentlichkeit hervorrufen, die allen Fragen der nationalen Verteidigung gegenüber äußerst empfindlich ist, und man darf sich nicht wundern, daß Leute, die den politischen Strömungen fernstehen, manchmal Befürchtungen hinsichtlich eines für Frankreich günstigen Ausgangs eines möglichen bewaffneten Konfliktes äußern. Ich muß auf alle Fälle Ew. M. bezeugen, daß ich bei der französischen Regie-

rung selbst das deutliche Bestreben gefunden habe, die einzelnen noch zu lösenden außenpolitischen Fragen möglichst ruhig zu erörtern. Der Ministerpräsident Barthou, der durch die Gradheit und Offenheit seiner Ansichten überhaupt den besten Eindruck macht, und der Außenminister Pichon, dem zweifellos das Verdienst der Lösung vieler schwieriger Fragen zukommt, haben mir öfters ganz bestimmt und ohne Anregung meinerseits erklärt, die gesamte Regierung hege ihrem östlichen Nachbarn gegenüber die wohlwollendsten Gefühle, und sie haben mich sogar gebeten, wenn sich eine Möglichkeit hierfür bietet, dem deutschen Reichskanzler mitzuteilen, daß die französische Regierung nicht nur keine Zuspitzung der Beziehungen zu Deutschland wünsche, sondern sogar bereit sei, in einem ganz versöhnlichen Sinne an die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen heranzutreten, die, besonders in Kleinasien, schon längst eine Klarstellung erfordern.

Diese Stimmung der französischen Regierung bedarf natürlich gewisser Kommentare. Es will mir scheinen, daß die richtigste Erklärung in jener Stimmung der französischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu suchen ist, die zutage tritt, wenn man mit Geschäftskreisen und Leuten, die im praktischen Leben stehen, in nahe Berührung kommt. Mit Ausnahme eines nicht großen Kreises, der radikalen Ansichten huldigt, ist das ganze jetzige Frankreich, übrigens nicht Frankreich allein, der andauernden politischen Krisis äußerst müde; in den Geschäften ist ein großer Stillstand eingetreten; die Industrie beginnt die schädlichen Folgen der unsicheren Lage zu fühlen. Seit zwei Jahren lebt die ganze französische Gesellschaft im Zustand einer gewissen Unruhe, jeden Tag das unerwartete Eintreten des einen oder andern Ereignisses erwartend, das zu schweren Verwicklungen führen könnte. Niemand will seine Ersparnisse dem einen oder andern Unternehmen anvertrauen, da man nicht klar die Möglichkeit einer ruhigen geschäftlichen Entwicklung voraussieht; die Menschen haben gewissermaßen die Gewohnheit verloren, Geschäfte zu treiben, was der praktischen Richtung des Durchschnittsfranzosen durchaus widerspricht. Niemand will sich mehr für sogenannte solide Unternehmungen und Staatspapiere interessieren, weil man jeden Tag das fortwährende und unaufhaltsame Fallen der Kurse sieht, und bei den meisten Leuten, deren Ersparnisse den gesamten nationalen Reichtum Frankreichs bilden, zeigt sich ein schlecht verhülltes Mißtrauen dem morgigen Tag gegenüber, was darin seinen Ausdruck findet, daß viele Menschen bereits beginnen, ihr Geld einfach in bar in den Banken oder in ihren Geldschränken zu halten, weil sie diese unvorteilhafte Art der Aufbewahrung den mehr oder weniger sicheren Verlusten der einzelnen Finanzoperationen vorziehen.

Man darf diese Stimmung dem französischen Durchschnittsbürger nicht allzusehr zum Vorwurf machen, denn zur Zeit der leb-

haften Spekulation hat man ihn daran gewöhnt, seine Ersparnisse in verschiedenen mexikanischen, brasilianischen und argentinischen Werten anzulegen, die unter normalen Verhältnissen eine größere Einnahme abwarfen als die soliden Staatspapiere, die aber während der von uns jetzt durchlebten Krisis ihn mit großen Verlusten, manchmal sogar mit dem Ruin bedrohten. Dies alles wird natürlich von der Regierung berücksichtigt, um so mehr als in dem inneren Leben Frankreichs vieles hervortritt, was die Regierung zwingt, in der allgemeinen Leitung ihrer Politik besonders vorsichtig zu sein. Die Vertreter der heutigen Regierung, die gemäßigten und vernünftigen Kreisen der französischen Gesellschaft angehören, müssen notgedrungen mit Bedacht vorgehen, da sie mit einer Reihe von Tatsachen zu rechnen haben, die sie ernstlich beunruhigen. Es genügt, auf das Projekt der Abänderung des Wahlrechtes hinzuweisen, dem die Regierung mit einer gewissen Beunruhigung gegenübersteht, da sie voraussieht, daß es in der Frage dieser Reform zu einem scharfen Konflikt zwischen der Deputiertenkammer und dem Senate kommen kann. Sodann ist die Regierung nicht so sehr mit der jetzigen Zusammensetzung der Deputiertenkammer, in der sie eine große Unterstützung findet, unzufrieden, als sie durch die große Zersplitterung der Parteien und die Mannigfaltigkeit der erhobenen Forderungen beunruhigt wird.

Andererseits ist die finanzielle Lage des Staates, so merkwürdig dies auch erscheinen mag, durchaus nicht befriedigend. Im Laufe vieler Jahre hat die Regierung die Lösung der Deckungsfrage für eine ganze Reihe unbedingt notwendiger Ausgaben verschoben und sich auf unbedeutende Maßnahmen zur Balancierung der Budgets beschränkt, durch die bedeutende Summen von einem Jahre ins andere überschrieben wurden, ohne gedeckt zu werden. Jedes Kabinett zog es vor, seinem Nachfolger die sogenannte „Budgetehrlichkeit“ zu überlassen, und, von der Hand in den Mund lebend, ist die Regierung unvermeidlich in die Lage versetzt worden, in der sie sich jetzt befindet, wo das Gesetz der dreijährigen Dienstzeit und die ständige Erhöhung der Armee ihr nicht mehr das zu tun gestatten, was früher getan wurde, d. h. auf unbestimmte Zeit jene Unannehmlichkeit zu vertagen, die für alle und jeden das Wort „Defizit“ darstellt. Diesmal mußte daher die Regierung beim Abschluß des Budgets für das Jahr 1914 direkt und offen an zwei gleich beunruhigende Tatsachen herantreten: Erstens offen vor dem ganzen Volke zugeben, daß dem reichen Frankreich 1300 Millionen Franken oder fast 500 Millionen Rubel fehlen, um seine Schulden zu decken, die teilweise bei Lebzeiten des jetzigen Kabinetts selbst entstanden sind, teilweise das Erbe der früheren Zeiten bilden, und zweitens erklären, daß, um in Zukunft derartige unangenehme Überraschungen zu vermeiden, man sich zur Erhöhung einer ganzen Reihe von Steuern entschließen

müsse, und zwar von Steuern, die am stärksten die bemitteltesten und folglich auch zuverlässigsten Kreise der Bevölkerung treffen. Wenn man ferner bedenkt, daß die Regierung diese unangenehme Erklärung einer Kammer gegenüber abgeben muß, deren Vollmachten bald erlöschen und die sich natürlich nicht entschließen wird, diese Steuern unmittelbar vor den Neuwahlen zu genehmigen, schon aus dem einfachen Grunde, weil jeder Deputierte wieder ins Parlament zurückkehren will, aber wohl weiß, daß, wenn er für die neuen Steuern stimmt, er von seinem Gegner geschlagen werden wird, so kann man sich leicht vorstellen, wie schwierig die Lage der jetzigen Regierung ist und wie schwer für sie der Kampf inmitten der mannigfaltigen Strömungen des heutigen politischen Lebens ist.

Im Grunde genommen hat diese Lage für uns keine besondere Bedeutung. Man darf zuversichtlich behaupten, daß, welches immer der Mißerfolg der jetzigen, Rußland so freundschaftlich gesinnten Regierung sein möge, eine jede andere dieselben Gefühle uns gegenüber hegen wird, und daß der allgemeinen Richtung der französischen auswärtigen Politik keinerlei Änderung droht. Der heutige Radikalismus hat im Lande keinerlei Erfolg, und Politiker, wie der frühere Ministerpräsident Caillaux, der in das Budget das Element der Unbeständigkeit und nicht wenig Unruhe in die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hineingetragen hat und noch vor kurzer Zeit groß dastand, sind anscheinend noch weit entfernt, zur Regierung zurückzukehren. Jedenfalls unterliegt eines keinem Zweifel: Frankreich ist zur Zeit viel friedliebender als vor zwei Jahren, und diese Stimmung muß sich in einer ruhigeren Auffassung der verschiedenartigen Fragen des heutigen politischen Lebens äußern.

In dieser Hinsicht müssen wir aber mit einem für uns ungünstigen Umstande rechnen. Ich darf ihn Ew. M. nicht verschweigen. Frankreich wird sich in den großen Fragen der allgemeinen Politik, die seine Lebensinteressen ganz besonders berühren, nie von uns absondern, aber da, wo diese Interessen nicht auf dem Spiele stehen, wo andere, russische oder allgemein-europäische, vorwiegen, da wird Frankreich ohne Frage äußerst zurückhaltend sein und aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf uns im Sinne einer nachgiebigeren Lösung der aufgeworfenen Fragen einzuwirken beginnen.

Verhandlungen über die Entwicklung unserer Eisenbahnen

Nach diesen allgemeinen Erwägungen habe ich nun Ew. M. über den eigentlichen Gegenstand meiner Aufgabe zu berichten, die darin bestand, festzustellen, ob Frankreich bereit sei, uns bei der Entwicklung unserer Eisenbahnen zu unterstützen. Ich halte es für meine Pflicht, alleruntertänigst zu berichten, daß ich in dieser Hinsicht der

aufrichtigsten und unzweideutigsten Haltung der französischen Regierung begegnet bin, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß dieses hauptsächlichste Ziel meines Pariser Besuches völlig erreicht worden ist.

Damit meine weiteren Darlegungen keinerlei Zweifel Ew. M. hervorrufen, glaube ich zur Allerhöchsten Kenntnis bringen zu müssen, daß auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues unsere Sorge gerade darin besteht, auf welche Weise die Mittel aufzutreiben sind, die zur Inangriffnahme umfangreicher Eisenbahnbauten so überaus notwendig sind. Unsere Staatsfinanzen befinden sich zur Zeit in sehr guter Verfassung. Ohne die Bevölkerung mit neuen Steuern zu belasten, haben wir im Laufe der letzten vier Jahre unser Budget um fast 800 Millionen Rubel erhöht, indem wir hierzu die sehr schnell zunehmenden Staatseinkünfte verwandten, die die Voranschläge des Haushaltungsplanes weit übertroffen haben. In dieser Zeit haben wir fast Dreiviertel der Ausgaben für Erbauung der Amureisenbahn gedeckt, haben dem Marineministerium die nötigen Mittel zur Ausführung des sogenannten kleinen Flottenbauprogramms gegeben, haben in weitgehendem Maße die Forderungen des Kriegsministeriums hinsichtlich verschiedener Materialankäufe zu Ausrüstungszwecken befriedigt und fast allen Ministerien bedeutend größere Mittel zur Bestreitung der mannigfaltigen Bedürfnisse unseres Volkslebens zur Verfügung gestellt. Trotzdem leben wir nicht nur ohne irgendwelche neue Steuern oder Anleihen, sondern verfügen noch über eine bedeutende Reserve bis zu 500 Millionen Rubel, als verfügbaren Kassenbestand unseres Schatzamtes. Bei einer derartigen Lage der Dinge könnte naturgemäß die Frage entstehen, ob es nicht möglich wäre, auch die Bedürfnisse des Eisenbahnbauprogramms aus den schon vorhandenen Mitteln zu decken, indem mit dem Bau einer ganzen Reihe von Linien auf Grund einer unmittelbaren Verfügung der Regierung begonnen wird. Meiner festen Überzeugung nach wäre jedoch ein derartiges Verfahren durchaus unrichtig und sogar verhängnisvoll für die Interessen des Staates. Wie groß auf den ersten Blick auch der Barbestand von 500 Millionen Rubel erscheinen mag, so würde doch diese Summe nur für einen sehr bescheidenen Teil unserer Eisenbahnbauten genügen können, selbst wenn die Umstände gestatteten, sie restlos hierzu zu verwenden. Bei den jetzigen Preisen der Eisenbahnbauten, ungefähr 75000 Rubel pro Werst, könnten wir im besten Falle nicht mehr als 6000 Werst bauen, wobei wir das Schatzamt aller Reserven entblößen würden. Aber die frei verfügbaren Mittel des Schatzamtes sind bereits von Ew. M. für ganz andere, und zwar noch viel wichtigere staatliche Bedürfnisse bestimmt worden, und zwar zur Erhöhung der zahlenmäßigen Stärke unserer Armee und der Bestreitung der hiermit verbundenen einmaligen Ausgaben.

In den Nachbarstaaten, besonders in Deutschland und auch in Frankreich, die gleichzeitig mit uns ihre Streitkräfte zu vermehren begonnen haben, ist hierzu entweder eine einmalige, verhältnismäßig schwere steuerliche Belastung aller vermögenden Klassen erforderlich gewesen, wie dies in Deutschland der Fall war, oder die Einführung einer ganzen Reihe neuer ständiger Steuern, wie dies in Frankreich unvermeidlich der Fall sein wird. Rußland hat nicht die Möglichkeit, dem Beispiele Deutschlands zu folgen, weil es bei uns nicht jene vermögenden Klassen gibt, die man zur Deckung einer einmaligen Ausgabe zur Vermehrung der Armee hätte besteuern können. Dem Beispiele Frankreichs im Sinne der Einführung einer ganzen Reihe neuer Steuern können wir auch schwer folgen, um so mehr als man die Einwände voraussehen kann, die von den gesetzgebenden Körperschaften erhoben werden würden. Wir müssen es daher gewiß als einen großen Vorteil erachten, daß unser Schatzamt gegenwärtig über derartige Reservemittel verfügt, die, in guten Jahren gesammelt, uns jetzt die Möglichkeit geben, eine so überaus wichtige Aufgabe, wie die der Verstärkung der Landesverteidigung, zu erfüllen, ohne die Bevölkerung mit neuen Steuern zu belasten. Es ergibt sich hieraus, daß es äußerst unklug wäre, unsere Barmittel zur Herstellung von Eisenbahnen auszugeben, und die Sorge für den Staat muß uns dazu bewegen, diese Mittel für die Zwecke zu verwenden, die von Ew. M. in der Sitzung des 10. März 1913 bestimmt worden sind.

Für Eisenbahnbauten müssen andere Mittel gefunden werden; sie werden durch die verschiedenen Kategorien der Eisenbahnen selbst bestimmt. Auf Kosten des Fiskus muß aus dessen Budgetmitteln das vorhandene Staatsnetz entwickelt und vervollständigt, dergleichen müssen auch solche Linien gebaut werden, für die private Initiative nicht in Betracht kommt. Selbst bei der Annahme, daß das beständige Anwachsen unserer staatlichen Ausgaben es uns ohne Störung des unumgänglich notwendigen Gleichgewichtes in unserm Budget nicht gestatten wird, Staatsbahnen in größerem Umfange als zur Zeit zu bauen, muß man doch auch in diesem Falle im Auge behalten, daß im laufenden Jahre 110 Millionen Rubel für Erbauung von staatlichen Linien genehmigt worden sind. Ein bedeutender Teil dieser Summe ist für die Amurbahn bestimmt, die im Jahre 1915 oder 1916 beendet sein wird, und folglich werden wir auch ohne Erhöhung unseres Budgets in der Lage sein, in Zukunft bestimmte Summen auszuschütten zur Erbauung derjenigen Linien durch den Fiskus, die nur auf seine Verfügung hergestellt werden könnten.

Gleichzeitig muß man meiner festen Überzeugung nach die privaten Linien ausbauen und vervollständigen, indem man hierzu Mittel findet, ohne die direkte Schuldenlast des Reiches zu vergrößern, deren Vermehrung im Hinblick auf die Sicherheit unseres Kredites

sehr unerwünscht wäre. Zur Zeit ist es jedoch eine schwierige Sache, hierfür Mittel durch Ausgabe verschiedener staatlich garantierter Obligationen privater Eisenbahngesellschaften zu beschaffen.

Ohne überhaupt von dem amerikanischen Geldmarkte zu sprechen, der niemals in Betracht kam, wenn es sich um die Unterbringung festverzinslicher europäischer Werte handelte, sondern selbst ein Schuldner Frankreichs ist, an das er sich ständig wenden mußte, um seine mannigfaltigen Unternehmungen zu finanzieren, muß man im Auge behalten, daß der europäische Geldmarkt sich zur Zeit in einer für die Unterbringung solcher Wertpapiere, wie unserer Eisenbahnobligationen, äußerst ungünstigen Lage befindet.

In Rußland selbst gibt es gar keinen einigermaßen sicheren Markt für derartige Werte. Die Ersparnisse unserer Bevölkerung sind nicht groß, und die Ausgabe von Eisenbahnobligationen auf unserem Markte ist tatsächlich unmöglich.

Was den deutschen Markt anbelangt, der noch unlängst das hauptsächlichste Absatzgebiet unserer Eisenbahnobligationen war, und uns bedeutende Vorteile bot im Hinblick auf die verhältnismäßig bescheidene Steuer, der dort derartige Werte unterliegen, so ist er zur Zeit so belastet und eingeengt, daß er im besten Falle, und selbst wenn in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ein durchaus geeigneter Zeitpunkt gewählt wird, nur mit Mühe die bescheidene Summe bis zu 50 Millionen Rubel im Jahr für uns aufbringen könnte, da alle seine freien Mittel von den deutschen Staatsanleihen oder jenen sich ständig wiederholenden provinziellen, städtischen und öffentlichen Anleihen aufgesaugt werden, die die Folge der erhöhten Bautätigkeit in den Städten und jener umfangreichen Unternehmungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Wohlfahrtseinrichtungen in den deutschen Städten sind, die jeden Besucher Deutschlands in Erstaunen setzen. Der deutsche Markt ist jetzt für ausländische und darunter auch russische Anleihen fast verschlossen, obwohl wir mit einer wohlwollenden Haltung der deutschen Regierung rechnen könnten und obwohl die deutschen Kreditinstitute im allgemeinen auch selbst wünschen würden, die ehemaligen Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten.

In ungefähr derselben Lage befindet sich auch der Londoner Markt. Die landläufige Vorstellung von seinem Reichtum, von seinem Überfluß an freien Kapitalien, die angeblich nur auf eine sichere Anlage warten, wird am besten durch folgende unbestreitbare Tatsache widerlegt: Festverzinsliche Werte, wie die englischen Konsols, fallen täglich, finden gar keine Käufer und stehen heute so niedrig wie noch nie; bei einem Ertrage von $2\frac{1}{2}$ Prozent beträgt ihr Kurs 73 Prozent. Ein anderes, nicht weniger beredtes Beispiel ist die Unterbringung der letzten Petersburger Städtischen Anleihe in London. Die Petersburger Stadtverwaltung hat den Vorschlag der französi-

schen Banken, die ganze Anleihe im Betrage von 66 Millionen Rubel auf einmal unterzubringen, abgelehnt und es vorgezogen, die Anleihe auf dem Londoner Markte unter Vermittlung einer zweitklassigen englischen Bank abzuschließen, hat aber jetzt nur ein Drittel dieser Anleihe, d. h. im ganzen 22 Millionen Rubel, emittieren können, wobei es sich trotz des in der Presse gemeldeten glänzenden Ergebnisses dieser Anleihe in Wirklichkeit herausgestellt hat, daß ein bedeutender Teil derselben vom Publikum überhaupt nicht gezeichnet worden ist. Es ist noch ganz ungewiß, ob der Ertrag der Anleihe, selbst in diesem beschränkten Maße, der Städtischen Kasse zur vereinbarten Zeit zufließen wird. Um diese Erscheinung zu erklären, muß man überhaupt im Auge behalten, daß der Londoner Markt, oder richtiger, das englische Publikum für ausländische Werte gar kein Interesse hat, d. h. für solche Papiere, die einen ständigen und genau bestimmten Ertrag abwerfen, und daß es überhaupt nicht gerne solche Wertpapiere kauft, die die Ausgabe einer verhältnismäßig großen Summe erfordern. Um z. B. eine russische 100-Rubel-Eisenbahnobligation zu kaufen, muß man ungefähr 10 Pfund Sterling ausgeben; die große Masse aber steht derartigen Ausgaben völlig gleichgültig gegenüber und zieht ihnen die sogenannten „shares“ vor, d. h. kleine Anteilscheine an dem einen oder andern industriellen Unternehmen, wobei sie nur ein oder zwei Pfund Sterling auszugeben braucht und die Aussicht hat, sich durch einen höheren Verkauf, der entweder die Folge der Ertragsfähigkeit des Unternehmens oder meistens gewandter Spekulation ist, schnell zu bereichern. Hierbei sind die häufigen Verluste niemals eine Lehre für das Publikum, da die meisten Leute glauben, daß gerade sie im Besitze des Geheimnisses des Gewinnes seien und der Verlust des Nachbarn nur die Folge seiner Unverständigkeit oder seiner Irrtümer sei. Das beste Beispiel hierfür bieten in jüngster Zeit die Naphthaunternehmungen von Maykop, durch die viele Engländer ruiniert worden sind und alle ihre Ersparnisse verloren haben, da die von der Spekulation angepriesenen Unternehmungen sich meistens als untauglich zur Ausbeutung erwiesen haben. Aber diese Lehre hat das Interesse Englands an unserer Naphthaindustrie nicht vermindert, hauptsächlich, was die Ausbeutung neuer Vorkommen anbelangt. Spekulation ist hier ein viel stärkerer Faktor als ruhige Überlegung, die noch unlängst zu dem sogenannten „placement de bon père de famille“ geführt hat, d. h. zur Anlage der Ersparnisse zu kleinen Prozentsätzen, jedoch ohne jede Verlustgefahr.

Auf diese Weise bleibt uns zur Ausgabe unserer Eisenbahnobligationen notgedrungenerweise nur der französische Markt, an den ich mich wenden mußte, indem ich der allgemein anerkannten Notwendigkeit, unser Eisenbahnnetz auszubauen, Rechnung trug.

Ich kann Eurer Majestät nicht verheimlichen, daß ich große Be-

fürchtungen hegte, als ich meine Verhandlungen mit der französischen Regierung über diese Frage begann. Ich glaubte, ich würde von seiten der uns befreundeten und verbündeten Regierung zum mindesten einer ausweichenden Haltung unseren Wünschen und Erklärungen gegenüber begegnen, da gerade zum Zeitpunkte meiner Ankunft in Paris zwei für uns gleich ungünstige Tatsachen entstanden waren. Einerseits stellte sich heraus, wie ich bereits oben Ew. M. berichtet habe, daß Frankreich selbst eine ziemlich bedeutende innere Anleihe im Betrage von 1300 Millionen Franken abschließen muß, und hieraus ergab sich notwendigerweise, daß die Regierung darauf bedacht sein mußte, die Mittel des Landes in erster Linie zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu verwenden.

Andererseits hatte sich eine Reihe anderer Mächte zur gleichen Zeit an die französische Regierung mit der Bitte um unmittelbare finanzielle Unterstützung gewandt. Noch vor meiner Ankunft hat Serbien mit Zustimmung der Regierung mit einer Bankgruppe einen Vertrag über eine Anleihe von 250 Millionen Franken abschließen können, und zwar unter Bedingungen, die für die französischen Gläubiger viel günstiger sind als diejenigen, die von uns, ohne unsern Kredit zu erschüttern, angeboten werden können. Nur der Zeitpunkt der Emission war noch nicht festgesetzt, was sich später für uns als nicht ungünstig erwies. Auch Bulgarien verlangte nachdrücklich den Abschluß einer bedeutenden Finanzoperation. Gleichzeitig war die Türkei bereit, den französischen Geldinstituten bedeutende Zugeständnisse zu machen. Ebenso verlangt auch Rumänien einen Kredit, und alle diese Staaten, die vor einem finanziellen Zusammenbruch stehen, kehren sich nicht im geringsten um die Bedingungen der Anleihen, wenn sie nur die nötigen Mittel erhalten, um einen Bankerott zu vermeiden. Es muß auch erwähnt werden, daß eine ganze Reihe französischer Unternehmen, wie z. B. ihre eigenen Eisenbahngesellschaften, gleichfalls Barmittel brauchen und sich unvermeidlich an den eigenen Markt wenden. Endlich sind auch die oben geschilderte Stimmung des französischen Geldmarktes, seine Ängstlichkeit, sein Mißtrauen dem morgigen Tag gegenüber sowie die bedeutenden Verluste infolge der mexikanischen Krise in gleicher Weise Umstände, die der Erreichung des von uns gesteckten Zieles nicht gerade günstig sind.

Ich bin glücklich, Eurer Majestät berichten zu können, daß alle dargelegten Tatsachen, die zu langwierigen Erörterungen während einer Reihe von Beratungen und zu einem häufigen Meinungsaustausch Anlaß gaben, dennoch einen günstigen Ausgang meiner Verhandlungen und im allgemeinen eine vollständige Einigung mit der französischen Regierung nicht verhindert haben, wenigstens in allen Dingen, die unmittelbar von der Regierung selbst abhingen oder, soweit es sich um die grundsätzliche Seite der Angelegenheit

handelte, die denn auch allein zur Zeit gelöst werden konnte. Dieses günstige, unter im allgemeinen ungünstigen Verhältnissen erzielte Ergebnis muß voll und ganz jenem besonderen Entgegenkommen zugeschrieben werden, das von allen Vertretern der französischen Regierungsgewalt, angefangen vom Präsidenten der Republik, mir und den von mir angestellten Überlegungen gegenüber gezeigt wurde und auf einem völligen Verständnis der französischen Regierung für unsere Interessen in dieser Frage beruhte.

Wie Eurer Majestät bekannt ist, haben die Vorverhandlungen zwischen mir und dem Minister des Auswärtigen einerseits und der französischen Regierung andererseits schon im Juni d. J. begonnen. Die französische Regierung selbst hat unter dem Einflusse einiger unwichtiger Umstände, die der Tätigkeit einzelner Kreditinstitute entsprangen, den nicht ganz gewöhnlichen Weg gewählt, mir durch den früheren Vorsitzenden der Kammer der Pariser Börsenmakler, H. de Verneuil, erklären zu lassen, sie sei bereit, unsere Eisenbahnbauten zu unterstützen, indem uns die Möglichkeit gewährt wird, jährlich bis zu 200 Millionen Rubel Eisenbahnobligationen zu emittieren, wenn nur die russische Regierung folgende zwei damals gestellte Bedingungen erfüllt: 1. damit einverstanden ist, die zahlenmäßige Stärke ihrer Armee zu erhöhen, und 2. unverzüglich den Bau einiger strategischer Eisenbahnlinien in Angriff zu nehmen. Die ungewöhnliche Form der Übermittlung dieser Bedingungen, unter Umgehung unseres Botschafters und sogar des französischen Vertreters in Rußland, hat mich veranlaßt, eine ganz besondere Vorsicht in dieser Frage zu beobachten, um so mehr als der spätere Besuch des Generals Joffre in Rußland zu derselben Erklärung hinsichtlich der Erbauung strategischer Linien geführt hat, über die jedoch weder mir noch dem Verkehrsminister bis zum Augenblick meiner Abreise aus Rußland Ende September irgendwelche Mitteilungen gemacht worden waren. Mit Allerhöchster Genehmigung Eurer Majestät ist daher unsere Antwort auf den Vorschlag der französischen Regierung in vorsichtigeren Ausdrücken gehalten worden, und sodann haben Eure Majestät mir zu gestatten geruht, die Angelegenheit durch persönliche Verhandlungen in Paris zu Ende zu führen, und zwar in einer Form, die unserer Gesetzgebung angepaßt wäre und uns gleichzeitig keinerlei Verpflichtungen auferlegte, die später in unsern gesetzgebenden Körperschaften Widerständen begegnen könnten. Ich muß in dieser Hinsicht Ew. M. noch einmal berichten, daß die mir in Paris erwiesene Aufnahme diese schwierige und heikle Aufgabe bedeutend erleichtert hat. In meinen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Barthou, dem Minister des Auswärtigen Pichon, dem Finanzminister Dumont und sodann in zweimaligen Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik habe ich mich berechtigt gefühlt, die folgenden Bestimmungen als Grundlage unserer

Verhandlungen und des hierauf erzielten Einvernehmens anzunehmen. Ich halte es nun für meine Pflicht, Eurer Majestät über diese Bestimmungen vielleicht mit allzu großer Ausführlichkeit zu berichten, aber vor allem in der Absicht, daß diese Frage in Zukunft keinen Anlaß zu irgendwelchen Mißverständnissen geben soll. Die Franzosen haben über unsere Beratungen ein besonderes Protokoll geführt; da aber dieses nicht vollständig war, so habe ich der französischen Regierung vorgeschlagen, ihr denjenigen Teil dieses meines alleruntertänigsten Berichtes mitzuteilen, der eine ausführliche Darlegung des ganzen Ganges dieser Verhandlungen enthält und den ich nun Eure Majestät bitte, unserm Botschafter in Paris, der den Verhandlungen beiwohnte, und auch unmittelbar dem französischen Ministerpräsidenten bekanntgeben zu dürfen. (Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk S. M.: „Einverstanden“.)

Zu Beginn unserer Verhandlungen erklärte mir der Minister des Auswärtigen, Pichon, die französische Regierung sei durchaus bereit, unseren Wünschen nach Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes entgegenzukommen und uns ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Diese wird in der Zustimmung bestehen, daß wir jährlich auf dem französischen Markte unsere Eisenbahnobligationen, ohne Unterschied, ob sie staatliche oder staatlich garantierte Privatanleihen sind, bis zu 500 Millionen Franken (gegen 200 Millionen Rubel) emittieren. Da die französische Regierung weiß, daß Eure Majestät eine sehr bedeutende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke unserer Armee bereits beschlossen haben, so legt sie nur darauf Wert, daß die durch die Anleihe in Frankreich flüssig werdenden Mittel ganz oder in einem entsprechenden Verhältnis zur Herstellung von strategischen Linien verwendet werden sollen, zu deren Erbauung in allernächster Zeit geschritten werden muß. Aus diesem Anlaß sagte H. Pichon, die Verhandlungen zwischen General Joffre und unserm Generalstabschef hätten ergeben, daß die von den beiden Generalstabschefs als notwendig anerkannten Eisenbahnlinien in einem Zeitraum von drei bis sechs Jahren erbaut werden könnten, und daß für Frankreich natürlich die möglichst schnelle Fertigstellung der Bahnen von der größten Wichtigkeit sei, da der Mobilmachungsplan unseres möglichen Gegners an der Westgrenze einen ungeheueren Zeitvorsprung vor dem unsrigen hat; aus diesem Grunde hat Frankreich ebenso wie wir ein besonderes Interesse daran, daß unsere Truppen möglichst schnell zusammengezogen werden. Der Minister des Auswärtigen fügte hinzu, da er wisse, daß der Meinungsaustausch zwischen General Joffre und dem General der Infanterie Shilinski noch nicht zu meiner Kenntnis gekommen und Gegenstand von Beratungen zwischen den zuständigen russischen Ministerien gewesen sei, so verstehe er vollkommen, daß es schwer für mich sei, sofort eine erschöpfende Antwort zu geben; er wolle deshalb nur meine allge-

meine, grundsätzliche Ansicht in dieser Frage kennenlernen. Ich habe eine gewisse Erfahrung, wie die französische Regierung Geschäfte führt und weiß auch, daß bereits zwischen den hauptsächlichsten Pariser Finanzleuten Reibungen aus Anlaß der Aufgabe entstanden sind, mit der die französische Regierung den ehemaligen Vorsitzenden der Pariser Maklerkammer, de Verneuil, betraut hat; ich habe auch gewisse Gründe zur Annahme, daß im Schoße der französischen Regierung selbst diese Aufgabe eine gewisse Verwunderung ausgelöst hat; ich konnte wenigstens aus den Worten des französischen Ministerpräsidenten Barthou, eines sehr offenen und aufrichtigen Menschen schließen, daß er dieser Aufgabe keineswegs einen offiziellen Charakter beigelegt hatte. Ich hielt es aus diesen Gründen für meine Pflicht, im Laufe meiner Unterredungen mit den französischen Ministern klarzustellen, wie die Reise des H. de Verneuil nach Petersburg zustande gekommen war und wie weit man überhaupt seine Erklärungen als offizielle Erklärungen eines Vertreters der französischen Regierung ansehen konnte. Ich hielt dies für um so notwendiger, als in unserem eigenen Außenministerium einige Bedenken geäußert worden waren, ob es möglich sein würde, auf Grund der von mir dem Hofmeister Sasonow vorgeschlagenen schriftlichen Antwort in den Verhandlungen mit der französischen Regierung ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Wenigstens hat der französische Botschaftsrat in Petersburg, H. Doulcet, der während des Sommers den Botschafter vertrat, sowohl mir als auch Hofmeister Neratow zu wiederholten Malen nachdrücklich gesagt, die französische Regierung erwarte von uns die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, sofort mit dem Bau strategischer Linien zu beginnen und mache ihre Zustimmung zur Emission unserer Eisenbahnanleihen in Frankreich gerade von dieser Bereitwilligkeit abhängig. Der langdauernde Meinungsaustausch, der aus diesem Anlaß stattfand, hat jedoch ergeben, daß man die Angelegenheit nicht so aufzufassen braucht. Nachdem ich in die mir von dem Minister des Auswärtigen, H. Pichon, übergebene Karte flüchtig Einsicht genommen hatte, fand ich auf ihr nur eine allgemeine Skizze der Richtungen derjenigen neuen Linien, deren Herstellung zwischen den Generalen Joffre und Shilinski besprochen worden war, wobei sich aus dieser flüchtigen Einsichtnahme sofort ergab, daß diese Linien teilweise mit denen zusammenfallen, über die bereits gegenwärtig zwischen dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium ein Meinungsaustausch stattfindet, die von diesen Ministerien sogar in ausführliche Bearbeitung genommen worden sind und für die man Konzession neuen oder bereits bestehenden Privateisenbahngesellschaften zu übergeben beabsichtigt. Der andere Teil der in Aussicht genommenen Linien scheint mir noch gänzlich unbestimmt zu sein. Sie können in zwei Kategorien geteilt werden: solche, deren Bau der Privatinitiative überlassen

werden können, da sie gleichzeitig auch wirtschaftlichen Bedürfnissen dienen, und solche, die im Gegensatz hierzu nur auf Kosten des Fiskus erbaut werden können, da sie in Zukunft für den Handel oder die Industrie keinerlei Entwicklung versprechen. Ich habe dementsprechend es für meine Pflicht gehalten, der französischen Regierung ausführlich die Bedingungen mitzuteilen, von denen nach den geltenden russischen Gesetzen die Erbauung von Eisenbahnlinien abhängt, und habe erklärt, daß die russische Regierung weder das Recht, noch die Möglichkeit habe, die ganz bestimmte Verpflichtung einzugehen, bis zu einem bestimmten Zeitpunkte eine genau festgesetzte Anzahl von Eisenbahnlinien zu erbauen, um so mehr als für diese eine bedeutende Länge in Aussicht genommen ist. Die Regierung könne nur erklären, daß, sobald die einen oder anderen Linien in gesetzmäßiger Weise als notwendig anerkannt sein werden und zu ihrem Bau die Allerhöchste Zustimmung Eurer Majestät erfolgt sein wird, die Regierung alle zugänglichen Maßnahmen ergreifen werde, um diese Linien auf die Weise zu erbauen, die die Erreichung des erwähnten Zweckes am ehesten gewährleistet. In dieser Beziehung wäre es grundsätzlich falsch, die Frage der Emittierung der Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte mit der Verpflichtung, strategische Bahnen zu bauen, in Verbindung zu bringen.

Bei der Aufwertung der Frage der Emission von Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte haben wir ausschließlich den Privatbau im Auge, werfen aber durchaus nicht die Frage der Emission von Staatsanleihen auf, die der Genehmigung der Reichsduma und des Reichsrates und sodann der Bestätigung durch Eure Majestät bedürfen. Zweifellos würde man gegenwärtig nie die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften zum Abschluß einer Anleihe erhalten können, wo wir zur Zeit einen Barbestand von 500 Millionen Rubel haben. Diese Frage muß daher ausschließlich in Zusammenhang mit der Frage der staatlich garantierten privaten Eisenbahn-Obligations-Anleihen gebracht werden, und in bezug auf diese können wir nur die Erklärung abgeben, daß die Regierung bereitwilligst und in erster Reihe diejenigen Eisenbahnprojekte prüfen wird, die mit dem Gutachten des russischen und des französischen Generalstabschefs übereinstimmen. Wenn es sich herausstellen wird, daß diese Linien gleichzeitig auch wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen, so wird die Regierung alles tun, um diese Angelegenheit schnellstens zu Ende zu führen. Wenn es sich dagegen zeigen wird, daß der eine oder andere Teil des von den Generalstäben in Erwägung gezogenen Eisenbahnplanes nicht anders als auf Kosten des Fiskus gebaut werden kann, so müssen hierfür nach unsern Gesetzen die im Budget vorgesehenen Mittel des Staates verwandt werden, die auf gesetzgeberischem Wege bewilligt werden. Ob es sich hierbei als nötig erweisen wird, eine Anleihe abzuschließen, oder ob das Reich über

genügende freie Mittel verfügen wird, wie sie sich jetzt aus dem Überschuß der Einnahmen ergeben, diese Erwägungen sind für die Sache selbst ohne Belang und erfordern nur, daß die gesetzgebenden Körperschaften der Aufnahme der nötigen Mittel in das Budget zustimmen. Ich habe hierbei die französischen Minister über zwei wichtige Umstände aufgeklärt: 1. Bis zum Jahre 1915 oder spätestens bis zum Jahre 1916 beenden wir die Erbauung der Amurbahn, und folglich werden in unserem Budget gewisse und zwar nicht geringe Mittel frei, die zum Bau derjenigen Eisenbahnen verwendet werden können, deren Bewilligung auf gesetzgeberischem Wege erfolgt. 2. Die Frage der strategischen Eisenbahnen muß meiner Ansicht nach von einem etwas andern Gesichtspunkte aus betrachtet werden: Wenn man als strategische Bahn die eine oder andere Linie bezeichnet, durch die der Aufmarsch unserer Armee an der Westgrenze beschleunigt wird, so kann es sich herausstellen, daß die Interessen des uns verbündeten Staates auf diese Weise nicht einmal gefördert werden. Zugegeben, daß diese Linie erbaut werden wird, daß aber gleichzeitig das übrige russische Eisenbahnnetz unentwickelt bleibt und bedeutende Gegenden Rußlands ohne Eisenbahnen sein werden, so werden dennoch die Konzentration der Armee, ihre Versorgung mit allem Nötigen und die rechtzeitigen Zufuhren nicht gewährleistet sein. Ich meine daher, daß die Frage der strategischen Bahnen abgeändert werden müßte im Sinne einer allgemeinen Entwicklung, Verstärkung und Ergänzung der schon bestehenden Linien. Dieses Ziel kann auf zweierlei Weise erreicht werden: Einerseits, indem die im Budget vorgesehenen Mittel zur Erbauung von staatlichen Eisenbahnlinien verwendet werden, andererseits, indem die private Eisenbahnbautätigkeit gefördert wird.

Ich habe deshalb der französischen Regierung vorgeschlagen, ihre auf die strategischen Eisenbahnlinien gerichtete Sorge durch eine allgemeinere Formel zu ersetzen, und zwar durch die Anerkennung der Notwendigkeit, das russische Eisenbahnnetz sowohl entsprechend den wirtschaftlichen als auch den strategischen Bedürfnissen des Staates zu verstärken, zu verbessern und weiter auszubauen. Ich habe hierbei zur Unterstützung dieser Formel zwei Gruppen von Beweismitteln angeführt: 1. Ganz unabhängig von unserem Meinungsaustausch über neue Anleihen gibt die russische Regierung zur Zeit große Mittel für ihr Eisenbahnnetz aus, indem z. B. im Budget des Jahres 1914 mehr als 66 Millionen Rubel allein zum Ankauf des rollenden Materials und unter anderem auch von sogenanntem Reservematerial für den Mobilmachungsfall angefordert werden. 2. Ein Staat, der die Friedenspräsenzstärke seiner Armee um 366 000 Mann zu erhöhen beschließt, bei einer Erhöhung des Rekrutenkontingents durch eine jährliche Einstellung von fast 100 000 Rekruten, und zu diesem Zwecke eine einmalige Ausgabe von mehr als 500 Millionen

Rubel und jährlich mindestens 100 Millionen Rubel außer den schon jetzt verausgabten Summen bewilligt, ein solcher Staat muß natürlich gleichzeitig auch an sein Eisenbahnwesen denken. Wenn er dieses Gebiet bei der Verstärkung seiner Armee nicht beachten und seine Eisenbahnen nicht entsprechend entwickeln würde, so wären alle Pläne zur Verstärkung seiner Armee zwecklos. Eine verstärkte Armee kann nur durch ein entsprechend entwickeltes Eisenbahnnetz zusammengezogen und nach ihrem Bestimmungsort befördert werden. Meine Gründe wurden von der andern Seite, wie mir scheint, als durchaus überzeugend anerkannt, und die von mir vorgeschlagene Formel hat zu keinen Einwendungen Anlaß gegeben.

Auf eine derartige Lösung der allgemeinen Frage konnte ich jedoch unsern Meinungsaustausch nicht beschränken und unterbreitete der französischen Regierung eine Reihe anderer nicht weniger wichtiger Fragen, die ich mich auch verpflichtet fühle, dem Ermessen Eurer Kaiserlichen Majestät zu unterbreiten.

1. Die Erreichung der grundsätzlichen Zustimmung zur Ausgabe neuer Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markt könnte nur dann praktische Bedeutung haben, wenn der genaue Zeitpunkt festgesetzt würde, zu dem die Emission für möglich erkannt wird. Wir brauchen sofort Mittel für private Eisenbahnbauten, und eine ganze Reihe schon erteilter Konzessionen bedarf nur noch der Geldmittel, um im Frühjahr die eigentlichen Arbeiten zu beginnen. Währenddessen wird, wie ich weiter oben zu berichten das Glück hatte, der Markt von Paris von einer Menge von Geldforderungen mehrerer Staaten bestürmt: Bulgarien, Serbien, die Türkei, Rumänien und sogar Österreich-Ungarn (angeblich für die Südbahn) haben sich bereits um die finanzielle Unterstützung des Pariser Marktes bemüht, indem sie freigebig Bedingungen anboten, die den Vermittlern und Spekulanten natürlich viel verlockender erscheinen als die bei einer Ausgabe russischer Eisenbahnanleihen möglichen. Ich mußte deshalb mit der Gefahr rechnen, daß die grundsätzliche Einwilligung der französischen Regierung ihre praktische Bedeutung verlieren könnte, wenn die obenerwähnten Anleihen alle vor der unsrigen herauskämen. Durch das von mir erzielte Übereinkommen wird diese Gefahr vollkommen abgewendet. Die französische Regierung teilte meinen Standpunkt, daß es notwendig sei, uns den Vorrang vor allen andern Staaten zu lassen, mit Ausnahme Frankreichs selbst, das jetzt eine bedeutende Anleihe, allerdings im eigenen Lande, anzufordern gezwungen ist. Auf Grund einer Vereinbarung, die vom Präsidenten der Republik bestätigt und folglich von allen Zufälligkeiten eines Kabinettswechsels unabhängig ist, wird die Ausgabe unserer Eisenbahnanleihen nur dem Abschluß der französischen Anleihe nachstehen und kann gleich zu Anfang des nächsten Jahres erfolgen, wenn es der französischen Regierung nur gelingt, noch im Laufe des Dezem-

bers die nicht unbedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Zustimmung der Kammern zu der französischen Anleihe entgegenstellen. Der Ministerpräsident hofft durchaus, diese Hindernisse überwinden zu können, und wir dürfen deshalb ziemlich sicher sein, daß unsere Eisenbahnanleihe nicht später als zu Beginn des nächsten Jahres emittiert werden wird. Die einzige Ausnahme von diesem uns den Vorrang sichernden Übereinkommen mußte ich grundsätzlich zugunsten eines Teiles der serbischen Anleihe zugeben, da eine diesbezügliche Einigung noch vor meiner Ankunft zwischen der serbischen Regierung und den Pariser Geldinstituten erzielt worden war. Unser Botschafter in Paris hat nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die serbische Anleihe nicht bis zum Abschluß unserer Angelegenheiten zu verzögern, da sich die serbische Regierung in einer äußerst schwierigen Lage befinde und ohne die Unterstützung des französischen Marktes nicht imstande wäre, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen rechtzeitig zu decken. Dies Zugeständnis bedeutet jedoch für uns keinerlei Schwierigkeit. Die ganze serbische Anleihe beträgt 250 Millionen Franken, wobei es sich jetzt nur um die Hälfte dieses Betrages, d. h. um 125 Millionen Franken, handelt, während die Ausgabe des Restes auf ein weiteres halbes Jahr verschoben wird. In Anbetracht einer so unbedeutenden Summe mußte ich dem Drängen des Hofmeisters Iswolski nachgeben, das im Grunde genommen auch der Meinung der Leiter der großen Pariser Geldinstitute und auch unseres Außenministeriums entsprach, und ich glaube, daß es den Pariser Banken durchaus möglich sein wird, diese kleine Summe gleichzeitig mit dem Beginn unserer Kreditoperationen Serbien vorzustrecken.

2. Das größte Hindernis für die Emittierung unserer Eisenbahnanleihen in Frankreich bildet das System der gegenwärtigen fiskalischen Gesetzgebung, das diese Art Wertpapiere sehr hoch besteuert. Infolgedessen kostet die Emission von Anleihen in Frankreich viel mehr als in England und Deutschland. Wenn wir die tatsächliche Möglichkeit hätten, unsere Eisenbahnbauten mit Hilfe des Londoner und Berliner Marktes zu finanzieren, so hätten wir es einfach zu vermeiden, uns an den Pariser Markt zu wenden. Da dies aber ganz undenkbar ist, so sind wir gezwungen, ausgesprochen ungünstige Vereinbarungen einzugehen, um die für uns so notwendige Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes nicht ganz einzustellen. Hieraus ergab sich naturgemäß, daß ich alles mögliche versuchte, um wenigstens einigermaßen die Verluste zu verringern, die mit der Anwendung der fiskalischen Gesetze verbunden sind. Dies wäre um so wünschenswerter, als die Verluste sowohl vom genauen Sinne der Gesetze, als auch in noch größerem Maße von der Art ihrer Anwendung abhängig sind. Die Art der Anwendung wird zum großen Teil von den Organen der Finanzverwaltung bestimmt. Diese Frage ist während unserer Ver-

handlungen nicht von mir aufgeworfen worden, sondern von H. Luguët, dem Börsenvorstand (eine Stellung, die etwa der unseres Direktors der Kreditkanzlei entspricht), der jedoch nicht eine Milderung des fiskalischen Gesetzes zu unseren Gunsten, sondern vielmehr eine uns nachteilige Auslegung des genauen Sinnes der letzten Verträge angeregt hat, die unsere Eisenbahngesellschaften wenigstens gegen eine Erhöhung der Abgaben in Zukunft sicherten. Ich habe diesen Umstand benutzt, um der französischen Regierung vollständig offen zu erklären, daß nicht von einer weiteren Erhöhung der Steuern die Frage sein dürfe, sondern daß man nach einer Art der Gesetzanwendung suchen müsse, die uns nicht zwingt, den französischen Markt zu meiden und es dem uns verbündeten Frankreich nicht unmöglich mache, uns bei dem umfangreichen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes zu unterstützen. Ich mußte die französischen Minister darauf hinweisen, daß dies entweder durch eine Abänderung des entsprechenden Gesetzes erreicht werden könne oder, falls dies nicht möglich sein sollte, durch eine wohlwollende Auslegung des Gesetzes, das hierzu durchaus die Möglichkeit biete. Ich habe in dieser Hinsicht keine festen Versprechungen erhalten, aber aus allen meinen Verhandlungen mit der Regierung habe ich die feste Überzeugung gewonnen, daß sie unseren Standpunkt teilt, und ich hoffe, wir können bei den bevorstehenden Kreditoperationen auch auf die praktische Bedeutung dieser Bereitwilligkeit rechnen. Jedenfalls war es mir möglich, durch unsere Gründe viele Vertreter der einflußreichen politischen Kreise zu interessieren, mit denen die französische Regierung so sehr rechnet und die mir ihre weitgehende Unterstützung zugesagt haben.

3. Ein nicht unbedeutendes Hindernis für eine erfolgreiche Unterbringung unserer Eisenbahnobligationen auf dem Pariser Markte bildet, wie die französische Regierung erklärte, der Umstand, daß sich im Laufe des Jahres einzelne Privatgesellschaften wiederholt mit der Bitte um Unterbringungen verhältnismäßig kleiner, staatlich garantierter Anleihen an den Pariser Markt wenden und noch mehr der Umstand, daß, abgesehen von dem Abschluß dieser Anleihen selbst, sich ständig an denselben Markt oder an einzelne Banken verschiedene Vermittler wenden, die sehr oft gar nicht einmal die Ermächtigung zum Bau irgendeiner Bahn haben, sondern in Erwartung der Gewährung einer Konzession sich ohne Auswahl an die einzelnen Bankinstitute um finanzielle Unterstützung wenden und ihnen oft Zugeständnisse und Vorteile versprechen, die später von der russischen Regierung natürlich nicht anerkannt werden können. Zur Vermeidung derartiger Vorfälle habe ich der französischen Regierung vorgeschlagen — und sie ist meinem Wunsche entgegengekommen — daß während der Vorverhandlungen alle Vermittler ausgeschaltet werden, und nur das Finanzministerium das Recht erhält, der französischen

Regierung im voraus Mitteilungen zukommen zu lassen, welche Konzessionen und wem sie bewilligt worden sind und wann man die Frage der Kapitalsbeschaffung aufzuwerfen gedenkt. Um andererseits die häufige Wiederholung kleinerer Anleihen im Laufe eines Jahres zu vermeiden, hat die französische Regierung den ihr noch im Juni gemachten Vorschlag angenommen, statt einzelner kleinerer Anleihen zu einem bestimmten Zeitpunkte eine einzige Gesamtoperation vorzunehmen, die eine ganze Reihe von Privatunternehmen einschliesse, und dann den Markt im Laufe ungefähr eines ganzen Jahres unbehelligt zu lassen und ihm die Möglichkeit zu geben, die Wertpapiere in Ruhe unterzubringen. Bei einer grundsätzlichen Zustimmung der Regierung zu einer 500-Millionen-Franken-Anleihe jährlich werden wir somit die Möglichkeit erhalten, in Frankreich im Laufe von drei Jahren bis zu 1500 Millionen Franken oder ungefähr 600 Millionen Rubel unterzubringen, die genügen werden, um ungefähr 8500 Werst Eisenbahnen zu bauen.

Besprechungen mit dem Deutschen Reichskanzler

Als ich meine Reise in Berlin unterbrach, war ich, wie ich Eurer Majestät im vorhergehenden bereits berichtet habe, der Meinung, mein dortiger Aufenthalt würde nur dazu dienen, mich dem Deutschen Kaiser vorzustellen, um ihm für die Verleihung des höchsten preußischen Ordens vom Schwarzen Adler zu danken.

In Wirklichkeit habe ich jedoch, ohne es zu wollen, an einer Angelegenheit teilnehmen müssen, auf die Eure Majestät Ihre allerhöchste Aufmerksamkeit ganz besonders zu lenken geruht haben. Am Tage, als ich in Berlin ankam, hat mich der Außenminister durch Vermittlung unseres Botschafters gebeten, mich mit dem Reichskanzler und, wenn möglich, mit Kaiser Wilhelm selbst über den von der deutschen Regierung ausgearbeiteten Plan auszusprechen, eine besondere Militärmission zur Organisation eines türkischen Musterkorps, das unter dem Kommando der Offiziere dieser Mission stehen sollte, nach Konstantinopel zu entsenden. Aus den mir mitgeteilten Schriftstücken habe ich zum ersten Male von dieser Sache Kenntnis genommen, wobei es sich gleich zu Anfang herausstellte, daß die Pläne der deutschen Regierung erst ganz in letzter Zeit uns bekannt geworden waren, und zwar, als der Minister des Auswärtigen sich zu seinem alleruntertänigsten Vortrage nach Livadia begeben hatte, während dieser anscheinend schon längst gehegte Plan zwischen dem deutschen Reichskanzler und Hofmeister Sasonow während seines letzten Aufenthaltes in Berlin nicht einmal erwähnt worden war.

Die Aussprachen, die ich aus diesem Anlasse sowohl mit dem Reichskanzler als auch mit dem Deutschen Kaiser hatte, haben bei

mir den Eindruck hinterlassen, daß der Anfang dieser Angelegenheit bis zum Frühjahr des laufenden Jahres zurückreicht, wobei der Reichskanzler, wie er mir auch selbst in einer durchaus aufrichtigen Unterredung bestätigte, wohl kaum genau über den beabsichtigten Schritt unterrichtet war. Er wußte nur, daß die türkische Regierung Deutschland vorgeschlagen hatte, die Instruktoren für die türkische Armee zu stellen; daß der Deutsche Kaiser diese Frage Eurer Kaiserlichen Majestät gegenüber während Ihres Aufenthaltes in Berlin im Mai d. J. in einer persönlichen Unterredung berührt hatte; daß Eure Majestät keine sachlichen Einwendungen erhoben hatten, da die Lehrtätigkeit der deutschen Offiziere in der türkischen Armee mehr als 20 Jahre ununterbrochen stattgefunden hatte; daß aber später die ganze weitere Entwicklung dieser Frage, im Sinne der Bildung eines Musterkorps unter deutschem Kommando und der Stationierung dieses Korps in der türkischen Hauptstadt, H. von Bethmann-Hollweg überhaupt unbekannt war und daß sich nur die militärischen Stellen des Deutschen Reiches hiermit befaßt hatten. Der Kanzler hat mir in mehrfachen und ganz aufrichtigen Unterredungen nicht verheimlicht, es sei ihm der Gedanke ganz besonders schmerzlich, daß man hätte annehmen können, er habe an der Ausarbeitung eines Rußland unangenehmen Planes teilgenommen und unseren Außenminister nicht rechtzeitig unterrichtet. „Seit vier Jahren auf dem Posten des Reichskanzlers,“ sagte mir H. von Bethmann-Hollweg, „mache ich alle Anstrengungen, um jeglichen Anlaß auch zum geringsten Mißverständnis zwischen den durch traditionelle Bande der Freundschaft und des Vertrauens verbundenen benachbarten Reichen zu beseitigen, und meine Ehrlichkeit ist eine Gewähr dafür, daß ich niemals meine Hand zu einer Handlung leihen werde, die Rußland gegenüber unaufrichtig ist.“ Alle meine Unterredungen mit dem Reichskanzler haben bei mir den Eindruck hervorgerufen, daß er völlig aufrichtig ist, und ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich mir zu berichten erlaube, daß der Gedanke selbst, ein Armeekorps in Konstantinopel unter deutschen Offizieren zu bilden, tatsächlich H. von Bethmann-Hollweg entweder erst während der allerletzten Tage vor meiner Ankunft oder sogar teilweise aus meinen Erklärungen bekanntgeworden ist.

Was das Wesentliche dieser Angelegenheit anbelangt, so habe ich versucht, unseren Standpunkt, so gut ich es vermochte, darzulegen. Ich habe die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf gelenkt, daß uns die zur Instruktion der türkischen Armee entsandte Mission durchaus nicht beunruhigt. Wir verstanden es vollkommen, daß an und für sich der Vorschlag der Türkei, die sich nach den erlittenen Niederlagen an ihre früheren Instruktoren wendet, für Deutschland eine gewisse moralische Genugtuung bedeutet, und wir seien uns dessen klar bewußt, daß die deutsche Regierung der Türkei

dies nicht verweigern könne. Noch begreiflicher sei es, daß Deutschland nicht einmal mit dem Gedanken sich vertraut machen könne, es werde in der Türkei durch französische Instrukteure ersetzt werden; für uns wäre es noch weniger wünschenswert gewesen, wenn die Türkei sich an Österreich-Ungarn gewandt hätte; die englische Regierung habe die Leitung beim Wiederaufbau der türkischen Flotte übernommen und könnte naturgemäß nicht dieselbe Aufgabe in der Landarmee erfüllen. Es sei folglich durchaus verständlich, daß die Fortsetzung der früheren Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei, die dem Wesen nach nichts Neues enthielten, von Eurer Kaiserlichen Majestät nicht anders als durchaus wohlwollend hätte aufgenommen werden können. Ich habe mir erlaubt, hierbei ganz offen zu erklären, daß augenscheinlich Eurer Majestät nur dieser eine Plan, eine Mission zu entsenden, bekannt gewesen sei. Gänzlich verschieden müsse aber unser Standpunkt hinsichtlich eines deutschen Kommandos über ein Armeekorps in Konstantinopel sein. Ohne im geringsten die Frage zu berühren, inwieweit die Zusammenstellung eines Musterkorps unter deutschem Befehle als eine ernstliche Gefahr für Rußland betrachtet werden könne, habe ich H. von Bethmann-Hollweg auseinandergesetzt, daß ein derartiges Kommando die allerernstesten Bedenken unsererseits hervorrufen müsse. Zusammen mit Deutschland und den anderen Mächten wären wir bestrebt gewesen, die Reste des Türkischen Reiches in Europa mit Konstantinopel zu erhalten, zu einer Zeit, als Bulgarien als Sieger in diese Stadt einziehen wollte. Wir hätten hierin ein Hinausschieben der Lösung der Orientfrage erblickt und seien der Ansicht gewesen, daß es nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa am wünschenswertesten ist, die Meerengen zur Zeit in türkischen Händen zu belassen, und gleichzeitig seien wir von dem grundlegenden Gesichtspunkte ausgegangen, daß Konstantinopel die türkische Hauptstadt bleiben müsse, an deren Unverletzlichkeit alle Großmächte in gleicher Weise interessiert sind.

Die Bildung eines Korps unter dem Kommando eines deutschen Generals und ihm unterstellter deutscher Offiziere gebe dieser Angelegenheit eine ganz andere Wendung. Zunächst würden so die Botschafter der Großmächte unter den alleinigen Schutz Deutschlands gestellt. Bei den geringsten Verwicklungen werde die Unterdrückung von Unruhen diesem Truppenkörper übertragen, und Deutschland falle tatsächlich die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit in Stambul zu. Ich habe hinzugefügt, daß wahrscheinlich auch einige andere Mächte durch eine derartige Lage der Dinge nicht weniger als Rußland beunruhigt sein würden, und daß zu den noch nicht gelösten politischen Konflikten jetzt unwillkürlich noch ein neuer hinzukommen werde, der, was seine Schärfe anbelangt, vielen von ihnen nicht nachsteht. Ich habe zum Schluß meiner langen Un-

terredungen mit dem deutschen Reichskanzler alle meine Darlegungen in Form einer alternativen Bitte zusammengefaßt: entweder ganz auf das Kommando türkischer Truppen zu verzichten und dasselbe durch eine Inspektion, ungefähr auf der früheren Grundlage zu ersetzen, oder aber, wenn dies auf Grund der von Deutschland der Türkei gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht möglich sein sollte, das Musterkorps nicht in Konstantinopel zu konzentrieren, sondern in irgendeiner anderen Stadt, z. B. in Adrianopel oder irgendwo in Kleinasien, aber natürlich nicht an unserer Grenze und nicht in der Sphäre der besonderen Interessen Frankreichs.

Audienz beim Deutschen Kaiser

Meine Aussprache über dieselbe Frage mit dem Deutschen Kaiser ergab sich ganz natürlich und ist außerdem nicht von mir, sondern von Seiner Majestät begonnen worden.

Kaiser Wilhelm hat mich in ganz besonders huldvoller Weise empfangen. Die Audienz fand sofort nach seiner Rückkehr aus Kiel und an einem Tage (Buß- und Betttag) statt, an dem nach dem Hofzeremoniell sonst keine Empfänge stattfinden. Gleichzeitig hat der Kaiser es besonders hervorgehoben, daß Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin, die am selben Tage aus Kassel zurückgekehrt war, mit den Traditionen des Berliner Hofes gebrochen habe, um mich zu empfangen. Kaiser Wilhelm begann die Unterredung mit dem Hinweis darauf, daß er die Stärkung der Türkei und die Erhaltung ihrer Unverletzlichkeit zur Zeit als eine der wichtigsten Aufgaben ganz Europas betrachte. Er erwähnte hierbei, daß anlässlich der Zusammenkunft im Mai d. J. sowohl Eure Majestät als auch der König von England seinen Standpunkt zu teilen geruhte und es für nötig befunden habe, der Türkei bei der Wiederherstellung ihrer zerstörten militärischen Organisation zu helfen, und daß er sich gerade von diesem Gesichtspunkte aus zur Annahme des türkischen Vorschlages bereit erklärt habe, eine besondere Militärmission zu entsenden, an deren Spitze er General Liman, einen der begabtesten Offiziere der deutschen Armee, gestellt habe. Diese Erklärungen Seiner Majestät haben mir die Möglichkeit gegeben, ihm ganz offen alle diejenigen Gründe darzulegen, die ich in meinen zweimaligen Unterredungen dem Reichskanzler auseinandergesetzt hatte. Ich hatte den Eindruck, daß meine Erörterungen dem Deutschen Kaiser sehr unangenehm waren. Er beeilte sich zu erklären, er verstehe durchaus nicht, wie man überhaupt nur dem Gedanken Raum geben könne, daß der Macht Rußlands von seiten der zerrütteten Türkei irgendeine Gefahr drohen könne, daß das frühere System der Instruktoren und der Inspektion nur zu einem völligen Mißerfolge geführt habe und daß er

sich in keinem Falle zu einer abermaligen Anwendung derselben entschließen könne. Als ich ihm nochmals und ganz aufrichtig die Gründe der russischen Regierung hinsichtlich des Kommandos eines Armeekorps in Konstantinopel darlegte, sagte er mir, dieser Gedanke gehe nicht einmal von Deutschland aus, sondern sei von der Türkei selbst geäußert worden; er sei aber bereit, die Frage, für dieses Korps eine andere Stadt als Konstantinopel auszusuchen, nochmals zu erwägen. Die letzten Worte Seiner Majestät gaben mir Anlaß zu bemerken, daß es, wenn der Gedanke eines deutschen Kommandos über ein in Konstantinopel stationiertes Armeekorps auf diese Weise entstanden sei, dann noch weniger schwierig erscheine, den in Aussicht genommenen Plan abzuändern und dem so natürlichen Wunsche Rußlands entgegenzukommen.

Um jeglichen Mißverständnissen in dieser Beziehung vorzubeugen, habe ich H. von Bethmann-Hollweg alle meine dem Deutschen Kaiser gemachten Ausführungen mitgeteilt und sodann den französischen Botschafter in Berlin, H. Cambon, eingehend von meinen Verhandlungen verständigt. Ich war einigermaßen erstaunt, vom französischen Botschafter zu erfahren, daß die Frage der Militärmission von ihm in einer Unterredung mit dem türkischen Botschafter Makhmud Mukhtar Pascha berührt worden war, aber die Einzelheiten hinsichtlich des Armeekorps und insbesondere der Auswahl Konstantinopels als Stabsquartier waren H. Cambon anscheinend unbekannt.

Wie sich diese Angelegenheit weiter entwickeln wird, kann ich Eurer Majestät nicht angeben, um so weniger als sie Gegenstand rechtzeitiger Berichte des Außenministers bleiben muß; ich will aber Eurer Majestät nicht verheimlichen, daß meine Auseinandersetzungen in Berlin bei mir einen unbefriedigenden Eindruck hinterlassen haben und mir Grund geben zu der Vermutung, daß die deutsche Regierung die von ihr gewählte Haltung nicht leicht aufgeben wird, wenn sie sie überhaupt aufgibt. Jedenfalls muß man bedauern, daß wir so spät von einem derartigen Unternehmen Kenntnis erhalten haben, da es leichter gewesen wäre, es ganz im Anfang zu ändern, als jetzt, wo wir es mit allen Anzeichen einer schon fast vollendeten Tatsache zu tun haben. Ich halte es aber für meine Pflicht, gerechterweise noch einmal vor Eurer Kaiserlichen Majestät zu bezeugen, daß ich während aller meiner Unterredungen keine Anzeichen bemerkt habe, die uns veranlassen könnten, dem deutschen Reichskanzler Mangel an Wohlwollen oder Aufrichtigkeit uns gegenüber vorzuwerfen.

*

Am Schlusse meines alleruntertänigsten Berichtes muß ich zur Kenntnis Eurer Kaiserlichen Majestät bringen, daß meine Tätigkeit

in Paris und in Berlin, die von den Vertretern der Regierungsgewalt und der einflußreichen politischen Persönlichkeiten und fast ausnahmslos auch von der Presse aller Schattierungen aufs günstigste beurteilt worden ist, in der russischen Presse eine scharfe Kritik und Ablehnung erfahren hat.

Obwohl meine Erklärungen über die auswärtige Politik nur das wiederholten, was den Inhalt der Tätigkeit der russischen Regierung im Laufe des letzten Jahres ausmacht, und nur eine genaue Ausführung der Weisungen Eurer Majestät darstellt, sind sie als eine mißlungene Darlegung einer falschen und den nationalen Interessen fernstehenden Politik hingestellt worden. Hierbei wurde jedoch nicht erwähnt, daß diese nationalen Ideale, die in einem verantwortungslosen Geschrei einer buntscheckigen Menge: „Wiederaufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sofia“, „Skutari für Montenegro“ ihren Ausdruck fanden, längst im Bewußtsein des Volkes der ruhigen Überlegung gewichen sind, daß diese undurchdachten Ideale falsch sind und daß darin ein klares Bewußtsein für die Aufgaben fehlte, die vom Schicksal Rußland zugewiesen worden sind.

Eine noch schärfere Verurteilung habe ich in der russischen Presse für einige flüchtige Bemerkungen erfahren, mit denen ich auf die mir von einem Redakteur einer Berliner Zeitung gestellten Fragen antworten zu müssen glaubte. Ich hatte ihn auf Bitten des Reichskanzlers hin empfangen. Diese Zeitung (das „Berliner Tageblatt“), die eine Rußland feindliche Richtung befolgt und allerhand Märchen über unsere inneren Zustände verbreitet, versuchte mir zu beweisen, sie habe genaue Nachrichten darüber, daß zwischen der Regierung und den gebildeten Kreisen der russischen Gesellschaft ein völliges Zerwürfnis bestehe, daß im Volke eine dumpfe Unzufriedenheit herrsche und eine Wiederholung der vor einigen Jahren erlebten Unruhen möglich sei. Der Redakteur der Zeitung bat mich, diese Nachrichten zu widerlegen und ihm meine Meinung über die inneren Zustände Rußlands mitzuteilen. Indem ich den Vorbehalt machte — und er hat dies gewissenhaft in seiner Zeitung wiederholt —, daß es sehr schwer, wenn nicht gänzlich nutzlos sei, über die innere Politik eines Landes mit einem Menschen zu sprechen, dem dieses Land unbekannt ist, erklärte ich, die Schlußfolgerungen seiner Zeitung über die innere Lage Rußlands seien nur darauf zurückzuführen, daß sie von tendenziösen Nachrichten lebe, die von einer nicht immer gewissenhaften Presse verbreitet werden, daß in dieser Hinsicht die Korrespondenten der ausländischen Zeitungen sich nur wenig von denen der russischen unterschieden, und daß die Quelle aller dieser Nachrichten meistens die Kreise des kleinen Bürgertums und die Wandelgänge der Reichsduma seien. Ich habe auch hinzugefügt, daß die Ausländer Rußland überhaupt nicht kennen und völlig grundlos annahmen, das ungeheure Reich mit seiner ge-

waltigen Bevölkerung lebe ausgerechnet von derartigen Nachrichten; sie verstünden nicht, daß das russische Volk nur den Wunsch hegt, ruhig zu leben und an seinem wirtschaftlichen Aufschwung zu arbeiten.

Diese grundlegenden und von allen meinen Gegnern, mit Ausnahme der ganz besonders erbosten, als richtig anerkannten Wahrheiten sind es nun gewesen, die zu den Angriffen auf mich geführt haben. Diese Angriffe enthielten als Beimischung die ersichtlich gewissenlose Beschuldigung, ich hätte mich bei Ausländern über die russische Reichsduma und die russische Presse beklagt. Ich wage anzunehmen, daß das wirkliche Ziel und die Beweggründe dieser Angriffe von Eurer Kaiserlichen Majestät durchaus erkannt werden, da sie dem unverhüllten Wunsch unserer politischen Kannegießer der verschiedensten Lager entspringen, nicht nur die Handlungen, sondern sogar das Denken der Regierung den Dumakreisen zu unterwerfen und die Regierung zu zwingen, an die angeblich unbezwingbare Kraft unserer Presse zu glauben, deren wahre Eigenart Eurer Kaiserlichen Majestät genau bekannt ist.

Der Ministerpräsident Staatssekretär W.N. Kokowtzow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 579

Paris, den 1./14. Dezember 1913

Telegramm Nr. 3333 erhalten.

Da Caillaux im Parlament erklärt hat, er ziehe den Entwurf einer französischen Anleihe zurück, habe ich Doumergue sofort eine Denkschrift überreicht, in der ich darauf hinweise, daß es wünschenswert sei, unsere Eisenbahnanleihe gleich jetzt unter den mit dem früheren Kabinett vereinbarten Bedingungen aufzulegen. Doumergue sagte mir, die Regierung müsse vor allem die finanzielle Lage eingehend untersuchen und beschließen, auf welche Weise das Defizit gedeckt werden soll: durch die Ausgabe von Schatzscheinen, durch eine Kapitalsteuer oder durch eine tilgbare Anleihe. Erst dann werde er mir eine bestimmte Antwort geben können. Er fügte hinzu, daß der am vorigen Donnerstag vom Parlament gefaßte Beschluß, daß „die finanziellen Einnahmequellen des Landes in erster Linie den nationalen Bedürfnissen zu dienen haben“, bis zu einem gewissen Grade die Handlungsfreiheit der Regierung beschränke. Er versicherte mir jedoch, daß die Regierung diesem Beschluß die weitestgehende Auslegung geben und meine Anfrage in wohlwollendster Weise prüfen

werde. Die endgültige Antwort kann Ende dieser oder Anfang nächster Woche erwartet werden. Für die weiteren Verhandlungen wäre es mir sehr erwünscht, sobald als möglich von W. N. Kokowtzow die versprochene schriftliche Darlegung der während seines Pariser Aufenthalts und in seiner Gegenwart im Ministerium des Äußern stattgefundenen Beratung zu erhalten.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 580

Paris, den 1./14. Dezember 1913

Fortsetzung von Nr. 579.

Auf meine Bitte hin hat unser Finanzagent den Finanzminister zu einer privaten Aussprache über unsere Anleihe veranlaßt. Caillaux hat A. Raffalowitsch erklärt, daß er durchaus bereit sei, in nächster Zeit eine Eisenbahnanleihe von 500 Millionen Franken zu gestatten. Ferner, daß die französische Anleihe, wenn sie beschlossen werden sollte, erst nach den Wahlen erfolgen werde, während einstweilen die Regierung wahrscheinlich Schatzscheine für 400 Millionen Franken ausgeben werde. Man glaubt in hiesigen Finanzkreisen, Caillaux werde sich gegenwärtig gerade für diese letzte Maßnahme entscheiden, und in diesem Falle würden die Banken, die diese Schatzscheine zu übernehmen haben, darauf bestehen, daß ihnen die Auflegung der Balkananleihen gestattet werde, um sich von Vorschüssen zu entlasten, die ihre Mittel festgelegt haben.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 585

Paris, den 2./15. Dezember 1913

Heute bestätigte mir Doumergue, daß die französische Regierung alles tun werde, um die Frage unserer Eisenbahnanleihe in dem von uns gewünschten Sinne zu lösen, und daß die Anleihe wahrscheinlich, wie früher vereinbart worden war, im Laufe des Januar aufgelegt werden würde. Die Regierung wird zweifellos hierbei auf den Widerstand einiger parlamentarischer Gruppen stoßen. Um diesen zu überwinden, wird sie auf alle Einzelheiten des zwischen uns und dem vorigen Kabinetts getroffenen Übereinkommen hinweisen müssen. Deshalb bittet Doumergue sehr, ihm möglichst bald das von Staatssekretär Kokowtzow versprochene Protokoll der Beratung zuzustellen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 3393 St. Petersburg, den 3./16. Dezember 1913

Ihr Telegramm Nr. 585 erhalten.

Das französische Außenministerium hat folgenden Wortlaut der Protokolle über die Beratung mit dem Staatssekretär Kokowtzow in Vorschlag gebracht:

1. Die Kaiserliche Regierung darf jährlich im Laufe von 5 aufeinanderfolgenden Jahren auf dem Pariser Markte eine Höchstsumme von 500 Millionen aufnehmen in Form von Staatsanleihen oder staatlich garantierten Anleihen zur Durchführung eines Eisenbahnbauprogramms.

2. Die Eisenbahnbauten, deren Notwendigkeit von dem französischen und dem russischen Generalstabschef während ihrer Beratungen im August 1913 anerkannt worden ist, werden sobald als möglich begonnen werden, damit sie innerhalb von 4 Jahren beendet sind; die Ausgabn werden, je nach Belieben der Kaiserlichen Regierung, entweder aus den Mitteln der Anleihen oder aus dem Überschuß des russischen Budgets bestritten werden.

3. Die Kaiserliche Regierung wird jedes Jahr der Regierung der Republik mitteilen, zu welchen Betrag Eisenbahnobligationen ausgegeben werden sollen, und wird um die Zulassung der einzelnen Serien zur Kotierung auf dem Pariser Markt bitten.

4. Die Emissionen werden in großen Serien von gleichartigen Obligationen erfolgen, die die gleichen Rechte und Garantien genießen und in gleicher Weise kotiert werden können.

5. Die erste Emission wird, soweit wie möglich, im Laufe des Januar erfolgen.

Vor der Abreise Delcassés nach Paris hat Staatssekretär Kokowtzow ihm diesen von ihm im allgemeinen gebilligten Wortlaut zur Übergabe an die französische Regierung eingehändigt, wobei er nur gebeten hat, die zweite Hälfte des zweiten Paragraphen zu ändern, und zwar nach den Worten „werden sobald wie möglich begonnen werden“ an Stelle der französischen Fassung zu setzen: „Die Kaiserliche Regierung wird sich bemühen, mit allen notwendigen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Arbeiten tunlichst innerhalb von 4 Jahren ausgeführt werden.“

Jetzt bittet Kokowtzow, Ihnen mitzuteilen, daß er zwar seine Fassung des Paragraphen 2 vorziehe, aber, wenn hierdurch ernstliche Meinungsverschiedenheiten oder gar eine Verzögerung sich ergeben sollte, bereit sei, von ihr abzusehen und die von den Fran-

zosen vorgeschlagene unverändert anzunehmen, unter der Bedingung, daß das Abkommen schleunigst endgültig abgeschlossen wird.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 593

Paris, den 7./20. Dezember 1913

Telegramm Nr. 3393 erhalten.

Delcassé hat mir ein an ihn gerichtetes Telegramm der französischen Botschaft in Petersburg gezeigt, in dem mitgeteilt wird, wir seien mit der ursprünglichen Fassung des Paragraphen 2 des Protokolls einverstanden. Diese Nachricht hat Doumergue sehr erfreut, da es ihm hierdurch leichter gemacht wird, die Widerstände zu überwinden, die unserer Anleihe von den Oppositions- (Parteien) und Gruppen im Parlament entgegengesetzt werden. Soeben sagte er mir, er hoffe, mir eine endgültige günstige Antwort in einigen Tagen, d. h. nach den Parlamentsdebatten über die Finanzlage, geben zu können. Diese Debatten dürften wahrscheinlich den Anlaß für recht scharfe Einwendungen gegen unsere Anleihe abgeben. Delcassé entwickelt in den Wandelgängen des Parlaments eine sehr energische Tätigkeit zu unseren Gunsten und hofft, daß Doumergue als Sieger hervorgehen werde. Nach der Ansicht maßgebender Persönlichkeiten muß man jedoch mit der Möglichkeit des Sturzes des Kabinetts rechnen, was die Frage unserer Anleihe wiederum erschweren wird.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3559

St. Petersburg, den 26. Dezember 1913/8. Januar 1914

Nr. 1.

Staatssekretär Kokowtzow bittet Sie, mit dem Ministerpräsidenten und, wenn nötig, mit dem Finanzminister Rücksprache zu nehmen, um die französische Regierung zu bewegen, in eine Vergrößerung unserer Eisenbahnanleihe, deren Emission ohne Aufschub verwirklicht werden muß, bis zu 600 Millionen Franken wirklich einzuwilligen. Das haben wir nötig, um die geplanten Eisenbahnbauten gemäß den von Kokowtzow in Paris ausgesprochenen Erwägungen

zu erweitern und zweitens, um neben der Gruppe von Großbanken mit dem Crédit Lyonnais und der Banque de Paris an der Spitze auch eine neue Gruppe zweitgradiger Provinzbanken, an deren Spitze der einflußreiche Cochery steht, an der Emission der Anleihe zu beteiligen. Die Befriedigung seines Wunsches wird der französischen Regierung wahrscheinlich erwünscht sein und die Reibungen im Parlament und in der Presse mildern. Wenn man Ihnen entgegnet, wir hätten doch schon soeben ein Abkommen über 500 Millionen unterzeichnet, können Sie darauf hinweisen, daß das Abkommen über die allgemeine Summe von 2,5 Milliarden auf fünf Jahre abgeschlossen sei, und daß man, wenn man die Summe dieses Jahres vergrößere, um ebensoviel die Summe des letzten Jahres vermindern könne. Die französische Regierung dringt selbst auf einen beschleunigten Bau der Bahnen und wird daher unsere Bitte wahrscheinlich als begründet anerkennen. Delcassé wird morgen von Kokowtzw darauf vorbereitet werden.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 3559

St. Petersburg, den 26. Dezember 1913/8. Januar 1914

Nr. 2.

Höchst geheim.

Die Erhöhung der Anleihe auf die angegebene Summe — erklären Sie es persönlich der französischen Regierung — wird durch die Notwendigkeit hervorgerufen, einen Teil der Bestellungen für das Artillerieressort den französischen Werken zu übergeben, da die russischen Werke nicht imstande sind, sie zur festgesetzten Frist auszuführen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 627

Paris, den 28. Dezember 1913/10. Januar 1914

Erhielt Ihr Telegramm Nr. 3559.

Sprach mich mit Doumergue und Caillaux aus, die mit der größten Bereitwilligkeit sowohl einer unverzüglichen Emission unse-

rer Eisenbahnanleihe zustimmen als auch ihrer Erhöhung auf 600 Millionen Franken. Caillaux bemerkte allerdings, bisher sei, soviel ihm bekannt gewesen sei, von 500 Millionen nominal die Rede gewesen, und er befürchte Einwendungen von Parlamentskreisen gegen 600 Millionen wirklich. Daher lasse er vorerst diesen Punkt offen und werde mir spätestens Montag endgültige Antwort geben. Er möchte auch die Möglichkeit haben, dem Parlament zu erklären, daß die allgemeine Summe von zweieinhalb Milliarden nicht vergrößert werde, mißt aber einer solchen Erklärung keinerlei praktische Bedeutung bei, da sich die Verhältnisse in fünf Jahren ändern können. Schließlich äußerte Caillaux, indem er in die Emission unserer Anleihe vor der französischen einwilligte, die Hoffnung, wir würden unsererseits einwilligen, nicht mit einemmal die ganze Summe zu verlangen, die durch die Anleihe erzielt wird, sondern wir würden zeitweilig einen Teil davon in Gestalt französischer Rente oder von Bons des französischen Staatsschatzes in Paris lassen, um den hiesigen Geldmarkt zu erleichtern, da ja nach zwei Monaten die französische Anleihe von 400 bis 500 Millionen Franken bevorstehe.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 628

Paris, den 30. Dezember 1913/12. Januar 1914

Der französische Finanzminister teilt mir soeben mit, daß die Erhöhung unserer Eisenbahnanleihe auf 600 Millionen Franken hier keinem wirklichen Widerstand begegnen würde.

Iswolski

*Der russische Ministerpräsident an den
russischen Außenminister*

Brief Nr. 4

St. Petersburg, den 4./17. Januar 1914

Vertraulich

Eingegangen am 5./18. Januar 1913

Sergei Dmitriewitsch!

In einer Note vom 29. Dezember 1913 (11. Januar 1914) haben mir Eure Exzellenz Abschrift eines Geheimtelegrammes unseres Botschafters in Paris übersandt, in dem Hofmeister Iswolski uns die

Wünsche der französischen Regierung aus Anlaß der Bitte, Rußland das Recht der Auflegung einer Eisenbahnanleihe in Paris zu gewähren, ohne die Auflegung der französischen Staatsanleihe abzuwarten, wissen läßt.

Hierauf halte ich es für nötig, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß ich es für möglich erachten würde, der französischen Regierung eine durchaus zufriedenstellende Antwort auf die sie interessierenden Fragen zu geben.

Genehmigen Sie usw.

W. Kokowtzow

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm

St. Petersburg, den 5./18. Januar 1914

Staatssekretär Kokowtzow hält es für völlig möglich, den Wünschen des französischen Finanzministers zuzustimmen, die in Ihrem Telegramm Nr. 627 vom 28. Dezember 1913 (10. Januar 1914) niedergelegt worden sind. Diese Zustimmung erfolgt in dem Sinne, daß entsprechend der Erklärung des Ministers im Parlament die Gesamtsumme der Anleihen von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Franken nicht erhöht werden wird und wir die sofortige Flüssigmachung der Gesamtsumme der nächsten Anleihe verlängern werden. Mit Bezug hierauf wollen Sie der französischen Regierung eine die Wünsche des H. Caillaux bestätigende Antwort geben.

Sasonow

7. Kapitel
Die Meerengenfrage

*Bericht des russischen Außenministers Sasanow
an den Zaren*

St. Petersburg, den 23. November/6. Dezember 1913

Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel haben eine sehr wenig dauerhafte Lage im Südosten Europas und im türkischen Kleinasien geschaffen. Sie stellen unser Außenministerium vor die Frage, welche Haltung es den neuen politischen Verhältnissen gegenüber einnehmen soll.

Infolge des Krieges zwischen den Balkanstaaten ist es der Türkei geglückt, bei Beendigung des Krieges einige Abänderungen zu ihrem Vorteile zu erreichen und eine Grenzlinie zu erhalten, die für die Verteidigung der Hauptstadt und der Meerengen gegen einen feindlichen Angriff zu Lande günstiger verläuft. So ist die unmittelbar drohende Gefahr der Einnahme von Konstantinopel durch die Bulgaren etwas verringert worden, gleichzeitig aber die eines griechischen Angriffs zur See gewachsen. Andererseits haben die militärischen Niederlagen der Türkei, verbunden mit ihrer unsicheren Lage im Innern und dem traurigen Stand ihrer Finanzen, in allen europäischen Kabinetten die Überzeugung gezeitigt, daß man auf eine Wiederaufrichtung dieses Staates nicht allzusehr zählen kann und daß die Dauerhaftigkeit der türkischen Herrschaft sehr zweifelhaft ist.

Angesichts dieser Erwägungen rechnen alle Größmächte ohne Ausnahme schon jetzt mit der Möglichkeit einer endgültigen Auflösung des ottomanischen Kaiserreiches und sie fragen sich, wie sie ihre Rechte und Interessen in den verschiedenen Provinzen Kleinasiens vorher sichern könnten. Dadurch erklärt sich die erhöhte Tätigkeit Deutschlands, Italiens und sogar Österreichs, das bisher keinerlei Interessen in Kleinasien hatte, eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die Grundlagen seiner politischen Forderungen bei der zukünftigen Aufteilung des ottomanischen Kaiserreiches zu schaffen und zu festigen.

Allerdings muß man die Einschränkung machen, daß schon seit zwei Jahrhunderten der völlige Zusammenbruch der Türkei ange-

kündigt wird. Wenn aber dieses Reich noch den Beweis einer gewissen Lebensfähigkeit gibt, so muß man dennoch eingestehen, daß eine Reihe von Niederlagen, besonders diejenigen, die das ottomatische Reich gerade in der Zeit erleben mußte, als es an seiner militärischen Erneuerung arbeitete, beweisen, daß es an den nötigen Kräften für einen solchen Aufschwung fehlt. Wenn die außenpolitischen Umstände für die Türkei günstig sind, so wird sie noch lange ihr Dasein fristen können, da sie infolge der Uneinigkeit und Rivalität anderer sich verhältnismäßig sicher fühlen kann. Schwerlich aber wird sie Kraft genug haben, einen entscheidenden Schlag, der von außen kommt, abzuwehren. Obwohl der Wunsch nach Frieden bei den Großmächten augenblicklich zu überwiegen scheint, ist es dennoch unmöglich, für die Dauer der allgemeinen politischen Lage in Europa eine Garantie zu übernehmen. Diese Unsicherheit wird erhöht durch die geringe Stabilität der gegenwärtigen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel, die eine Folge des Friedens von Bukarest ist.

Die geschilderten Umstände stellen Rußland ohne Zweifel äußerst verwickelte und sehr schwierige Probleme. Es liegt nicht in unserem unmittelbaren Interesse, irgendwelchen Gebietszuwachs zu erstreben. Alles, was wir zur Entwicklung unserer inneren Verhältnisse brauchen, drängt dazu, daß wir in erster Linie auf die Erhaltung des Friedens bedacht sein müssen. Ohne diese wesentlichste und grundlegende Aufgabe zu vernachlässigen, dürfen wir trotzdem nicht die Augen vor der bedrohlichen internationalen Lage schließen. Diese drohenden Gefahren auszuschalten, hängt nicht von uns allein ab. Darum müssen wir mehr noch als die anderen Mächte uns sagen, daß wir schon vorher unsere Rechte und Interessen sicherstellen müssen, falls die Ereignisse uns zwingen sollten, sie mit Waffengewalt zu verteidigen.

Die Zweifel an der Dauer und Lebensfähigkeit der Türkei lassen für uns die historische Frage der Meerengen und der Bedeutung ihres Wertes für uns in politischer und wirtschaftlicher Beziehung wieder aufleben.

Man kann verschiedener Ansicht sein, ob es für Rußland notwendig ist oder nicht, den Besitz der Meerengen anzustreben. Wenn wir die Frage nach dem notwendigen Opfer zur Erlangung dieses Besitzes und nach dem Wert dieser Erwerbung stellen, so werden wir unvermeidlich auf sich widersprechende Argumente stoßen. Man kann die Orientierung der auswärtigen Politik in einer Frage von so hervorragender Bedeutung nicht auf einer strittigen Grundlage aufbauen. Die Meerengenfrage hat sich in letzter Zeit durch Verhältnisse verwickelt, die einerseits den wirtschaftlichen Wert der Meerengen für Rußland erhöht und andererseits die politischen und strategischen Schwierigkeiten vermehrt haben, die sich ihrer etwaigen Erwerbung

entgegenstellen. Die Frage ist noch immer offen und die einzige Folgerung, die man augenblicklich ziehen kann, ist die, es werde sich schwerlich in Rußland ein Politiker von Verantwortlichkeitsgefühl finden, der im Falle einer Änderung des Status quo damit einverstanden sein würde, daß Rußland eine Lösung der Frage zuließe, die seinen Interessen zuwiderlaufen würde, mit anderen Worten, daß es unter gewissen Verhältnissen als untätiger Zuschauer den Ereignissen zusehen könne.

Ist der Besitz der Meerengen durch eine andere Macht als die Türkei vom Standpunkt der Interessen Rußlands aus zulässig?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich zunächst die gegenwärtige Lage ansehen: die Meerengen im Besitz der Türkei. Der Schutz der Meerengen, eine so schwierige und verwickelte Angelegenheit, ist im Grunde genommen augenblicklich in einer für unsere unmittelbaren Interessen ausreichenden Weise gelöst worden. Die Türkei ist ein nicht sehr starker, aber auch nicht allzu schwacher Staat, unfähig, uns zu bedrohen, aber gleichzeitig gezwungen, auf das weit stärkere Rußland Rücksicht zu nehmen. Die Fehler des ottomanischen Kaiserreiches, seine Unfähigkeit, auf der Grundlage des Rechtes und der Zivilisation sich wieder aufzurichten, waren bis jetzt für uns von Vorteil, denn sie haben unter den Völkern, die dem Halbmond unterworfen sind, jene Sehnsucht nach dem orthodoxen Rußland wachgerufen, auf die sich unsere internationale Stellung im Orient und in Europa in grundlegender Weise stützt.

Wie dem auch sein mag, da die Lebensdauer der Türkei nicht gesichert ist, so sind wir genötigt, uns die Frage vorzulegen: Können wir uns nicht auf Ereignisse vorbereiten, die die Lage Konstantinopels und der Meerengen völlig ändern würden? Lassen wir die Frage nach dem positiven Wert der Besitzergreifung des einen und der anderen und die nach den dazu erforderlichen Opfern offen: Dürfen wir es zulassen, daß ein anderer Staat die Durchfahrt durch die Meerengen ganz in seine Gewalt bekommt?

Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Meerengen einem mächtigen Staat zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit, die ganze wirtschaftliche Entwicklung des südlichen Rußlands diesem Staat zu unterwerfen.

Nach den Bemerkungen des Finanzministers zu dem Budgetentwurf für 1914 war das Ergebnis des russischen Handels für 1912 um 100 Millionen geringer als der durchschnittliche Ertrag der drei vorhergehenden Jahre. Die Ursache hierfür sieht das Ministerium in der ungenügenden Verwertung unserer Ernte. Die Schwierigkeiten der Getreideausfuhr, die teilweise dadurch hervorgerufen wurden, waren gleichzeitig auch eine Folge der zeitweisen Schließung der Meerengen für die Handelsschiffe aller Nationen. Darauf folgte im Frühjahr durch die Staatsbank eine Erhöhung des Diskonts um

¹/₂ Prozent auf alle nach drei Monaten fälligen Papiere. So hat also die vorübergehende Sperrung der Meerengen dem ganzen wirtschaftlichen Leben des Landes einen Schlag versetzt, und dadurch wird noch einmal mehr die ganze Wichtigkeit bewiesen, die diese Frage für uns hat. Wenn die Verwickelungen in der Türkei für Rußland schon gegenwärtig Verluste in Höhe von mehreren Millionen mit sich brachten, wo es uns gelungen ist, die Dauer der Sperrung der Meerengen zu beschränken, die tatsächlich nur eine verhältnismäßig kurze Zeit währte, was würde dann geschehen, wenn an Stelle der Türkei die Meerengen in den Besitz eines Staates kämen, der fähig wäre, sich den Forderungen Rußlands zu widersetzen? Und dafür ist es nicht einmal nötig, daß der die Meerengen haltende Staat die Kraft einer Großmacht besitzt. Hat er erst einmal in den Meerengen Fuß gefaßt, so wird ihm diese Kraft aus der ganz außergewöhnlich günstigen geographischen Lage erwachsen. Tatsächlich wird derjenige, der die Meerengen in Besitz hat, nicht nur den Schlüssel zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer in der Hand haben, er wird gleicherweise den für die Durchdringung Kleinasiens und die Oberherrschaft über die Balkanländer besitzen. Infolgedessen wird der Staat, der an den Küsten der Meerengen an die Stelle der Türkei treten wird, vermutlich darnach trachten, dieselben Wege einzuschlagen wie die Türken zu ihrer Zeit.

Weiter oben wurde gesagt, daß wir die Besitzergreifung der Meerengen durch eine dritte Macht aus wirtschaftlichen Gründen nicht zulassen dürfen. Aber ist sie nicht vom politischen Standpunkt aus ebenso unzulässig? Würden die vorerwähnten Bestrebungen, die Hegemonie auf dem Balkan an sich zu reißen und Kleinasien zu durchdringen, nicht unvermeidlich zu einem heftigen Antagonismus zwischen Rußland und jedem neuen Staat führen, der an der Stelle der Türkei auftreten sollte? Die Unmöglichkeit für uns, einen neuen Staat sich an den Meerengen als unumschränkter Herrscher festsetzen zu sehen, hat zu dem Vorschlag geführt, zur Verhütung einer solchen Lage die Meerengen zu neutralisieren, die Befestigungen zu schleifen und die Anlage neuer zu verbieten. Diese Maßregel kann aber schwerlich als ausreichend erachtet werden. Jede juristische Form hat nur Wert zu Zeiten des Friedens. Kommt der Krieg, so bedarf sie der Kraft zu ihrer Verteidigung. Ein Krieg kann mit der Einnahme der Meerengen durch den Feind gewinnen und selbst das Fehlen von Befestigungen wird einer derartigen Operation nur günstig sein; ihr Erfolg hängt augenblicklich zu einem beträchtlichen Teile von der Schnelligkeit und der Überraschung ab. Deshalb müßten wir, selbst wenn wir irgendwelche Bedingungen aufstellen wollten, unter denen wir die Neutralisierung der Meerengen für uns möglich finden könnten, doch aus vorstehenden Erwägungen heraus unsere Land- und Seemacht des Schwarzen Meeres unbedingt in einer Weise verstär-

ken, die genügen würde, um jeden Augenblick einer Besetzung der Meerengen durch irgendwelche andere Macht zuvorzukommen.

Zu Beginn des Balkankrieges gab es eine Zeit, in der Bulgarien Erfolge hatte und seine ehrgeizigen Heerführer die Absicht zeigten, Konstantinopel zu nehmen und die bulgarische Oberherrschaft über die Balkanländer aufzurichten. Die maßlosen Ansprüche Bulgariens einigten dessen jüngste Verbündete mit Rumänien und der Krieg endete mit einer bulgarischen Niederlage. Schwerlich aber wird man annehmen können, daß Bulgarien mit einem derartigen Ausgang sich zufriedengeben wird. Ist es nicht wahrscheinlicher, daß es die Gelegenheit suchen wird, wieder zu erlangen, was ihm genommen wurde? Der alte Traum einer Hegemonie und der Eroberung der Meerengen kann aufs neue lebendig werden. Das Glück ist wankelmütig und die Türkei unfähig, aus den Lehren des Schicksals zu lernen. Kein Mensch kann Tag und Stunde angeben, wann Bulgarien sich in einem wilden Angriff, zu dem die Bulgaren fähig sind, auf die Türkei stürzen wird. Dies könnte ein letzter und verderbbringender Schlag für das ottomanische Kaiserreich sein.

Dreißig Jahre sind es her, daß der erhabene Wille des verewigten Kaisers Alexander III. die Schwarzmeer-Flotte wieder erstehen ließ. Vor etwa sechzig Jahren begann die Schifffahrt mit Handelsdampfern auf dem Schwarzen Meer. Beide Unternehmungen sind verbunden mit dem Gedanken an die Macht Rußlands und die Möglichkeit, unsere Interessen an den Meerengen sicherzustellen. Hunderte von Millionen sind für diese Unternehmung ausgegeben worden, sowie für den Unterhalt des Heeres im Militärbezirk Odessa, das gemeinsam mit unserer Flotte operieren soll. Bekanntlich wurde schon 1895 aus Anlaß der armenischen Metzeleien die Frage der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch unsere Truppen mit Wissen und Willen Englands, unseres damals gefährlichsten Rivalen, erwogen. Wir mußten auf diesen Plan verzichten im Hinblick auf die ungenügenden Transportmittel und die Mangelhaftigkeit der Mobilisierung zu Lande.

Achtzehn Jahre sind seitdem verflossen. Wir geben immer noch Hunderte von Millionen aus und sind unserem Ziele noch immer nicht um einen Schritt nähergekommen. Man baut Kriegsschiffe und gibt alljährlich große Summen für die Unterhaltung der Handelsflotte her. Und dennoch, wenn der Augenblick kommt, in dem es erwünscht sein könnte, zu einer bedeutungsvollen, irgendwie gearteten Landungsoperation zu schreiten, scheut die Regierung davor zurück, weil deren Durchführung fast ganz unmöglich ist.

Als es sich im vergangenen Jahre um einen etwaigen Vorstoß unserer Heere auf Konstantinopel handelte, wurde es klar, daß wir innerhalb von zwei Monaten in kleinen Transporten nur zwei Armeekorps übersetzen könnten und daß die Mobilmachungsvorarbeiten für

die Transportschiffe wie diejenigen für die Bewegungen des Landheeres eine so lange Zeit in Anspruch nehmen würden, daß die Operation für niemand ein überraschender Schlag hätte bleiben können. Mit anderen Worten: das genannte Unternehmen schien ganz einfach unausführbar, ganz abgesehen davon, daß die numerische Stärke eines solchen Landungsheeres nicht im richtigen Verhältnis zu den Aufgaben gestanden haben würde, die es erfüllen sollte.

Übrigens handelt es sich jetzt nicht darum, daß ernstliche Unternehmungen gegen die Türkei unmöglich sind, sondern daß es uns sogar an den nötigen Mitteln fehlt, uns gegen den Schiffsbauplan zu wehren, der demnächst in der Türkei verwirklicht werden kann.

Nach den zu verschiedenen Zeiten beim Außenministerium eingelaufenen Nachrichten müssen wir zu dem Schluß kommen, daß in den Jahren 1914 bis 1916 die türkische Kriegsflotte im Schwarzen Meer der unsrigen an Güte der Schiffe und Stärke ihrer Artillerie überlegen sein wird. Die hierauf bezüglichen Nachrichten sind in dem hier beiliegenden Anhang zusammengestellt, der das Verhältnis der türkischen Seestreitkräfte zu den unsrigen in den nächsten Jahren darzulegen versucht. Selbstverständlich ist das Marineamt für die Feststellung der Richtigkeit der in der Anlage gemachten Angaben verantwortlich, die teils verschiedenen Berichten der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel, teils Vorschlägen unseres Marineamtes, die zu wiederholten Malen dem Außenministerium mitgeteilt wurden, entnommen sind.

Wenn auch einige Ungenauigkeiten in den Nachrichten haben mit unterlaufen können, so scheint ihr Inhalt im allgemeinen doch der Wirklichkeit zu entsprechen.

Es ist nicht nötig, besonders zu betonen, daß eine solche Lage nicht als erträglich angesehen werden kann. Nachdem Rußland jahrelang gewaltige Summen für die Schaffung einer starken Militärmacht im Becken des Schwarzen Meeres ausgegeben hat, kann es eine Lage nicht dulden, in der seine Übermacht zur See über die Türken schlecht gesichert werden kann. Die ungeheuren Beträge, die alljährlich aus staatlichen Mitteln zur Verteidigung des Schwarzen Meer-Beckens erhoben worden sind, zeigen, welche Bedeutung die Regierung dieser Verteidigung beimißt. Die Notwendigkeit, die neuen Verhältnisse zu prüfen, die unsern Seestreitkräften im Schwarzen Meer genau bestimmte Aufgaben zuweisen und die zu ihrer Durchführung zu ergreifenden Maßregeln angeben, ist noch gebieterischer. Rußland kann weder jetzt die Überlegenheit der Türkei zur See dulden, noch in Zukunft der Lösung der Meerengenfrage gegenüber gleichgültig bleiben. Wir können durchaus nicht sicher sein, daß diese Frage nicht in nächster Zeit aufgeworfen werden wird.

Die politische Vorsicht verlangt daher, daß wir uns aufmerksam für eine Aktion vorbereiten, die notwendig werden kann. Die

Vorbereitung kann nur den Charakter eines bis ins einzelne ausgearbeiteten Programms haben, an dem verschiedene Departements teilnehmen müssen.

Man muß die eventuellen Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Land- und Seemacht im Schwarzen Meer durchdenken. Was haben die Departements des Krieges und der Marine zu tun, um die Mobilisierung durch Anlage neuer Eisenbahnlinien und durch Verbesserung unserer Transportmittel in dem gewünschten Ausmaße zu beschleunigen? Welche Aufgaben können dementsprechend unsern Transportmitteln gestellt werden, und wie lange werden wir ungefähr Zeit haben, uns vorzubereiten? Ist es möglich oder nicht, unserem Heere und unserer Flotte die Aufgabe zu stellen, daß sie die Meerengen mit Gewalt nehmen und Konstantinopel besetzen, wenn die Umstände dies erforderlich machen sollten?

Ich komme auf die politische Seite unserer Vorbereitungen zurück. Es muß wiederholt werden, daß eine baldige Auflösung der Türkei uns nicht erwünscht sein kann, und daß es notwendig ist, im Rahmen einer diplomatischen Aktion das möglichste zu tun, um ein derartiges Ende hinauszuschieben.

Die angedeuteten Fragen verlangen die Erörterung der materiellen Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um

1. die Mobilisierung eines Landungs-Armeekorps von numerisch ausreichender Stärke zu beschleunigen;

2. die notwendigen Verbindungswege für eine Mobilisierung in-stand zu setzen;

3. die Schwarzmeer-Flotte in einer Weise zu vergrößern, daß sie der ottomanischen Flotte überlegen und fähig ist, in Verbindung mit dem Heere die Meerengen zu bezwingen, um die vorübergehende oder, wenn notwendig, dauernde Besetzung durchzuführen;

4. unsere Transportmittel im richtigen Verhältnis zu dem Umfang unserer Landungsoperation zu vermehren.

Die letztere Frage hängt eng zusammen mit der Hebung unserer Getreideausfuhr im Schwarzen Meer. Bis jetzt wird diese leider zu- meist durch fremde Handelsschiffe bewirkt. Der Nachteil, der uns aus diesem Verfahren erwächst, zeigte sich ganz deutlich im letzten Herbst, als sich die Frage der Durchfahrt von griechischen mit russi- schem Getreide beladenen Handelsschiffen durch die Meerengen er- hob. Unsere Botschaft in Konstantinopel mußte sich sehr viel Mühe geben, um von der ottomanischen Regierung die Erlaubnis zur Durchfahrt dieser Schiffe zu erhalten und die dadurch entstandene Verzögerung hat unserm Getreidehandel schweren Schaden zugefügt.

Die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um unserer Handelsflotte bei der Ausfuhr russischen Getreides eine be- vorrechtete Stellung gegenüber fremden Schiffen zu sichern, hängt eng zusammen mit den Maßnahmen zur allgemeinen Belebung un-

serer Ausfuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres. Es ist Sache des Industrie- und Handelsministeriums, anzugeben, was in dieser Hinsicht geschehen kann, um das politische Problem der Vermehrung unserer Transportmittel auf dem Schwarzen Meer zu lösen, ein Problem, dem das Außenministerium nur eine große Bedeutung beilegen kann. Unter den Maßnahmen zur Verstärkung unserer Verteidigungsmittel im Becken des Schwarzen Meeres und an den türkischen Grenzen muß der Ausführung des Bauplanes besondere Beachtung gewidmet werden, der die Durchquerung des Kaukasus vorsieht.

Bis jetzt mußte das Außenministerium sich alle erdenkliche Mühe geben, um den Zeitpunkt für die Erbauung türkischer Eisenbahnen in der Nähe unserer Grenze möglichst hinauszuschieben. Die der russischen Diplomatie zugefallene undankbare Rolle besteht darin, sich zu bemühen, Konzessionen zur Nichterbauung von Verkehrswegen zu erlangen, während alle andern Großmächte im Wettbewerb untereinander der Türkei ihre Dienste zur Herstellung und Verbesserung dieser Wege anbieten. Natürlich können unsere Bemühungen bei der Türkei nur Verdacht erregen und sie veranlassen, der Frage der Bahnen, die Rußland unerwünscht sind, nur eine um so größere Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb wird es uns nicht leicht werden, für uns das Fehlen von Verkehrswegen in den uns angrenzenden türkischen Provinzen zu sichern. Ist erst einmal die Frage unserer eigenen Verkehrswege durch den Kaukasus befriedigend gelöst und vor allem die Durchquerungsbahn gebaut, die uns die schnellere Zusammenziehung unserer Truppen an der türkischen Grenze in sehr schätzenswerter Weise ermöglichen wird, so wird nicht nur der Ausbau des türkischen Eisenbahnnetzes für uns den Charakter einer Bedrohung verlieren, sondern vielmehr völlig in unserm Interesse sein. In diesem letzteren Falle werden die türkischen Eisenbahnen viel mehr uns zum Vordringen in der Türkei nutzen, als sie einen türkischen Einfall in den Kaukasus erleichtern. Im Verhältnis zur Türkei werden wir an Verkehrsstraßen ebenso überlegen sein, wie es unsere westlichen Nachbarn Rußland gegenüber sind, jedoch mit dem Unterschied, daß die Türkei nicht in der Lage ist, in Friedenszeiten diese Lücke durch ein großes Heer auszufüllen, wie wir es in unsern westlichen Provinzen tun.

Das sind die Hauptfragen, die bezüglich der Zukunft Kleinasiens und der zu ergreifenden inneren Maßnahmen zur Verteidigung russischer Interessen zu prüfen sind. Selbstverständlich haben unser Kriegs- und das Marineministerium das Recht, das Außenministerium zu fragen, was getan werden kann, um für uns in Zeiten, die von uns ein entschlossenes Handeln fordern können, die denkbar günstigsten politischen Voraussetzungen zu schaffen.

Ich wiederhole meinen weiter oben ausgesprochenen Wunsch,

daß der Status quo möglichst lange unverändert bleibe. Ferner muß ich wiederholen, daß die Meerengenfrage schwerlich anders als auf dem Wege über europäische Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen kann. Diese Verwicklungen würden uns, nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu urteilen, im Bunde mit Frankreich und möglicherweise, aber nicht ganz sicher, auch mit England finden oder mindestens gegenüber einer wohlwollenden Neutralität des letzteren. Im Falle von europäischen Verwicklungen würden wir auf dem Balkan auf Serbien und vielleicht auch auf Rumänien zählen können. Hierin liegt klar die Aufgabe unserer Diplomatie, die darin besteht, günstige Vorbedingungen zu einer möglichst innigen Annäherung an Rumänien zu schaffen. Dieses Unternehmen muß ebenso ununterbrochen wie vorsichtig und vorurteilsfrei vor sich gehen. Die Stellung Rumäniens unter den Balkanländern erinnert in vieler Beziehung an die Italiens in Europa. Diese beiden Mächte haben Größenwahnsinn, und da sie nicht Gewalt genug besitzen, ihre Pläne offen zu verwirklichen, so sind sie gezwungen, sich mit einer Zweckmäßigkeitsspolitik zu begnügen, indem sie immer beobachten, auf welcher Seite die Macht liegt, um sich auf diese Seite zu schlagen.

Bei einer vorläufigen Abwägung der Kräfte würde es ebenso gefährlich gewesen sein, auf so zaudernde Elemente im voraus zu rechnen, wie es wenig verständig wäre, sie ganz außer Betracht zu lassen.

Zwei Faktoren spielen bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage auf dem Balkan eine Hauptrolle. Der erste ist Österreich-Ungarn, wo die Nationalitätenbewegung zusehends wächst, hervorgeufen durch den Erfolg der Serben und der Rumänen, und durch den Eindruck, den diese Erfolge auf ihre Landsleute innerhalb der Grenzen der habsburgischen Monarchie gemacht hat. Der zweite liegt in der Unmöglichkeit für Bulgarien, sich bei den schmerzlichen Folgen des Bukarester Friedens zu beruhigen.

Diese beiden Staaten können sich entweder zu einem gemeinsamen Ziel, der Umänderung der Karte des Balkans, zusammenfinden oder sie treffen sich in feindlichen Lagern, wenn Bulgarien Hoffnung haben kann, Mazedonien auf andere Weise an sich zu bringen. Wie schwer es auch sein mag, Serbien und Bulgarien einander zu nähern, so können alle beide doch nur fortfahren, ihrem nationalen Ideal zuzustreben, wenn sie sich miteinander verbinden. Als Feinde werden beide Staaten sich wechselseitig paralysieren. Serbien kann sein hohes Ideal der Vereinigung des ganzen Serbenvolkes nur verwirklichen, wenn Bulgarien sich dem nicht widersetzt, ja ihm sogar hilft um den Preis der Herausgabe des verlorenen Mazedoniens. Dennoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die eine oder andere Hypothese nur Wirklichkeit werden kann, wenn auch Rußland zu dieser Zeit für sich selbst der Realisierung seiner historischen Ziele zu-

strebt und mit diesen Staaten gemeinsam handelt. Denn für sich allein sind die Balkanstaaten unfehlbar Konflikten untereinander verfallen, die nur durch die Gegenwart Rußlands als tatkräftiger und leitender Macht vermieden werden können.

Nicht von dem Standpunkt theoretischer Träumereien aus oder in dem Gedanken, es wäre hier für Rußland eine Mission zu erfüllen, müssen wir alle diese Verhältnisse erörtern. Wir müssen an die Zukunft denken und dem Rechnung tragen, daß die Erhaltung des so sehnlichst gewünschten Friedens nicht immer in unserer Macht liegen wird. Deshalb sind wir gezwungen, uns nicht auf die Probleme von heute und morgen zu beschränken, damit wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, den man so oft dem russischen Staatsschiff macht: daß es, ein Spiel der Winde, dahinsegelt, fortgerissen von der Strömung, ohne ein Steuer, unfähig seinen Kurs zu lenken.

Die hier dargelegten, so schweren und verwickelten Fragen erfordern ein eingehendes Studium, damit diese oder jene Entscheidungen in Übereinstimmung mit entsprechenden Maßnahmen unserer äußeren Politik getroffen werden können.

Indem ich diese Erwägungen der Allerhöchsten Prüfung unterbreite, nehme ich mir die Freiheit, Eurer Kaiserlichen Majestät gnädigste Erlaubnis zu erbitten, sie einer besonderen Konferenz zur Besprechung vorlegen zu dürfen.

Sasonow

Journal der Sonderkonferenz vom 31. Dezember bis 13. Januar 1913/1914

Den Vorsitz führte: Der Vorsitzende des Ministerrates, Staatssekretär und Wirklicher Geheimrat Kokowtzw.

Es nahmen teil: der Kriegsminister, Generaladjutant Suchomlinow, der Marineminister, Generaladjutant Grigorowitsch, der Außenminister, Hofmeister Sasonow, der Chef des Generalstabs, General der Kavallerie Shilinski.

Zwecks Anfertigung des Journals der Konferenz waren die Beamten des 1. Departements des Außenministeriums: Kammerherr Staatsrat Bützow und Titulärrat Sukin anwesend.

Vor der Konferenz wurde deren Mitgliedern eine alleruntertänigste Denkschrift des Außenministers vom 23. Dezember 1913 überreicht. Gleichzeitig wurden die vom Außenministerium ausgearbeiteten Voraussetzungen mitgeteilt, die in den nachfolgenden, in der Konferenz zur Beratung stehenden Thesen enthalten sind.

1. Die Möglichkeit zugegeben, daß ein deutscher General irgendeinen Teil der außerhalb Konstantinopels, beispielsweise in Adrianopel befindlichen Truppen kommandiert, kann sich Rußland jedoch

mit der Anwesenheit eines ausländischen Generals als Führer eines Truppenteils in Konstantinopel nicht einverstanden erklären.

2. Das Außenministerium muß in diesem Sinne die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel weiterführen.

3. Da die letzten Nachrichten auf eine zweideutige Handlungsweise der deutschen Regierung in dieser Frage hinweisen, müssen gegenwärtig Entscheidungen getroffen werden für den Fall, daß es notwendig sein sollte, unsere Forderungen durch Nötigungsmaßnahmen zu unterstützen.

4. Die bezeichneten Nötigungsmaßnahmen durch uns könnten in der Besetzung irgendeines Punktes in Kleinasien, beispielsweise Trapezunts oder Bajasids, zum Ausdruck kommen mit der Erklärung, daß wir dort verbleiben würden bis zur Erfüllung unserer Forderungen.

5. Nachdem genau klagestellt sein wird, welche Nötigungsmaßnahmen wir würden anwenden können, muß diesbezüglich ein vertraulicher Meinungsaustausch mit der englischen und französischen Regierung angebahnt werden, da es notwendig ist, sich für Nötigungsmaßnahmen erst zu entscheiden, nachdem wir uns vorher Klarheit darüber verschafft haben werden, ob wir auf entsprechende Schritte der beiden Mächte rechnen können.

6. In den Unterhandlungen mit den bezeichneten Regierungen muß seitens der drei Mächte die Notwendigkeit eines äußerst vorsichtigen und einmütigen Handelns festgelegt werden, um, wenn möglich, eine Verschärfung des Konflikts zu vermeiden, der einen europäischen Krieg zur Folge haben könnte. Gleichzeitig müssen von unserer Seite Anstrengungen gemacht werden, um Frankreich und England für die Notwendigkeit geneigt zu machen, das einmal begonnene Eintreten für die gemeinsamen Interessen zu Ende zu führen.

7. Sollte dieser Standpunkt von allen drei Mächten angenommen werden und die Unterhandlungen in Berlin nicht zu dem gewünschten Resultate führen, so muß man sich über eine gewisse Steigerung der Nötigungsmaßnahmen verständigen. Als solche können in Frage kommen:

a) ein konsequent durchgeführter finanzieller Boykott der Türkei;
b) sollte diese Methode nicht die gewünschten Resultate zeitigen und nicht die nötige Einwirkung erzeugen, wie dies in der Adriapelfrage der Fall war, so könnten die drei Mächte ihre Vertreter in Konstantinopel abberufen;

c) gleichzeitig würden die Regierungen Rußlands, Frankreichs und Englands die Pforte von dem Termin zu der Erfüllung ihrer Forderungen in Kenntnis setzen, worauf mit der Verwirklichung der Nötigungsmaßnahmen begonnen werden könnte unter Hinweis dar-

auf, daß sie erst nach Erfüllung der gestellten Forderungen eingestellt werden würden.

8. Sollten für die rechtzeitige Ergreifung von Nötigungsmaßnahmen unsererseits gewisse vorbereitende Maßnahmen militärischer Art, wie beispielsweise Truppenverstärkungen im Kaukasus, notwendig sein, so wäre es erwünscht, diese Maßnahmen möglichst geheimzuhalten. Vom politischen Standpunkte aus erscheint es jedoch notwendig, daß man nach der Androhung, falls eine solche notwendig werden sollte, unverzüglich darangehen könnte, sie in die Tat umzusetzen.

9. Die Resultate der Konferenz sind, gemäß dem dem Außenminister erteilten Allerhöchsten Befehl, Sr. Kaiserlichen Majestät zur geneigten Einsicht vorzulegen.

Nach Eröffnung der Sitzung wendet sich der Vorsitzende des Ministerrates unter Hinweis darauf, daß seit Überreichung der Alleruntertänigsten Denkschrift des Außenministers an die Konferenzteilnehmer acht Tage verflossen sind, an den Außenminister mit der Bitte um Mitteilung der letzten, zu seiner Verfügung stehenden Unterlagen zu der zur Beratung in der Konferenz stehenden Frage.

Der Außenminister erklärte, daß die bei ihm in den letzten Tagen eingegangenen Nachrichten spärlich und widersprechend wären und teilte der Konferenz den Wortlaut eines Geheimitelgramms des russischen Gesandten in Konstantinopel vom 29. Dezember mit, in dem es heißt, daß General Liman den nächsthöheren türkischen Rang erhalten soll, daher das Kommando des 1. Armeekorps niederlegen und Inspektor der Kriegsschule und Chef der Militärmission bleiben werde. Indes stimmen diese anscheinend günstigen Mitteilungen nicht völlig überein mit dem Inhalt eines Telegramms vom 30. Dezember. In dem letzteren ist darauf verwiesen, daß der Rücktritt Limans vom Kommando des 1. Armeekorps noch keine vollendete Tatsache sei und veranlaßt, die Sachlage weniger optimistisch zu betrachten. Sollten die im ersten Telegramm mitgeteilten Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen, so könnte diese Konferenz als nicht so dringlich betrachtet werden, und die Beratungen über die Lage würden bloß akademischen Charakter tragen. Der Minister hält es jedoch für erwünscht, daß die Konferenz vorher die von ihm den Teilnehmern mitgeteilten Thesen durchberate.

Der Vorsitzende des Ministerrates gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Zweck dieser Konferenz eine Bestimmung der Position wäre, die die Kaiserliche Regierung bei jeder Wendung, die die Dinge nehmen könnten, einzunehmen hätte. Zur Prüfung der Voraussetzungen des Außenministeriums übergehend, weist Staatssekretär Kowtow auf die Notwendigkeit hin, sich zunächst darüber klar zu werden, welche Lösung der Frage über die deutsche Militärmission in der Türkei von Rußland als zulässig anerkannt werden könnte

und wogegen wir unter allen Umständen Einspruch erheben müßten. Diese Grundaufgabe ist in Punkt 4 zum Ausdruck gebracht, der bei den weiteren Beratungen als Leitfaden dienen müsse. Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß der Standpunkt der Kaiserlichen Regierung zuerst während der Unterhandlungen in Berlin im Oktober 1913 festgelegt worden sei. Staatssekretär Kokowtzow glaubt, daß es das moralische Recht und die Pflicht der russischen Regierung wäre, von diesem Standpunkt nicht abzuweichen. Da der Inhalt der erwähnten Unterhandlungen dem Kriegs- und Marineminister, sowie dem Chef des Generalstabs nicht bekanntgeworden sein konnte, erachtet es Staatssekretär Kokowtzow für notwendig, die Konferenz mit den Einzelheiten der diesbezüglichen, im Alleruntertänigsten Bericht des Vorsitzenden des Ministerrats niedergelegten Verhandlungen bekanntzumachen. In den Unterredungen mit dem deutschen Kaiser und den Vertretern der deutschen Regierung hat er erklärt, daß Rußland gegenüber der Ausübung der Kommandogewalt über einen Truppenteil in Konstantinopel durch einen ausländischen Offizier nicht gleichgültig bleiben könnte, da hierdurch für eine Macht eine bevorzugte Stellung in der Türkei geschaffen würde, wodurch die Richtung der ganzen Frage des nahen Ostens verändert würde. Auf die erste These zurückgreifend, erklärt der Vorsitzende des Ministerrates, daß er auch jetzt es für notwendig hält, auf den von ihm seinerzeit dem deutschen Kaiser gegenüber ausgesprochenen Ansichten zu verharren.

Der Außenminister teilt der Konferenz den Inhalt der neu eingetroffenen Geheimtelegramme mit. Im Zusammenhang mit dem möglichen Rücktritt des Generals Liman vom Kommando des 1. Armee-korps, worauf im Telegramm des Gesandten in Konstantinopel verwiesen wird, fragt der Minister an, wie man sich zu verhalten hätte zur Führung einer nicht in Konstantinopel selbst, sondern in Skutari liegenden Division durch einen deutschen Offizier, da eine solche Lösung der Frage nach Kenntnis der russischen Vertreter in Berlin und Konstantinopel früher bereits in Erwägung gezogen worden ist.

Der Vorsitzende des Ministerrates, der Kriegs- und Marineminister, sowie der Chef des Generalstabes, sprechen sich dahin aus, daß eine solche Wendung der Dinge unzulässig wäre. Auf die Bemerkung des Generals der Kavallerie, Shilinski, daß, wenn ein deutscher Offizier auch nur das Kommando über eine Division inne hätte, Deutschland die Meerengen beherrschen würde, weist Staatssekretär Kokowtzow darauf hin, daß die Möglichkeit eines Kommandos deutscher Offiziere in den die Meerengen schützenden Forts nunmehr in Fortfall gekommen sei, und daß man jetzt als feststehend betrachten könne, daß das Kommando über diese Befestigungen jedenfalls türkischen Offizieren gehören wird. Der letzte Umstand veranlaßt

den Marineminister zu der Bemerkung, daß unter dem Vorwande des Fehlens eines Kommandeurs für irgendeinen Truppenteil, sich dennoch ein deutscher Offizier als stellvertretender Kommandierender erweisen könnte.

Der Vorsitzende des Ministerrates verweist auf den Zusammenhang zwischen der Fassung der ersten These und den erhaltenen Nachrichten über die Möglichkeit einer Ernennung des Generals Sanders zum Inspektor der türkischen Armee und auf die Notwendigkeit, die Stellungnahme der Regierung zu einem solchen Ausgang festzulegen, zu welchem Zweck man zunächst die Bedeutung des Ausdrucks „Inspektion“ feststellen müsse.

Der Chef des Generalstabs bemerkte, daß es in der Türkei vier Inspektionen territorialen Charakters gebe, die dem Posten des Kommandierenden eines Militärbezirks entsprechen.

Der Vorsitzende des Ministerrates erklärt, daß, sollte dem General Sanders statt der allgemeinen Aufsicht über die türkische Armee eine Inspektion in territorialem Sinne übertragen werden, was dem Kommando über die Truppen eines Militärbezirks gleichkommt, eine solche Lösung für Rußland noch weniger annehmbar wäre als das Kommando über ein Armeekorps. Hierbei sei es nicht notwendig, im voraus zu bestimmen, ob wir gegen die Übertragung an einen deutschen General der territorialen Inspektion gleich wo oder nur in Konstantinopel selbst und den am Kaukasus angrenzenden Gebieten, d. h. den östlichen Bezirken Kleinasiens, Einspruch erheben würden. Der Vorsitzende des Ministerrates ist daher der Ansicht, daß die erste These infolge der neuen Umstände nach der Richtung ausgedehnt werden müßte, daß die dem General Sanders zu übertragende Inspektion nur dann für zulässig erachtet werden könne, wenn unter „Inspektion“ die allgemeine Aufsicht über die Armee und nicht ein territoriales Kommando verstanden werden soll.

Diesem Gutachten schließen sich alle Teilnehmer der Konferenz an.

Nach Ansicht des Kriegsministers bilden alle zur Beratung stehenden Bedingungen für die Tätigkeit der deutschen Militärmission nur Teile der Frage. Was deren Kern betrifft, so darf es keinem Zweifel unterliegen, daß die Ankunft General Sanders nach Konstantinopel nicht eine Rückkehr zum System v. d. Goltz-Pascha und seinen Instruktionsaufgaben bedeute. Die früheren Instruktoren bildeten nach Kenntnis des Kriegsministeriums das schlechteste Element der deutschen Armee. Auch Waffen und Munition, mit denen Deutschland die Türkei vor dem Balkankriege versorgte, waren durchaus nicht von hoher Qualität. Nunmehr wird General Sanders von 40 Personen begleitet, die aus der Zahl der besten Offiziere des deutschen Heeres ausgewählt sind und noch weitere zirka 60 Mann von dieser Art werden angeworben. Nach Ansicht des Ge-

neraladjutanten Suchomlinow darf man sich nicht verhehlen, daß die gegenwärtige Militärmission ganz andere Aufgaben hat als die Tätigkeit v. d. Goltz-Paschas. Die Absichten Deutschlands, das die Organisation des türkischen Heeres energisch in die Hand nimmt, treten ihrerseits klar zutage. Die türkischen Truppen, deren Eigenschaften die deutsche Militärmission zu entwickeln haben wird, werden sich an unserer Kaukasusgrenze befinden und natürlicherweise gegen Rußland gerichtet sein. Der Kriegsminister hält es für gefährlich, Zeit zu verlieren, und für erwünscht, Maßnahmen zum Schutze gegen die bezeichnete, für Rußland ungünstige Änderung der Dinge zu treffen. Da nicht die Möglichkeit besteht, einerseits darauf zu rechnen, daß Deutschland freiwillig auf das begonnene Werk verzichtet, andererseits die aufgetauchten Hoffnungen auf ein feindseliges Verhalten zur deutschen Militärmission im türkischen Heere selbst angesichts der Massenentlassungen türkischer Offiziere sich als unbegründet erwiesen habe, möchte der Minister sich über die Möglichkeit unterrichten, auf die Türkei im Sinne einer Entfernung der Militärmission einzuwirken.

Der Außenminister gibt der Überzeugung Ausdruck, daß unsere, nicht durch Druck verstärkten Ratschläge in Konstantinopel erfolglos bleiben würden. Indem der Minister hierauf die Konferenz ersucht, zur Beratung von Mitteln zur Nötigung der Türkei überzugehen, teilt er mit, daß er in den Unterredungen mit dem französischen und englischen Gesandten in St. Petersburg eine gewisse Folgerichtigkeit in den etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes angedeutet hätte. Erstens erscheine es möglich, zu einem finanziellen Druck auf die Türkei zu greifen. Bei dem aufrichtigen Wunsch aller drei Mächte, ihn durchzuführen, könnte man die Erzielung eines wirklichen Resultates erhoffen, da die Türkei riesige Geldmittel brauchte, die in die Hundert Millionen gingen, und kleine zufällige Zuwendungen in der Art des Darlehens des Bankhauses Perrier & Co. könnten für ihre zerrütteten Finanzen keine wesentliche Unterstützung bedeuten. Man muß jedoch im Auge behalten, daß die französische Regierung sich trotz ihres Wunsches nicht imstande erweisen könnte, einen finanziellen Boykott der Türkei unbeirrt durchzuführen, da sie nicht immer die Möglichkeit habe, in erwünschtem Sinne auf die französischen Finanzkreise einzuwirken. Zweitens müßte man für den Fall, daß die Maßnahmen finanziellen Charakters auf die Türkei nicht die gewünschte Einwirkung ausüben sollten, ein Programm ausarbeiten, in dem Methoden zur Ausübung eines unmittelbaren Druckes auf die Pforte vorzusehen wären. Wir unsererseits müssen klarstellen, welcher Art Maßnahmen Rußland in Vorschlag bringen könnte, zu welchem Zwecke das Außenministerium die jetzt zur Beratung in der Konferenz vorgelegten Voraussetzungen ausgearbeitet hätte.

Der Vorsitzende des Ministerrates bittet den Außenminister, vor Besprechung der bezeichneten Druckmittel zwei Dinge zu beleuchten, die für die Bestimmung der weiteren Handlungsweise von grundlegender Bedeutung seien und dem Staatssekretär Kokowtzow wie folgt erscheinen: 1. Die deutsche Regierung sucht nach einem Ausweg aus der durch die Forderungen Rußlands geschaffenen Lage. Hierbei verweist das Berliner Kabinett auf die Notwendigkeit für Rußland, im Interesse einer günstigen Lösung der Frage an Deutschland keine kategorischen Erklärungen ultimativen Charakters zu richten, die Deutschland zwingen könnten, noch mehr auf seinem Standpunkt zu beharren, da man die Schwierigkeit der deutschen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung im eigenen Lande berücksichtigen müßte. 2. Die Unterhandlungen mit dem Berliner Kabinett, die jetzt schon zirka zwei Monate dauern, müßten so lange fortgesetzt werden, bis die Kaiserliche Regierung die Überzeugung gewinnt, daß es unmöglich sei, auf diesem Wege zu dem angedeuteten Ziel zu gelangen.

Der Außenminister schließt sich den vom Staatssekretär Kokowtzow formulierten Thesen an und erklärt, daß er gleichzeitig in seinen Unterhandlungen mit dem deutschen Gesandten in St. Petersburg darauf hingewiesen habe, daß es für die russische Regierung unmöglich sei, die Entscheidung der Frage über die deutsche Militärmission in Konstantinopel lange hinauszuschieben.

Zu den Maßnahmen für eine weitere Einwirkung übergehend, erachtet Staatssekretär Kokowtzow es für notwendig, festzustellen, daß die in der 7. These vorgesehenen Schritte vom Außenministerium in engster Fühlung mit den übrigen Mächten des Dreiverbandes geplant seien. Bevor dieser oder jener Beschluß gefaßt wird, müsse die Kaiserliche Regierung wissen, in welchem Maße ihr die Unterstützung Frankreichs zuteil werden wird und ob man auf eine aktive Beteiligung Englands an der Einwirkung auf die Pforte rechnen könnte.

Der Außenminister bestätigt, daß er in der Tat die Druckmittel in der Voraussetzung einer Zusammenwirkung aller Mächte des Dreiverbands vorgesehen habe und weist darauf hin, daß es ungeklärt erscheint, wie weit England bereit wäre, energisch zu handeln. Was Frankreich anbetrifft, so kann die russische Regierung auf eine tatkräftige Unterstützung bis aufs äußerste rechnen. H. Delcassé hat den Minister im Namen des französischen Außenministers versichert, daß Frankreich so weit gehen würde, wie Rußland es wünscht.

Der Vorsitzende des Ministerrates glaubt, daß es notwendig wäre, unter Fortführung der Unterhandlungen in Berlin gleichzeitig den Grad der Beteiligung des Londoner Kabinetts an etwaigen Schritten der Mächte des Dreiverbandes klarzulegen. Staatssekretär Kokowtzow vermerkt die besondere Lage Englands in der Frage des

deutschen Kommandos in Konstantinopel durch die Anwesenheit des englischen Admirals als Instrukteur in der türkischen Residenz. England hat bisher nach Ansicht des Vorsitzenden des Ministerrates keinerlei wesentliche Unterstützung den Bemühungen des Petersburger Kabinetts geliehen und eher noch Deutschland den Widerstand gegen den Einspruch Rußlands erleichtert durch die Tatsache der Anwesenheit des Admirals Limpus in Konstantinopel. Deutschland hatte die Möglichkeit, bei den Unterhandlungen über die Abberufung des Generals Sanders aus Konstantinopel sich darauf zu berufen, daß die Zusammenziehung der Aufsicht über die türkische Flotte in den Händen des englischen Admirals die Befürchtungen keiner einzigen Macht hervorgerufen hätte. Als Graf Pourtalès das erwähnte Argument mit dem Admiral anführte, entgegnete ihm der Vorsitzende des Ministerrates, daß Rußland der Tatsache eines Kommandos über eine nahezu nicht vorhandene Flotte keine Bedeutung beimessen könne.

In Beantwortung der Erklärung des Staatssekretärs Kokowtzow, die vom Kriegsminister und Marineminister unterstützt wird und dahin geht, daß es erwünscht wäre, zunächst von England die Abberufung des Admirals zu erwirken, teilt der Außenminister mit, daß Sir Edward Grey sich schon früher hierzu bereit erklärt hätte und daß ein solcher Beschluß der großbritannischen Regierung jedenfalls wohl zu erreichen wäre, wenn dies zur Erleichterung einer Einwirkung in Berlin erwünscht sein sollte. Der Minister fürchtet jedoch einerseits, daß Admiral Limpus durch einen deutschen Chef ersetzt werden könnte und weist andererseits auf die in seinen Händen befindlichen Unterlagen hin, die zu der Annahme berechtigen, daß Deutschland nach Abberufung des englischen Admirals nichtsdestoweniger von der eingenommenen Position in der Frage der Militärmission nicht abweichen werde. Das Berliner Kabinett würde im Gegenteil sich der Abberufung des Admirals Limpus gegenüber ablehnend verhalten und hierin nur die Maßnahme einer realen Einwirkung erblicken, die Deutschlands Widerstand nur stärken würde.

Auf die angedeutete Folgerichtigkeit im Auftreten der Mächte des Dreiverbandes zurückkommend, glaubt der Minister, daß für den Fall, daß die Unterhandlungen in Berlin resultatlos verlaufen sollten, diese nach Konstantinopel verlegt werden müßten, wobei die Einwirkung der Mächte schon auf die Türkei übertragen werden müßte.

Der Vorsitzende des Ministerrates führt die in den vom Außenministerium ausgearbeiteten Punkten aufgeführten Druckmittel an, und zwar: finanzieller Boykott, Abberufung der diplomatischen Vertreter und militärische Maßnahmen, und bemerkt, daß die Türkei das unmittelbare Objekt dieser Einwirkungen sein sollte, daß jedoch der Endzweck die Aufhebung des Vertrages zwischen der Pforte und Deutschland wäre. Da auf diese Weise die Interessen Deutschlands

berührt würden, wären diese Maßnahmen geeignet, dessen Einmischung hervorzurufen.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Möglichkeit, durch energisches und gleichzeitig vorsichtiges, einmütiges Handeln der drei Mächte einen Erfolg zu erzielen, wobei dies nach Ansicht des Ministers durchaus nicht unbedingt einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben müßte. In Wirklichkeit würde Deutschland ein Auftreten Rußlands, das nur die Unterstützung von Frankreich allein hätte, nicht sonderlich gefährlich erscheinen. Beide Staaten wären wohl kaum imstande, Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen, auch nicht im Falle militärischer Erfolge, die sich nie voraussagen lassen. Ein Kampf unter Beteiligung von England dagegen könnte für Deutschland verhängnisvoll werden, das sich ganz klar über die Gefahr ist, bei einem englischen Eingreifen binnen sechs Wochen einer völligen sozialen inneren Katastrophe entgegengeführt zu werden. England ist für Deutschland gefährlich, und in diesem Bewußtsein ist die Ursache des Hasses zu finden, den die Deutschen gegenüber der wachsenden Macht Großbritanniens empfinden. In Verbindung mit den bezeichneten Umständen müßte die Kaiserliche Regierung, bevor sie entschiedene Schritte unternimmt, sich die Unterstützung des Londoner Kabinetts sichern, dessen aktive Teilnahme nach Ansicht des Ministers nicht gesichert erscheint. Unzweifelhaft erscheint das Eingreifen Großbritanniens im Falle einer für Rußland und Frankreich ungünstigen Wendung der militärischen Operationen. Diese Einmischung könnte entweder auf die Beendigung des vom Standpunkte der englischen Interessen unvorteilhaften europäischen Zusammenstoßes oder auf die Unterstützung derjenigen Staaten gerichtet sein, deren Niederlage den Aufgaben der englischen Politik widerspricht. Die vermerkte Notwendigkeit für die Kaiserliche Regierung, erst nach Sicherung einer aktiven Teilnahme Englands zu handeln, ist nicht anzuzweifeln und bildet die schwache Seite der Lage Rußlands in diesem Falle. Der Minister bringt zur Kenntnis der Konferenz, daß er in den Unterredungen mit dem großbritannischen Gesandten in St. Petersburg die Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Pforte entsprechend dem Punkte 4 benannt hätte. In Erwiderung auf die Annahme einer Besetzung Trapezunts durch russische Landungstruppen, während England irgendeinen Küstenpunkt auf dem türkischen Territorium, beispielsweise Beirut oder Smyrna, besetzen könnte, äußerte Sir George Buchanan Zweifel an der Möglichkeit für England, mit der Flotte allein zu operieren in dem Falle, daß es notwendig sein sollte zu kämpfen, um den besetzten Punkt zu halten, zu welchem Zwecke bedeutende Landungstruppen notwendig sein würden.

Der Chef des Generalstabes gibt der Meinung Ausdruck, daß in dieser Frage nur von einer Aktion der Marine die Rede sein könne,

da es für England bei den Schwierigkeiten des Transportes unmöglich sein würde, eine militärische Besetzung durchzuführen.

Der Marineminister verweist auf die bequeme Durchführbarkeit einer ausschließlichen Besetzung durch die Flotte unter dem Schutze der Schiffsartillerie.

Der Vorsitzende des Ministerrates ist der Ansicht, daß solche Maßnahmen unvermeidlich den Krieg mit Deutschland zur Folge haben würden und stellt die Frage: Ist der Krieg mit Deutschland erwünscht und kann Rußland ihn führen?

Der Außenminister schließt sich in Erwiderung hierauf der Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzow an, daß im Prinzip ein Krieg mit Deutschland unerwünscht wäre. Was dagegen die Frage anbetrifft, ob Rußland gegenwärtig imstande wäre, gegen Deutschland zu kämpfen, so hält sich der Minister nicht für berufen, dies zu entscheiden.

Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes erklären kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zwickampf mit Deutschland, von einem Zwickampf mit Österreich schon gar nicht zu reden. Ein solcher Zwickampf ist aber kaum wahrscheinlich; man würde es vielmehr mit dem Dreiverband zu tun haben.

Der Vorsitzende des Ministerrats kommt auf die Schritte zurück, die man, um das in seinen Augen unzulässige Wagnis zu vermeiden, wählen könnte und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der finanzielle Boykott der Türkei als eine Maßnahme, die nicht die Gefahr eines Krieges mit Deutschland zur Folge haben würde, ernste Beachtung verdiene. Man dürfe jedoch keine übertriebenen Hoffnungen auf eine konsequente Durchführung dieser Maßnahme seitens der französischen Inhaber ottomanischer Papiere setzen. Die materiellen Verluste der letzteren bei Einstellung der Einlösung von Kupons durch die Türkei wären geeignet, auch die feurigsten patriotischen Bestrebungen der Franzosen abzukühlen. Was die unmittelbaren Zwangsmethoden anbelangt, von denen auch die Einnahme von Trapezunt genannt wurde, so hält Staatssekretär Kokowtzow es für erwünscht, sich ihrer zu enthalten, da sie gewagt und schwer zu verwirklichen wären, was sich bei der Beratung ähnlicher Maßnahmen im Sommer 1913 herausgestellt hätte, als die Besetzung Trapezunts angeregt wurde in Verbindung mit der Einwirkung auf die Türkei in der Adrianopelfrage.

Der Außenminister lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die leicht durchzuführende Unterbindung der Zufuhr nach Kleinasien über den Hafen von Trapezunt, was sich in der Türkei äußerst fühlbar machen könnte.

Generaladjutant Grigorowitsch ergänzt diesen Vorschlag durch den Hinweis auf die durchaus im Bereiche des Möglichen liegende vorherige Einnahme von Sinope, das, als Basis benutzt, es ermög-

lichen würde, die Zufuhr über die Häfen des Schwarzen Meeres zu verhindern.

Staatssekretär Kokowtzwow weist erneut auf die Unvermeidlichkeit einer Einmischung Deutschlands hin bei Verwirklichung derartiger Operationen. Die vorgesehenen Maßnahmen: Unterbrechung der Zufuhr, Manövrieren der Flotte oder die Besetzung von Bajasid, die an sich gefährlich wäre, angesichts der Unmöglichkeit den Ort zu verlassen — stellen im Grunde genommen Methoden eines realen Druckes auf die Türkei dar, um von ihrer Seite einen Verzicht auf die deutsche Mission zu erreichen, wodurch Deutschland nicht aus der neutralen Stellung herausgebracht werden könnte.

Die Ansicht des Staatssekretärs Kokowtzwow wird von dem Außenminister nicht völlig geteilt, der seinerseits die Möglichkeit einer Nichteinmischung Deutschlands zuläßt. Dagegen hält er es für notwendig, mit einer etwaigen Teilnahme Englands an unseren Schritten zu rechnen und mit dem Umstande, daß bei einer Besetzung von Trapezunt durch uns, Erzerum, in dem die militärischen Hauptkräfte konzentriert sind, abgeschnitten sein würde und ganz Kleinasien von Rußland bedroht wäre. Die erörterte Besetzung von Bajasid wäre nach Ansicht des Ministers eine sehr wirksame Maßnahme, die imstande wäre, Deutschland von einem Eingriff zurückzuhalten. Diese, vom Kriegs- und Marineminister sowie dem Chef des Generalstabes geteilte Ansichten rufen von seiten des letzteren die Erklärung hervor, daß die Besetzung von Bajasid nicht als einzelne Maßnahme angeregt werden könne, da sie jedenfalls die Mobilisierung des kaukasischen Militärbezirks erfordern würde. Die militärischen Kräfte der Türkei in dem an den Kaukasus grenzenden Gebiet betragen ein auf 23 Bataillone beschränktes Armeekorps. In Bajasid liegen gegenwärtig anderthalb Bataillone. Angesichts der wichtigen Bedeutung dieses Flankenpunktes durch einen Angriff, auf welchen alle unsere letzten Kriege gegen die Türkei eingeleitet wurden, würde es nicht möglich sein, ihn ohne Kampf zu nehmen, und eine Bewegung nach dieser Richtung wäre gleichbedeutend mit einer Eröffnung der kriegerischen Operationen gegen die Türkei. Auch eine Beschränkung auf die Besetzung dieses einen Punktes könnte nach Ansicht des Generals der Kavallerie Shilinski nicht zweckmäßig erscheinen. Gleichzeitig müßten Ardos, Deribaba und Karaderbent besetzt werden. Hierbei betont der Chef des Generalstabes, daß eine derartige Besetzung demonstrativer Art ohne allgemeinen Vormarsch nicht die Notwendigkeit nach sich ziehen müßte, den kaukasischen Kriegsschauplatz durch den Zufluß von Truppen aus den anderen Gebieten Rußlands zu verstärken, welche Verstärkung zum allgemeinen Mobilisationsplan für den Fall eines Krieges gegen die Türkei gehört. Für die beabsichtigte Operation einer Besetzung von Bajasid würde diese Maßnahme nicht erforderlich sein, in Erwägung, daß

Rußland, indem es sich darauf beschränken würde, die Zahl der Truppen des kaukasischen Militärbezirks auf die Höhe der Kriegsbereitschaft zu ergänzen, über Truppen verfügen würde, die den Truppen des türkischen Armeekorps numerisch überlegen wären. Der Chef des Generalstabs fügt hinzu, daß die von ihm dargelegten Erwägungen sich auf die Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Türkei stützen, die eifrig zum Kampfe gegen Griechenland an der anderen Front rüste. Um zu verhindern, daß die Türkei Truppen nach Kleinasien über das Schwarze Meer schaffte, müßte man Konstantinopel bedrohen durch Heranführung unserer Schwarzen-Meer-Flotte an den Bosphorus.

Nach Ansicht des Außenministers könnte die Demonstration beim Bosphorus auch in anderer Beziehung eine Rolle spielen: es könnte Panik in der Residenz und eine Revolution hervorrufen, die die Frage der deutschen Militärmission mit lösen könnte.

Der Außenminister wiederholt, daß die Nötigungsmaßnahmen gegen die Türkei nur im engsten Zusammengehen mit Frankreich und England beabsichtigt wären, und möchte wissen, welche Stellung die Regierung einnehmen sollte, in dem Falle, daß sie sich der aktiven Unterstützung Englands und Frankreichs vergewissert hätte.

Staatssekretär Kokowtzow, der gegenwärtig einen Krieg für das größte Unglück für Rußland hält, spricht sich dahin aus, daß es äußerst unerwünscht wäre, Rußland in einen europäischen Konflikt zu verwickeln, welcher Ansicht sich die übrigen Mitglieder der Konferenz anschließen.

Der Außenminister sieht die Möglichkeit eines Mißlingens der Unterhandlungen voraus und fragt, welche Entscheidung in einem solchen Falle getroffen werden solle.

Der Vorsitzende des Ministerrats erklärt, daß er bereit sei, im Bestreben, Schritte zu vermeiden, die mit dem Risiko militärischer Komplikationen verbunden wären, sich für den finanziellen Boykott zu entscheiden, obgleich er keine genügende Gewähr für eine erfolgreiche Erreichung des Zieles biete. Er wiederholt, daß von wesentlicher Bedeutung in dieser Hinsicht die Interessiertheit französischer Inhaber von türkischen Staatspapieren sein werde. Staatssekretär Kokowtzow weist zum Zwecke einer Erleichterung des consequenten finanziellen Boykotts der Türkei für die französische Regierung auf die Möglichkeit hin, daß Rußland sich verpflichten würde, auf dieser oder jener Grundlage mit Frankreich die Verantwortung für die rechtzeitige Einlösung der Kupons für die Inhaber türkischer Papiere zu teilen, die bisher auf dem französischen Markt zur Ausgabe gelangt seien.

Indem der Vorsitzende des Ministerrates das Fazit der zum Ausdruck gekommenen Erwägungen zieht in Übereinstimmung mit dem

klargestellten Verhalten der Konferenz gegenüber den zur Beratung stehenden Fragen, faßt er das Gutachten der Konferenz in folgenden Thesen zusammen:

1. Es ist notwendig, die Vorstellungen in Berlin wegen der Unzulässigkeit vom Standpunkt der Interessen Rußlands, daß ein deutscher General einen Truppenteil in Konstantinopel kommandiert oder gar, daß ihm die Inspektion im Sinne der Kommandogewalt über diesen oder jenen Bezirk übertragen wird, fortzusetzen, wobei jedoch als zulässig anerkannt wird, daß dem Chef der deutschen Militärmission die Vollmachten für die allgemeine Inspektion des türkischen Heeres übertragen werden.
2. Die Unterhandlungen mit Berlin sind fortzusetzen, bis deren Erfolglosigkeit vollkommen klar zutage liegt.
3. Hierauf muß zu den geplanten Einwirkungsmaßnahmen außerhalb Berlins im Einvernehmen mit Frankreich und England übergegangen werden.
4. Sollte die aktive Beteiligung sowohl Frankreichs und Englands an gemeinsamen Schritten mit Rußland nicht gesichert sein, so erscheint es nicht möglich, zu Druckmitteln zu greifen, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten.

gez. Kokowtzow W. Suchomlinow W. Grigorowitsch
Sasonow J. Shilinski

(M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 32 ff.)

Journal der Sonderkonferenz vom 8.—21. Februar 1914

Auf dem Original haben S. M. der Kaiser geruht, eigenhändig die Worte zu setzen: Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz.

Zarskoje Selo, den 23. März 1914

Vorsitzender: Außenminister Hofmeister Sasonow.

Teilnehmer: Der Marineminister Generaladjutant Grigorowitsch, der Chef des Generalstabs General der Kavallerie Shilinski, der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel Hofmeister Giers, der Stellvertreter des Außenministers Hofmeister Neratow, der Generalquartiermeister des Generalstabs Generalleutnant Danilow, der zweite Oberquartiermeister des Generalstabs Generalmajor Averjanow, in Vertretung des Chefs des Generalstabs der Marine Kapitän I. Ranges Nenkujow, der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den

Nahen Osten Kammerherr Fürst Trubetzkoi, der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine Kapitän II. Ranges Nemitz.

Anwesend waren und verfertigten das Journal der Sonderkonferenz:

Der stellvertretende Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten Kammerherr Bützow und der Vizedirektor der Kanzlei des Außenministeriums Kammerherr Basili.

Bei Eröffnung der Sitzung erinnert der Außenminister die Konferenzteilnehmer daran, daß in seiner ihnen bekannten, alleruntertänigsten Denkschrift, die er im vergangenen November überreicht hatte, er es für seine Pflicht erachtet hätte, der allerhöchsten wohlwollendsten Beurteilung die Erwägungen darüber zu unterbreiten, daß man in Verbindung mit der Änderung der politischen Lage mit dem möglichen Eintritt, vielleicht sogar in der allernächsten Zeit, von Ereignissen rechnen müßte, die die internationale Lage der Konstantinopeler Meerenge radikal ändern könnten und daß es daher notwendig wäre, unverzüglich im Verein mit den entsprechenden Ressorts an die Ausarbeitung eines nach allen Richtungen durchgearbeiteten Programms heranzutreten, das auf die Sicherung einer für uns günstigen Lösung der historischen Meerengenfrage gerichtet wäre. S. D. Sasonow teilt hierauf mit, daß S. M. der Kaiser geruht hätte, die in der vorbezeichneten Denkschrift niedergelegten Ansichten allergnädigst zu billigen und zu gestatten, sie zur Beratung der Sonderkonferenz vorzulegen. Aus diesem Grunde hätte der Minister an das Kriegs- und Marineministerium, als die Instanzen, die durch die in dieser Denkschrift behandelten Fragen am meisten berührt werden, die Bitte gerichtet, an der Beratung teilzunehmen, um einen neuen Bericht Seiner Kaiserlichen Majestät vorlegen zu können. Der Außenminister benutzte die Anwesenheit des Kaiserlichen Gesandten in Konstantinopel in St. Petersburg und forderte ihn auf, an dem Meinungsaustausch teilzunehmen. Der Außenminister erklärt, daß gegenwärtig der Eintritt bedeutender politischer Komplikationen wenig wahrscheinlich erscheine und bemerkt, daß man jedoch für die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Nahen Osten nicht einmal für die allernächste Zeit garantieren könne. S. D. Sasonow spricht diesbezüglich die feste Überzeugung aus, daß, sollten infolge der Ereignisse die Meerengen der Macht der Türkei entgleiten, Rußland es nicht zulassen könnte, daß sich an deren Ufern irgendeine andere Macht festsetzt. Rußland könnte daher gezwungen sein, von ihnen Besitz zu ergreifen, um dann in dieser oder jener Form eine seinen Interessen entsprechende Ordnung der Dinge am Bosphorus und an den Dardanellen zu schaffen. Der Minister bemerkt, daß der Erfolg dieser Operation in hohem Maße von der Schnelligkeit ihrer Ausführung abhängt und verweist auf die Notwendigkeit,

für die Lösung dieser Aufgabe neben der Tätigkeit der Seestreitkräfte auch noch eine Operation von Landungstruppen vorzusehen. S. D. Sasonow wendet sich an die Teilnehmer der Konferenz mit der Bitte, klarzusteilen, was bereits geschehen ist und was noch geschehen kann und muß, um unser etwaiges Auftreten an den Meerengen vorzubereiten. Der Minister empfiehlt hierbei, sich nacheinander mit folgenden Fragen zu befassen, entsprechend der in seiner alleruntertänigsten Denkschrift vermerkten fünf Punkte:

1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilisation einer genügend starken Landungstruppe.

2. Maßnahmen zur Ausrüstung der hierfür erforderlichen Verkehrswege.

3. Maßnahmen zur Vergrößerung unserer Transportmittel bis zu einem Maße, das den Bedürfnissen einer Landungsoperation entspricht.

4. Maßnahmen, um die Schwarze-Meer-Flotte in eine Lage zu bringen, bei der sie den Kräften der ottomanischen Flotte überlegen wäre, um gemeinsam mit der Armee die Aufgabe eines Durchbruchs durch die Meerengen bewerkstelligen zu können, um sie provisorisch oder, falls nötig, dauernd zu besetzen.

5. Die Frage der Verwirklichung der sogenannten Bergrückenbahn im Kaukasus, die von den übrigen Maßnahmen zur Verstärkung der Verteidigungsmittel im Gewässer des Schwarzen Meeres und an den Grenzen der Türkei nicht getrennt werden kann.

Die Landungsarmee, ihre Zusammensetzung und ihre Mobilisation

1. Auf Vorschlag des Außenministers wendet sich die Konferenz der Beratung der Frage bezüglich der Landungsarmee, ihrer Zusammensetzung und ihrer Mobilisation zu.

Der Chef des Generalstabs weist zunächst darauf hin, daß für die Besitzergreifung der Meerengen eine ziemlich bedeutende Truppenzahl und eine strategische Ausgestaltung der Operation notwendig wäre. Dazu übergehend, welche Truppenteile für die Landungsoperationen verwendet werden könnten, erklärt General der Kavallerie Shilinski, daß hierfür die dem Objekt nächstgelegenen, nämlich die im Gebiete von Sewastopol und Odessa liegenden VII. und VIII. Armeekorps in Aussicht genommen wären. Zur Festigung der Operationen würde es wahrscheinlich notwendig werden, noch zwei Armeekorps aus den Innenbezirken herbeizuführen. Der Chef des Generalstabs weist hierauf darauf hin, daß die erste Staffel der Landungsarmee, die gleichzeitig an Land gehen müßte, mindestens ein Armeekorps, d. h. 30 000 bis 50 000 Mann, stark sein müßte, da eine geringere Truppenzahl leicht überwältigt werden könnte. J. G. Shi-

linski macht hierbei jedoch den Vorbehalt, daß man angesichts der großen Schwierigkeiten einer Landungsoperation die erste Truppenstaffel nur unter besonders günstigen Verhältnissen, wenn ein großer Widerstand nicht zu erwarten sein sollte, auf ein Armeekorps beschränken könnte. Es sei geplant, die erste Staffel als kombiniertes Armeekorps aus den Kopfteilen des VII. und VIII. Armeekorps, und zwar aus der in Sewastopol und Simferopol liegenden 13. und der in Odessa liegenden 15. Division und der 4. Schützenbrigade zu bilden. Unter Hinweis auf den von ihm erwähnten Zusammenhang zwischen der für die Besitzergreifung der Meerengen notwendigen Truppenzahl und der politischen und strategischen Gestaltung dieser Operation verweilt der Chef des Generalstabs bei der Frage unserer etwaigen Gegner in dieser Angelegenheit. Als solche seien zunächst die Türken zu nennen. Sie verfügen gegenwärtig bei Konstantinopel über sieben Armeekorps. Nach dem neuen Plan Enver-Paschas, dessen Verwirklichung übrigens noch sehr fraglich sei, beabsichtigen sie, an der europäischen Küste der Meerengen drei Armeekorps zu belassen.

Der Außenminister bemerkt hierzu, daß der Besitzergreifung der Meerengen durch uns auch noch Griechenland und Bulgarien entgegengetreten könnten. Aber angesichts ihrer historischen Feindschaft und den gegenseitig widerstreitenden Interessen spricht vieles dafür, daß, sollte einer dieser Staaten sich als unser Feind entpuppen, der andere sich auf unsere Seite stellen würde und daß sie somit einander lähmen würden.

Auf die Frage, ob wir in einem solchen Falle auf eine Unterstützung Serbiens rechnen könnten, antwortet S. D. Sasonow, daß man nicht annehmen könnte, daß unsere Operationen gegen die Meerengen ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden, und daß anzunehmen wäre, daß unter solchen Umständen Serbien alle seine Kräfte gegen Österreich-Ungarn richten würde.

Der Chef des Generalstabs hebt die ganze Bedeutung eines serbischen Vorgehens gegen Österreich-Ungarn für uns hervor im Falle unseres bewaffneten Zusammenstoßes mit diesem. Nach den ihm gewordenen Mitteilungen würde Österreich-Ungarn 4—5 Armeekorps zum Kampfe gegen Serbien einsetzen müssen. General Shilinski lenkt hierauf die Aufmerksamkeit darauf, daß für uns in militärischer Hinsicht die Stellung wichtig wäre, die Rumänien im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges einnehmen würde.

S. D. Sasonow erwidert hierauf, daß Rumänien, obgleich es sich formell dem Dreibunde auch nicht angeschlossen habe, dennoch zweifellos ein gegen uns gerichtetes militärisches Abkommen mit Österreich abgeschlossen hätte. Dies bestätigt seinerseits der aus seiner früheren Tätigkeit mit Rumänien vertraute Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel. Die jetzt zu beobachtende günstige Wendung in der rumänischen Politik und öffentlichen Meinung gestattet

jedoch, nach Ansicht des Außenministers, bis zu einem gewissen Grade daran zu zweifeln, daß Rumänien wirklich im Falle unseres Krieges mit Österreich gegen uns auftreten würde; positive Gründe, hierauf zu rechnen, hätten wir jedoch nicht. Auf die Frage unserer etwaigen Gegner an den Meerengen zurückkommend, weist S. D. Sasonow darauf hin, daß Deutschland und Österreich im Falle unseres Zusammenstoßes mit dem Dreiverbände keinerlei Truppen in der Richtung nach den Meerengen entsenden würden und daß schlimmstenfalls Italien dorthin eine Landungstruppe schicken könnte, obgleich es für Italien gefährlich sein würde, seine Grenze gegen Frankreich zu entblößen.

Unter Berufung auf die Äußerungen des Außenministers über die allgemeine Situation, in der eine Entscheidung der Meerengenfrage erwartet werden könnte, gibt der Chef des Generalstabs seinerseits der Überzeugung Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre. General der Kavallerie Shilinski hält es daher für seine Pflicht, zu betonen, daß die Entsendung von Truppen für eine Expedition gegen die Meerengen und selbst die Möglichkeit einer solchen Operation von der allgemeinen Konjunktur zu Anfang des Krieges abhängen würde. Die für diese Expedition in Aussicht genommenen Armeekorps können nach J. G. Shilinski nur dann gegen Konstantinopel entsandt werden, wenn an der Westfront kein Kampf stattfinden sollte oder dort die Dinge günstig stehen sollten. Widrigenfalls würden diese Truppen an die Westgrenze entsandt werden müssen, denn ein erfolgreicher Kampf an der Westgrenze würde auch die Meerengenfrage in günstigem Sinne entscheiden. Da nach dem für den Fall eines Kampfes an der Westfront aufgestellten Kriegsplan sämtliche Truppen aus den Innenbezirken den an der Westfront operierenden Truppen eingereiht werden müßten, so würde es leider nicht möglich sein, an dieser Front die für die Landungsoperation in Aussicht genommenen südlichen Armeekorps durch andere Truppenteile aus dem Inneren des Reiches zu ersetzen, um eine Entsendung dieser Armeekorps nach Konstantinopel unter allen Umständen zu ermöglichen. Auf die Frage des Außenministers, ob die Lage in dieser Beziehung sich durch die jetzt in Ausführung befindliche Verstärkung unseres Heeres ändern würde, erwiderte der Chef des Generalstabs, daß diese Verstärkung nur in zwei in den Jahren 1915 und 1916 zu bildenden Armeekorps zum Ausdruck kommen würde. Diese Armeekorps werden an unserer Westgrenze liegen und dienen nur dem Ausgleich der kürzlich erfolgten Verstärkung der deutschen und österreichischen Heere. Abgesehen davon kann die Formierung von zwei neuen Armeekorps augenscheinlich nicht einen Ausgleich bilden für die Entsendung von vier Armeekorps nach Konstantinopel, wie sie für eine solche Expedition benötigt würden.

Aus den Worten des Chefs des Generalstabs folgt der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel, daß falls bei Kriegsausbruch Operationen an unserer Westfront stattfinden würden, man nicht sicher sein könnte, ob die für die Besitzergreifung der Meerengen erforderliche Landungstruppe vorhanden sein würde und ob diese Expedition überhaupt würde verwirklicht werden können, wenn die Stunde für sie gekommen sein wird. M. N. Giers betont, daß es erwünscht wäre, speziell für die Landungsoperation die erforderlichen Truppen zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß sie von dieser Aufgabe abgelenkt und für einen anderen Zweck verwendet werden könnten, und regt die Frage an, ob es vielleicht möglich wäre, für die Operation gegen Konstantinopel die im Kaukasus liegenden Armeekorps zu bestimmen. Zugunsten einer solchen Gestaltung führt der Kaiserliche Gesandte in Konstantinopel die Erwägung an, daß im Falle einer Anarchie in Konstantinopel es keinen Kampf an unserer türkischen Grenze geben würde und unsere kaukasischen Armeekorps frei sein würden.

General der Kavallerie Shilinski hält den von M. N. Giers ausgesprochenen Gedanken nicht für annehmbar, da eine Expedition nach Konstantinopel nach Ansicht der militärischen Stellen uns nicht vor einem Kriege an der kaukasischen Grenze bewahren würde. Ein großer Teil der türkischen Kräfte befinde sich in Kleinasien. Nach dem Plane Enver-Paschas bestehe die Absicht, im europäischen Teile der Türkei nur drei Armeekorps zu belassen. Im Falle einer Landungsoperation an den Meerengen, müßte unsere Aufgabe darin bestehen, eine Zusammenziehung der übrigen Armeekorps bei Konstantinopel zu verhindern und sie an die kaukasische Grenze abzulenken. Unsere drei kaukasischen Armeekorps müssen daher mobilisiert werden, sowie mit der Ausführung der Landungsexpedition begonnen wird.

Der Generalquartiermeister des Generalstabs, Generalleutnant Danilow, ergänzt das Dargelegte dahin, daß es unmöglich wäre, die im Kaukasus liegenden Truppen für die Landungsoperation vorzusehen, seiner Ansicht nach schon deshalb, weil die Mobilisierung im Kaukasus infolge der örtlichen Verhältnisse sehr langsam vor sich gehe. Die Verkehrsdichtigkeit der kaukasischen Eisenbahnen sei ungenügend, die russische Ortsbevölkerung ist an Zahl gering, und man muß die Truppenteile vielfach durch Reservisten aus den inneren Gouvernements ergänzen. Die Mobilisierung im Kaukasus dehne sich aus diesen Gründen mindestens über 3 Wochen aus. Der Generalquartiermeister spricht sich hierauf entschieden gegen die Möglichkeit aus, einige Truppenteile ausschließlich für eine Expedition nach Konstantinopel zu bestimmen. Er ist der Überzeugung, daß, unabhängig von der Schwierigkeit der Aufgabe, die Besitzergreifung Konstantinopels durchzuführen, das tief im Bosphorus liegt, wir immer

mit der Notwendigkeit rechnen müßten, unsere gesamten Kräfte nach dem Westen gegen Deutschland und Österreich zu richten, wieviel Truppen immer wir auch haben mögen, auch wenn es viel mehr wären als es jetzt sind. Nur die Strategie ist gut, die eine starke Strategie ist. Der Krieg an unserer Westfront würde die äußerste Anspannung aller Kräfte des Staates erfordern, bei der wir auf kein Armeekorps verzichten könnten, um es für spezielle Aufgaben zurückzulassen. Wir müssen bestrebt sein, den Erfolg auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz sicherzustellen. Mit dem Siege auf diesem Kriegsschauplatz würden uns günstige Entscheidungen auch in allen Teilfragen zufallen. Bei einem Kampfe an der Westfront, oder in Vorsehung eines solchen Kampfes, muß nach Ansicht des Generals Danilow eine Abtrennung von vier Armeekorps für die Landungsoperationen an den Meerengen als unzulässig und unmöglich erachtet werden. Die Sicherung Konstantinopels gegen eine Besitzergreifung durch dritte Mächte müsse eine besondere Aufgabe unserer Politik bilden.

Mit einer solchen Beleuchtung der Frage ist der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabs der Marine, Kapitän zweiten Ranges, Nemitz nicht einverstanden. Indem er die Richtigkeit der These vollauf anerkennt, daß man auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz gegen den Hauptgegner stark sein und deshalb Aufgaben von geringerer Bedeutung opfern müßte, würde er sich den Schlußfolgerungen des Generaladjutanten Danilow anschließen, wenn wir auf dem Wege nach den Meerengen und Konstantinopel den gleichen Hauptgegner gegen uns hätten wie an der Westfront, das heißt die deutsch-österreichischen Kräfte. Dann wäre offensichtlich unsere einzige Aufgabe, die deutschen und österreichischen Heere zu schlagen, worauf wir in Berlin und Wien unseren Willen diktieren und die Meerengen erhalten würden. In Wirklichkeit erscheint jedoch nach Ansicht des Generalstabs der Marine die Situation im anderen Licht. Auf dem Wege zu den Meerengen besitzen wir ernste Gegner nicht nur in Deutschland oder Österreich. Wie erfolgreich unsere Operationen an der Westfront auch sein würden, die Meerengen und Konstantinopel würden sie uns nicht geben. Die fremden Flotten und Armeen könnten sie besetzen, während der Kampf an unserer Westgrenze vor sich ginge. Kapitän Nemitz ist daher der Ansicht, daß wir gleichzeitig mit den Operationen an der Westfront mit militärischer Gewalt Konstantinopel und die Meerengen besetzen müßten, um zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen die vollendete Tatsache einer Besitzergreifung derselben durch uns zu schaffen. Nur in einem solchen Falle würde Europa der Lösung der Meerengenfrage unter den Bedingungen, wie wir sie brauchen, zustimmen. Wenn man aus dem Bestande unserer jetzigen Armee für diese Aufgabe nicht die nötige Truppenzahl absondern könnte, so müßten nach Ansicht des

Kapitans Nemitz speziell für diesen Zweck drei neue Armeekorps gebildet werden. Ein solches neues Opfer für die Rüstungen kann nicht als die Kräfte Rußlands übersteigend anerkannt werden, falls damit die Erreichung unserer historischen Aufgaben gesichert werden sollte.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Kapitans Nemitz weist der Chef des Generalstabes darauf hin, daß sein Gedanke, noch neue Armeekorps für die Konstantinopeler Expedition zu schaffen, gegenwärtig nicht zu verwirklichen wäre. In dem Wunsche, nach dem erfolgten Meinungsaustausch die Stellung des Kriegsministeriums zur Frage einer Bestimmung von Truppen für die Landungsoperationen an den Meerengen genauer zu präzisieren, ergänzt J. G. Shilinski das diesbezüglich von ihm vorher Gesagte. Die Meerengen haben nach seiner Überzeugung in den Augen eines jeden Russen eine so ungeheure Bedeutung, daß man bestimmt sagen kann, daß, sollte die Gefahr ihres Überganges von der Türkei in fremde Hände eintreten, wir es nicht werden ablehnen können, von ihnen Besitz zu ergreifen, und würden daher sofort eine Landungsarmee nach Konstantinopel senden. Es ist anzunehmen, daß dies nur während einer Krise wird geschehen können, die zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen würde. Der Krieg an den Meerengen um Konstantinopel kann jedoch dem Zusammenstoß an unserer Westfront vorangehen. Nach Ansicht des Chefs des Generalstabes ist es sehr wahrscheinlich, daß es so auch kommen würde. In einem solchen Falle kann natürlich auch keine Rede davon sein, die für diesen Zweck in Aussicht genommene Landungsarmee abzulenken. Hiervon könnte nur bei einer anderen strategischen Konjunktur die Rede sein, wenn der Krieg mit Operationen an der deutsch-österreichischen Grenze beginnen und eine Konzentration aller Kräfte an der Westfront erfordern sollte. Nach dem für den Fall von Operationen zur Besitzergreifung der Meerengen ausgearbeiteten Kriegsplan sind, wie bereits erwähnt, für diesen Zweck das 7. und 8. Armeekorps in Aussicht genommen. Diese Armeekorps sind jedoch auch in dem Kriegsplan für die Westfront eingesetzt. Das erste dieser Armeekorps müßte in diesem Falle in die gegen Österreich operierende Armee eingereiht werden, während das zweite für die Operationen gegen Rumänien in Aussicht genommen ist. Nur im Falle der Neutralität Rumäniens könnte das 8. Armeekorps frei bleiben.

Auf Wunsch des Außenministers beleuchtet hierauf der Chef des Generalstabes die Frage der Dauer einer Mobilisation der für die Landungsoperationen in Aussicht genommenen Truppen. Die 13. und 15. Division und die 4. Schützenbrigade, das heißt die zur Formierung der ersten Staffel der Landungsarmee bestimmten Teile, haben einen Kompagniebestand von 60 Reihen Stärke, deren Mobilisierung ohne die Artillerieparks fünf Tage dauern würde. Die übrigen zum

Bestand der 7. und 8. Armeekorps gehörigen Teile bestehen vorläufig aus Kompagnien von 48 Reihen Stärke und werden daher in acht bis neun Tagen mobil gemacht. Die gleiche Zeit ist auch zur Mobilisation der beiden anderen Armeekorps erforderlich, durch die im Bedarfsfalle das Landungsheer verstärkt werden könnte. Nach dem neuen Verstärkungsplan für unsere Armee können alle Infanterieteile in kürzester Zeit auf einen Kompagniebestand von 60 Reihen gebracht werden. Die Dauer ihrer Mobilmachung würde sich somit auf fünf bis sechs Tage reduzieren, da mit einer Vergrößerung der Reihenzahl der Kompagnie das Mobilisationsgebiet eingeengt wird. Sollte es für notwendig erkannt werden, so könnte man bei den für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Truppen die Kriegsbereitschaft noch erhöhen, indem man den Kompagniebestand auf 84 oder gar 100 Reihen verstärkt. Der neue Plan für die Verstärkung der Armee zieht die Einführung dieser Höchstnorm einer Ergänzung für gewisse Truppenteile vor, wobei die Militärbehörde durch innere Verfügungen diese oder jene Truppenteile in diese Zahl aufnehmen kann. Eine so intensive Ergänzung ist jedoch in erster Linie bei den an unserer Westgrenze stehenden Heeren erforderlich. Da es sich jedoch als notwendig herausstellen könnte, die erste Staffel der für die Konstantinopeler Expedition vorgesehenen Landungsheere, das heißt die 13. und 14. Division und die 4. Schützenbrigade in möglichst kurzer Zeit abzutransportieren (z. B. im Falle eines Ausbruchs der Anarchie in Konstantinopel), so könnte man, falls hierfür besondere Allerhöchste Direktiven erteilt werden sollten, diese Teile den Truppen einfügen, deren Bestand bis auf 84 Reihen vergrößert werden sollen, wodurch die Mobilisationsdauer noch weiter verringert werden würde. J. G. Shilinski würde jedoch, um diese Maßnahme auf die zwei vorderen Divisionen oder auf das gesamte 7. und 8. Armeekorps auszudehnen, es für möglich erachten, die Maßnahme nur im äußersten Falle zu ergreifen, da eine solche Verstärkung dieser Armeekorps nur auf Kosten der an der Westfront liegenden Truppen erfolgen könnte, deren Stärke eine besondere Sorge der Militärbehörde bildet. Der Chef des Generalstabs hebt hervor, daß das Gesagte sich nur auf die Infanterie beziehe und geht hierauf zu der Mobilisierung der Artillerie über. Bisher gab es in unserer Artillerie in Friedenszeiten nur Züge mit vier Geschützen und zwei Munitionswagen in der Batterie. Infolgedessen dauerte die Mobilisation 18 Tage. Nach dem jetzt zur Durchführung gelangenden Heeresverstärkungsplane wird in der Artillerie die Zahl der Züge wesentlich erhöht. In allen Grenzbezirken werden in Friedenszeiten pro Batterie Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen vorgesehen. Bei einem solchen Bestand kann die Artillerie bereits am zweiten oder dritten Mobilisationstage ausrücken. In den Innenbezirken wird die Batterie Züge mit vier Geschützen und vier Munitionswagen be-

sitzen und in 12—14 Tagen mobilisiert sein. Da der Odessaer Bezirk zu den Innenbezirken zählt, so wird die Artillerie der ihn bildenden 7. und 8. Armeekorps mit Durchführung der Reform nicht wesentlich günstiger dastehen als jetzt in bezug auf Schnelligkeit der Mobilisierung. Sollte es daher für notwendig erachtet werden, für sie die Kriegsbereitschaft zu erhöhen, so könnte man, unter Voraussetzung Allerhöchster Direktiven, auch bei der Artillerie des Odessaer Kreises die Zahl der Züge verstärken, wie sie in den Grenzbezirken vorgesehen ist, was natürlich nur auf Kosten einiger Artillerietruppententeile in diesen Bezirken erfolgen könnte oder dadurch, daß für die Truppen des Landungskorps der verstärkte Bestand der Friedenszeit durchgeführt würde.

Was die Kavallerie anbelangt, so befindet sie sich stets im Zustande der Mobilisation. Es besteht übrigens die Absicht, in jedem Armeekorps des Landungsheeres ein Regiment Kavallerie zu führen.

Seine Ausführungen zusammenfassend, weist General der Kavallerie Shilinski darauf hin, daß mit Verwirklichung der bereits beschlossenen und in nächster Zeit durchzuführenden Maßnahmen, die für die Landungsarmee vorgesehenen Fußtruppen in fünf bis sechs Tagen, die Artillerie in zwölf bis vierzehn Tagen mobil sein werden und daß man vermutlich im Falle der Allerhöchsten Einwilligung die Dauer der Mobilisation für die Fußtruppen der ersten Staffel der Landungsarmee, das heißt der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade auf drei bis vier Tage wird herabsetzen und die Mobilisierung der Artillerie des 7. und 8. Armeekorps gleichfalls beschleunigen könnte.

Was die für den Transport dieser Truppen nach den Häfen zur Verschiffung erforderliche Zeit anbetrifft, so könnte die Verschiffung der 13. und 15. Division und der 4. Schützenbrigade, die in Odessa und Sewastopol (und zum Teil in Simferopol) liegen, sofort erfolgen. Der Abtransport der übrigen Truppenteile des 7. und 8. Armeekorps würde nicht mehr als zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Die Zuführung nach den Häfen der beiden anderen Armeekorps aus den Innenbezirken würde zirka sechs Tage dauern.

Nach den in Händen des Chef des Generalstabs befindlichen Unterlagen würden die Vorbereitungen der für die Landungsoperationen notwendigen Transportmittel bei der schwachen Entwicklung dieser Mittel im Schwarzen Meer etwas mehr Zeit erfordern als die Mobilisierung der Landungsarmee nach der dargelegten Berechnung. General Shilinski glaubt daher, daß, solange nicht die Möglichkeit einer rascheren Mobilisation der Transporte gegeben sein wird, kein Grund vorhanden sei, weitere Maßnahmen zu treffen, um die für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Armeekorps in einen noch mehr erhöhten Zustand der Kriegsbereitschaft zu versetzen, um so mehr, als dies nur auf Kosten der Kriegsbereitschaft an der West-

front erfolgen könnte. Sollte es mit der Verbesserung des Transportwesens notwendig erscheinen, die Mobilisationsdauer des Landungsheeres noch weiter zu verkürzen, so würde das, wie bereits gesagt, durch innere Maßnahmen der Militärbehörden zu ermöglichen sein.

Der Marineminister bestätigt die Richtigkeit dessen, was der Chef des Generalstabs über die Dauer der Vorbereitungen für die Transportoperationen gesagt hat, über die er bei Beratung dieses Gegenstandes ausführliche Angaben machen würde. Jetzt könnte allerdings die Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres nicht früher als am zehnten Tage erfolgen. Sollte es gelingen, diesen Termin abzukürzen, so würde das Marineministerium es nicht unterlassen, den Generalstab hiervon in Kenntnis zu setzen.

Die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zur Verschiffung erforderlichen Verkehrswege

2. Die Konferenz geht hierauf zu der Frage der Verkehrswege über, die für den Abtransport des Landungsheeres nach den Häfen zwecks Verschiffung erforderlich sind.

Der Chef des Generalstabs teilt diesbezüglich mit, daß die vorhandenen Eisenbahnen im allgemeinen dem bezeichneten Bedürfnis genügen und daß die nach Odessa führenden Linien gegenwärtig noch verstärkt würden. Von diesen neuen Linien erscheinen vom Standpunkte des Kriegsministeriums in diesem Gebiet als die wichtigsten die Bahnen Bachmatsch—Odessa und Jekaterinoslaw—Cherson. Die erste Bahn ist schon bereits nahezu fertig, die zweite ist zum Bau geplant. In bezug auf die Eisenbahnen kann daher vom Standpunkte der Landungsoperationen gegen Konstantinopel die Lage als befriedigend bezeichnet werden.

Die für die Landungsoperation notwendigen Transportmittel

3. Die Konferenz wendet sich hierauf der Prüfung der Frage bezüglich der für den Abtransport des Landungsheeres nach den Meeren erforderlichen Transportmittel zu.

Der Marineminister betont zunächst, daß unter den bestehenden Verhältnissen für die Ausführung dieser Operation die Vorbedingungen wenig günstig seien. Die Hauptschwierigkeit liege in dem völligen Mangel an Transportmitteln im Schwarzen Meer. Hinzu kommt, daß diese Transportmittel den Zwecken des Truppentransportes nicht angepaßt sind und daß noch keine richtige Organisation für die Erfassung und Mobilisierung der im Schwarzen Meer liegenden Schiffe vorhanden ist. Die Überführung einer genügend starken Lan-

dungstruppe in kurzer Zeit könnte, wie der Marineminister ausführt, nur gesichert werden nach Verwirklichung einer Reihe von Maßnahmen mit vereinten Kräften mehrerer Ressorts. Generaladjutant Grigorowitsch ersucht hierauf den Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine, Kapitän Nemitz, der Konferenz genauere Erläuterungen zu dieser Frage zu geben.

Unter Hinweis darauf, daß die Angelegenheiten der Transportoperation im Schwarzen Meere bisher dem Stabe des Odessaer Bezirks oblag und daß erst in Kürze die Übertragung dieser Obliegenheit an das Marineressort erfolgen wird, weist Kapitän Nemitz darauf hin, daß die Vorbereitungen zur Verschiffung der ersten Staffel des Landungsheeres unter den heutigen Verhältnissen mindestens zehn bis zwölf Tage erfordern würden, so daß man damit rechnen müsse, daß vom Tage der Mobilmachungserklärung bis zur Landung mindestens zwei Wochen vergehen würden. Wenn die Transportschiffe rechtzeitig nach den Verschiffungsplätzen zurückkehren sollten, so könnten sie frühestens eine Woche nach Abtransport der ersten Truppen die zweite Fahrt antreten. Die Zahl der Truppen, die bei einer Fahrt transportiert werden könnten, ist unter den heutigen Verhältnissen nur mit einer Division des Kriegsbestandes, das heißt insgesamt etwa 20000 Mann, zu veranschlagen. Diese Zahl könnte gegenwärtig auf ein Armeekorps in Kriegsstärke erhöht werden, wenn eine Organisation geschaffen würde, die es gestattete, für Transportzwecke den ganzen Bestand der Handelsflotte im Schwarzen Meer zu mobilisieren¹.

Im Verlauf von zwei oder drei Jahren könnte man bei planmäßiger Arbeit die Verschiffung einer noch größeren Truppenzahl, das heißt zwei oder drei Armeekorps, bei mehrmaliger Fahrt vorbereiten. Hierzu ist in erster Linie notwendig, für die Landungsoperation außer den russischen auch noch alle im Schwarzen Meer befindlichen ausländischen Schiffe heranzuziehen, was nicht geschehen könnte ohne die vorherige Schaffung einer entsprechenden Organisation. Als Hauptmittel, um den Transport einer so bedeutenden Landungsarmee zu sichern, muß der Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere betrachtet werden. Dieser Zweck kann nur erreicht werden durch eine übereinstimmende und energische Tätigkeit des Finanzministeriums, des Ministeriums für Handel und Industrie und des Marineministeriums und erfordert eine Reihe von Maßnahmen, von denen die wichtigste ein Abkommen zwischen der Regierung und den vom Staat unterstützten Schiffahrtsgesellschaften,

¹ Hierbei darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß für die Landungsoperation nicht alle zum Bestande unserer Schwarzmeerhandelsflotte gehörigen Schiffe herangezogen werden können, sondern nur die, welche am Tage der Mobilisation sich im Schwarzen Meer befinden würden.

im besonderen mit der Freiwilligenflotte, wäre, in Sachen einer Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die den besonderen Ansprüchen des Truppentransportes genügen. Kämen zu dem Geschwader 15 solcher Transportschiffe von entsprechendem Tonnengehalt hinzu, so würde dies gestatten, die Zahl der auf einer Fahrt zu transportierenden Truppen um ein Armeekorps zu erhöhen.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten unterstreicht seinerseits die ganze staatswichtige Bedeutung einer Vergrößerung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer. Der Ausbau der letzteren sei nicht nur vom Standpunkte unserer militärischen Aufgaben notwendig, sondern entspricht auch dringenden wirtschaftlichen Bedürfnissen. Leider werden bis auf den heutigen Tag nahezu fünfundneunzig Prozent unserer riesigen Ausfuhr durch das Schwarze Meer von ausländischen Schiffen besorgt, und viele Dutzende von Millionen gehen jährlich in die Hände von Ausländern über für den Abtransport unserer Güter. Der Wunsch, sich in dieser Beziehung vom Auslande frei zu machen, bedeutet eine weitere Rechtfertigung jener finanziellen Opfer, die eine baldige Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer erfordern würde.

Auf Antrag des Außenministers gibt die Konferenz dem Wunsche Ausdruck, die Regierung möchte unverzüglich für die Ausarbeitung von Maßnahmen Sorge tragen, die auf den Ausbau unserer Handelsflotte im Schwarzen Meere gerichtet sind.

M. N. Giers kommt auf die Frage der für die Durchführung der Transportoperation notwendigen Zeitdauer zurück. Der von Kapitän Nemitz bezeichnete Termin von zwei Wochen für das Eintreffen der Landungstruppen in Konstantinopel könnte nach Ansicht des Kaiserlichen Gesandten in der Türkei in manchen Fällen übermäßig lang sein. So könnte beispielsweise eine Expedition nach Konstantinopel durch Anarchie in der türkischen Residenz und die Gefahr einer Metzelei hervorgerufen werden. In einem solchen Falle wäre eine Beschleunigung der Aktion vonnöten. M. N. Giers bittet daher, klarzustellen, wie weit die Dauer der Ausführung der Landungsoperation bei einer entsprechenden Vorbereitung abgekürzt werden könnte.

Der Chef des zweiten operativen Teiles des Generalstabes der Marine erwidert, daß in dieser Hinsicht alles von dem Grade der Anpassung der Handelsflotte für die Transportoperationen und der Vorbereitung der Mobilisation abhängt. Sollten die Schiffe der freiwilligen Flotte in entsprechender Weise mobilisiert werden, so könnte eine Division in Kriegsstärke binnen einer Woche nach Konstantinopel geschafft werden.

Der Außenminister gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die ganze erste Staffel des Landungsheeres, das heißt das kombinierte Armeekorps, dessen Mobilisierung geplant ist, auf drei bis fünf Tage abgekürzt wird und sofort verschifft werden könnte, um somit vier bis

fünf Tage nach erfolgter Mobilisationserklärung am Bosphorus einzutreffen.

Der Chef des Generalstabes lenkt aus diesem Anlaß die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf, wie wichtig es wäre, die Schiffe, die für den Transport von Truppen berufen werden könnten, schon in Friedenszeiten dieser Aufgabe entsprechend auszurüsten. Es wäre nötig, sie mit zerlegbaren Pferdeständen, Rohrschlangen für Speisebereitung, Schaluppenbalken usw. zu versehen. Besonders sei für Anpassung der Schiffe für den Transport von Artillerie Sorge zu tragen, wobei die Neuorganisation der letzteren im Auge behalten werden müßte. Die entsprechende Ausrüstung der Schiffe muß den von Staats wegen unterstützten Gesellschaften zur Pflicht gemacht werden. Darüber hinaus ist es notwendig, in den Lagern der Häfen verschiedene, für die Landungsoperationen notwendige Gegenstände bereit zu halten und aufzubewahren.

Unter Betonung, daß bisher sehr wenig geschehen ist im Sinne einer Ausrüstung der Schiffe für Zwecke der Truppentransporte, erklärt der Marineminister, daß viele nützliche Winke in dieser Beziehung der in diesem Sommer im Schwarzen Meere bevorstehende Versuch einer Landungsoperation liefern würde. Es wird sich hierbei auch herausstellen, wie rasch diese Operation durchgeführt werden könnte. Es sei beabsichtigt, während der Sommermanöver in zweimaliger Überfahrt eine Division in Kriegsstärke, das heißt 20000 Mann, an die kaukasische Küste überzuführen. Die eine Hälfte dieser Truppen soll im Hafen, die andere am unausgebauten Ufer gelandet werden. Im ersten Falle würden die Landungsverhältnisse bis zu einem gewissen Grade ähnlich sein den Verhältnissen, unter denen unsere Landungstruppe bei einer Landung in Bulgarien und Benutzung der bulgarischen Häfen wird an Land gehen müssen. Im zweiten Falle würde eine gewisse Analogie mit der Landung unserer Truppen unmittelbar an der türkischen Küste ohne jede Unterstützung vom Lande aus vorliegen. Leider gestatten Erwägungen finanzieller Art es nicht, diesen Versuch in großem Umfange durchzuführen, da man eine große Zahl Schiffe dafür in Anspruch nehmen müßte, was zu teuer und für unseren Handel sehr schwierig sein würde.

Der Chef des Generalstabes gibt darauf dem Gedanken Ausdruck, daß man zur Beschleunigung der Vorbereitung der Landungsoperationen zweckmäßigerweise immer besondere Militärtransportschiffe zur Verfügung haben müßte.

Der Marineminister erklärt, dies würde große Ausgaben sowohl für den Erwerb der Transportschiffe, als auch für deren Unterhalt zur Folge haben. Diese Schiffe würden für die Flotte eine tote Last bedeuten, währenddem schon jetzt viele, insbesondere von den Mitgliedern unserer gesetzgebenden Körperschaften, unsere Flotte für nicht genügend schlagfertig hielten.

Die letzte Erwägung darf nach Ansicht des stellvertretenden Außenministers nicht gegen die Einfügung mehrerer Transportschiffe in die Schwarzmeerflotte geltend gemacht werden, da diese Schiffe zur Bewältigung einer besonderen rein militärischen Aufgabe bestimmt sein würden.

In Ergänzung des vom Marineminister Gesagten, fügt Kapitän Nemitz hinzu, daß der Generalstab der Marine gegenwärtig die Frage des Erwerbs einer kleinen Zahl geeigneter Schiffe studiere, um diese für den Transport von Pferden auszurüsten. Da die Überführung von Pferden besonders schwierig ist, so könnte diese Maßnahme die Beschleunigung der Landungsoperation wesentlich fördern.

Die Seestreitkräfte im Schwarzen Meer

4. Von der Beratung von Maßnahmen über die Verstärkung unserer Handelsflotte im Schwarzen Meer in einem Umfange, der den Anforderungen einer Landungsoperation zwecks Besitzergreifung der Meerengen entspricht, geht die Konferenz zu der Frage über, wie unsere Seestreitkräfte im Schwarzen Meer denen der ottomanischen Flotte überlegen gestaltet werden könnten und wie sie gemeinsam mit dem Heere den Durchbruch durch die Meerengen durchführen könnten, um von ihnen Besitz zu ergreifen. Der stellvertretende Chef des Generalstabes der Marine berichtet über das Verhältnis unserer Seestreitkräfte der Schwarzmeerflotte zu denen der türkischen Flotte in der Jetztzeit und den nächsten Jahren. Bisher besaß unsere Flotte zweifelsohne die Herrschaft im Schwarzen Meer. Im Herbst dieses Jahres werden jedoch der ottomanischen Flotte zwei Großkampfschiffe einverleibt: das von der Türkei bei England bestellte „Reschad V“ und der kürzlich von ihr in Brasilien erworbene „Rio de Janeiro“. Leider können wir vorläufig diesen Schiffen im Schwarzen Meer keinen einzigen Dreadnought gegenüberstellen, und es wird somit die Vorherrschaft im Schwarzen Meere in nächster Zeit auf die Türkei übergehen. Die bevorstehende Verstärkung der türkischen Flotte hat für uns überaus ungünstige Folgen, insbesondere vom Standpunkte der zur Beratung stehenden Operation für die Besitzergreifung der Meerengen. Solange die türkische Flotte im Schwarzen Meer herrschen wird, wird es nicht möglich sein, die Landungsoperation in Angriff zu nehmen, ohne vorher die Herrschaft der ottomanischen Seestreitkräfte beseitigt zu haben. Da es sich jedoch für die russische Schwarzmeerflotte als unmöglich erweisen könnte, in der fraglichen Zeit die türkischen Seestreitkräfte zu vernichten, so käme auch die Möglichkeit selbst einer Landungsoperation in Fortfall, solange unsere Seestreitkräfte nicht das Übergewicht erhalten haben werden. Das ungünstige Verhältnis zwischen unseren und den türkischen Seestreitkräften wird im Sommer 1915 sich zu

ändern beginnen, wenn allerdings keine neue Verstärkung der türkischen Flotte durch den Erwerb neuer fertiger Linienschiffe erfolgen sollte, was, wie die Vergangenheit gelehrt hat, durch finanzielle Schwierigkeiten kaum verhindert werden könnte. Infolge der vom Marineressort ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen ist es gelungen, den Bau der auf unseren Schwarzmeerwerften befindlichen Dreadnoughts so zu beschleunigen, daß damit gerechnet werden kann, die Schiffe „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ zum 1. Juni 1915 und zum 1. September desselben Jahres völlig fertigzustellen, statt 1916, wie das in den Verträgen vorgesehen war. Kapitän Nenjukow erwähnt die bestehende Meinung, die türkischen Dreadnoughts seien den bei uns in Bau befindlichen Dreadnoughts der Schwarzmeerflotte an Kampfkraft überlegen und erklärt, daß die ersteren in Wirklichkeit keine größeren Vorzüge als die letzteren besitzen. Gewiß, die türkischen Großkampfschiffe haben eine Bestückung mit 13 $\frac{1}{2}$ -Zoll-Geschützen, während unsere Dreadnoughts mit 12-Zoll-Geschützen bestückt sind. Wäre die Munition von gleicher Güte, so würde die Artillerie der türkischen Schiffe der unseren bedeutend überlegen sein. Die türkische Flotte wird jedoch mit englischer, viel schwächerer Munition versorgt als unsere Munition gleichen Kalibers. Man kann daher sagen, daß die beiden türkischen Dreadnoughts durch unsere 1915 auf dem Plan erscheinenden „Imperatriza Maria“ und „Alexander III.“ ungefähr in Schach gehalten werden könnten. Die Überlegenheit der Kräfte wird uns dann unsere übrige Flotte verleihen, das heißt die jetzt bestehenden vier verhältnismäßig wenig veralteten Panzerschiffe („Panteleimon“, „Joann Slatoust“, „Jewstafi“ und „Tri Sswjatitelja“), die wesentliche Vorzüge besitzen gegenüber den Kräften, über die die Türkei jetzt vor Hinzukommen der Dreadnoughts verfügt. Ende 1915 ist unsere Schwarzmeerflotte noch durch einen dritten im Bau befindlichen Dreadnought gleicher Art wie „Katharina II.“ verstärkt worden; außerdem im Jahre 1916 durch zwei Kreuzer. Endlich wurde beschlossen, den Bau noch eines vierten Großkampfschiffes gleicher Art mit den vorgenannten drei in Angriff zu nehmen, der 1917 fertiggestellt werden und die Bildung einer vollen Dreadnoughtbrigade abschließen soll. Außer diesem vierten Schiff ist beschlossen worden, noch zwei Kreuzer, acht Minenboote und sechs Unterseeboote zu bauen, die 1917 fertiggestellt sein werden. Inwieweit der Bau dieser Schiffe uns die Herrschaft auf dem Schwarzen Meer sichern wird, hängt von der weiteren Entwicklung unserer und der türkischen Seerüstungen ab. Das türkische Programm sieht den Erwerb von sechs Großkampfschiffen und zwölf Geschwader-Torpedoboote vor. Die Verwirklichung dieses Programms ist natürlich noch sehr unbestimmt.

Der Marineminister teilt diesbezüglich mit, daß das Marinementum noch eine weitere bedeutende Verstärkung unserer

Schwarzmeerflotte für die nächsten Jahre vorgesehen habe durch den Bau einer zweiten Brigade völlig moderner Großkampfschiffe.

Die Konferenz nimmt mit großer Befriedigung von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Absichten des Marinedepartements möglichst bald verwirklicht werden können.

Der Marineminister erklärt hierauf, wieso es nicht gelungen war, die für uns so ungünstige Abtretung des Dreadnoughts „Rio de Janeiro“ durch Brasilien an die Türkei abzuwenden. Das Marinedepartement hatte seinerzeit die Frage des Ankaufes dieses Kampfschiffes durch Rußland angeregt; später wurde englischen Quellen die Nachricht entnommen, daß dies Schiff nicht verkauft werden würde. Wenn die brasilianische Regierung ihren Beschluß geändert hat, so ist auf sie wahrscheinlich in dieser oder jener Weise eingewirkt worden. Das Marinedepartement ist jetzt nach Kräften bemüht, den Übergang anderer Großkampfschiffe, die von der Türkei etwa angekauft werden könnten, in deren Besitz zu verhindern. Nach den vorliegenden Mitteilungen wird die argentinische Regierung möglicherweise bereit sein, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Bau befindlichen Linienschiffe „Rivadavia“ und „Moreno“ zu verkaufen; auch scheint die chilenische Regierung geneigt zu sein, zwei gleichfalls im Bau befindliche Dreadnoughts der Klasse „Amirante Latorre“ zu verkaufen. Da andere große Einheiten auf dem Markte nicht vorrätig sind, würden wir durch deren Erwerb die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung der türkischen Flotte in der Gegenwart beseitigen und andererseits die Entwicklung unserer eigenen Seestreitkräfte beschleunigen. Sr. Majestät hat geruht, diesen Erwägungen zuzustimmen und zu befehlen, die im Auslande verkäuflichen Großkampfschiffe anzukaufen. Die hierzu erforderlichen Mittel können auf dem Wege des Art. 117 erhalten werden. Das Marinedepartement ist gegenwärtig damit beschäftigt, festzustellen, welche Schiffe und unter welchen Bedingungen erworben werden können. Die im Auslande erworbenen Großkampfschiffe könnten den Kern eines neuen Mittelmeergeschwaders bilden, dessen strategische Aufgabe es wäre, die Überlegenheit der türkischen Flotte über die unsere im Schwarzen Meere auszugleichen.

Der kaiserliche Gesandte in Konstantinopel spricht seine große Befriedigung darüber aus, daß der Beschluß gefaßt worden ist, die verkäuflichen Dreadnoughts zu erwerben.

Ihm schließt sich der Außenminister an. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung hervor, die das Erscheinen unserer Schiffe im Mittelmeere haben könnte im Sinne einer Ablenkung der türkischen Kräfte aus dem Schwarzen Meer.

Hierauf weist der Gesandte in Konstantinopel darauf hin, daß der Erwerb der beiden Großkampfschiffe den Türken eine große

moralische Kraft verliehen hätte und daß damit ebenso gerechnet werden müßte wie mit der Verstärkung ihrer materiellen Kräfte.

Der Marineminister erklärt hierzu, daß die Türken sich nicht sogleich mit so komplizierten Schiffen, wie die modernen Dreadnoughts es sind, werden vertraut machen können. Sie würden für die Führung der Schiffe Ausländer heranziehen müssen und die Ausbildung des Schiffkommandos würde mindestens 3 Monate erfordern.

Die Eisenbahnen im Kaukasus

5. Die Konferenz geht zu dem letzten der zur Beratung stehenden Punkte über, nämlich zu der Frage der Eisenbahnen im Kaukasus und insbesondere der sogenannten Bergrückenbahn.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß im Interesse der Landesverteidigung eine möglichst beschleunigte Erbauung einer Bergrückenbahn über den Kamm des Kaukasusgebirges dringend erforderlich wäre. Solange diese Bahn nicht verwirklicht sein würde, würde im Falle eines Kampfes an unserer türkischen Grenze unser Heer keine genügende Verbindung mit dem Hinterland besitzen. Die Schwarzmeerbahn könnte die Bergrückenbahn nicht ersetzen und bilde nur einen Notbehelf. Sie sei der Gefahr ausgesetzt, von der Meeresseite aus zerstört zu werden und mündet in einer Sackgasse am Berge von Suram. Der Bau der Bergrückenbahn ist auch erforderlich, um die Mobilisationsverhältnisse im Kaukasus günstiger zu gestalten, da, wie bereits erwähnt, die Mobilisation dort aus lokalen Gründen zu langsam erfolgt. Da man bei dem Kampf um Konstantinopel einen Zusammenstoß an der türkischen Grenze für unvermeidlich halten muß, so muß der für diesen Fall notwendige Bau der Bergrückenbahn in die Zahl der Maßnahmen zur Vorbereitung unserer Offensive am Bosphorus aufgenommen werden.

Der Chef der Abteilung des Außenministeriums für den Nahen Osten bemerkt, daß Komplikationen an der türkischen Grenze auch ohne den Kampf um die Meerengen eintreten und durch Unruhen in Armenien hervorgerufen werden könnten. Fürst Trubetzkoi weist nunmehr darauf hin, daß nach Errichtung der Bergrückenbahn die Erbauung von Eisenbahnen in den am Kaukasus grenzenden Gebieten der Türkei ihre Gefahr für uns verlieren würde. Für die Wegelosigkeit in diesen Gebieten sich einzusetzen, sei jetzt nicht mehr möglich. Wir mußten uns einverstanden erklären mit dem Bau eines ganzen Eisenbahnnetzes in Kleinasien und in der Grenzzone den Eisenbahnbau selbst in die Hand nehmen. Die Vernunft erfordere, daß wir den Bau der Bergrückenbahn bis zu dem Zeitpunkte zu Ende führen, wo die türkischen Bahnen sich unserer Grenze nähern werden. Der Bau der Bergrückenbahn müßte somit sofort in Angriff genommen werden.

Der Chef des Generalstabes weist darauf hin, daß außer der Bergrückenbahn noch mehrere strategische Eisenbahnen in Transkaukasien erforderlich wären:

1. Eine ununterbrochene doppelgleisige Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamisch bis Karaorgan (an der türkischen Grenze), die auch in Ausführung begriffen ist.

2. Wäre es sehr nützlich, eine Linie von der Station Michailow über Borshon bis Kars (mit einer Abzweigung nach Olty) zu verlegen, die der Schwarzmeerbahn einen Ausgang nach Kars verschaffen würde.

3. Könnte auch eine Linie von Batum nach Kars von Nutzen sein, für deren Bau, soweit bekannt, private Unternehmer vorhanden sind.

* * *

Nach Abschluß der Übersicht über die wichtigsten Fragen, die durch die Notwendigkeit einer planmäßigen Vorbereitung für eine möglicherweise in Kürze erforderliche Besitzergreifung der Meerengen durch uns akut geworden ist, spricht die Konferenz auf Antrag des Außenministers den allgemeinen Wunsch aus, die Regierung möchte durch sämtliche zuständigen Behörden alle Maßnahmen ergreifen lassen, die für die technische Ausführung dieser Aufgabe erforderlich sind. Zu den konkreten Maßnahmen übergehend, deren Notwendigkeit von den Vertretern der interessierten Ressorts in der vorangegangenen Diskussion klargelegt worden ist, hält es die Konferenz für erwünscht, daß in erster Linie die folgenden Maßnahmen durchgeführt würden, und zwar:

1. Die zur Bildung der ersten Staffel für die Konstantinopeler Expedition bestimmten Landungstruppen der 13. und 16. Division und der 4. Schützenbrigade sollen einen Kompagniebestand von 84 Reihen erhalten.

2. Die Artillerieteile des Odessaer Bezirkes sollen eine Verstärkung der Züge erhalten, wie sie für die Grenzbezirke in Friedenszeiten vorgesehen ist, das heißt Züge mit sechs Geschützen und zwölf Munitionswagen.

3. Das Finanzministerium, das Ministerium für Handel und Industrie und das Marineministerium müssen unter entsprechenden Bemühungen die dringlichsten und wirksamsten Maßnahmen zur Verstärkung unserer Transportmittel im Schwarzen Meer ergreifen. Im besonderen muß die Regierung mit den staatlich unterstützten Dampfschiffahrtsgesellschaften ein Übereinkommen treffen über eine Verstärkung ihrer Flotten, und zwar durch Schiffe, die sowohl in bezug auf die Bauart als auch die Ausrüstung den besonderen Anforderungen des Truppentransportes entsprechen.

4. Das Marinedepartement muß in der nächsten Zeit ein Mittel finden, die für die Überführung der ersten Staffel der Landungsarmee im Umfange eines Armeekorps erforderliche Zeitdauer auf vier bis fünf Tage, gerechnet vom Tage der Erteilung eines diesbezüglichen Befehls, herabzumindern.

5. Unsere Schwarzmeerflotte muß in möglichst kurzer Zeit durch eine zweite Brigade der modernsten und stärksten Großkampfschiffe verstärkt werden, und

6. es muß in möglichst kurzer Zeit der Bau der ununterbrochenen zweigleisigen Bahn von Tiflis über Kars und Ssarykamysch nach Karaorgan zu Ende geführt und die Bergrückenbahn erbaut werden. Außerdem ist notwendig, eine Eisenbahnlinie von der Station Michailowo über Borshon bis Kars (mit einer Zweigbahn nach Olty) zu führen, außerdem ist die Erbauung einer Eisenbahnlinie von Batum bis Kars durch Privatunternehmer erwünscht.

Die Konferenz ersucht den Außenminister, diese Vorschläge dem geneigten Wohlwollen Sr. Majestät zu unterbreiten.

gez. Sasonow J. Grigorowitsch J. Shilinski

(M. Pokrowski, Drei Konferenzen. S. 46 ff.)

*Der französische Botschafter in St. Petersburg an den
französischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nrn. 154, 155 St. Petersburg, den 18. April 1914

Chiffriert.

Eigenhändiger Vermerk Nikolaus' II. (mit Blaustift):

„Sir Buchanan wird wohl mein Gespräch mit ihm Paléologue mitgeteilt haben.“ Es folgt ein Vermerk von der Hand Sasonows (mit Tinte): Livadia, 11. April 1914.

Aus privater und zuverlässiger Quelle (die Worte „aus privater Quelle“ sind mit Blaustift zweimal unterstrichen) ist mir bekannt, daß die Beratung des Kaisers mit seinem Außenminister vor der Abfahrt in die Krim voll und ganz der Frage des englisch-russischen Bündnisses gewidmet war. (Ander Seite ein Fragezeichen mit gewöhnlichem Bleistift.) Bei der Erörterung des mehr oder weniger nahe drohenden Zusammenstoßes zwischen Rußland und Deutschland sah Seine Majestät auch die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei voraus. In diesem Falle wird die ottomanische Regierung die Meerengen schließen. Rußland würde sich zu dieser für seinen Handel und sein

Ansehen so abträglichen Maßnahme nicht gleichgültig verhalten können.

„Um die Meerengen zu öffnen,“ soll Seine Majestät geäußert haben, „würde ich zur Gewalt greifen.“

Wird aber Deutschland dann nicht auf die Seite der Türkei treten? In dieser möglichen Einmischung Deutschlands sah Kaiser Nikolaus gerade die hauptsächlichen Verwicklungen, die dem Orient drohen. Um nun die Türkei daran zu hindern, daß sie von Deutschland Hilfe erhält, und insbesondere, um sich (ein Wort ist nicht dechiffriert) zu sichern, hofft er gleichfalls auf den schnellen Abschluß eines Abkommens mit England.

Ich erlaube mir, Eure Exzellenz daran zu erinnern, daß Kaiser Nikolaus mir erklärt hat, er würde dem H. Präsidenten erkenntlich sein, falls dieser in der Unterredung mit König Georg Gründe anführen würde, die seiner Meinung nach eine englisch-russische Annäherung erfordern.

Würde es der H. Präsident nicht für nützlich halten, dem Kaiser persönlich das Ergebnis seiner Unterredungen mitzuteilen?

Ich weiß, daß sich H. Sasonow gleichfalls über jede Mitteilung in bezug auf Ihre Unterredungen mit Sir Edward Grey freuen würde.

8. Kapitel
Verhandlungen über eine englisch-russische
Marinekonvention

3. Kapitel
Verhandlungen über eine englisch-russische
Maritimekonvention

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimbrief

Paris, den 5./18. März 1914

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Nicolaus' II.: 'f.

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Der hier auf Urlaub befindliche französische Botschafter in St. Petersburg, Herr Paléologue, sagte mir, Seiner Majestät sei es in der gnädigen Unterredung, deren ihn Seine Majestät nach der Überreichung seiner Beglaubigungsschreiben würdigte, unter anderem genehm gewesen, die Frage der Rolle Englands im Dreiverbände zu berühren sowie auch den Umstand, daß es wünschenswert sei, das Londoner Kabinett zum Bewußtsein der Notwendigkeit der Übernahme genauerer und mehr bindender Verpflichtungen gegenüber Rußland zu bringen.

Ungefähr vor einem Jahre hatte ich die Ehre (sehr vertraulicher Brief vom 2./15. Februar 1913) von dem damals zwischen dem Pariser und dem Londoner Kabinett stattfindenden lebhaften Austausch von Mitteilungen zu schreiben, die die Geheimabkommen zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab betrafen. Dieser Austausch hat, wie ich mich seitdem überzeugen konnte, zur Unterzeichnung eines besonderen politischen Abkommens geführt, dessen genauer Wortlaut mir nicht bekannt ist, dessen Sinn jedoch darin besteht, daß beide Regierungen erklären, sie verpflichteten sich, falls die Verhältnisse Frankreich und England zu gemeinsamen aktiven Handlungen veranlassen sollten, die von den Generalstäben ausgearbeiteten Militärabkommen in Betracht zu ziehen.

Die englisch-französischen Beziehungen werden gegenwärtig somit durch zwei Dokumente bestimmt, und zwar durch das Militär- und Marineabkommen und durch das politische Abkommen. Das erste dieser Abkommen, das Militär- und Marineabkommen, ist, wie mir der ehemalige Außenminister H. Jonnart gesagt hat, in techni-

scher Beziehung noch genauer ausgearbeitet als das gleiche zwischen Frankreich und Rußland geschlossene Abkommen, trägt jedoch andererseits im Gegensatz zur russisch-französischen Militärkonvention (und der sie ergänzenden Marinekonvention) nur einen fakultativen Charakter. Das politische Abkommen hat, obgleich es schriftlich niedergelegt ist, gleichfalls keine bindende Kraft. Die Frage, ob England am Kriege teilnehmen wird oder nicht, wird von der britischen Regierung je nach den Umständen entschieden werden. Wenn sich jedoch England entsprechend dem Gange der Ereignisse zu einem gemeinsamen aktiven Vorgehen mit Frankreich entschließen sollte, so wird das Militär- und Marineabkommen automatisch in Kraft treten. Vor einem Jahre zweifelte die französische Regierung, gestützt auf den Gesamtcharakter der ihr vom Londoner Kabinett zugehenden Erklärungen, nicht daran, daß Frankreich, falls es in den Krieg verwickelt werden sollte, auf die bewaffnete Hilfe Englands rechnen könne. Obgleich seitdem in der politischen Gesamtlage Europas keine grundlegenden Änderungen eingetreten sind, ist das Londoner Kabinett unter dem Einflusse innerer Schwierigkeiten gegenwärtig anscheinend einer aktiven Außenpolitik weniger geneigt und leiht sein Ohr williger den Anhängern einer Annäherung an Deutschland. Wie ich mich aus meinen letzten Unterredungen mit H. Doumergue und dem Präsidenten der Republik überzeugen konnte, ist man hier der Ansicht, der jüngste Feldzug der deutschen Presse gegen Rußland habe großen Eindruck auf die englische Regierung gemacht, die, wie aus dem heutigen zweifellos inspirierten Aufsätze der „Times“ hervorgehe, sich wiederum der dem europäischen Frieden von seiten Deutschlands drohenden Gefahr sowie der Notwendigkeit bewußt werde, der von Deutschland angestrebten Vorherrschaft eine ernste Abwehr entgegenzusetzen.

Ich benutzte meine letzten Zusammenkünfte mit H. Doumergue und dem Präsidenten der Republik, um die Frage der russisch-englischen Beziehungen anzuschneiden. Sowohl der eine als auch der andere waren vollkommen genau darüber unterrichtet, was Seine Majestät H. Paléologue gegenüber zu äußern geruht hat. H. Doumergue sagte mir, er sei durchaus mit dem Gedanken einverstanden, daß es nach der jüngsten Erfahrung während der Balkankrise sowie in Anbetracht der geschlossenen und einheitlichen Handlungen der Dreibundmächte sehr wünschenswert sei, England zur Übernahme bestimmter Verpflichtungen uns gegenüber zu bewegen. Er fügte hinzu, die bevorstehende Ankunft Sir Edward Greys, der den König Georg hierher begleitet, werde ihm Gelegenheit geben, diese Frage persönlich in den Unterredungen mit dem englischen Minister anzuschneiden. H. Poincaré äußerte sich im selben Sinne und verlieh seiner Absicht Ausdruck, die Aufmerksamkeit König Georgs auf dieselbe Frage zu lenken. Die Ankunft des englischen Königspaares ist

auf den 8./21. April angesetzt. Sollten Sie daher der Ansicht sein, daß die Herren Doumergue und Poincaré in dieser Beziehung einen nützlichen Einfluß auf das Londoner Kabinett ausüben könnten, so würde ich Sie darum bitten, mich rechtzeitig mit Weisungen zu versehen, wie Sie diese Frage auffassen. Mir persönlich scheint es, daß die bevorstehenden Besprechungen zwischen den Leitern der französischen und der englischen auswärtigen Politik eine sehr günstige Gelegenheit zur Feststellung dessen abgeben könnten, inwieweit das Londoner Kabinett bereit wäre, den Weg einer näheren Vereinbarung mit Rußland zu beschreiten, daß jedoch die Frage der Form und des Inhalts einer derartigen Vereinbarung unmittelbar zwischen uns und den Engländern besprochen werden muß.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in Paris*

Sehr vertraulicher Brief Nr. 23

St. Petersburg, den 20. März/2. April 1914

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk
Nikolaus' II.: .f.

In Ihrem Briefe vom 5./18. März a. c. schnitten Sie die Frage einer näheren Vereinbarung zwischen Rußland und England an und äußerten den Wunsch, meinen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu erfahren, insbesondere im Hinblick darauf, daß die Leiter der französischen und englischen auswärtigen Politik diese Frage, was leicht möglich ist, während des bevorstehenden Pariser Besuchs des Königs Georg V. berühren könnten.

Aus diesem Anlasse halte ich es für meine Pflicht, Ihnen zu sagen, daß mir die weitere Festigung und Entwicklung des sogenannten „Dreiverbandes“ und wenn möglich seine Verwandlung in einen neuen Dreibund als dringende Aufgabe erscheint. Ein derartiges Bündnis, das die internationale Lage Rußlands, Frankreichs und Englands vollständig sichern würde, würde in Anbetracht dessen, daß die erwähnten Mächte keine Eroberungsabsichten haben, niemand bedrohen, sondern das beste Unterpfand für die Erhaltung des Friedens in Europa sein.

Zwischen Frankreich und England sind bereits einige Schritte unternommen worden im Sinne der Ausarbeitung von Bestimmungen, durch die nach Möglichkeit eine Wechselwirkung und eine genauere

Festsetzung der beiderseitigen Verpflichtungen erzielt werden soll. In derselben Richtung müssen offenbar auch wir vorgehen. Die Erörterung der einschlägigen Fragen könnte vielleicht mit den spruchreifen Besprechungen über eine ganze Reihe von Angelegenheiten verbunden werden, die die russischen und englischen Interessen auf verschiedenen Gebieten eng berühren.

Leider ist, wie Ihnen bekannt, die innere Lage Großbritanniens augenblicklich derart, daß sie die Aufmerksamkeit der Königlichen Regierung und der englischen Gesellschaft vollständig in Anspruch nimmt. Unter solchen Umständen ist der Boden für internationale Vereinbarungen, insbesondere für solche, die vom englischen Standpunkte aus so heikler Art sind, recht ungünstig, und man muß in der Verfolgung des gesteckten Zieles unwillkürlich sehr vorsichtig sein.

Trotzdem teile ich Ihre Ansicht, daß es nicht unnütz wäre, wenn die Herren Poincaré und Doumergue die persönliche Zusammenkunft mit König Georg und seinen Ministern ausnutzten und ihnen gegenüber vertraulich darauf hinwiesen, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein glückliches Ereignis begrüßt werden würde, das für alle drei Beteiligten des jetzigen Dreiverbandes in gleicher Weise wünschenswert sei. Die Bestimmung der Bedingungen, unter denen ein solches politisches Abkommen geschlossen werden könnte, müßte selbstverständlich Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen St. Petersburg und London sein. Vielleicht würde es jedoch die französische Regierung für angängig halten, Sir Edward Grey den Vorschlag zu machen, uns gemeinsam den Inhalt des zwischen Frankreich und England geschlossenen und von Ihnen erwähnten politischen Abkommens mitzuteilen. Dieses Abkommen könnte als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Sehr vertraulicher Brief

Paris, den 27. März/9. April 1914

Nach Empfang Ihres sehr vertraulichen Briefes vom 20. März/2. April Nr. 23 benutzte ich die erste Gelegenheit, um in einer Unterredung mit H. Doumergue nochmals die Frage einer näheren Vereinbarung zwischen Rußland und England anzuschneiden.

H. Doumergue bestätigte mir aufs bestimmteste seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Sir Edward Grey dahin auszusprechen, daß eine derartige Vereinbarung wünschens-

wert wäre. Seiner Meinung nach wird es ihm sehr leicht fallen, überzeugende Gründe für diesen Gedanken zu finden, denn es sei offenbar, daß, da einmal Frankreich besondere Militär- und Marineabkommen mit Rußland und England besitze, dieses System in Einklang gebracht und ergänzt werden müsse durch ein entsprechendes Abkommen zwischen Rußland und England. H. Doumergue ist der Ansicht, das russisch-englische Abkommen müsse die Form einer Marinekonvention annehmen, und hierbei würden vielleicht technische Beratungen zwischen allen drei Admiralstäben erforderlich sein. Was eine im Einvernehmen mit Sir Edward Grey zu erfolgende Mitteilung des zwischen Frankreich und England bestehenden politischen Abkommens an uns betreffe, so bestätigte mir H. Doumergue, daß Frankreich und England durch keinerlei bestimmte politische Verpflichtungen gebunden seien, daß jedoch beide Mächte, wenn der Verlauf der Ereignisse sie zu gemeinsamen aktiven Handlungen veranlassen sollte, sich von den durch die Generalstäbe ausgearbeiteten technischen Abkommen leiten lassen würden. H. Doumergue fügte hinzu, er erinnere sich nicht genau, ob das oben Erwähnte in irgendeine bestimmte Formel gekleidet sei, versprach mir jedoch, hierüber Erkundigungen vom Archiv des Ministeriums des Äußeren einzuholen und den von uns geäußerten Wunsch im Auge zu behalten.

Bis jetzt hatte ich nicht die Möglichkeit, mit dem Präsidenten der Republik das Gespräch über diesen Gegenstand zu erneuern; er verbringt die Osterferien an der Südküste Frankreichs und wird erst am Tage vor dem Eintreffen der englischen Gäste oder vielleicht sogar am Tage ihres Eintreffens selbst nach Paris zurückkehren. Ich werde jedoch versuchen, ihn gleich nach seiner Ankunft zu sprechen und mich mit ihm über den Inhalt Ihres Briefes auseinanderzusetzen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Sehr vertraulicher Brief

Paris, den 16./29. April 1914

Eingetroffen am 18. April 1914.

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk
Nikolaus' II.: *·f.*

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Nach Empfang Ihres sehr vertraulichen Briefes vom 20. März a.c. Nr. 23 habe ich nicht verfehlt, mich über seinen Inhalt unverzüglich

zuerst mit Doumergue und dann auch mit H. Poincaré gleich nach seiner Ankunft in Paris, d. h. einige Stunden vor dem Eintreffen des englischen Königspaares auseinanderzusetzen. Beide versprachen mir nochmals, den ersten günstigen Augenblick auszunutzen, um König Georg und Sir Edward Grey darauf hinzuweisen, daß ein näheres Abkommen zwischen Rußland und England erwünscht sei, und dem englischen Minister des Äußeren eine gemeinsame Mitteilung des Inhalts des zwischen Frankreich und England bestehenden politischen Abkommens an uns vorzuschlagen. Dieses Abkommen könne als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen.

Der erste Tag des hiesigen Aufenthalts der englischen Gäste war vollständig durch offizielle Besuche, Empfänge und Feierlichkeiten ausgefüllt, so daß keinerlei sachliche Unterredungen stattfanden. Am zweiten Tage konnte H. Doumergue nur ganz flüchtig, auf dem Wege zur Trupperschau in Vincennes, mit Sir E. Grey verhandeln. Am Donnerstag jedoch fand im Ministerium des Äußeren eine lange Beratung statt, an der von französischer Seite die Herren Doumergue, Paul Cambon und de Margerie und von englischer Seite Sir Edward Grey und sein persönlicher Sekretär Sir William Tyrrel teilnahmen. Am Abend desselben Tages beim Empfang im Ministerium des Äußeren teilte mir sowohl H. Poincaré als auch H. Doumergue aufs genaueste und fast mit denselben Worten das Ergebnis der erwähnten Unterredungen mit.

Der Gedankenaustausch zwischen den französischen und englischen Staatsmännern hat vor allem die Beziehungen zwischen Frankreich und England zum Gegenstand gehabt. Beim Eintritt in diesen Gedankenaustausch haben beide Parteien einmütig anerkannt, daß die zwischen beiden Ländern bestehenden Abkommen keinerlei förmlicher Änderungen oder Ergänzungen bedürfen, und daß Frankreich und England, indem sie nach wie vor folgerichtig und loyal allen auftretenden politischen Fragen gegenüber die sogenannte „entente cordiale“ anwenden, mit jedem Tage die sie verbindenden Bande stärken und erweitern. Hierbei wurde auch anerkannt, daß Rußland sowohl von Frankreich als auch von England aufs engste in die gemeinsame Politik dieser Staaten einbezogen wird. Dieser Gedanke ist, wie Sie natürlich bemerkt haben, durchaus klar in der hier und in London nach der erwähnten Beratung veröffentlichten Pressemitteilung zum Ausdruck gelangt. H. Doumergue sagte mir, jedes Wort dieser von H. Cambon redigierten Mitteilung sei nicht nur von ihm selbst, sondern auch von Sir Edward Grey sorgsam erwogen und geprüft worden. Sir Edward Grey habe es vollständig gebilligt, daß in der Mitteilung Rußland erwähnt werde, und daß sie einen Hinweis darauf enthalte, daß das Ziel der drei Mächte nicht nur die Aufrechterhaltung des „Friedens“, sondern auch des „Gleichgewichts“

sei. (Ich halte es für meine Pflicht, die von mir bereits telegraphisch übermittelte französisch-englische Mitteilung nochmals in einem Zeitungsausschnitt beizufügen.)

Nach beendeter Erörterung der verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen der laufenden Politik ging H. Doumergue zur Frage der russisch-englischen Beziehungen über und setzte Sir Edward Grey die zwischen ihm und mir vereinbarten Wünsche auseinander. Zugunsten eines näheren russisch-englischen Abkommens führte er hierbei hauptsächlich zwei Gründe ins Feld: 1. die Bemühungen Deutschlands, uns vom Dreiverbände abzulenken, der eine unzuverlässige und schwache politische Kombination sein soll und 2. die Möglichkeit, durch den Abschluß einer Marinekonvention zwischen uns und England einen Teil der englischen Seestreitkräfte nicht nur für ein tatkräftiges Vorgehen in der Ost- und Nordsee, sondern auch im Mittelmeere frei zu bekommen. (H. Doumergue wies unter anderem Sir Edward Grey darauf hin, daß wir nach zwei Jahren über ein starkes Dreadnoughtgeschwader in der Ostsee verfügen werden.) — Sir Edward Grey erwiderte H. Doumergue, er persönlich sympathisiere durchaus mit den von ihm geäußerten Gedanken und sei vollkommen bereit, mit Rußland ein Abkommen zu treffen in der Art der zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen. Er verhehlte jedoch H. Doumergue gegenüber nicht, daß nicht nur in der Regierungspartei, sondern sogar unter den Mitgliedern des Kabinetts Personen vorhanden seien, die gegen Rußland voreingenommen und einer weiteren Annäherung an Rußland wenig geneigt seien. Trotzdem gab er der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, H. Asquith und die übrigen Regierungsmitglieder zur Annahme seines Standpunktes zu bewegen, und schlug folgendes Verfahren vor: zuerst könnten beide Kabinette — das Londoner und Pariser — nach gegenseitiger Vereinbarung dem Petersburger Kabinett alle zwischen England und Frankreich bestehenden Abkommen mitteilen, und zwar: 1. die durch die General- und Marinestäbe ausgearbeiteten Konventionen zu Lande und zu Wasser, die, wie Ihnen bereits bekannt ist, einen sozusagen bedingten Charakter haben und 2. das politische Abkommen, das die Form eines Briefaustausches zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter in London hat. In diesen Briefen heißt es, daß, wenn England und Frankreich im Verlaufe der Ereignisse sich zu einem gemeinsamen aktiven Eingreifen entschließen sollten, sie die erwähnten Konventionen „in Betracht ziehen würden“. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung könnten das Londoner und das Pariser Kabinett bei uns anfragen, wie wir uns zu dem in ihr berührten Gegenstande verhielten, was seinerseits uns Anlaß geben könnte, in einen Meinungsaustausch mit England über den Abschluß eines entsprechenden russisch-englischen Abkommens zu treten. Nach dem Ge-

danken Sir Edward Greys könnte zwischen uns und England nur eine Marinekonvention und keine Konvention zu Lande abgeschlossen werden, da alle Landstreitkräfte Englands bereits im voraus verteilt seien und offenbar nicht mit den russischen zusammenwirken könnten. Sir Edward Grey fügte hinzu, er werde gleich nach seiner Rückkehr nach London den obenerwähnten Plan H. Asquith und seinen übrigen Kollegen zur Prüfung unterbreiten. Auf die Frage H. Doumergues, ob er nicht der Ansicht sei, daß es wünschenswert wäre, den Abkommen zwischen Rußland und England nicht die Form von Parallelabkommen, sondern die eines einheitlichen Abkommens zu drei zu verleihen, antwortete Sir Edward Grey, er persönlich schließe diese Möglichkeit nicht aus, jedoch könne hiervon erst später im Zusammenhange mit der technischen Ausarbeitung des in Aussicht genommenen russisch-englischen Abkommens die Rede sein.

Alle drei Personen, die an der Beratung teilgenommen hatten — die Herren Doumergue, Cambon und de Margerie — sagten mir, sie wären erstaunt gewesen über die von Sir Edward Grey klar und bestimmt ausgedrückte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten. Ihrer Überzeugung nach haben die von ihm gemachten Vorbehalte bezüglich H. Asquith und der übrigen Kabinettsmitglieder nur einen formellen Charakter. Wenn er nicht im voraus von ihrem Einverständnis überzeugt gewesen wäre, so hätte er nicht solch konkrete Vorschläge gemacht.

Aus dem oben Dargelegten kann man, wie mir scheint, den Schluß ziehen, daß die in Ihrem Briefe vom 20. März berührte Frage in die richtige Bahn gebracht worden ist. Die Herren Poincaré und Doumergue versprachen mir, daß H. Cambon aufs aufmerksamste die Ausführung des von Sir E. Grey in Aussicht genommenen Plans verfolgen werde. Seinerseits machte ich unseren Botschafter in London, den Grafen Benckendorff, während seines hiesigen Aufenthaltes mit allen Einzelheiten der Angelegenheit bekannt. Er ist gleichfalls der Ansicht, es sei aller Grund vorhanden, auf eine weitere günstige Entwicklung der Angelegenheit zu rechnen.

Während des hiesigen Aufenthaltes des englischen Königspaares hatte ich Gelegenheit, mich mehrmals und recht lange sowohl mit König Georg als auch mit Sir Edward Grey zu unterhalten. König Georg äußerte mir gegenüber in den wärmsten Ausdrücken seine persönliche Anhänglichkeit für Seine Majestät den Kaiser, ohne auf die Einzelheiten der in Aussicht genommenen Entwicklung der bestehenden russisch-englischen Abkommen einzugehen. Er drückte mir gegenüber aufs bestimmteste seine Zustimmung zu diesem Plane aus. Sir Edward Grey gegenüber berührte ich gleichfalls nicht die Einzelheiten der Angelegenheit, jedoch hat mich alles, was ich von ihm hörte, davon überzeugt, daß wir in ihm den aufrichtigsten An-

hänger einer weiteren und engeren Annäherung Rußlands an England besitzen. Ich will Sie nicht durch die Wiedergabe der Unterredungen, die ich mit ihm hatte, ermüden, sondern nur folgende von ihm gemachte Erklärung erwähnen: Auf meine Frage, ob er der Ansicht sei, daß Italien sein Wort bezüglich des Dodekanos halten werde, erwiderte Sir Edward Grey, er glaube durchaus an die Aufrichtigkeit der italienischen Regierung und sei überzeugt, Italien werde diese Inseln räumen unter der Bedingung, daß es die von ihm geforderten Konzessionen in Kleinasien und vielleicht einige Vorrechte innerhalb der Grenzen des zu räumenden Gebiets erhalte. „Übrigens“, fügte Sir Edward Grey hinzu, „habe ich in dieser Frage öffentliche Erklärungen abgegeben (I have publicly committed myself on the subject) und kann offenbar von diesen Erklärungen nicht zurücktreten.“

H. Doumergue, dem ich diese Worte mitteilte, sagte mir, er habe sich seinerseits davon überzeugen können, daß Sir Edward Grey in der Frage des Dodekanos einen sehr festen und bestimmten Standpunkt einnehme.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Abschrift eines Briefes Sir Edward Greys an den französischen Botschafter in London Cambon

Privat

Ministerium des Äußeren

22. November 1912

Geehrter Herr Botschafter!

Im Laufe der letzten Jahre haben die französischen und englischen militärischen Sachverständigen von Zeit zu Zeit miteinander Beratungen gepflegt. Diese Beratungen sollten, wie es sich dabei stets von selbst verstand, keine der beiden Regierungen in ihrer Entscheidungsfreiheit, in Zukunft einem anderen Lande bewaffnete Hilfe zu erweisen, beschränken.

Es war beschlossen worden, daß diese Beratungen der Sachverständigen nicht als eine Verpflichtung betrachtet werden und betrachtet werden sollen, die jede der beiden Regierungen zu Handlungen in einer Lage zwingt, die noch nicht vorliegt und vielleicht überhaupt niemals entstehen wird. So beruht zum Beispiel die gegenwärtige Dislokation der französischen und der englischen Flotte auf keiner Verpflichtung zu einem gegenseitigen Zusammenwirken im Kriegsfall.

Sie haben trotzdem darauf hingewiesen, daß, falls beide Regie-

rungen triftige Gründe haben, einen durch nichts veranlaßten Angriff von seiten einer dritten Macht zu erwarten, es notwendig sein werde, zu wissen, ob in diesem Falle die eine Regierung auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne oder nicht.

Ich bin damit einverstanden, daß, falls eine der Regierungen triftige Gründe haben sollte, einen durch nichts veranlaßten Angriff seitens einer dritten Macht oder irgendein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu erwarten, diese Regierung unverzüglich gemeinsam mit der anderen zu prüfen hätte, ob beide Regierungen zwecks Verhütung des Angriffes oder zur Aufrechterhaltung des Friedens gemeinsam zu handeln haben und welche Maßnahmen sie in diesem Falle gemeinsam zu ergreifen beabsichtigten.

Falls diese Maßnahmen aktive Handlungen zur Folge haben sollten, würden beide Regierungen unverzüglich zur Prüfung der Pläne ihrer Generalstäbe schreiten und darüber befinden, was mit diesen Plänen zu geschehen hat.

Ihr . . .

E. Grey

Abschrift eines Briefes des französischen Botschafters
in London Paul Cambon an den englischen Außenmini-
ster Sir Edward Grey

London, den 23. November 1912

Geehrter Sir Edward!

In Ihrem vom gestrigen Tage, den 22. November, datierten Briefe erinnerten Sie mich daran, daß im Laufe dieser letzten Jahre die militärischen und Marinesachverständigen Frankreichs und Englands von Zeit zu Zeit Beratungen pflegten. Wie es sich stets von selbst verstand, sollten diese Beratungen nicht die Freiheit jeder der Regierungen durch einen endgültigen Beschluß einschränken, in Zukunft ein Zusammenwirken der Streitkräfte stattfinden zu lassen. Sowohl von der einen als auch von der anderen Seite wurden diese Beratungen nicht als eine Verpflichtung betrachtet, die unsere Regierungen in bestimmten Fällen zu handeln zwingen würde, und sollten auch nicht als eine solche Verpflichtung betrachtet werden. Wenn jedoch, worauf ich Sie bereits aufmerksam gemacht habe, diese oder jene der beiden Regierungen triftige Gründe haben sollte, einen möglichen, durch nichts veranlaßten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, so wäre es wesentlich, zu wissen, ob sie auf eine Unterstützung durch die Truppen der anderen Regierung rechnen könne.

Ihr Brief beantwortet diese Bemerkung, und ich bin bevollmäch-

tigt, Ihnen zu erklären, daß, falls eine der Regierungen einen triftigen Grund haben sollte, entweder den Angriff einer dritten Macht oder irgendein den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis zu befürchten, diese Regierung unverzüglich gemeinsam mit der anderen zu prüfen hätte, ob beide Regierungen zwecks Verhütung des Angriffes oder zur Aufrechterhaltung des Friedens gemeinsam handeln müssen. In diesem Falle würden die Regierungen die Maßnahmen, die zu ergreifen sie geneigt wären, erörtern. Sollten diese Maßnahmen aktive Handlungen nach sich ziehen, so würden beide Regierungen sogleich zur Prüfung der Pläne ihrer Generalstäbe schreiten und dann darüber befinden, was mit diesen Plänen zu geschehen habe.

P. Cambon

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Brief

London, den 29. April/12. Mai 1914

Abschrift Paris

Sir Edward Grey ließ mich bitten, zu ihm zu kommen, und sagte mir, als er mich empfing, daß er seit seiner Rückkehr aus Paris keine andere Gelegenheit gehabt habe, mich zu sehen, als in Gegenwart des französischen Botschafters, was ihm nicht gestattet habe, mir, wie er es für nötig halte, darzulegen, wie tief die Eindrücke seien, die er auf dieser Reise empfangen habe. Er sagte mir, er glaube nicht nur seine persönlichen Eindrücke wiederzugeben, sondern auch die des Königs und aller derer, die an dem Besuche teilgenommen hätten.

Grey sagte mir, daß diese Eindrücke seine Erwartungen bei weitem übertroffen hätten, daß er sich zu dem Empfange durch den Präsidenten der Republik und durch Doumergue nicht genug beglückwünschen könne, mit denen eine völlige Übereinstimmung über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt worden sei; daß darüber hinaus die Aufnahme Ihrer Majestäten überall, wo sie erschienen wären, und bei allen Gelegenheiten das Gepräge aufrichtiger Sympathie gehabt habe. Die englische Regierung habe hieraus den Schluß gezogen, daß der Grundgedanke der Entente in Frankreich ebenso tief Wurzel gefaßt habe wie in England, und daß er infolgedessen auf einer ganz besonders festen und dauerhaften Grundlage ruhe.

Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete,

als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Minister-rates entschieden werden zu können.

Grey sagte mir, es sei ihm zu seinem Bedauern in dieser ersten Woche nicht möglich gewesen, das Kabinett zu diesem Zwecke zu versammeln; die Ulster-Frage und das Budget beanspruchten die ganze Aufmerksamkeit der Minister.

Ich habe nur wenige Worte erwidert. Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilung und sagte ihm, daß ich ihre ganze Tragweite zu würdigen wisse. Ich faßte die Lage dahin zusammen, daß, wenn die beiden Regierungen uns ihre militärischen Abmachungen mitteilten, es der russischen Regierung vorbehalten sein würde, der englischen einen entsprechenden Vorschlag auf analoger Basis zu machen. Ich sagte ihm, ich nehme an, daß er die Ansicht Eurer Exzellenz über die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses der Tripel-Entente kenne, wobei selbst ein Bündnis nach dem Beispiele der drei anderen Mächte nicht ausgeschlossen sei. Sir Edward erwiderte, ein Bündnis halte er nicht für möglich. Ich erwiderte, daß ich persönlich die Schwierigkeiten eines derartigen Bündnisses auch zugäbe. Er fügte nur noch hinzu: „Sie sehen ja, daß wir sogar heute kein Bündnis mit Frankreich haben.“

Benckendorff

*Der französische Außenminister an den
* französischen Botschafter in Petersburg*

Geheimtelegramm Nr. 210

Paris, den 15. Mai 1914

Chiffriert.

Telegramm aus London:

„Sir Edward Grey war vom Kabinett bevollmächtigt worden, meinem russischen Kollegen den Brief mitzuteilen, den er an mich am 22. November 1912, in Anbetracht der Eventualitäten, die zur Verwirklichung der zwischen unseren Generalstäben geschlossenen Abkommen führen können, gerichtet hat. Ich werde also dem Grafen Benckendorff meinen Brief vom 23. November 1912 mitteilen müssen. Wenn die russische Regierung ein Marineabkommen zwischen ihrer Admiralität und der englischen Admiralität für nützlich hält, so wird sich die französische Regierung diesem anschließen. Das könnte ein Abkommen zwischen den Generalstäben der Landarmeen nach sich ziehen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Admiralitäten könnten durch Vermittlung des russischen Marineattachés in London und des Marineattachés der französischen Botschaft eröffnet werden.

Kann ich meinem russischen Kollegen meinen Brief vom 23. November 1912 zu lesen geben, sobald ihm Sir Edward Grey seinen Brief mitgeteilt haben wird?“

Ich habe H. Paul Cambon zur Mitteilung des Briefes vom 23. November 1912 an den Grafen Benckendorff bevollmächtigt.

*Der französische Botschafter in Petersburg an den
französischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 164

St. Petersburg, den 16. Mai 1914

Chiffriert.

Ich habe H. Sasonow, der soeben aus Livadia eingetroffen ist, den Inhalt Ihres Telegramms Nr. 210 mitgeteilt.

Er wußte noch nichts von dem Beschlusse der britischen Regierung. Er wußte nur von H. Iswolski und dem Grafen Benckendorff, daß König Georg und Sir Edward Grey nach ihrer Rückkehr aus Paris „dem Gedanken, Rußland mit der Entente näher zu verbinden, durchaus geneigt seien“.

Er drückte mir gegenüber seine lebhafteste Befriedigung über die Mitteilungen aus, die ich ihm anvertraute, und bat mich, Eurer Exzellenz seine tiefe Erkenntlichkeit für die Dienste zu übermitteln, die die französische Regierung seinem Lande erwiesen habe.

Er fügte hinzu: „Das Abkommen, das wir mit England ab-

schließen werden, wird das Gleichgewicht und den Frieden gewährleisten. Die Ruhe Europas wird nicht mehr von der Laune Deutschlands abhängen.“

(Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk Sasonows: „Meine Worte sind falsch wiedergegeben. Sasonow.“)

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Brief

London, den 3./16. Mai 1914

Abschrift Paris.

Der französische Botschafter teilt mir mit, Grey habe ihn gestern abend davon verständigt, daß er dem Ministerrat die Antwort unterbreitet habe, die er in Paris H. Doumergue in seinem eigenen Namen gegeben habe, als der französische Minister ihm darlegte, wie angezeigt es sei, die russische Regierung von dem Briefwechsel zu verständigen, der zwischen der französischen und englischen Regierung stattgefunden habe, damit das Petersburger Kabinett Verhandlungen auf derselben Grundlage zum Abschlusse eines Abkommens über das eventuelle Zusammenwirken der russischen und englischen Flotte einleiten könne. Sir Edward habe hinzugefügt, der Ministerrat habe diese Antwort gebilligt. Er behalte sich vor, mich davon zu benachrichtigen; da aber der Vorschlag von Doumergue ausgegangen sei, halte er es für nötig, zunächst diesen von der Entscheidung des englischen Kabinetts zu verständigen.

Nach Ansicht Sir Edwards könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen:

Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir diese zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand hätten, erfordere nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine bezögen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. Die Verhandlungen mit Frankreich hätten seinerzeit in London stattgefunden, und die französischen Militär- und Marineattachés in London seien nach Paris gefahren, um sich die jeweilig notwendig werdenden Instruktionen zu holen. Schließlich habe sich Prinz Ludwig von Battenberg ganz inoffiziell nach Paris begeben, um die Abmachungen zu paraphieren.

Cambon meinte, daß es sich nach erfolgter Mitteilung des Schriftwechsels darum handeln würde, das weitere Verfahren zu bestimmen. Er sagte mir, daß nach der Ansicht Sir Edward Greys die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiralstab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte.

Benckendorff

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Vertraulicher und persönlicher Brief

London, den 5./18. Mai 1914

Abschrift Paris.

Bei meiner Rückkehr von Paris nach London hatte mir Cambon mitgeteilt, Grey habe ihm das bestätigt, was er in seinem eigenen Namen Poincaré und Doumergue gesagt hätte. Grey hat hinzugefügt, das Kabinett sei seit seiner Rückkehr täglich wegen der Schwierigkeiten in Irland und wegen des Budgets zusammengekommen, so daß es ihm noch nicht möglich gewesen sei, mit seinen Kollegen an die wichtigen Tagesfragen heranzutreten, die die auswärtigen Angelegenheiten und die Pariser Besprechungen beträfen. Er habe diese Fragen acht bis zehn Tage zurückstellen müssen. Grey hat jedoch Asquith von seiner Reise Bericht erstattet. Ohne bisher das Kabinett zu verpflichten, hat dieser geantwortet, er sehe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gegen die Ausführung des in Paris in Aussicht genommenen Planes. Dasselbe hat Asquith seither Cambon selbst wiederholt. Letzterer hat feststellen können, daß der Ministerpräsident derartigen Plänen sehr wohlwollend gegenübersteht. Es handelt sich demnach um eventuelle militärische Abmachungen zwischen Rußland und England, analog den zwischen Frankreich und England bestehenden. Letztere würden uns vertraulich mitgeteilt werden, worauf die russische Regierung der englischen analoge Vorschläge zu machen hätte, die sich der Natur der Sache nach mehr auf die Marine als auf das Landheer beziehen würden.

Es ist nicht anzunehmen, daß alle Mitglieder des Kabinetts von

vornherein ohne jeden Widerstand ihre Zustimmung geben werden. Immerhin wird sich der feste Entschluß der wirklichen Führer des Kabinetts durchsetzen, woran ich durchaus nicht zweifle, und dann werden die eigentlichen Verhandlungen beginnen können.

Wenn das soeben geschilderte Resultat erzielt sein wird, werden wir, glaube ich, die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbares zu ersetzen. Mein Aufenthalt in Paris und das Schauspiel, dem ich dort beigewohnt habe, haben mich von neuem in der Ansicht bestärkt, daß ein Bündnis oder irgendeine sonstige öffentliche Abmachung nicht möglich ist, und daß, selbst wenn die englische Regierung sich dazu bestimmen ließe, das Resultat ein ganz anderes als das erwartete sein würde.

Ohne Zweifel ist der Empfang, der dem König und der Königin bereitet wurde, außerordentlich herzlich gewesen; viel herzlicher, sagte man mir dort, als bei früheren englischen Besuchen. Wenn man trotzdem die Unmöglichkeit erkannt hat, ein formelles Bündnis zwischen England und Frankreich abzuschließen, so wird das in noch viel höherem Grade zwischen Rußland und England der Fall sein.

Ich zweifle, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfall finden ließe als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen.

Wenn man auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblickt, wird sich nicht leugnen lassen, daß England in bedrohlichen Augenblicken niemals gezögert hat, sich auf Frankreichs Seite zu stellen; dasselbe gilt für Rußland jedesmal, wenn die englischen und russischen Interessen zugleich betroffen wurden, und dies trotz der Schwierigkeit, die Politik beider Länder in allen täglich auftauchenden Fragen auszugleichen und trotz der Gründe, auf die einzugehen hier zu weit führen würde und wegen deren die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat wie zwischen Frankreich und England.

Der Grund ist darin zu suchen, daß ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis in England, vornehmlich, aber nicht ausschließlich, bei der liberalen Partei, auf eine so starke und unverhüllte Opposition stoßen würde, daß ein großer Teil der beabsichtigten politischen Wirkung dadurch vereitelt werden würde. Ich glaube, daß unter solchen Umständen ein Bündnis nicht viel Wert hätte — es würde nur sehr wenig die Garantien erhöhen, die Frankreich und Rußland von England geboten werden, und würde andererseits ein sehr viel günstigeres Terrain für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht legt als je zuvor.

Um mich kurz zu fassen, möchte ich sagen, daß selbst derjenige Engländer, der fest davon überzeugt ist, daß ein Konflikt mit

Deutschland früher oder später unvermeidlich ist, vor dem Gedanken zurückschrecken wird, England durch bestimmte Bündnisverträge zu binden, die ihm Verpflichtungen auferlegen würden, deren Bedingungen und Folgen sich jetzt noch nicht voraussehen lassen.

Benckendorff

*Alleruntertänigster Bericht des russischen Außenministers
an den Zaren*

Auf dem Original befindet sich mit Blaustift der Vermerk Kaiser Nikolaus' II.: „Eine sehr wichtige Nachricht.“
Livadia, den 10./23. Mai 1914.

St. Petersburg, den 6./19. Mai 1914

Der französische Botschafter teilte mir mit, daß nach einem von ihm aus Paris erhaltenen Geheimtelegramm die englische Regierung beschlossen habe, den englischen Admiralstab zu bevollmächtigen, in Verhandlungen mit dem französischen und russischen Marineattaché in London zu treten zwecks Ausarbeitung der technischen Bedingungen eines möglichen Zusammenwirkens der Seestreitkräfte Englands, Rußlands und Frankreichs.

H. Paléologue fügte hinzu, daß nach der zwischen der englischen und der französischen Regierung getroffenen Vereinbarung uns der Inhalt der Abkommen mitgeteilt werden soll, die bis jetzt zwischen England und Frankreich für den Fall gemeinsamer militärischer Operationen zu Lande und zu Wasser abgeschlossen worden sind.

In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit der erwähnten Mitteilung erkuhne ich mich, das Dargelegte Eurer Kaiserlichen Majestät alleruntertänigst zu berichten.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 8./21. Mai 1914

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Bis jetzt ist es immer noch sehr schwer, eine ganz bestimmte Meinung über die Folgen zu äußern, die die soeben beendeten französischen Wahlen haben werden. Einerseits ist das Ergebnis dieser Wahlen ein bedeutender Sieg der extrem-linken Parteien, hauptsächlich der Revolutionär-Sozialisten, andererseits hat der Wahl-

kampf gezeigt, daß sich die französische Nation mit Entschiedenheit für das Programm der gemäßigten Republikaner in den drei wichtigsten Fragen ausspricht: in der Frage der dreijährigen militärischen Dienstpflicht, der Kontrolle des Fiskus über die Einkommensteuer und des Proportionalwahlsystems. Es ist vorauszusehen, daß vom Tage der Eröffnungssitzung der neuen Kammer an, die am 1. Juni zusammentreten muß, die Regierung sich zwischen zwei Feuern befinden wird: zwischen den Forderungen der Sozialisten und Radikalsozialisten einerseits und den eigenen Erklärungen in den erwähnten drei Fragen andererseits. Heute geht das hartnäckige Gerücht um, H. Doumergue ziehe es vor, dieser Lage aus dem Wege zu gehen, und habe bereits dem Präsidenten der Republik die Absicht des Kabinetts mitgeteilt, noch vor der Eröffnung des Parlaments zurückzutreten. Falls sich dieses Gerücht bewahrheiten sollte, so bietet sich H. Poincaré wiederum die Möglichkeit, durch eine kühne Ausnutzung seiner verfassungsmäßigen Rechte die Innenpolitik Frankreich in gemäßigtere Bahnen zu lenken. Sie wollen sich daran erinnern, daß er sich aus irgendwelchen nicht ganz verständlichen Gründen nach dem Rücktritt H. Barthous nicht zu diesem Schritt entschloß und, indem er die Herren Doumergue und Caillaux in die Regierung berief, entgegen den eigenen Wünschen und Interessen zum Wahlerfolg der extremen Parteien beitrug. Die gemäßigten Parteien rechnen dies H. Poincaré, dessen Volkstümlichkeit in diesen Kreisen stark gelitten hat, als große Schuld an. Viele seiner Anhänger sind von ihm vollständig enttäuscht. Ich mußte sogar sehr sonderbare Erklärungen vernehmen, die man für die von ihm bekundete Kleinmütigkeit hat, und zwar erzählt man sich, H. Clémenceau habe ihm gedroht, er werde, falls sich Poincaré nicht mit einem Kabinet Doumergue—Caillaux einverstanden erklären werde, gegen ihn und seine Frau einen Feldzug eröffnen, dem ihr Privatleben und die romanhafte Vergangenheit H. Poincarés zugrunde liegen werde. Wie dem auch sei, die nächsten Tage können H. Poincaré die Gelegenheit geben, den von ihm gemachten Fehler bis zu einem gewissen Grade wieder gutzumachen und die Regierungsgewalt gemäßigteren und zuverlässigeren Personen anzuvertrauen. Vom verfassungsmäßigen Standpunkte aus ist die Möglichkeit hierzu gegeben, denn in allen drei von mir vorhin erwähnten Fragen ist dem gemäßigten Programme eine wenn auch nicht große, so doch durchaus zuverlässige Mehrheit sicher. Die ganze Frage ist nur die, ob er genügend Kühnheit hierfür aufbringen wird.

Obgleich ich Frankreich von Herzen eine gemäßigtere Regierung wünsche, kann ich, um gerecht zu sein, nicht umhin zu sagen, daß wir vom Standpunkte unserer unmittelbaren Interessen des russisch-französischen Bündnisses aus keinerlei Grund haben werden, uns über den Weggang des H. Doumergues zu freuen. Er be-

kundete und bekundet uns gegenüber nicht weniger Loyalität und Zuvorkommenheit als seine Vorgänger. In der so wichtigen und delikaten Frage der Festigung unserer Abkommen mit England hat er während des Pariser Aufenthalts des Königs Georg und Sir E. Greys mit großer Entschlossenheit und unzweifelhaftem Takte gehandelt. Beim gestrigen diplomatischen Empfange sagte er mir mit sichtbarer Befriedigung, daß nach den Mitteilungen von P. Cambon diese Frage in London unseren Wünschen gemäß in die Wege geleitet werde, und daß Sie hiervon bereits sowohl durch den Grafen Benckendorff als auch durch H. Paléologue in Kenntnis gesetzt worden seien. Mir ist bekannt, daß H. Doumergue leidenschaftlich gern den Präsidenten der Republik nach Petersburg begleiten möchte. Daher verhalte ich mich persönlich recht skeptisch zu dem Gerüchte über seinen nahe bevorstehenden Rücktritt. Falls dieser Rücktritt unter dem Drucke der Verhältnisse erfolgen sollte, so ist es sehr schwer vorauszusehen, auf wen die Wahl des Präsidenten der Republik fallen wird. Sollte sich H. Poincaré nicht entschließen, seine persönlichen Freunde und Gesinnungsgenossen, wie die Herren Barthou, Briand, Millerand usw. zu berufen, so ist die Bildung eines Übergangskabinetts möglich unter dem Vorsitze des jetzigen Kultusminister, H. Viviani, in dem man hier den kommenden Mann („the rising man“) sieht. Übrigens lehrt die Erfahrung, daß Voraussagen auf diesem Gebiete selten eintreffen.

Haben Sie die Güte, mir Ihre persönlichen Pläne für die nächsten Monate mitzuteilen. Gedenken Sie vor Ankunft Poincarés in Petersburg auf Urlaub ins Ausland zu fahren und beabsichtigen Sie in diesem Falle Frankreich zu besuchen? Im Gespräch mit meiner Frau war es Seiner Kaiserlichen Majestät genehm, den Wunsch zu äußern, ich solle in Petersburg einige Tage vor der Ankunft des Präsidenten eintreffen. Daher gedenke ich von hier am Tage des französischen Nationalfeiertages oder am Tage darauf, d. h. am 1./14. oder 2. /15. Juli, abzureisen. Bis dahin, d. h. im Laufe des Juni würde ich gern eine kleine Kur irgendwo in der Nähe von Paris brauchen. Ich könnte dann nach Paris zur Erledigung der Geschäfte und Abfertigung der Kuriere fahren. Gegenwärtig ist hier die Zeit der gesellschaftlichen Saison, d. h. die ermüdendste und unerträglichste Zeit, und ich bedarf dringend der Erholung.

Ihr herzlich ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Brief

London, den 10./23. Mai 1914

Abschrift Paris.

Sir Edward berief gestern Cambon und mich zu sich. Wie mir mein französischer Kollege schon gesagt hatte, bestätigte mir der Staatssekretär, daß der englische Ministerrat die Antwort gebilligt hat, die er in seinem eigenen Namen Doumergue in Paris gegeben hatte, als der französische Minister mit ihm von den Beziehungen zwischen Rußland und England sprach und darauf hinwies, wie nützlich gegebenenfalls vorherige militärische Abmachungen zwischen den Regierungen sein würden. Es handle sich nun zunächst darum, der russischen Regierung von Seiten Englands und Frankreichs die beiden vertraulichen und geheimen Schriftstücke mitzuteilen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und englischen Regierung ausgetauscht worden seien.

Sir Edward hob hervor, der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, die zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden seien, daß die Notwendigkeit eines aktiven Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entstehe.

Sir Edward betonte, daß ohne solche vorherige Abmachungen ein sofortiges Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernststen technischen Schwierigkeiten begegnen würde.

Er fügte hinzu, England habe keine Einwendungen dagegen, daß ein Abkommen in demselben Geiste, wie er in dem Schriftwechsel zwischen Cambon und ihm zum Ausdruck komme, zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe vereinbart und abgeschlossen werde. Er erblicke in einem derartigen Abkommen dieselben praktischen Vorteile, die sich aus den Abmachungen mit Frankreich ergeben. Er teilte uns mit, daß er an ein Marineabkommen denke, weil dieses nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei, und weil er im übrigen zu wissen glaube, daß dieses auch den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspreche.

Darauf übergab mir Sir Edward Grey eine Abschrift des Schreibens, das er am 22. November 1912 dem französischen Botschafter ausgehändigt hat, und Cambon übergab mir seinerseits mit Ermächtigung seiner Regierung eine Abschrift der Antwort, die er am folgenden Tage an Sir Edward Grey gerichtet hat.

Auf meine Frage erklärte Sir Edward, das zweckmäßigste wäre, unseren Marineattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen. Der Erste Lord der Admiralität sei ebenso wie die englischen Minister von unserem Plane unterrichtet. Der englische Admiralstab besitze die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet worden seien. Was die übrigen Abmachungen betreffe, so könne das uns verbündete Frankreich den ihm nötig scheinenden Gebrauch von ihnen machen.

Indem ich Sir Edward für seine freundschaftliche Gesinnung dankte, beschränkte ich mich darauf zu erwidern, daß ich Eure Exzellenz sofort die Abschriften der beiden Schriftstücke übermitteln und Ihnen genau berichten würde, was er mir bei Überreichung der Abschrift gesagt habe.

Benckendorff

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Sehr geheimer Brief

St. Petersburg, den 15./28. Mai 1914

Nr. 47

Abschrift Paris.

Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, das die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeiner politischer Hinsicht eine besonders große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem franko-russischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird. Ich habe die Aufmerksamkeit sowohl unseres Marineministeriums als auch besonders unseres Marineattachés in London vor allem darauf gelenkt, wie groß die politische Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ist, die letzterer mit dem englischen Admiralstabe zu führen haben wird. Der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag bezüglich der Form, in der die Vereinbarung abzuschließen ist, wird von uns als durchaus

zweckmäßig anerkannt, und Kapitän Wolkow ist beauftragt, mit der englischen Regierung in Verhandlung zu treten. Die Prinzipien, die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht gezogen werden sollen, sind Gegenstand einer Beratung gewesen, die am 13./26. Mai beim Chef des Admiralstabes stattgefunden hat.

Zu ihrer persönlichen Orientierung füge ich ein Exemplar der in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse bei.

Sasonow

Anlage zu obigem Briefe.

Am 13./26. Mai 1914 fand beim Chef des Marinestabes eine Beratung statt zum Zwecke eines Gedankenaustausches über die bevorstehenden Verhandlungen wegen eines Abkommens zwischen Rußland und England, das das operative Zusammenwirken ihrer maritimen Streitkräfte betrifft, wenn vereinbarte kriegerische Operationen Rußlands und Englands unter Teilnahme Frankreichs stattfinden. Nachdem vor allem bemerkt wurde, wie erwünscht ein derartiges Abkommen sowohl vom speziell maritimen Standpunkte aus als ganz besonders in allgemeinpolitischer Hinsicht sei, gelangte die Beratung nach allseitiger Prüfung der Frage zu den unten folgenden Beschlüssen:

Vor allem wurde anerkannt, daß unser Marineabkommen mit England wie die franko-russische Marinekonvention zwar vereinbarte, aber gesonderte Aktionen unserer und der englischen Kriegsmarine ins Auge zu fassen hat.

Im Hinblick auf die strategischen Ziele, die von unserem Standpunkte aus für den Fall eines Krieges der Mächte der Tripel-Entente mit den Mächten des Dreibundes geltend zu machen sind, muß man unterscheiden: einerseits die Operationen in der Ostsee und der Nordsee, andererseits im Mittelmeer. In beiden müssen wir versuchen, von England Kompensationen dafür zu erhalten, daß wir einen Teil der deutschen Flotte auf uns abziehen. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze verlangen unsere Interessen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die unsrige ausgeglichen werden und es vielleicht gestattet sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern zu unternehmen. Sollte es möglich sein, diese Operation zu unternehmen, so würde die Ausführung wegen mangelnder Transportschiffe in der Ostsee außerordentlich erschwert werden. Die englische Regierung könnte uns daher wesentlich helfen, wenn sie es ermöglichen würde, vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in unsere baltischen Häfen zu schicken,

damit der Mangel an Transportschiffen auf diese Weise ausgeglichen wird.

Die Lage im Mittelmeer berührt auch unsere Interessen sehr wesentlich, da, falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte in diesem Meer die Oberhand haben, ein Angriff der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer möglich wird, was für uns einen gefährlichen Schlag bedeuten würde. Von unserem Standpunkt aus ist es daher höchst wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Da die österreichisch-italienischen Seestreitkräfte den französischen überlegen sind, so ist es wünschenswert, daß England durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeer das Übergewicht der Ententemächte wenigstens so lange sicherstellt, als die Entwicklung unserer eigenen Flotte uns nicht gestattet, diese Aufgabe zu übernehmen. Erwünscht wäre auch die Zustimmung Englands dazu, daß unsere Schiffe die englischen Häfen im östlichen Mittelmeere als Basis benützen können, ähnlich wie die französische Marinekonvention uns gestattet, uns im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen.

Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfall ins Auge zu fassen.

Außerdem erkannte die Konferenz als wünschenswert an, daß im geplanten Marineabkommen zwischen uns und England die Beziehungen zwischen den russischen und englischen Flotten in allen Einzelheiten festgesetzt werden. Zu diesem Zwecke wird es notwendig sein, sich über Signale und Spezialchiffren, über Radiotelegramme und die Beziehungen zwischen dem englischen und russischen Marinestabe zu verständigen.

Es ist außerdem notwendig, daß Informationen über die Flotten anderer Mächte, wie auch über die eigene Flotte, und besonders über technische Einzelheiten, Instrumente und Erfindungen zwischen den beiden Marineressorts ausgetauscht werden.

Nach Ansicht der Konferenz müßte nach dem Beispiele der frankorussischen Marinekonvention auch ein periodischer Meinungsaustausch zwischen den Chefs des russischen und des englischen Admiralstabes vereinbart werden.

Sasonow

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Brief

London, den 29. Mai/11. Juni 1914

Abschrift Paris.

Ich habe gestern Grey benachrichtigt, daß Kapitän Wolkow aus Petersburg zurückgekehrt sei und die Ermächtigung erhalten habe, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Grey antwortete, daß er den Ersten Lord der Admiralität hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Grey, daß bedauerlicherweise gewisse Indiskretionen in dieser Angelegenheit gemacht worden wären und daß sich zuerst deutsche und dann auch andere Zeitungen mit der Frage befaßt hätten. Er bedauerte dies um so mehr, als er eine an ihn im Unterhause gestellte diesbezügliche Frage zu beantworten haben werde.

Ich antwortete ihm, daß ich meinerseits diese Indiskretionen außerordentlich bedauerte, die sich nur allzu häufig wiederholten; ich sei überzeugt, daß Eure Exzellenz diesen Standpunkt teilten, und ich teilte ihm mit, daß die „Nowoje Wremja“ eine Widerlegung veröffentlicht habe. Grey wußte dies nicht und war hiermit sehr zufrieden. Er bat mich, ihm den Text zukommen zu lassen. Er teilte mir hierauf in allgemeinen Umrissen die Antwort mit, die er im Parlamente zu geben gedenke und die unsere Verhandlungen ebenso wie die mit Frankreich stattgefundenen decken würde. Ich antwortete ihm, daß es mir zweckmäßig erscheine, die Sache von diesem Standpunkte aus anzufassen.

Benckendorff

*Der russische Außenminister an den
russischen Botschafter in London*

Sehr vertraulicher Brief

St. Petersburg, den 12./15. Juni 1914

Abschrift Paris.

Unmittelbar vor der Abreise unseres Kuriers beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern wieder eine lange Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt habe, den ich auf die ernste Gefahr einer Erkaltung unserer Beziehungen zu England wegen der persischen Frage hinwies. Ich setzte hierbei voraus, daß die in letzter Zeit in England bemerkbare Beunruhigung und Erregung wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, daß in diesem Lande wieder Befürchtungen hinsichtlich der Stellung Englands in Indien laut würden. Sir George Buchanan gab zu, daß meine Annahme zum

großen Teile zutreffe. Infolgedessen habe ich ihm nochmals alle Argumente wiederholt, die beweisen, wie unbegründet derartige Befürchtungen seien, und ich habe sogar angedeutet, daß wir, wenn dies erwünscht sein sollte, der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung diesbezügliche beruhigende Erklärungen in der allerbestimmtesten Form abgeben könnten.

Ich habe mich einstweilen mit diesen Andeutungen begnügt, doch erscheint es mir durchaus möglich, später im Zusammenhang mit unseren weiteren Verhandlungen England vorzuschlagen, ihm eine ebenso wirksame Garantie seiner indischen Besitzungen zu geben, wie dies im Jahre 1902 von seiten Japans erfolgt ist.

Im jetzigen Zeitpunkte scheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben, und Seine Majestät hat geruht, sich gestern dem englischen Botschafter gegenüber in meinem Beisein in diesem Sinne auszusprechen. Zum Schlusse will ich erwähnen, daß Sir George Buchanan gestern vom Kaiser in spezieller Audienz empfangen worden ist, um einen eigenhändigen Brief König Georgs zu übergeben. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt und drückt die Hoffnung Seiner Majestät aus, daß die Beziehungen Rußlands und Englands wegen der persischen Fragen keine Trübung erleiden werden.

Sasonow

*Der russische Botschafter in London an den
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 167

London, den 12./25. Juni 1914

Abschrift Paris.

Grey sagte mir heute, er sei durch die in der deutschen Presse zirkulierenden falschen Gerüchte über den Inhalt der angeblichen Marinekonvention zwischen England und Rußland in Verbindung mit der Meerengenfrage sehr beunruhigt; er habe es für nötig gehalten, hierüber vertraulich mit Lichnowsky zu sprechen, der sich nach Kiel begeben, wo er den Kaiser sehen werde. Grey hat dem Botschafter versichert, daß seit fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden sei; er hat versichert, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits weder ein Bündnis noch eine Konvention bestehe. Er hat ihm jedoch gesagt, er wolle ihm keineswegs verheimlichen, daß die Intimität zwischen den drei Regierungen in diesen letzten Jahren so groß geworden sei, daß sie sich bei allen Gelegenheiten über alle Fragen verständigt hätten, ganz als ob sie

Verbündete wären. Andererseits bestätigte er, daß im Laufe dieser Jahre solche Verhandlungen niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen, noch sich auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen hätten¹.

Benckendorff

¹ An dieser Stelle ist die Beantwortung der Anfragen King und Byles durch Sir Edward Grey im englischen Unterhause im Juni 1914 zu erwähnen:

Mr. King fragt, ob in letzter Zeit irgendein Marineabkommen zwischen Rußland und England abgeschlossen worden ist, oder ob irgendwelche Verhandlungen, die sich auf ein Marineabkommen beziehen, in letzter Zeit stattgefunden haben oder augenblicklich zwischen Rußland und England stattfinden.

Sir William Byles fragt den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob er irgendeine Mitteilung bezüglich eines angeblichen neuen Marineabkommens zwischen England und Rußland machen kann; wie weit ein derartiges Abkommen unsere Beziehungen zu Deutschland beeinflussen würde; und ob er dem Hause Dokumente vorlegen will.

Sir Edward Grey: Der Vertreter von North Somerset hat im letzten Jahre eine ähnliche Anfrage, die sich auf militärische Kräfte bezog, gestellt, und der Vertreter von North Salford hat an demselben Tage eine ähnliche Frage wie heute gestellt. Der Premierminister hat damals geantwortet, daß, wenn ein Krieg zwischen europäischen Staaten ausbrechen sollte, es keine unveröffentlichten Verträge gibt, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments beeinträchtigen oder einschränken könnten, zu beschließen, ob England an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht. Diese Antwort deckt beide auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Sie bleibt heute ebenso richtig, wie sie es vor einem Jahre war. Keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht sind seither zu irgendeinem Abschlusse gebracht worden, welche die Erklärung weniger richtig machen würden. Keine derartigen Verhandlungen finden augenblicklich statt, und soweit ich urteilen kann, ist es nicht wahrscheinlich, daß man in solche Verhandlungen eintreten wird. Sollte jedoch ein Abkommen getroffen werden, welches es nötig machen sollte, die letztjährige Erklärung des Premierministers zurückzuziehen, so müßte meiner Ansicht nach ein derartiges Abkommen dem Parlamente mitgeteilt werden, und ich nehme an, daß dies auch in der Tat der Fall sein würde.

Benckendorff